

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 20. Februar 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 RM, monatlich 1,10 RM, wöchentlich 28 Pf. Frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Lissabon, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummernzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehtgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegrams-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Gerichtstag.

Als Angeklagter stand heute Herr v. Bethmann Hollweg vor dem Reichstag, der Feind des gleichen Wahlrechts vor dessen Erwählten, der preussische Partikularist, der in der Verfassung des Deutschen Reiches eine Gefährdung des preussischen Systems sieht, vor den Vertretern des Reichsgedankens. Und wie ein Angeklagter, der sich schuldig fühlt, hat sich Herr v. Bethmann Hollweg benommen. Wäre der Mann nicht zu einer Gefahr geworden für jede politische Fortentwicklung des deutschen Volkes, man könnte fast Mitleid haben mit der kläglichen Art, mit der sich der Schuldbewusste verteidigte. Bald suchte der Feind des gleichen Rechts zu leugnen, bald abzuschwächen, um dann wieder trotzig zu rechtfertigen, was er an Schmähungen gegen das Reichstagswahlrecht, gegen den Parlamentarismus und gegen die demokratische Entwicklung in seiner Rede für das preussische Schandgesetz gehäuft hatte.

Wie fremd diesem preussischen Bureaokraten, diesem geborenen Aktuar, der es in seiner Karriere zum Mißgeschick des deutschen Volkes bis zum Reichskanzler gebracht hat, der Reichsgedanke noch immer ist, bewies gleich der Beginn seiner Rede, worin er jede Erörterung des preussischen Wahlrechts vor dem Forum des Reichstages ablehnte. Ihm geht eben Preußen vor das Reich, preussisches Landrecht vor deutsches Reichsrecht. Ein wirklicher Staatsmann müßte heute erkennen, daß die Diktatur der preussischen Junker zu einer Gefahr für das Reich geworden, daß der frevelhafte Trotz der Konservativen gegen die Vereinfachung des Geldschaffens für das ganze deutsche Volk unerträgliche politische Zustände geschaffen hat, eine Erkenntnis, die schließlich selbst beim Fürsten Bülow in den letzten Stunden seines Daseins aufdämmerte. Einem solchen Staatsmann müßte es dringendste Sorge sein, diesen Trotz der Junker nicht noch zu befestigen, sondern ihn zu brechen. Wenn die Konservativen die Gewalt, die ihnen das verrottete Klassenwahlrecht in Preußen einräumt, mißbrauchen, um ihre Privilegien gegen den Willen der überwiegenden Majorität des Volkes zu behaupten, wenn dieser starrsinnige Trotz alle Leidenschaften aufwühlt, dann wäre es Pflicht eines von Verantwortlichkeitsgefühl für das deutsche Volk erfüllten Ministers, sich zu fragen, ob es nicht seine Pflicht wäre, von dem schlechten Parlament in Preußen an das bessere Parlament im Reich zu appellieren. Anerkennen, daß die preussische Frage die wichtigste Reichsfrage ist, ist das beste Mittel, den frechen Widerstand der Usurpatoren im Dreiklassenhaufe zu brechen. Aber Herr v. Bethmann ist kein Minister des deutschen Volkes, ist kein Staatsmann, ist weiter nichts als ein Bureaokrat im Dienste der preussischen Junker, ein Vertreter reaktionärer Eliteninteressen, kein Vertreter des Reichsinteresses. Ein Reichskanzler, der dem Reichstag das Recht abspriecht, in der bedeutungsvollsten Frage des politischen Fortschritts sein Votum abzugeben, ist ein Feind des Reichstages, mag er auch sonst sagen, was immer er will.

Herr v. Bethmann hat zwar heute die Erklärung abgegeben, daß die Verbündeten Regierungen nicht daran denken, am Reichstagswahlrecht zu rütteln. Weniger war ja wohl nicht möglich. Denn daß die Verbündeten Regierungen im gegenwärtigen Moment nicht an den Umsturz der Verfassung gehen wollen, vor allem aus dem triftigen Grunde, weil sie es nicht können, das wußte man wahrlich auch ohne Herrn v. Bethmann. Aber daß Herr v. Bethmann gezwungen war, diese Erklärung ausdrücklich abzugeben, ist die schärfste Verurteilung, die seine Rede erfahren konnte. Denn sie bedeutet das Geständnis, daß seine Rede allerdings solche Vermutungen erwecken mußte.

Wenn aber auch dem Reichstagswahlrecht keine unmittelbare Gefahr droht, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das höchste Amt im Deutschen Reich von einem Manne verwaltet wird, der ein erbitterter Feind des gleichen Wahlrechts ist. Aus dieser Feindschaft hat heute Herr v. Bethmann ebenso wenig ein Geheh gemacht, wie neulich im preussischen Abgeordnetenhaufe. Bagte er doch sogar, seine Behauptung zu wiederholen, daß die demokratische Entwicklung des Parlamentarismus zu einer Verflachung der politischen Sitten führe, daß sie zwar die Basis des Parlamentarismus verbreitere, aber die Richtung habe, das Niveau herabzusetzen. Eine Kritik dieser Anschauung ist überflüssig, um so überflüssiger, da Ledebour mit Herrn v. Bethmann schon unerbittlich abgerechnet hat. Was aber mit größtem Nachdruck dem deutschen Volke zum Bewußtsein gebracht werden muß, ist das, daß heute ein Mann als Reichskanzler möglich ist, der dem deutschen Volke das Recht abspriecht, auf dem das Deutsche Reich gegründet ist, das Recht, das in allen Kulturnationen heute als unantastbar gilt. Ist es erträglich, einen Mann als Kanzler des Deutschen Reiches zu wissen, der behauptet, daß das deutsche Volk unreif ist für die Selbstbestimmung seines politischen Geschickes, daß die Anteilnahme der Arbeiter mit gleichem Recht an der Gesetzgebung eine schädliche und beklagenswerte Sache sei? Muß sich nicht jeder Bürger des Deutschen Reiches persönlich beleidigt fühlen, wenn ein Mann, der wirklich noch nicht das geringste Zeugnis für seine eigene politische Leistungsfähigkeit abgelegt hat, ihm den Vorwurf ins Gesicht schleudert, seine

Anteilnahme an der Politik führe zu einer Verflachung der politischen Sitten und drücke das Niveau des Parlamentarismus herab? Was Franzosen, was Engländer, was Oesterreicher als selbstverständliche Grundlage ihrer Verfassung betrachten, das wird von diesem Deutschen seiner Nation abgesprochen! Wahrlich, eine schlimmere Schmähung ist der deutschen Nation auch von ihren ärgsten Feinden noch nicht ins Gesicht gesagt worden.

Herr v. Bethmann hat nicht nur eine schlechte Sache vertreten, er hat sie auch wirklich schrecklich schlecht vertreten. Zur Rechenschaft gefordert, weil er das gleiche Wahlrecht bekämpft, ist er vor dem Mädchen nicht zurückgeschreckt, die Sozialdemokratie zu beschuldigen, gleichfalls eine Gegnerin des Reichstagswahlrechts zu sein, weil sie — nun, weil sie eben das volle und gleiche Recht ohne alle Einschränkungen fordert. Es hieße Herrn v. Bethmann überschätzen, wollte man sagen, daß solche Scherze unter seiner Würde seien. Aber immerhin müssen wir gestehen, einigermaßen erstaunt zu sein, daß sein Geschmach nicht kultivierter ist.

Herr v. Bethmann hat sich auch veranlaßt gefühlt, sich gegen den Vorwurf des Bureaokratismus zur Wehre zu setzen. Er hat sogar das Wort gesagt: Bureaokratisches Regiment führt das Volk zum Absterben. Nur schade, daß Herr v. Bethmann, wie die preussische Wahlreform in jeder Bestimmung beweist, alles tut, um das bureaokratische Regiment zu stärken und das deutsche Volk zum Absterben zu bringen. Oder macht der Herr Reichskanzler diese Politik nur, um die Wahrheit dieses Wortes dem deutschen Volke noch eindringlicher zu demonstrieren? Doch würde man die reaktionäre Bestimmung dieses Mannes nicht richtig einschätzen, wenn man nicht den Zusammenhang näher betrachtete, in dem diese Abneigung gegen die Bureaokratie betont wurde. Herr v. Bethmann ist nämlich gegen die Bureaokratie in der Sozialpolitik und er fürchtet eine Gesetzgebung, die dahin führt, hinter „jedem Arbeitnehmer und Arbeitgeber einen Polizeimann zu stellen.“ Und diese Worte sind uns nur zu gut bekannt. Gehören sie doch zu den Argumenten, mit denen die alten Liberalen einst jede Sozialpolitik bekämpft haben. Sollen also die Worte Herrn v. Bethmanns überhaupt ernst genommen werden, was er ja so energisch fordert, so spricht aus ihnen nur die Abneigung gegen wirkliche Sozialpolitik, die ja allerdings zu der Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht trefflich paßt.

Aber genug und über genug von Herrn v. Bethmann. Der heutige Tag empfindet seine Bedeutung ja wirklich nicht durch die Rede des Reichskanzlers. Dieser Tag gehörte vor allem der Sozialdemokratie. In einer ausgezeichneten Rede begründete Genosse Frank unsere Anklage. Mit beihendem Spott stellte er fest, daß man dem Kanzler nicht einmal den milderen Umstand zubilligen könne, ein „Philosoph“ zu sein. Wenn der Kanzler selbst es ablehne, seinen Seelenzustand untersuchen zu lassen, um so härter müsse dann unser Urteil ausfallen. Mit aller Schärfe warf er die Frage auf, was wohl einem Kanzler geschehen würde, der sich beifommen ließe, zu behaupten, daß manche Reden oder Gesandtschaftsrichtungen des Kaisers verheerend wirken. Einen Störungsversuch des Vizepräsidenten Dr. Spahn, der nachgerade zu einer Gefahr für den Rest von Redefreiheit im Deutschen Reichstag wird, fertigte er mit Ueberlegenheit und Entschiedenheit ab. Und dann folgte Schlag auf Schlag gegen die Rückschamigkeit und Zurückgebliebenheit der Ansichten, die in dem Kopfe des Herrn Reichskanzlers spuken. Durch den Mund des Herrn Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums bewerbe sich wohl Preußen um die Führerrolle der internationalen Reaktion. Aber sowohl die russische als auch die bo-russische Eigenart werden den historischen Notwendigkeiten weichen müssen. Die ausgeklügelte komische Unteroffiziersvorlage des Herrn v. Bethmann werde daran nichts ändern. Und nun unterzog Frank das Schandgesetz einer ägenden Kritik, die sich zu außerordentlicher Wucht erhob, als er das Gemeine, Gewissenlose, Erbärmliche und Feige der Aufrechterhaltung der öffentlichen Wahlbrandmarke. Dann kam Frank auf unsere Demonstrationen zu sprechen und stellte fest, daß dort, wo Ausschreitungen vorgekommen, nur die Polizei daran die Schuld trage; denn die Polizei hat überall diejenigen Demonstrationen, die sie verdient. Mit den Worten: Der Reichskanzler wird gehen, die Wahlrechtsbewegung wird bleiben, schloß Frank die Anklagerede. Woi-Rufe der konservativen Wächter des guten Tones bestätigten ihre Wirksamkeit.

Die Verteidigung Herrn v. Bethmanns blieb auf das Haus ohne großen Eindruck. Das Zentrum schickte Herrn Gröber vor, der erklärte, daß die Äußerungen des Reichskanzlers schwere Besorgungen hervorgerufen haben und zum Teil über das zulässige Maß der Kritik hinausgegangen wären. Wenn Herr Gröber anerkannte, daß die preussische Wahlrechtsfrage keine ausschließlich preussische Randesangelegenheit sei, so wird man allerdings wohl abwarten müssen, wie weit das Zentrum diesem theoretischen Anerkenntnis praktische Bedeutung geben wird. Auch die folgenden Redner, Herr Wassermann für die Nationalliberalen, Herr Kiemer für die Freisinnigen, in besonders scharfer Weise Herr Romfantsky für die Polen wandten sich gegen die Gerabsetzung des Reichstagswahlrechts durch den preussischen Ministerpräsidenten. Herr Wassermann allerdings suchte zugleich seine Partei, die im preussischen Abgeordnetenhaus das gleiche Wahlrecht bekämpft, in Schutz zu nehmen

und Herrn v. Bethmann doch noch Milderungsgründe zuzuerkennen. Verteidiger, die sich damit zugleich als Gegner des gleichen Wahlrechts bekannnten, fand Herr v. Bethmann nur bei den Rednern der beiden konservativen Fraktionen, dem Herrn Dietrich und dem Fürsten Sayfeld.

Der letzte Redner aus dem Hause war Genosse Ledebour. Es war ein Strafgericht. In großzügiger Weise entwickelte Ledebour die Gründe für die Ueberlegenheit der Demokratie und mit grausamem Spott zerpflichtete er die beiden Reden des Herrn v. Bethmann. Die Rechte, die ihre gewöhnlichen Störungsversuche versuchte, wurde bald still und unter großer Aufmerksamkeit des Hauses konnte Ledebour, dessen satirische Pointen häufig durch stürmische Geisterkeit unterbrochen wurden, seine Abrechnung zu Ende führen. Genosse Ledebour benützte zugleich die Gelegenheit, um die Feindschaft der Konservativen gegen das gleiche Wahlrecht an der Hand der Rede des Januschauers noch einmal festzustellen und den Freisinnigen und Nationalliberalen ihre Schwächen vorzuhalten. Gegenüber Gröber stellte er fest, daß die Begeisterung des Zentrums für das gleiche Wahlrecht vor der Aenderung der Wahlkreiseinteilung leider Galt machte.

Zum Schluß seiner Rede sprach Ledebour über unsere Demonstrationen. Aus eigener Erfahrung konnte er den vollen Erfolg und den großen Eindruck unserer Taktik feststellen und sich dann der Kritik des Vorgehens der Polizei zuwenden. Er nagelte die Feigheit und Brutalität an, die darin liegt, daß ein Mann, der eine Waffe führt, diese Waffe gebraucht gegen Unbewaffnete, Fliehende, gegen Kinder und Frauen. Er zeigte an den Beispielen von Neumünster, Frankfurt und Halle, daß die Schuld an den Vorkommnissen die Polizei und nur die Polizei trifft, daß aber die Verantwortung des preussischen Ministerpräsidenten festgestellt werden müsse, der dies System der polizeilichen Verteilung vertritt. Deshalb bleibe das Blut von Neumünster, Frankfurt und Halle an den Fingern des Herrn Reichskanzlers. Allen Anfeindungen unserer Gegner aber trete die Sozialdemokratie einzig gegenüber und in geschlossener Front geht es vorwärts.

Ledebours Rede war das gute Ende zu dem Anfang und als der unglückselige Herr v. Didenburg es sich beifallen ließ, in einer persönlichen Bemerkung Ledebour entgegenzutreten zu wollen, gab er diesem nur die Gelegenheit, ihn gründlich abblitzen zu lassen. Damit war die Debatte über die Interpellation beendet und die zweite Lesung des Etats wurde fortgesetzt. Nach einer kurzen Rede Kämpfs trat Vertagung ein.

## Die Reisepfesen des Generals.

Herr Josias von Heeringen, der die Aufgabe übernommen hat, als Kriegsminister die Maßnahmen der Militärverwaltung vor dem Reichstage zu verteidigen, hat dabei schlecht abgeschrieben, schlechter als irgendeiner seiner Vorgänger. Besonders unglücklich war der Kriegsminister in der Verteidigung des Generals von Below, dem der Vorwurf gemacht worden war, daß er Tagegelder, Reisepfesen und Unzugskosten zu Unrecht erhoben hat. Der Fall liegt folgendermaßen:

General von Below wohnte, als er zum General befördert wurde, in Charlottenburg. Sofort nach seiner Beförderung meldete er sich und erhob 610 M. Unzugskosten, wiewohl ein Umzug überhaupt nicht stattgefunden hatte. Erst nach längerer Zeit nahm der General eine andere Wohnung, die sich aber ebenfalls in Charlottenburg befand, so daß der Wohnort in Wirklichkeit niemals verlassen worden ist. Derselbe General nahm Befestigungen auf dem Truppenübungsplatz Döberitz vor. Für diese Befestigung wären ihm eigentlich nur die üblichen Kommandozulagen zugelassen. Der General wählte aber einen anderen Weg, und erreichte es dadurch, daß er die weit höheren Tagegelder bezog. Er ritt mit seinem Adjutanten auf den Dienstpferden nach Döberitz. Sein Bureaupersonal hatte er nach dorthin bereits vorausgeschickt. Einen Schreiber und eine Ordonanz ließ er in Berlin zurück. Diese beiden Soldaten hatten nämlich den Stab zu markieren, der angeblich in Berlin zurückgeblieben war. Die Geschäfte der Brigade wurden nun in der Weise erledigt, daß der in Berlin zurückgebliebene Schreiber sämtliche Posten nach Döberitz sandte, dort wurden sie von dem Personal bearbeitet, dann gingen sie zurück an den Schreiber nach Berlin, und dieser expedierte die Sachen darauf von Berlin aus. Damit wurde der Eindruck erweckt, als sei der Brigadestab überhaupt nicht mit ausgereist. Beide Offiziere berechneten dann Reisepfesen. Das Personal, das sie nach Döberitz mitgenommen hatten, konnte dagegen weder Reisepfesen noch Kommandozulagen berechnen, weil sie — theoretisch genommen — sich nicht in Döberitz, sondern in Berlin auf dem Brigadebureau befanden.

Als dieser Vorfall im vorigen Jahre im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, erklärte der damalige Vizepräsident des Kriegsministeriums, General von Lochow, daß der Fall unzulässig stimmen könne, denn es sei völlig ausgeschlossen, daß ein Offizier derartige Manipulationen mache. Mittlerweile war nun aber von dritter Seite gegen den General von Below eine Anzeige erstattet worden, die die verdienstlichsten Inhaber durchlaufen hat. Der Kriegsminister scheint weder diese Akten noch die Vorschriften der Reiseordnung für die Personen des Soldatenstandes im Augenblick genau gekannt zu haben, sonst wäre

Es ganz unmöglich, daß er für Reichstage, obwohl er den oben geschilderten Zustand als richtig anerkennen mußte, erklären konnte, der Offizier habe korrekt gehandelt. Was zunächst die Reise nach Döberitz anlangt, die auf Dienstpferden zurückgelegt wurde, so erklärte der Kriegsminister in der Sitzung des Reichstages vom 11. Februar 1910:

„Unsere Reiseordnung setzt gar nicht fest, ob jemand die Eisenbahn oder einen Wagen benutzen muß.“

Der Kriegsminister scheint offenbar den § 45, Absatz 1, der Reiseordnung vergessen gehabt zu haben, sonst hätte er wissen müssen, daß nach dieser Bestimmung Reisespesen nur dann zuständig sind, wenn die Dienstreisen auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden.

Der Kriegsminister erklärte weiter:

„Wenn er die Tour mit seinem Pferde zurücklegt, so steht er hinsichtlich seiner Liquidation genau so da.“

Auch das ist grundfalsch, denn § 60 der Reiseordnung bestimmt:

„Ebenso kommt jede Entschädigung in Fortfall, falls der Weg mittels eines dienstlich gestellten Fuhrwerks, Dienstpferdes oder eines fiskalischen Fahrrades zurückgelegt wird.“

Weiter erklärte der Kriegsminister:

„Ehe der General seine Kasse in Empfang nimmt, hat er durch seinen Adjutanten bei der Intendantur, die die Liquidationen verantwortlich zu prüfen hat, anfragen und sich befähigen lassen, daß ihm die Tagegelder zustehen. Ein zweiter Umstand spricht zugunsten des Generals, er hat gar nicht für die Zeit, die er in Döberitz verbracht hat, Tagegelder liquidiert, sondern nur für die, die er dienstlich unbedingt dort sein mußte. Er hat sich also nicht bereichert.“

Eine wesentlich andere Auffassung hiervon hatte jedoch das Gericht des Generalkommandos, das sich mit der Sache befaßt hatte. In einer Entscheidung dieses Gerichts vom 10. Februar 1909 kommen folgende Sätze vor:

„Es läßt sich nicht verkennen, daß die Anforderung der Tagegelder und Reisespesen für die Verhinderungstage und die Anwesenheit zur Zahlung mit den Bestimmungen der Reiseordnung nicht im Einklang steht, wie dies auch vom Königlich Preussischen Kriegsministerium anerkannt worden ist. Denn, da der General nicht bloß seinen Adjutanten, sondern auch einen Schreiber und Burschen mit nach Döberitz genommen hatte, galt der Stab als solcher ausgerückt und für diesen Fall war nach der Reiseordnung marschmäßige Beförderung geboten und zutreffenden Falles nur die Kommandozulage, nicht aber Tagegelder zuständig.“

Der Kriegsminister hat danach gar keine Kenntnis davon gehabt, daß im Kriegsministerium entschieden worden war, daß dem General Tagegelder nicht zustanden. Mag sein, daß diese Entscheidung noch unter seinem Vorgänger, dem General von Einem, gefallen ist, aber schließlich hat er doch seine Räte, die ihn, nachdem feststand, daß der Fall wiederholt zur Sprache kommen werde, in entsprechender Weise aufklären konnten. Vielleicht steht sich der Kriegsminister veranlaßt, nun doch noch klar und deutlich feststellen zu lassen, ob der Intendantur mitgeteilt worden war, daß ein Schreiber in Berlin zurückblieb, die anderen aber mit nach Döberitz gingen.

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß die Intendantur in diesem Falle hätte erklären können, für die Offiziere seien Tagegelder und Reisespesen zuständig.

Was nun den Umzug betrifft, so erklärte hierzu der Kriegsminister:

„Es handelt sich um einen unehelichen Offizier. Bei solchem ist der Umzug als vollzogen anzusehen, sobald er sich im neuen Standort gemeldet hat. Dies trifft für das ganze Reich zu.“

In Wirklichkeit aber hat der General seinen Standort gar nicht verlassen, denn er ist nicht allein in Charlottenburg, sondern auch in derselben Wohnung wohnen geblieben, die er vor seiner Beförderung innegehabt hat. Die Reiseordnung bestimmt nämlich im § 68, Absatz 1:

„Die Zahlung der Umzugskostenvergütung erfolgt für Offiziere usw. ohne Familie, nachdem der Versetzte vor seiner Person in dem neuen Bestimmungsort eingetroffen ist, für Offiziere mit Familie, sobald die Verlegung des Hausstandes nach dem neuen Standorte stattgefunden hat.“

Für den gefunden Menschenverstand ergibt sich aus dieser Fassung ohne weiteres, daß eine Entschädigung nur zuständig ist, wenn ein Umzug stattgefunden hat. General von Below brauchte aber in keinem anderen Standort einzutreffen, denn er befand sich ja bereits in Charlottenburg. Außerdem bestimmt der § 65 der Reiseordnung noch, daß in der Front diensttunende Offiziere, welche innerhalb der Standorte ihre Wohnung wechseln, die nachweislich entstandenen Kosten des Umzuges gewährt erhalten können. Auch das traf aber auf den General von Below nicht zu, denn er hatte eben zu der Zeit keinen Umzug vorgenommen.

Daß der Kriegsminister übrigens selbst das Gefühl hatte, daß hier etwas nicht richtig ist, das ergibt sich daraus, daß er in der feindlichen Sitzung des Reichstages erklärte:

„Ich habe allerdings Veranlassung genommen, diese Bestimmung zu ändern.“

In derselben Sitzung behauptete auch der Kriegsminister, der General habe die Kosten zurückbezahlt. Einige Minuten später, als der Kriegsminister abermals das Wort zu einer Antwort ergrieff, erklärte er genau das Gegenteil, indem er sagte, das Reichsfinanzamt habe sich mit dieser Ausgabe einverstanden erklärt.

Diese Widersprüche in den Behauptungen des Kriegsministers heißen dringend einer Aufklärung.

## Der Wahlrechtskampf.

### Das letzte Mittel.

Breslau, 19. Februar. (Privatdepesche des „Vort.“) In Sachen der Wahlrechtsdemonstrationen erhielt die Breslauer Polizei von dem Minister des Innern folgende mit „Geheim“ bezeichnete Verfügung, die vom 10. Februar datiert ist:

Bei Gefährdung der öffentlichen Ordnung, Straßendemonstrationen und dergleichen sollen zum Zwecke der einwandfreien Aufrechterhaltung des Verkehrs photographische Aufnahmen an geeigneten Stellen erfolgen.

Auch die Photographie kann lügen, wenn man den photographischen Apparat nur in Momenten in Tätigkeit treten läßt, die der Polizei „geeignet“ erscheinen!

**Die Frankfurter Blutnacht in bürgerlicher Beleuchtung.**

Dem Artikel der „Frankfurter Zeitung“, aus dem gestern unser Frankfurter Korrespondent schon ein Stück zitiert hat, entnehmen wir noch:

In fünf Versammlungen hatte die Sozialdemokratie gestern abend gegen das Verhalten der Polizei am vergangenen Sonntag protestiert. Sie hatte von neuem das Recht auf die Straße beansprucht,

das ein natürliches Recht des freien Staatsbürgers ist, auch wenn die Gesetzgebung es nicht oder nur unvollkommen anerkennt. Die Sozialdemokraten können mit diesem, dem Protest und dem Postulat, auf die Zustimmung aller freiheitlich Gesinnten rechnen, deren Urteil nicht durch speyerische Angst vor dem Völk, wenn es leidenschaftliche Gestalt annimmt, beschränkt ist. Die Vorjünglinge und Referenten in den Versammlungen vermeiden jede aufreizende Rede in ihren Ausführungen, und in allen Lokalen wurden die Teilnehmer zum Schluß aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen und jede Provokation der Polizei zu unterlassen. Auch auf dem Heimwege wurde die Menge immer wieder von den sozialdemokratischen Genossen aufgefordert, sich ruhig zu verhalten und den Anordnungen der Polizei zu folgen. Und dieser Aufforderung leisteten die Versammlungsteilnehmer nach allen vorliegenden Berichten bereitwillig Folge. Mehr konnten die Demonstranten unmöglich tun, um einen ruhigen Verlauf der Sache zu sichern. Der Abend wäre auch, da die Polizei ebenfalls mit einiger Zurückhaltung auftrat, ohne jede nennenswerte Störung verlaufen, wenn sich nicht nach und nach der Janhagel der Mißthat in die Menge gemischt und die Polizei angegriffen hätte.

Es genügt nicht, daß den Schulleuten von oben her verständliche Instruktionen erteilt werden; es muß auch jeder einzelne Schuttmann sich so in der Gewalt haben, daß er nicht weiter geht als unbedingt notwendig, — selbst wenn er in schamlicher Art provoziert worden ist. Selbstbeherrschung ist in solcher Lage die wichtigste Eigenschaft des Volkstagen; die Güte und der Ruhm der englischen Polizei beruhen in allererster Linie darauf, daß sie niemals „wild“ wird und sich stets bewußt bleibt, daß sie Dienerin und nicht Herrin des Publikums zu sein hat. Eine Polizei, die ihrer Selbstbeherrschung nicht sicher ist, wird eine Gefahr für das Publikum — das hat sich gestern wieder gezeigt — und sie trägt außerdem in einer so kritischen Situation wie der jetzigen, notwendig dazu bei, die politischen Gegensätze auf die Spitze zu treiben. Die Polizei aber soll ein Organ des öffentlichen Friedens sein und nicht des Konflikts. Eben deshalb sollte sie auch gegenüber der Straßendemonstration, die für den kommenden Sonntag geplant ist und die, wie man hört, in aller Form angemeldet werden soll, ihre Aufgabe nicht darin sehen, dem Umzug die Genehmigung zu verweigern, sondern für seine unge störte, ruhige Durchführung Sorge zu tragen. Am Tage werden ja die Elemente von gestern Nacht sich nicht herbortreiben.“

### Die Städte und der Wahlrechtskampf.

Der Magistrat zu Charlottenburg hat beschlossen, bei dem preussischen Städtetage zu beantragen, daß dieser eine Petition an die beiden Häuser des Landtages richte auf Aenderung der bisherigen Einteilung der Wahlkreise für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten.

### Ein Streich der Erfurter Polizei.

Belanntlich unternahm die Erfurter Parteigenossen am vorigen Sonntag eine Wahlrechtsdemonstration vor dem Gebäude der königlichen Regierung, selbstverständlich ohne vorher die Polizei um ihre Genehmigung hierzu nachzusuchen. Dafür rächte sich nun die Polizei durch Ausstellung einer Anzahl Strafbefehle wegen Verübung „groben Unfugs“. Das wäre nun nichts Besonderes, wenn nicht die Begründung, wodurch und wie dieser „grobe Unfug“ verübt worden sein soll, weit über Erfurter Mauern hinaus ein fröhliches Gelächter entfesseln müßte. Es heißt in dem Strafbefehl:

„Sie haben... gelegentlich einer sozialdemokratischen Demonstration mit anderen Personen gesungen und gesprochen, die Passanten dort Stechenbleiben und die Anwohner veranlaßt, aus den Fenstern zu sehen, den Verkehr auf dem Bürgersteig für die Unbelebten beeinträchtigt, die öffentliche Ordnung gestört und damit groben Unfug verübt.“

Für das Verbrechen, Anwohner veranlaßt zu haben, aus dem Fenster zu sehen, sollen die Uebelthäter je 15 M. büßen. Ob auch die Sendarmen und die Polizisten, die vormittags durch die Straßen galoppierten und dadurch die Anwohner an die Fenster lockten, Strafmandate erhalten haben, können wir leider nicht sagen. Jedenfalls ist aber diese Auslegung des groben Unfugparagrafen originell. Ganz Deutschland wird wieder einmal über die Erfurter Polizeifindigkeit lachen, wie damals, als sie einem Kaiseresspaziergänger ein Strafmandat ausstufte, weil dessen Hund einen roten Zylinderhut trug.

### Die „Freisinnige Zeitung“ und die Demonstrationen.

Das offizielle Organ der freisinnigen Volkspartei führt den Kampf ums Wahlrecht, indem sie voll Eifers polizeiliche Gruselgeschichten über die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen verbreitet.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar 1910.

### Steuerhinterziehungen.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Sonnabend den Etat der Verwaltung der direkten Steuern. Die nicht anders zu erwarten war, spielten die bekannten Delbrück'schen Artikel über die agrarischen Steuerhinterziehungen in der Debatte eine hervorragende Rolle. Daß aber nicht nur auf dem Lande, sondern auch in den Städten Steuerhinterziehungen in hohem Maße vorkommen, diese Tatsache nagelte unser Genosse Pirsch gebührend fest, der an der Hand einiger besonders krasser Fälle die unterschiedliche Behandlung der Arbeiter und der übrigen Bevölkerungsklassen in steuerlicher Hinsicht schilderte. Auch sonst gab Pirsch eine Reihe dankenswerter Anregungen zur Reform der Steuererhebung, er verlangte vor allem die allgemeine Einführung des Deklarationszwanges. Der Minister müßte die Sachlichkeit der Ausführungen unseres Genossen anerkennen, nur das wollte er nicht zugeben, daß — wie Genosse Pirsch festgestellt hat — der Volkswohlstand sich nicht gehoben hat und das Einkommen der Arbeiter nicht gestiegen ist. Daß die Arbeiter heute absolut mehr verdienen als vor 10 und 15 Jahren, hatte der sozialdemokratische Redner nicht bestritten, wohl aber hielt er es für seine Pflicht, zu betonen, wie sehr die Kaufkraft des Geldes sich verringert hat und wie das höhere Einkommen der Arbeiter durch Mietsteigerungen und hohe Lebensmittelpreise reichlich wieder aufgewogen wird. Herr v. Rheinbaben dagegen ist anderer Ansicht, er stellte die Nichtigkeit der Behauptungen unseres Redners in Abrede und konnte sich dabei leider auf Calver als Kronzeugen berufen.

Von fast allen Rednern mit Ausnahme der Vertreter der äußersten Rechten wurde angeregt, man möge den Landräten das Veranlagungsgeschäft abnehmen. Sogar Herr v. Rheinbaben scheint diesem Vorschlage nicht völlig ablehnend gegenüberzustehen. Jedenfalls wird bei der zu erwartenden Revolte zum Einkommensteuergesetz noch ein heftiger Kampf um diesen und eine Reihe anderer grundsätzlicher Punkte entbrennen. Von Interesse dürfte es übrigens sein, daß auch der Konservative v. Hennig unserm Redner darin beipflichten mußte, daß es angesichts der starken Heranziehung der Arbeiter zur Steuer Ehrenpflicht der besitzenden Klassen ist, auch ihrerseits ihr Einkommen voll zu versteuern. Wir werden uns bei der späteren Gesetzesänderung auf dies wertvolle Zugeständnis berufen.

Im Anschluß daran erledigte das Haus noch den Etat des Finanzministeriums, wobei von allen Seiten eine Aufbesserung der Pensionen der vor dem 1. April 1907 verabschiedeten Beamten gefordert wurde.

Montag soll zunächst die Lex Wui beraten werden. Dann folgt der Etat der Zentralgenossenschaftsstelle und einige Initiativanträge.

### Der Reichstagspräsident gestorben.

Sonnabend abend verschied der erste Präsident des Reichstages Dr. Graf Udo zu Stolberg-Berningerode. Im Anschluß an eine Lungenentzündung hatte sich eine Rippenfellentzündung entwickelt. In der Rörten'schen Klinik, in die sich gestern morgen der Präsident begeben hatte, war eine kleine Operation an ihm vorgenommen (Punktion zur Entfernung eines Erythems). Gegen 7 Uhr abends trat Herzschwäche ein. Die unmittelbare Todesursache war Lungen Schlag.

Der Verstorbene war am 4. März 1840 in Berlin geboren. Er war erst Landrat des schlesischen Kreises Landeshut, in dem eine seiner Pfründkommission liegt. 1891 bis 1895 Oberpräsident der Provinz Ostpreußen. Dem Herrenhause gehörte er als erbliches Mitglied an. Reichstagsmitglied war er in den Jahren 1877 bis 1881, dann von 1884 bis 1893 und seit dem 23. Februar 1895 als Vertreter des Wahlkreises Oelsko-Red.-Johannisdorf (Gumbinnen 8). Am 17. November 1901 und am 4. Dezember 1903 wurde er zum Vizepräsidenten, in der laufenden Legislaturperiode zum ersten Präsidenten des Reichstages gewählt. Der Verstorbene war einer der Mitbegründer der deutschkonservativen Partei. Als Redner trat er häufiger in wissenschaftspolitischen Fragen auf, um agrarische Forderungen zu vertreten. Als Vizepräsident fungierte er in den erbitterten Postariz- und Geschäftsordnungs-kämpfen des Dezember 1902. Damals hatte die Opposition sich mit Recht über seine diktatorische, einseitige, ungerechte Handhabung der Geschäftsordnung zu beklagen. Die Minderheit wurde unter wiederholtem Bruch der Geschäftsordnung von der Mehrheit unter seiner Leitung dergewaltigt. In der folgenden Zeit war der Verstorbene bestrebt, sein präsidiales Amt gerecht und unparteiisch zu verwalten. Im persönlichen Verkehr war er äußerst liebenswürdig und entgegenkommend und verfolgte auch dem politischen Gegner seine Achtung nicht. Sein Nachfolger als Reichstagspräsident wird voraussichtlich Graf v. Schwerin-Idwig werden. Möglich, daß der jetzige Vizepräsident Dr. Spahn vom Vizepräsidenten zum ersten Präsidenten avanciert.

### Die Nationalliberalen in der Klemme.

Während die linksliberalen Blätter es den Nationalliberalen im Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach zur Pflicht machen, teilweise es geradezu als eine Lebensfrage für den Liberalismus im Westen erklären, in der Stichwahl für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten, versuchen die rechtsstehenden nationalliberalen Blätter von der Sozialdemokratie abzudrängen. So erblickt die den Großindustriellen an der Saar nahe stehende „Böcklinger Zeitung“ den Grund des Mißerfolges der Nationalliberalen darin, daß der Kandidat, Rechtsanwalt Jall, den immer weiter nach links drängenden Elementen der Partei entnommen sei; das Blatt hofft, daß die Wahl-niederlage der Nationalliberalen in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach ein Menetekel und ein ernster Anlaß zur Enttehr und Selbstbesinnung für die Partei sein werde. Mit mathematischer Notwendigkeit treibe der Rufus des Radikalismus die unsicheren Kantonisten immer weiter nach links, zu den konsequentesten Vereinnern. Zum Schluß heißt es:

„Der Schauplay dieser Reichstagswahl gehört zugleich zu jenen Gegenden des Reiches, aus denen gerade in den Kreisen der Industrie und des selbständigen Gewerbes bittere Klagen gegen die jüngste hypersoziale Phase des Nationalliberalismus geführt werden. Am ganzen Niederrhein greift eine Bewegung um sich, welche, in der Abkehr vom Nationalliberalismus auf die konservativen Parteien, als die künftigen wohlwollenden sachverständigen und sicheren Hüter der industriellen sowohl als der ländlichen Interessen hinstellt. Und wir wissen, wie Herr von Heydebrand sich zum Ritt gen Westen rüstet.“

Die Nationalliberalen in Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach haben noch keine Stellung zur Stichwahl genommen und auch die benachbarte Kölner Presse schweigt sich noch aus. Wir wissen, daß die Führung der Nationalliberalen in Gummersbach weit rechts steht. Es kommt also darauf an, ob die Jungliberalen Entschiedenheit und Einfluß genug haben, ihrer Partei den Ruf nach links zu geben und zur Stellungnahme gegen das Zentrum zu bewegen. In ihren Reden während des Wahlkampfes haben die nationalliberalen Redner mit besonderem Eifer betont, daß das Zentrum der größere Feind sei; die Stimmung der liberalen Wählerschaft kam wiederholt in Versammlungen zum Ausdruck, daß in der Stichwahl unter allen Umständen die Liberalen und Sozialdemokraten zusammenhalten müßten. Aber man weiß aus der Erfahrung, daß die Nationalliberalen in der Regel anders handeln, als sie in tönenen Worten, wenn der Ruf in der Brust seine Spannkraft läßt, verkünden.

Im April 1908 nannte die „Kölnische Zeitung“ das Zentrum den „Erzfeind jeglicher deutscher Volkswohlfahrt“. Das Blatt rief aus zur „Scheidung der Geister“, schwor Feindschaft allen politischen Gruppen, die sich zu Heloten des Zentrums herabwürdigten beteuerte, daß „durch aktive oder passive Hilfe der Nationalliberalen kein Zentrumsmann in den Reichstag einzuziehen“ werde und schloß mit dem Appell: „Mitteln wir alle Gesinnungsgenossen, alle freien deutschen Männer auf und schreiten wir in enge schlossenen Reihen zur Wahlurne, um den bösen Dämon zu brechen.“

Bei der dann folgenden Wahl haben dann die „freien deutschen Männer“ am Rhein, die „Kölnische Zeitung“ voran, dem Zentrum wacker die Schleppe getragen. Nach solchen großen Worten und kleinen Taten wird man mißtrauisch und es würde uns nicht sonderlich überraschen, wenn auch in der bevorstehenden Stichwahl die Nationalliberalen sich „zu Heloten des Zentrums herabwürdigten“. Wir können's ertragen, der Schaden wäre bei den Liberalen!

### Die Junker heken.

Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert in einem Artikel auf, den Straßendemonstrationen energisch ein Ende zu machen. Der Artikel schließt:

„Es ist aber höchste Zeit, daß allen tabula rasa Elementen mit Ernst und Nachdruck klar gemacht wird, daß jede Ungeheuerlichkeit in vollem Maße auf sie zurückfällt. Will die Sozialdemokratie Wind sät, so soll sie Sturm ernten — aber in anderer Weise.“

als es in ihrer Abicht liegt. Hier darf es keine Schwäche und kein Schwanken geben; vor politischem und unpolitischen Böbel darf der preussische Staat nicht kapitulieren.“  
Zu dem Hohn und Spott für die Entrechteten fügt das Organ des nimmerfertigen Junkertums auch noch die niedrigste Scharfmacherei.

### Um die sächsische Pairstammer.

Dresden, 17. Februar.

Seit beinahe einem Jahrzehnt bemühen sich die Nationalliberalen und Freisinnigen im sächsischen Landtage, eine andere Zusammenfassung des sächsischen Oberhauses herbeizuführen, das jetzt aus einer Anzahl Rittergutsbesitzer, Bürgermeister großer Städte, Vertreter der Kirche und Hochschulen, sowie den Prinzen des königlichen Hauses besteht. Im Jahre 1906 ist es bereits einmal zu einer Regierungsvorlage gekommen, die aber nur die Berufung von Vertretern der Industrie vorsah, was schließlich sogar den Nationalliberalen zu jämmerlich war, sodass sie es ablehnten, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Vorlage voll zu machen, die also in den Papierkorb fiel.

Den heutigen Verhandlungen der Zweiten Kammer lagen drei Anträge vor, die das Pairsthaus betrafen. Die Nationalliberalen forderten Vertreter verschiedener gewerblicher und gelehrter Berufskreise für die Erste Kammer, nur die Arbeiter hätte man verweisen. Ein freisinniger Antrag wollte alle großen Berufskreise im „hohen jenseitigen Hause“ vertreten sehen und ein sozialdemokratischer Antrag forderte die Befreiung der Ersten Kammer.

Bei der Begründung der Anträge wurde von freisinniger (Abg. G. Müller) und sozialdemokratischer Seite (Abg. Fleißner) der Nachweis geführt, daß das sächsische Oberhaus in seiner heutigen Zusammenfassung überhaupt nicht zu Recht besteht. Es beruht auf einem Verfassungsbruch, den die sächsische Regierung begangen hat, als sie 1851 die damals auf Grund eines allgemeinen Wahlrechts bestehende Kammer durch eine Verordnung auflöste und Gesetz und Verfassung zuwider die alten Stände, die man durch ein Gesetz abgeschafft hatte, wieder berief. Genosse Fleißner betonte besonders, daß die Erste Kammer ein Gegengewicht gegen jedes Volksparlament sei und also Opposition erfordere. Er wies auch den Liberalen nach, daß sie dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen müßten, wenn sie ihre eigenen Anträge verwirklichen wollten, denn die Herren, die jetzt im Pairsthaus sitzen, wären dafür nicht zu haben. Die Freisinnigen versicherten, im Grunde mit dem sozialdemokratischen Antrage einverstanden zu sein, sie könnten sich nur deshalb nicht dazu aufschwingen, weil eine solche Forderung ausichtslos sei. Noch weit wackelhafter zeigten sich die Nationalliberalen, die von einer historischen Weiterentwicklung faselten und sehr zaghaft opponierten.

Die Regierung machte aber bald allen Hoffnungen der Freisinnigen und Nationalliberalen ein Ende. Wie der Minister Witzum zu Eckardt verkündete, will sie überhaupt nichts von einer Reform der Pairstammer wissen, höchstens die lästige Vorlage von 1906 will sie zugestehen, also eventuell noch zwei oder drei Mitglieder der Industrie unter die Pairst berufen. Darob waren die Nationalliberalen und Freisinnigen allerdings sehr betrübt, sie lamentierten sehr laut. Der Konservative Dopy aber stellte sich auf die Seite der Regierung. Nun kam es zu einem lebhaften Geplänkel, bei dem Genosse Riem den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei vertrat. Einige Liberalen, besonders Abg. Werke, witterten gegen die Rittergutsbesitzerwirtschaft in der Ersten Kammer und Werke's Rede klang wie eine Kriegserklärung, war aber so höflich gemeint. Regulative Töne, nur etwas milder, schlug später der Nationalliberale Feltner an. Nachdem Genosse Fleißner noch im Schlußwort die Haltung der bürgerlichen Parteien gekennzeichnet hatte, wurden alle Anträge der Gesetzgebungsdeputation überwiesen.

Eine beachtenswerte Entscheidung auf Grund des Sprachenparagrafen des neuen Vereinsgesetzes fällt am 17. dieses Monats die 8. Strafkammer des Landgerichts Duisburg in einer Strafsache gegen den polnischen St. Andreasverein in Schmidhorst. Der Polenverein feierte am 10. Oktober vorigen Jahres sein Stiftungsfest, wozu auch eine Anzahl Gäste polnischer Nationalität eingeladen waren. Bei dieser Gelegenheit hielt der Vereinsvorsitzende, Bergmann Woslowiak, eine Ansprache in polnischer Sprache, deren Sinn war, daß er die Anwesenden ermahnte, auch im fremden Lande gute Polen zu bleiben, polnische Sitten und Gebräuche aufrechtzuerhalten und die Kinder in den alten Sitten und Gebräuchen zu erziehen. Ein Kriminalpolizist Meyer, der aus dem Wirtschaftslokal die Ansprache hörte, unterlagte dem Vereinsvorsitzenden, in dieser Weise weiter zu reden und sorgte für Anzeige. Woslowiak erhielt ein Strafmandat über 20 Mk., das vom Schöffengericht in Ruhrort bestätigt wurde. Nun hatte sich am Donnerstag die Strafkammer in Duisburg als Berufungsinstanz mit der Sache zu befassen. Das Gericht kam zur Freisprechung des Angeklagten.

Es bedauerte so: Der § 12 des Vereinsgesetzes erfordert nicht nur, daß in fremder Sprache geredet werde, sondern er sehe auch ein „Verhandeln“ voraus. Da nun aber eine Ansprache kein Verhandeln sei, so könne die Ansprache allein nicht als eine Verletzung des § 12 des Vereinsgesetzes angesehen werden, auch dann nicht, wenn in die Ansprache allgemeine Gesichtspunkte mit eingeschlossen seien. Sie bliebe immer nur eine Rede ohne das Merkmal einer Verhandlung. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft vertrat den Standpunkt, daß das stillschweigende Einverständnis der Anwesenden mit der Ansprache, einer Verhandlung gleichkomme, hatte aber hiermit, wie das Urteil beweist, kein Glück. Hoffentlich bricht sich die in dem Urteil niedergelegte Auffassung allgemein Bahn.

### Gegen den Abonnentenversicherungsschwindel.

In der Mittwochsitzung des Finanzausschusses der bayerischen Abgeordnetenkammer kam auch der Versicherungsschwindel, der von einigen Parteien betrieben wird, zur Sprache. Die Redner sämtlicher Parteien sprachen die Meinung aus, daß die Abonnentenversicherung ein Zustand sei, der so bald als möglich beseitigt werden müsse. Abgeordneter Dr. Pöcher (Zentrum) führte aus, die Abonnentenversicherung sei ein Unfug, der in sehr in vielen Fällen zur Täuschung der Abonnenten führe und gesetzlich beseitigt werden müsse. Wenn es nicht anders gehe, müßten in die neuen Versicherungsgeetze Bestimmungen aufgenommen werden, wodurch ein Unwesen beseitigt wird, das mit dem Zeitungswesen als solchem gar nichts zu tun hat, aber andererseits charakterlosen Blättern Eingang verschafft. — Der Verkehrsminister von Frauenlöcher äußerte sich in der gleichen Weise. Er werde, soweit er in der Lage sei, darauf hinarbeiten, daß dieser Versicherungsunfug so bald als nur möglich abgestellt wird.

### Die Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Am Freitag, den 15. Februar er., schritten die Privilegierten, die Grundeigentümer, zur Wahl, die selbstverständlich zugunsten der alten Wahlrechtsüberfraktionen ausfiel. Von den 20 Mandaten, welche die Grundeigentümer bei jeder halbjährlichen Erneuerung der Bürgerchaft zu wählen haben, fielen 18 auf die durch Listen verbundenen alten Fraktionen, während die Vereinigten Liberalen (Gewner der Massenwahlen) zwei Mandate erhielten. Für die vier Kandidaten unserer Partei wurden 3278 Stimmen abgegeben, so daß nur wenige Stimmen an der Verteilungsgrenze — auch bei diesen Wahlen wird nach

dem Proporz geteilt — fehlen. Vor drei Jahren eroberte die Sozialdemokratie in der anderen Stadthälfte ein Grundeigentümermandat. Unsere Fraktion zählt jetzt 20 Mandate, vor diesen Wahlen 21. Der Wahlrechtsraub hat unserer Partei also ein Mandat gekostet. Am 28. Februar tritt die letzte Gruppe der Privilegierten auf den Plan, die Notabeln, die, etwas über 400 Mann stark, ebenfalls 20 Abgeordnete zu ernennen haben. Die Notabeln bestehen aus jetzigen und früheren Mitgliedern der Verwaltungsbehörden und Gerichten und jetzigen und früheren Bürgerchaftsmitgliedern, ehrenamtlich tätigen Bürgern usw. Durch das Labryinth dieses tollen, aus allen möglichen Wahlsystemen zusammengesetzten „Wahlrechts“ der Republik Rammonia hindurchzufinden, hält Anstehenden sehr schwer. Hinsichtlich der Bewertung der Volksrechte stehen die Stadtrepubliken dem Junkerstaate Preußen nicht nach.

### Amtliches Wahlergebnis im Kreise Mülheim-Wipperfurth-Gummersbach.

Bei der am 15. d. Mis. stattgehabten Reichstagswahl im Wahlkreise Mülheim-Wipperfurth-Gummersbach wurden insgesamt 40 913 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Oberlandesgerichtsrat Marx-Düsseldorf (Z.) 20 376, Schriftsteller Dr. Erdmann-Röln (Soz.) 10 924, Rechtsanwalt Hall-Köln(natl.) 8485, Pfarrer Doemann-Gummersbach (Christlichsozial) 1140 Stimmen, zerpflickt waren 8 Stimmen. Es hat also Stichwahl stattgefunden zwischen Marx (Z.) und Erdmann (Soz.). Die Stichwahl ist auf den 28. d. Mis. angesetzt.

### Ein geschwundener Richter.

Der § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes bestimmt, daß gegen Personen, die sich der Ungebühr vor Gericht schuldig machen, eine Höchststrafe von drei Tagen Haft festgesetzt werden kann. In Röln aber ist der Fall vorgekommen, daß der Vorsitzende eines Schöffengerichts auf Antrag des Anwalts gegen eine Angeklagte eine sofort vollstreckbare Haftstrafe von sechs Wochen verhängte. Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über die ungeheure Härte des Urteils, das über die vom Gesetzgeber gewollte Höchststrafe um das vierzehnfache hinausgeht, oder aber über die Gesetzenskenntnis der beiden Gerichtspersonen: des Amtsanwalts und des vorsitzenden Richters. Das Unrecht ist nachträglich repariert worden, nachdem man den Richter auf seinen großen Irrtum aufmerksam gemacht hatte. Was aber geschieht mit den beiden Herren, die geradezu eine Gefahr sind für alle die, deren bürgerliche Existenz in ihre Hände gelegt wird.

### Zu Weininger Landtag.

zeigte die bürgerliche Majorität am Freitag bei der Fortsetzung der Beratung des Einkommensteuergesetzes ihre ganze „Arbeiterfreundlichkeit“, indem sie gegen die Ermäßigung der Einkommensteuersätze von 900 bis 2700 Mk. stimmte, und so mit 14 gegen 10 Stimmen das Gesetz für die Arbeiter fast wertlos machte. Die Regierung selbst hatte die Ermäßigung, die die Staatskasse um 88 530 Mk. belassen würde, beantragt und damit begründet, daß bei den steigenden Löhnen, die sehr schwer die unteren Klassen treffen, eine Entlastung der obigen Einkommensteuersubjekte am Platze sei. Die Regierung denkt also sozial gerecht, als die Abgeordneten liberal-agrarischer Aeuere, die im Weininger Landtag den Ausschlag geben. Da mit dieser Ablehnung ein Hauptvorteil des ganzen Gesetzes für die Arbeiterklasse fällt, ist es fraglich, ob unter diesen Umständen unsere Fraktion für das ganze Gesetz noch stimmen wird.

### Nord und Süd.

Wie das Karlsruher amtliche Organ, so sucht jetzt auch der Württembergische „Staatsanzeiger“ den preussischen Ministerpräsidenten von Bethmann Hollweg gegen die Vorwürfe zu verteidigen, die er wegen seiner Wahlrechtsrede jetzt im Süden des Reichs über sich ergehen lassen muß. Besonders wendet sich das Blatt gegen die vom Stuttgarter Volksverein, der Lokalsorganisation der Süddeutschen Volkspartei vor wenigen Tagen beschlossene Protestresolution. Es bestreitet, daß Bethmann Hollweg den deutschen Süden „beschimpft“ habe und hebt aus seiner Rede die Stellen hervor, wonach er „Achtung und Verständnis“ für die besonderen politischen und Kulturwerte, die mittel- und süddeutsches Wesen geschaffen haben, für notwendig erklärt habe. Es wird dem amtlichen württembergischen Blatt nicht gelingen, darüber hinwegzutäuschen, daß es sich hier nur um eine leere Redefloskel gehandelt hat, denn Bethmann Hollweg hat, was nicht bestritten werden kann, weiterhin behauptet, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist, und daß die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen habe, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen. Nun haben die drei süddeutschen Bundesstaaten aber in den letzten Jahrzehnten ihren Parlamentarismus so demokratisch wie möglich gestaltet, d. h. auf die Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts gestellt. Wo bleibt denn aber die „Achtung“ und das „Verständnis“ für die besonderen politischen und Kulturwerte des Südens, wenn im gleichen Atemzuge dogmiert wird, daß man auf diesem Wege nur zur Verflachung und Verrohung gelangt? In Württemberg besonders hat man diese Folgen bekanntlich in seiner Weise gefürchtet, denn dort besteht das allgemeine und gleiche, direkte und geheime Wahlrecht nicht nur für die Landtags-, sondern auch für sämtliche Gemeinde- und Schultheißen. begm. Oberbürgermeisterwahlen! — Die Deckung des preussischen Ministerpräsidenten durch den Württembergischen „Staatsanzeiger“ wird deshalb in Schwaben auch richtig eingeschätzt werden als eine leere Formalität, ein Akt der Höflichkeit, den die württembergische Regierung der preussischen vielleicht schuldig zu sein glaubte, durch den aber das abfällige Urteil der Süddeutschen über die reaktionären Ansichten Bethmann Hollwegs in der Frage des Wahlrechts keineswegs beeinflusst werden kann.

### Oesterreich.

#### Ein Balkanabkommen?

Rom, 19. Februar. Wie aus einer Mitteilung an die Presse hervorgeht, ist zwischen Oesterreich, Rußland und Italien ein Abkommen über die Balkanfrage erzielt worden. Zwischen den einzelnen Mächten sollen später Spezialabkommen getroffen werden.

#### Das ungarische Regierungsprogramm.

Budapest, 19. Februar. Heute fand unter Teilnahme von mehr als 8000 Personen die Versammlung zur Gründung einer Regierungspartei statt, welche sich unter dem Namen Nationale Arbeiterpartei konstituierte. Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervarh entwickelte in einer einstündigen, von stürmischem Beifall oft unterbrochenen Rede das Reformprogramm der Regierung, welches alle Zweige der öffentlichen Verwaltung umfaßt. Bezüglich der Wahlreform erklärte Graf Khuen-Hedervarh, die Regierung betrachte es als ein Hauptanliegen, so schnell als möglich eine Gesetzesvorlage über die Wahlreform ausarbeiten, welche auf dem allgemeinen Stimmrecht beruhe. Die Ausdehnung des Stimmrechts werde sehr weit gehen, doch sagte der Ministerpräsident, werden wir sehr wohl den durch die Geschichte ausgeprägten nationalen Charakter des Staates wahren. Wir wollen andererseits bestrebt sein, daß die nicht ungarischen Mitbürger sich unter uns wohl fühlen, weil wir nur durch Einigkeit und brüderliches Verhalten jene Stufe der Entwicklung erreichen können, welche uns einen würdigen Platz unter den Nationen einnehmen läßt. Graf Khuen-Hedervarh erklärte ferner: Bezüglich der Armenfrage werden wir die Forderungen, welche von der ehemaligen liberalen Partei unter dem Kabinett Tisza aufgestellt wurden, durchzuführen. Bezüglich der Bankfrage werden wir

die Gemeinsamkeit mit der Notenbank nur insofern aufrecht erhalten, als es gelingt, unsere wirtschaftlichen Interessen durch eine gemeinsame Bank besser zu sichern als bisher. Mit besonderem Nachdruck hob der Ministerpräsident die in Aussicht stehende liberale Handhabung des Versammlungsrechtes hervor. Daraus begründete Graf Tisza in einer Rede, in der er von sozialistischen Zwischenrufen wiederholt unterbrochen wurde, so daß ein Ruhestörer aus dem Saal entfernt werden mußte, eine Resolution, in welcher die Zustimmung zu dem Reformprogramm der Regierung ausgedrückt wird, welche die staatsrechtlichen Kämpfe ausschalte und die Ziele der nationalen Demokratie verwirkliche. Bezüglich der Wahlreform erklärte Tisza, er wünsche wohl den industriellen Arbeitern das Wahlrecht zu verleihen, doch würde eine zu radikale Lösung nationale Interessen gefährden. Sodann wurde ein Organisationskomitee von 50 Mitgliedern gewählt.

### Frankreich.

#### Die Unterschliffe in der Marine.

Paris, 19. Februar. Die Untersuchung über die im Toulon er Arsenal von untergeordneten Beamten im Verein mit mehreren Lieferanten begangenen Unterschliffe hat ergeben, daß diese Unterschliffe schon mehrere Jahre andauerten.

### Italien.

Internationale Gegenfeitigkeit in der Arbeiterversicherung. Rom, 18. Februar. Die Deputiertenkammer nahm heute ohne Debatte ein italienisch-ungarisches Abkommen über Entschädigung von Arbeitern bei Unfällen an. Hierbei sprach der Deputierte Cabrini den Wunsch aus, daß ähnliche Verträge auch mit anderen Staaten abgeschlossen werden sollten. Der Minister des Aeußeren Graf Guicciardini schloß sich diesem Wunsch an mit den Worten: Möge der Tag nahe sein, an dem eine wahre Verschwisterung der Nationen zum Schutze der Arbeiter stattfinden wird. Den Worten des Ministers folgte lebhafter Beifall der Deputierten.

### Belgien.

#### Klerikale Schulpolitik.

Brüssel, 15. Februar. (Fig. Ver.). Der eben erschienene Bericht des parlamentarischen Zentralausschusses für das Budget des Unterrichtsministeriums erklärt wieder einmal, daß der obligatorische Schulunterricht keine Notwendigkeit für Belgien ist, und zwar mit der netten Begründung, daß auch so die Zahl der Analphabeten zurückgeht! Und wenn der blämische Bauer lesen und schreiben kann, ist das für die klerikale Bildungsauffassung gerade genügend!

Sollten die Katholiken nun auch den obligatorischen Unterricht für überflüssig, so sind sie doch für eine entsprechende Ausdehnung des Unterrichts — der klerikalen Schulen nämlich. Der Herr Berichterstatter wird zu diesem Zwecke der Kammer den von den Klerikalen schon oft geäußerten Wunsch zu Gemut führen, daß die privaten konfessionellen Schulen in bezug auf die staatliche Subsidien mit den offiziellen Schulen auf gleiche Stufe gestellt werden. Dieses Ansinnen der Klerikalen stammt nicht von heute und birgt ihre wichtigsten Unterrichtsfragen. Die Pflanzschulen werden zwar auch heute schon gründlich aus dem Staatsbüdel gefüttert, aber der Kampf gegen die „religionslosen“ offiziellen Schulen soll noch mehr mit staatlichen Geldern gesiegt werden.

Nebrigens wird diese Woche eine Interpellation des sozialistischen Deputierten Vertran die Gelegenheit zu einer kräftigen Abrechnung mit der klerikalen Schulpolitik bieten. Vor den Wahlen werden so die Befehnisse der Klerikalen doppelt nützlich sein.

### Schweden.

#### Der Handelsvertrag mit Deutschland.

Stockholm, 19. Februar. Beide Kammern des Reichstags nahmen den Vorschlag betreffend die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrags an.

### England.

#### Die Arbeiterfraktion und die kommende Parlamentstagung.

London, 17. Februar. (Fig. Ver.) Die Arbeiterabgeordneten hielten gestern im Unterhause eine Sitzung ab, um sich als Fraktion zu konstituieren und über das Programm zu beschließen. Zum Fraktionsführer wurde, wie bereits telegraphisch gemeldet, G. N. Barnes (früher Sekretär der Maschinenbauer) gewählt, zum Stellvertreter J. R. C. Jones, zum Sekretär J. Parker, zu Whips Roberts und Duncan. Alle gehören sie zur unabhängigen Arbeiterpartei und sind Sozialisten. Es wurde beschlossen, folgende Vorlagen einzubringen:

1. Novelle zum Gewerkschaftsgesetz, um die politische Tätigkeit und die politischen Ausgaben der Trade-Unions zu legalisieren.
2. Vorlage über das Recht auf Arbeit (Beseitigung der Arbeitslosigkeit).
3. Vorlage, um das Gesetz über Speisung der Schulkinder obligatorisch zu machen.
4. Vorlage über Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter.
5. Vorlage über Verstaatlichung der Eisenbahnen.
6. Vorlage, um die Austreibung streikender Arbeiter aus den Verkaufsräumen zu verbieten.
7. Obligatorisches Biegen und Wenden in Stahl- und Zementfabriken.

#### Abbruch der Verhandlungen.

London, 18. Februar. Die liberalen Blätter sehen heute abend die Lage etwas günstiger an. Mehrere hervorragende Deputierte der Arbeiterpartei sagen, die Erklärung Barnes gebe nur seine persönliche Meinung wieder. Die Partei selbst habe noch keine Entscheidung getroffen und werde auch vor dem Zusammentritt der Gruppe am Montag keine Entscheidung treffen. Barnes gibt dies zu, ist jedoch der Ansicht, daß seine Erklärung die allgemeine Auffassung der Partei darstelle. Die Verhandlungen zwischen den Liberalen und den Irändern sind einstweilen aufgeschoben worden, ebenso die Verhandlungen der Liberalen mit der Arbeiterpartei.

### Amerika.

#### Gegen den Fleischraub.

New York, 19. Februar. Die Großjury von Jersey City hat die Direktoren der National Packing Company, des sogenannten Beeftrusts, unter Anklage gestellt, weil sie den Markt in ihre Gewalt gebracht und die Preise künstlich in die Höhe getrieben hätten. Zu den Angeklagten gehören Armour, Swift und Morris.

#### Lynchjustiz und ihre Folgen.

Calro (Missis.), 18. Februar. Hier ist es zwischen Beamten des Sheriff's und einer Volksmenge zu einem Straßenkampf gekommen, bei dem ein Richter getötet und mehrere andere schwer verwundet wurden. Die Menge hatte einen Regent, der gestern abend eine Geldbörse gestohlen hatte und deshalb verhaftet worden war. Lynchmänner wollen. Mehr als fünfshundert Leute zogen vor das Gefängnis und verlangten die Herausgabe des Gefangenen. Auf die Weigerung des Sheriff's hin drohte die Menge ein Gefängnis einzubrennen. Darauf ließ der Sheriff Feuer geben. Truppenkontingente sind nach der Stadt abgegangen.

# Gewerkschaftliches.

## Der befriedigte Minister und die erfreuten Arbeiter.

Drei Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes deutscher Eisenbahnhändler und Arbeiter, Sitz Elberfeld, hatten um eine einstündige Audienz beim Eisenbahnminister gebeten, um eine Denkschrift über die Wünsche der Eisenbahnarbeiter zu überreichen. Der Minister sprach seine Befriedigung über die ruhige und sachliche Form, in welcher die Wünsche vorgebracht wurden, aus, und sagte „wohlwollende Prüfung“ zu. Die Mitglieder der Deputation waren über das — Entgegenkommen des Ministers sehr erfreut.

Bei der „wohlwollenden Prüfung“ wird zwar für die Arbeiterschaft nicht viel herauskommen; aber das ist in Preußen etwas so Gewohntes, daß dadurch niemand enttäuscht wird. Doch die erfreuten königstreuen Arbeiter werden nun nach Hause gehen und erzählen, wie entgegenkommend preussische Minister sein können, wenn man möglichst wenig von ihnen fordert. Der Minister aber lobt sich natürlich Arbeiter, die demütig wünschen, statt aufrecht zu fordern. Solche Leute werden auch nicht rebellisch werden, wenn man über alles Wohlwollen ihre Wünsche vergißt. — Nur fürchten wir, bei dieser Bescheidenheit auf der einen und der Selbstzufriedenheit auf der anderen Seite wird die Arbeiterschaft zu kurz kommen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die verunglückte Aussperrung im Steindruckgewerbe.

Eine öffentliche Versammlung der Lithographen und Steindruckere fand am Freitagabend Freyers großen Saal in der Kappelerstraße. Der bisherige Verlauf der Aussperrungsbewegung stand auf der Tagesordnung. Der Referent Alex Czoch schilderte die Entwicklung jener großen Aktion des Schutzverbandes für das Steindruckgewerbe, die ja nun, wie der „Vorwärts“ vorgestern bereits ausführlich berichtete, mit einem Tarifabschluß in München und mit der Zurückziehung der verhassten Normalarbeitsordnung, also mit einer Niederlage für die Unternehmer geendet hat. Nur insofern hat die Arbeiterschaft einiges Entgegenkommen gezeigt, als in den Geschäften, wo die vom Schutzverband geforderte Verteilung der insoweit der Gewerbeordnungsnovelle an den Sonnabenden ausfallenden Arbeitszeit auf die übrigen Wochentage schon durchgeführt ist, es dabei bleiben soll. Es handelt sich hier um eine sehr geringe Zahl von Betrieben, deren Personal so lächerlich war, sich den Wünschen der Unternehmer zu fügen und nun den Schaden davon hat. Es ist aber wohl vorzuziehen, daß die Ausnahmebestimmung, die diese Betriebe nun einnehmen, sich auf die Dauer nicht auflöst erhalten läßt. Der Referent Dr. Gerschel, der so selbstbewußt erklärte, er werde auf dem Wege der Arbeitsordnung der Arbeiterschaft seinen Willen diktiert, der, samt den übrigen Schrammädern, in München und anderen Orten jede friedliche Vereinbarung mit der Arbeiterschaft zu hintertreiben suchte, mußte erkennen, daß seine Macht an der Einmütigkeit der gesamten Arbeiterschaft des Steindruckgewerbes eine Grenze fand. Die Prinzipale im Reich zeigten allzu wenig Reue, dem Aussperrungsbefehl dieser Herren Folge zu leisten und den Profit, den ihnen die eben wieder aufsteigende Konjunktur bot, aufs Spiel zu setzen. Selbst in Leipzig, wo das Unternehmertum ziemlich schrammädernisch zu sein pflegt, hatten von den 17 Firmen, die am 11. Februar die Kündigung vornehmen sollten, nur 9 gekündigt, 8 nicht. Die Arbeiterschaft war vorbereitet und gerüstet, den großen Kampf, der ihr aufgeworfen werden sollte, auf der ganzen Linie aufzunehmen. Die Macht des Schutzverbandes reichte aber nicht so weit, den Kampf zu führen, und die Prinzipale waren mit Recht froh darüber, auf diese Weise ohne weiteren Schaden davonzukommen.

Die Versammlung nahm nach kurzer Diskussion und nachdem verschiedene Redner vor allem betont hatten, daß die Einmütigkeit der Arbeiterschaft, durch die der so sorgfältig vorbereitete Angriff des Unternehmertums zurückgeschlagen wurde, auch in Zukunft dringend notwendig ist, und daß die Reihen der Organisation noch immer mehr geklärt werden müssen, einstimmig folgende Resolution an:

„Die gubeforschte Versammlung der Lithographen und Steindruckere Berlins erklärt nach Entgegennahme des Berichts über die Ursachen und den Verlauf der verunglückten Aussperrungsbewegung des Schutzverbandes ihr Einverständnis mit den von der Verbandsleitung getroffenen Abmachungen. Die Versammlung drückt ihre Genugtuung aus, daß es durch die Macht der Organisation gelungen ist, dem Schutzverband die Forderung der Kündigung zu verweigern. Die Versammlung bespricht alles, was tun, was geeignet ist, dem Verbands auch den letzten Unorganisierten zuzuführen und den Kampf gegen die Organisation zu führen, um den Schutzverband von seinem Aussperrungsfieber ein für allemal gründlich zu kurieren.“

### Bewegung der Leitergerüstbauer.

Die Leitergerüstbauer waren am Freitag im „Englischen Garten“ versammelt. Lambrrecht gab namens der Sektionsleitung in kurzen Worten ein Bild von der derzeitigen wirtschaftlichen Lage der Leitergerüstbauer. Der Geschäftsgang ist augenblicklich noch sehr schwach, doch ist schon für die nächsten Tage ein Umschwung zu erwarten. Gegenwärtig arbeiten nur etwa 100 Gerüstbauer, doch wird die Anzahl der Beschäftigten bald sehr rapid steigen. In der Saison im Baugewerbe werden mehr als 600 Gerüstbauer beschäftigt. Im Unternehmertum ist eine bedeutsame Aenderung vor sich gegangen. Von den nahezu 50 Gerüstbauunternehmern, die die Branche hatte, haben sich die größten von ihnen, etwa 30 an der Zahl, am 15. Februar zu einer Aktiengesellschaft vereinigt, die von vier Depots aus die bisherigen Arbeiten erledigen will. Diese Konzentration stellt gegenüber den Arbeitern eine Unternehmertum dar, die festgefügter und darum von größerer Bedeutung ist, als es der Zusammenschluß dieser Unternehmer zu einem Arbeitgeberverbande sein würde. Durch eine intensive Agitation sollen nun die noch indifferenten Leitergerüstbauer dem Transportarbeiterverbande angeführt werden und damit dem zusammengeschlossenen Unternehmertum eine starke Arbeiterorganisation gegenüber gestellt werden. In Anbetracht des Umstandes, daß seit Jahren die Löhne nicht mehr aufgebessert worden sind, eine Erhöhung derselben aber infolge der stetig steigenden Tendenz der Preise für Lebensmittel und aller sonstigen Bedarfsartikel unumgänglich notwendig ist, soll der nun eintretende gute Geschäftsgang von den Arbeitern dazu benutzt werden, eine Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Die Versammlung wählte eine aus 11 Mitgliedern bestehende Kommission, die die erforderlichen Vorarbeiten für die Lohnbewegung machen und eine Tarifvorlage ausarbeiten soll, die, nachdem sie von den Arbeitern gutgeheißen, den Unternehmern unterbreitet werden soll.

### Deutsches Reich.

#### Drohende Aussperrungen im Tapezierergewerbe.

In Halle a. S. kündigte der Schutzverband der Unternehmer den Arbeitern den bestehenden Tarif und bedrohte, den Arbeitern einen neuen dreijährigen Tarif aufzuzwingen, der im wesentlichen nur die alten Lohnsätze enthielt. Als die Arbeiter sich weigerten, auf weitere drei Jahre diese alten Bedingungen anzuerkennen, erfolgte die Ankündigung der Aussperrung. Diese soll am Sonnabend, den 10. Februar, erfolgen. Die Unternehmer werden bei der guten Organisation der Arbeiter ihre Absicht wohl nicht erreichen.

In Hannover drohen die Unternehmer gleichfalls mit der Aussperrung. Auch hier verlangen die Abschluß eines längeren Tarifes ohne wesentliche Zugeständnisse. Außerdem soll der seit

Jahren bestehende vorzüglich arbeitende Paritätische Arbeitsnachweis aufgehoben werden. Die Organisation der Arbeiter soll ausdrücklich den gänzlich leistungsunfähigen städtischen Nachweis als Arbeitsvermittlung für das Gewerbe anerkennen. Irigendwelche weiteren Verhandlungen wurden brüsk zurückgewiesen und die Aussperrung angekündigt. Am 15. Februar faßten Zwangsinnung und Schutzbund den Beschluß, von allen Gehilfen den Austritt aus dem Verbands zu verlangen. Durch eine Konventionalstrafe von je 50 M. für jeden beschäftigten organisierten Arbeiter sollen alle Arbeitgeber angehalten werden, nur solche Gehilfen zu beschäftigen, die unterjährig ihren Austritt aus dem Verbands erklärt haben. In Hannover besteht eine der stärksten Filialen des Tapeziererverbandes. In einer von sämtlichen Gehilfen besetzten Versammlung nahmen diese Stellung zu der dreitägigen Zumutung der Unternehmer. Einstimmig erklärten sich die Gehilfen bereit, lieber eine längere Aussperrung auf sich zu nehmen, als aus dem Verbands auszutreten. Da in Hannover keine Ersatzkräfte aufzutreiben sein werden, werden die Unternehmer versuchen, Arbeitswillige von auswärts heranzuziehen.

Nach Halle und Hannover ist der Zugzug daher strengstens fernzuzulassen.

In Dresden schlossen die Tapezierer einen für die Arbeiter sehr vorteilhaften Tarif auf drei Jahre ab. Die Arbeitszeit wird von 54 auf 53 Stunden verkürzt. Der Mindestlohn steigt von 47 auf 52 Pf. Außerdem sollen am 1. April alle Gehilfen eine Lohnzulage von mindestens 3 Pf. erhalten.

#### Zu den Differenzen im Düsseldorfer Dachdeckerergewerbe.

Eine von 120 Dachdeckergehilfen besuchte Versammlung beschloß, falls die Innung auf der von uns dieser Tage mitgeteilten Lohnherabsetzung von 5 Pf. pro Stunde bestehen sollte, am 1. März die Arbeit niederzulassen.

In der sächsischen Nachschloßmetropole Meißen sind am 19. Februar die Hilfsarbeiter der Ofenfabriken in den Streik eingetreten. Die vereinigten Fabrikanten lehnten es ab, auf die bestehenden Forderungen der Arbeiter einzugehen, so daß diesen nur die Arbeitsniederlegung übrig blieb. Durch den Streik der Hilfsarbeiter werden auch die Töpfer der Ofenfabriken in Mißleidenschaft gezogen. Diese hatten gleichfalls zu ihrem Tarifabschluß am 15. Februar neue Forderungen formuliert und haben hier die Unternehmer ein ziemliches Entgegenkommen gezeigt. Allerdings haben die Töpfer zu dem Zugeständnisse der Unternehmer nicht endgültig Stellung genommen, jedoch dürften sie, da die Hilfsarbeiter nunmehr den Streik proklamiert haben, in einigen Tagen mindestens der Arbeitslosigkeit anheimzufallen. Zugug von Arbeitern aller Art nach Meißen streng fernzuzulassen.

### Ein abgeblühter Renegat.

Der stellvertretende Redakteur der „Buchbinder-Zeitung“, Genosse Heise, hatte sich vor dem Schöffengericht Nürnberg zu verantworten, weil er einen Mittelstandsführer beleidigt haben sollte. Dieser, der Buchbindermeister G. Schmidt, spielte in früheren Jahren in der Partei eine Rolle. Damals legte er eine so radikale Gesinnung an den Tag, daß er in der ganzen Partei nur mit dem Namen „Anarchisten-Schmidt“ genannt wurde. Später wurde er selbständig und sattelte in seinen Anschauungen um; er absolvierte mehrere bürgerliche Parteien, so daß er jetzt einer der reaktionärsten Mittelstandsführer ist. Die „Buchbinder-Zeitung“ hatte sich im Herbst mit dem Betriebe dieses Herrn zu befassen und übte an den dort herrschenden Verhältnissen scharfe Kritik; dabei verwies sie auch auf seine revolutionäre Vergangenheit und erinnerte an seinen Spitznamen „Anarchisten-Schmidt“. Weibes ärgerte ihn davor, daß er den Redakteur verklagte. Heute wird er wohl wünschen, daß er es nicht getan hätte, denn die Verhandlung endete für ihn mit einer scheußlichen Wamagie. Durch zahlreiche Zeugen wurde erwiesen, daß er miserabile Löhne zahlte, die Leute schlecht behandelte, nur Minderjährige beschäftigte — eine Minderjährige ist „Vorarbeiterin“ und bezieht einen Wochenlohn von 12,50 M. —, den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen will, daß in dem Betriebe die ungeheuerlichen sanitären Mißstände existieren usw. Die Behelinge lernen bei ihm nichts, bekommen aber dafür um so mehr Prügel. Schmidt ist wegen Körperverletzung verurteilt, weil er eine seiner Arbeiterinnen schwer mißhandelte. Das Gericht erklärte den Wahrheitsbeweis für vollkommen erbracht und sprach den belagten Redakteur wegen all dieser Angriffe frei, dagegen erkannte es in einer ganz formalen Nebenentscheidung auf 20 M. Geldstrafe wegen Beleidigung. Die „Buchbinder-Zeitung“ hatte nämlich behauptet, daß auch die Frau Schmidts wegen der oben erwähnten Mißhandlung einer Arbeiterin verurteilt worden sei; das war zwar in der ersten Instanz geschehen, aber in der Berufungsinstanz wurde sie damals freigesprochen. Die Mittelstandshölzer muß die Hälfte der Prozeßkosten zahlen.

Die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter in Planen l. B. stehen an einigen Betrieben schon seit acht Tagen im Ausstand; am Montag werden weitere 180 bis 200 Arbeiter und Arbeiterinnen folgen. Wie berichtet wird, ist Zugug von Buchbindern und Kartonnagenarbeitern nach dort nicht zu verzeichnen, wohl aber kommen viel Arbeiter anderer Berufe und ungelernete Arbeiter zugereist, die zu Streikbrochendienstern bereit sind. Den Streikenden wird den Kampf dadurch erschwert, weshalb Zugug jedweder Arbeiter nach Planen strengstens ferngehalten werden muß.

#### Zu den Abmachungen im Steindruckgewerbe

nahm am Freitag eine von etwa 1500 Personen besuchte Versammlung der graphischen Arbeiter in Nürnberg Stellung. Den Abmachungen wurde fast einstimmig zugestimmt und ferner erklärt, daß der weitere Differenzpunkt, das Nachholen jener Stunde Arbeitszeitverkürzung am Sonnabend, nicht Grund genug sei, einen großen Kampf über ganz Deutschland aufzunehmen. Die graphischen Arbeiter in Rütch werden wahrscheinlich Sonnabend ebenfalls ihre Zustimmung geben.

Damit ist der Friedensschluß bezug der Waffenstillstand im graphischen Gewerbe für ganz Deutschland gesichert.

### Ausland.

#### Eine zweite Generalfreidebatte

fand am Mittwoch in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstags statt. Auf der Tagesordnung stand die Amtstätigkeit des Justizsachverwalters, jenes Reichsbeamten, der als ein Art Volksanwalt darüber zu wachen hat, daß die Behörden die Gesetze und Verordnungen des Landes achten und sich keine Uebergreife gegen die Rechte des Volkes zuschulden kommen lassen. Der Gesetzesausschuß des Reichstages hatte die Amtstätigkeit, wie sie dieser Beamte im verflossenen Jahre und in der schweren Zeit der Massenarbeitsperrungen und des Massenstreiks ausübte, geprüft und sie für gut befunden. Auch das sozialdemokratische Ausschußmitglied Lindhagen erkannte im allgemeinen an, daß der Justizsachverwalter pflichtgemäß seines Amtes gewaltet hat. Er hat auch tatsächlich in den meisten Fällen, wo ihm irgendwie schwerere Uebergreife der Behörden bekannt wurden, Anklage gegen die schuldigen Beamten erhoben, erreichte damit allerdings meist nur, daß Geldstrafen von höchstens 20 Kronen verhängt wurden; in vielen Fällen erklärten die Gerichte aber auch, daß das Amtsvergehen nicht so schwer sei, um Strafe nach sich zu ziehen. In einem Falle hat der Justizsachverwalter überhaupt die Erhebung einer Anklage abgelehnt, und zwar als die Polizei in Norrköping in das Volkshaus, das Privateigentum der Arbeiterschaft ist, eindrang und die dort ausgehängten Streikbrochereien herunterriß. Aus diesem Grunde beantragte unser Parteigenosse, der Gesetzesausschuß möge erklären, daß gegen den Polizeimeister von Norrköping Anklage hätte erhoben werden müssen, blieb jedoch mit dieser Auffassung im Ausschluß allein.

Die Kammer sollte nun darüber zu entscheiden, ob sie diese Anmerkung zur Amtstätigkeit des Justizsachverwalters billigte. Es handelte sich aber nicht allein um den einen Fall, sondern um das partielle Vorgehen der Polizeibehörden gegen streikende Arbeiter überhaupt und um das Verhalten der Regierung, die durch ihren Erlaß zur Zeit des Massenstreiks geradezu zu solchen Gesetzwidrigkeiten ermunterte. „Der Kernpunkt der Sache ist“, sagte Lindhagen, „daß die Behörden in den sozialen Kämpfen immer öfter als kampflüsternde Helfer der einen Partei, der Arbeitgeber, auftreten.“

Werkwürdig war das Verhalten des liberalen ehemaligen Staatsministers Staff in der Debatte. Er fühlte sich veranlaßt, seine Verwunderung darüber auszusprechen, daß von sozialdemokratischer, und nicht von konservativer Seite Kritik an der Tätigkeit des Justizsachverwalters geübt wurde. Die konservative Presse habe doch diesen Beamten sehr scharf angegriffen, eben weil er so unparteiisch das Recht zur Geltung zu bringen suchte. Das sollten die Sozialdemokraten anerkennen und sich vor „anarchisierenden Tendenzen“ in ihrer Partei hüten. — Gegen die Uebergreife der Polizeibehörden sagte dieser liberale Führer nichts, erwähnte sie gar nicht. — Genosse Branting erklärte demgegenüber, daß sich in der liberalen Partei gefährliche konservative Tendenzen bemerkbar machten, und kritisierte es scharf, daß ihre Wortführer in einer Frage, die einen bedenklichen Eingriff in die bürgerliche Freiheit berührt, es den Sozialdemokraten allein überlassen, für das Recht einzutreten. — Auch andere sozialdemokratische Abgeordnete gingen noch scharf mit dem liberalen Führer ins Gericht und betonten mit Recht, daß es noch nie in einem Lande, trotz aller Provokationen, ein Generalfreidebatte mit solcher Ruhe geführt worden ist, wie der schwedische im vergangenen Jahre.

Die Debatte schloß damit, daß Lindhagens Anmerkung mit 132 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurde. Außer den Sozialdemokraten hatten sich nur 9 Abgeordnete bereit gefunden, in dieser Form für die Wahrung der staatsbürgerlichen Freiheit einzutreten.

### Gewerkschaftliche Organisation der Lehrer — in Amerika.

Die Vereinigung der Lehrer des Staates Colorado beschloß mit großer Majorität auf ihrem spezialen beendeten Kongresse in Denver, sich der gewerkschaftlichen Landeszentrale, der American Federation of Labor, anzuschließen. Es wurde besonders betont, daß die Lehrer feinerlei Anlaß hätten, sich durch Vorurteile oder sonstige andere künstliche Scheidewände von der Arbeiterbewegung fernzuhalten, zumal ihnen kein anderer Weg bliebe, auch selbst zu angemessenen Verhältnissen zu kommen. Die Organisation zählt 7000 Mitglieder.

### Versammlungen.

Die Jahrsitzung des Kürschnerverbandes hielt am Mittwoch im Alten Schützenhaus eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war ein Vortrag des Genossen Koblenzer über: „Die neue Reichsversicherungsordnung“. Die sachverständige und gründliche Kritik, die der Redner an dem bekannten Entwurf übte, der jetzt dem Bundesrat vorliegt, fand allgemeinen Beifall. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit Streitigkeiten, die bei der Firma M. Gärtners vorgekommen sind, und sprach ihr Bedauern über das Verhalten der Gehilfen gegenüber den Arbeiterinnen aus. Ferner nahm die Versammlung dagegen Stellung, daß bei einer anderen Firma, S. Gärtners, wo im allgemeinen die 8 1/2 stündige Arbeitszeit besteht, ein Teil der Beschäftigten 9 Stunden arbeiten muß. Da hierbei der Gutmacherverband mit in Frage kommt, hat sich der Ortsvorstand der Kürschner bereits mit dem der Gutmacher in Verbindung gesetzt, und es soll nun von beiden Seiten dahin gestrebt werden, die längere Arbeitszeit allgemein zu machen. — Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Versammlung erucht die S. Gärtnerschen Kollegen und Kolleginnen, dafür zu sorgen, daß sämtliche mit der Fabrikation von Rügen und Stoffhüten beschäftigten Personen die übliche, im Betriebe festgesetzte Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden, außer Sonnabends, zu arbeiten haben. Die Organisation der Kürschner verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß bei eventuellen Differenzen keine Unorganisierten eingestellt werden.“

Schließlich gab der Vorsitzende Priße bekannt, daß der Verein der selbständigen Kürschner der Pelz- und Rügenbranche, also die Zwischenmeister, einen Beschluß gefaßt hat, durch den gewisse Maßnahmen eine gemeinsame Organisationsarbeit aller Arbeitnehmer, also sowohl der Arbeiter und Arbeiterinnen, wie der Zwischenmeister, für notwendig erklärt wird, und verlas ein Schreiben jenes Vereins, in dem die Ortsverwaltung des Kürschnerverbandes zu einer Beratung über diese Frage eingeladen wird. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden, daß die Vertreter der Ortsverwaltung sowie der Redakteur des „Kürschner“, Albert Regge, der ja als langjähriger Leiter der Berliner Kürschnerbewegung die Verhältnisse besonders gut kennt, zu der Sitzung gehen, um zu hören, wie die Zwischenmeister sich die Sache denken. Es soll dann einer nächsten Versammlung darüber Bericht gegeben werden.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Die „fürsorgliche“ Polizei.

Wochum, 19. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Aus dem Umstand, daß der Sozialdemokratische Verein für den Wahlkreis Wochum 42 Mitgliederversammlungen auf den 20. Februar anberaumt hatte, in denen eine Agitation für die Presse veranstaltet werden sollte, glaubte der Polizeipräsident von Gelsenkirchen eine unter der Hand vorbereitete große Wahlrechtsaktion mit nachfolgenden Demonstrationen erbliden zu müssen. Er ließ das Vorstandsmitglied Arbeiterssekretär Genossen Weiss zu sich bitten und eröffnete ihm, daß die Polizei Kunde davon erhalten, daß an diesen und jenen Stellen der Stadt die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften plötzlich „Zusammenrottungen und Kundgebungen“ planten. Die Polizei habe durch ihr Verhalten am vorigen Sonntag gezeigt, daß mit ihr im Rahmen des Gesetzes zu reden sei, außergewöhnliche Anzüge und Versammlungen würden mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln aufs äußerste verhindert werden. Die Menschenleben, die bei solchen Anlässen möglicherweise gefährdet würden, würden aufs schärfste der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu setzen sein. Der Genosse Weiss konnte dem Polizeipräsidenten eine beruhigende Erklärung abgeben.

#### Bergmannslos.

Sabze, 19. Februar. (B. G.) Auf der Hedwigwunsch-Grube brach ein Kohlenbergbau ein, wodurch mehrere Bergleute verletzt und einer getötet wurden.

#### Ein dreier Ueberfall.

Charlow (Rußland), 19. Februar. (B. Z. W.) Nahe der Station Rubeshnaja überfielen fünfzehn junge Leute, die unter den Passagieren Platz genommen hatten, einen in der Dienstabteilung reisenden Kassierer, töteten ihn, indem sie drei Bomben gegen ihn schleuderten, bremsten den Zug und entkamen mit dem geraubten Gelde.

#### Eine Verschönerung.

New York, 19. Februar. (B. Z. W.) Wie aus Caracas gemeldet wird, hat man daselbst eine neue gegen die Regierung gerichtete Verschwörung entdeckt, die im Interesse des früheren Präsidenten Castro angezettelt worden ist. Viele hervorragende Persönlichkeiten sind verhaftet worden.

Reichstag.

40. Sitzung. Sonnabend, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bethmann Hollweg, Dernburg, Delbrück und die meisten übrigen Bevollmächtigten der Bundesstaaten.

Die Angriffe des Reichskanzlers auf das Reichstagswahlrecht.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Sozialdemokraten.

Was hat den Herrn Reichskanzler veranlaßt, in der Sitzung des Preussischen Abgeordnetenhauses vom 10. Februar d. J. Ausführungen zu machen, welche das in der Verfassung des Reiches und mehrerer Bundesstaaten gewährleistete allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen geeignet sind?

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erklärt auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spaun: Ich bin bereit, die Interpellation folgend zu beantworten.

Abg. Dr. Frank-Mannheim (Soz.):

Erst wenige Wochen sind verfloßen, seitdem von konservativer Seite die Würde dieses Hauses schwer verletzt worden ist. Damals hat ein Abgeordneter, angeblich ein Beispiel äußerster Disziplin zu zeigen, selbst ein Beispiel äußerster Disziplinlosigkeit gegeben. Das hat Erregung und Beunruhigung hervorgerufen, und es wäre klug gewesen, wenn demgegenüber der Herr Reichskanzler die erste Gelegenheit benützt hätte, um öffentlich seinen Respekt vor dem Reichstage zu bekunden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Schon um den bösen Schein zu vermeiden, als wenn der spafthafte Herr, der jene Szene hier aufgeführt hat, nur öffentlich ausgesprochen hätte, was seine kühnen Hintermänner denken und füstern. Es ist anders gekommen: Der Herr Präsident des preussischen Staatministeriums hat im Abgeordnetenhause eine Rede gehalten, von der man sagen muß: Wenn einmal der berühmte Leutnant mit seinen 10 Mann den Reichstag schloße — die Generalprobe sollte ja vor kurzem im Berliner Rathaus vorgenommen werden (Heiterkeit links) —, dann müßte die theoretische Rechtsfertigung für einen solchen Vorgang ganz genau so ausfallen wie die Rede, die der Reichskanzler im Abgeordnetenhause gehalten hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir verlangen darüber Rechenschaft. Der Herr Reichskanzler ist verpflichtet, die Reichsverfassung zu hüten und zu schützen, und zur Reichsverfassung gehören auch die Bestimmungen über das Wahlrecht zum Deutschen Reichstag.

Der Herr Reichskanzler hat aber auch die Verpflichtung, für gute Beziehungen zu den nichtpreussischen Bundesstaaten zu sorgen, und ein Teil der wichtigsten und größten Bundesstaaten hat in den letzten Jahren das vom Reichskanzler kritisierte Wahlrecht eingeführt. Wir leben doch nicht im Kriegszustand mit einzelnen Staaten in Süddeutschland, wenn auch der preussische Gesandte in Karlsruhe die Feindseligkeiten schon eröffnet (Große Heiterkeit) und wenn auch umgekehrt der Chef des Staatministeriums in der zweiten badischen Kammer Preußen bereits als „Kussland“ bezeichnet hat. (Erneute Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler hat ja offenbar das Bedürfnis gefühlt, seine Rede zu kommentieren, vielleicht auch abzuweichen. Es hat das

im Landwirtschaftsrat

versucht. Als politisch bedeutsam aus seinen dortigen Ausführungen kann ich nur eine Behauptung, einen Wunsch herausgreifen: Der Herr Reichskanzler hat gebeten, man solle ihm nicht den etwas abgegriffenen Philosophenmantel um die Schultern hängen. Ich muß schon sagen: Schade! Si tacuisses, philosophus mansisses! (Hättest du geschwiegen, wärest du ein Philosoph geblieben!) Sie wissen, daß bei verzweifeltsten Kriminalfällen, wenn

die Schuldfrage

ganz klar liegt, mitleidige Richter den Geisteszustand des Angeklagten in Betracht ziehen. Nachdem aber der Herr Reichskanzler wünscht, daß das unterbleibe, so sei es. Unser Urteil fällt dann viel einfacher, viel härter aus. Der Herr Reichskanzler wird von uns für schuldig erkannt ohne den mildernden Umstand der Philosophie und ohne Aussicht auf Besserung. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Kleines feuilleton.

Demonstration. Det: Ein Hörsaal auf einem großen Planeten im Sternbild des Perseus. Ein mächtiges Teleskop steht in Verbindung mit einem phono-tele-radioaktiven Apparat, der es ermöglicht, jedes beliebige Objekt des Universums bis auf 20 Meter Sekund- und Hörweite heranzuziehen. Die Bilder erscheinen in natürlicher Maßstab auf der Wandfläche.

Der Vortragende: Wir sprachen von der vorgeschichtlichen Zeit. Die hier vorgelegten Metallgeräte der Ausgrabungen geben uns keine Anschauung von den gesellschaftlichen Zuständen ihrer Verfertiger. Wir haben daher unter Fernrohr auf einen kleinen unbedeutenden Weltkörper namens Erde eingestrichelt, der sich im System der Sonne befindet und hinter unserer eigenen Entwicklung um gut 100 000 Jahre zurück ist. Wir werden gleich sehen.

Er schaltet das Bild ein. Es erscheint die Straße einer preussischen Stadt. Aus dem Portal eines Gebäudes strömt eine anständig gekleidete Menge und zieht gemessenen Schrittes dahin. Greise, Frauen, Invaliden, Konfirmandinnen stehen neugierig an der Vordschwelle, Kinder spielen vor den Törweigen.

Der Vortragende: Man sieht die Abwidlung eines geordneten Verkehrs. Offenbar hat eine erhebende Volksfeier stattgefunden. Ganz wie bei uns und unverändert. Der Verkehr ist uralte, älter, als das Menschengeschlecht. Schon die Ameisen marschieren in endlosen Kolonnen ihre Straße, mit Ordnung zur Seite.

Die Menge quillt weiter aus dem Portal. Auf dem Balkon eines Hauses erscheint ein Mann mit geschürter Taille und silbernem Kragen. Aus dem Kopfe ragt ihm etwas wie ein glänzend polierter Nagel aufwärts und auf der wattierten Brust hat er eine Apfelsinenschale angeheftet. Er suchelt eine Weile mit den Armen und frägt dann: Straße — dient — lediglich — Verlebe! Beim letzten Wort schnappt die Stimme quietschend über. (Gelächter im Zuschauerraum.)

Der Vortragende, erläuternd: Dies ist die Sprechweise der Vornehmen des Landes.

Das Bild verwirrt sich. In Kellerhöfen und Kohnen verstreut, springen unterichte Gestalten hervor. Offenbar Genossen des Mannes vom Balkon. Denn allen ragt der gleiche Nagel aus dem Kopfe, Aus einem Tui, das ihnen um die Pedale schlankert, ziehen sie meterlange Messer und stürzen sich auf alles Lebende. Sie spielen Kinder, spalten Greise, meßeln Frauen, zerhacken Invaliden, amputieren Konfirmandinnen. Wenn ihnen einer der Männer im Zuge ernst und traurig sein Gesicht zuwendet, weichen sie erschrocken zurück. Sobald er aber den Rücken kehrt, stechen sie ihm von hinten in die Lunge.

Eine Stimme aus dem Zuschauerraum: Bitte um Erläuterung! Der Vortragende: Zunächst sehen wir, daß die Eingeborenen der Erde sehr zerbrechliche Wesen sind. Sie lassen sich halbieren wie ein Käse. Auch lassen sie sich ohne weiteres mit Bleiernen Erbsen durchlöchern, die aus kleinen Handspitzen abgeschneilt werden. Sie kennen noch nicht unsere jetzige Radioaktivität, die

Der Herr Reichskanzler hat im Abgeordnetenhause behauptet, daß politische Kultur und politische Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht ist. (Stürmische Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat weiter die Frage aufgeworfen, ob nicht die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, den politischen Sinn zu verflachen und zu verrufen. (Erneute stürmische Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So spricht ein Mann, der einem aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen Parlament verantwortlich ist (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) und die Frage wird sein

ob wir uns das gefallen lassen dürfen.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Vedor Sie antworten, ein Beispiel und eine neue Frage: Was würde mit einem Kanzler geschehen, der sich bekommen ließe, öffentlich zu behaupten, daß manche Reden oder Beschlüsse des Reichstages verflachend oder gar verrohend wirken? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Würde der auch nur eine Stunde zu warten haben...? (Stöße des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spaun:

Ich bitte, die Krone nicht in die Debatte zu ziehen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Frank (fortfahrend):

Ich habe lediglich rein hypothetisch die Frage an Sie gerichtet, was geschehen würde...

Vizepräsident Dr. Spaun (sehr aufgeregt unter heftigem Glockenläuten):

Ich bitte zu folgen! (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Zwischenrufe, minutenlange Unruhe im ganzen Hause.)

Abg. Dr. Frank (mit erhobener Stimme):

Der Herr Präsident hätte doch abwarten können, was ich sagen will. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich darf erwarten, daß

die Redefreiheit hier im Hause

geschützt wird (Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Rärm rechts), daß die Redefreiheit geschützt wird, wenn es sich darum handelt, Rechte des Reichstages zu wahren. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Kaiserium und Reichstag sind, wie Vennigens gesagt hat, am gleichen Tage geboren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag hat den gleichen Respekt zu beanspruchen wie der Deutsche Kaiser. (Erneute Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag darf sich nicht gefallen lassen, hier oder außerhalb des Hauses despektierlich behandelt zu werden. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir haben keinen Grund, hier missosenthaft zurückzusprechen vor einer Erwähnung des Kaisers, wenn man umgekehrt den Deutschen Reichstag im eigenen Hause behandeln darf, wie es hier in der letzten Woche geschehen ist. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag soll sich gefallen lassen, daß die Reichsgeschäfte geleitet werden von einem Herrn, der über das Grundrecht des deutschen Volkes, unser demokratisches Wahlrecht so verächtlich denkt und spricht wie der Reichskanzler. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, er selbst muß fühlen, daß er mit solchen Behauptungen am unrechten Plage ist. So lange er aber noch da ist, wollen wir von ihm wissen, was er mit seinen Ausführungen bezweckt hat.

Er hat im Abgeordnetenhause in sehr gereiztem Tone dem Abgeordneten Poehn gegenüber verlangt, daß er und seine Reden ernst genommen werden

sollten. Es ist schon bedenklich, wenn ein Minister das erst verlangen muß. (Sehr richtig! links.) aber wir tun ihm gern den Gefallen und nehmen seine Worte ernst. Und da sage ich ihm: Unter Männern ist es selbstverständlich, daß keiner redet, bloß um zu reden; aus den Worten muß ein Wille leuchten wie aus den Worten der Vllig. Und da frage ich den Herrn Reichskanzler: Verabsichtigt er,

dieses „verflachende und verrohende“ Reichstagswahlrecht

zu ändern? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Rottenburg erzählt in seinen Erinnerungen von einem Gespräche, das in seiner Gegenwart Bismarck mit dem General-

feldmarschall v. Manteuffel gehabt hat. Es handelte sich um die Frage, ob unser Reichstagswahlrecht nicht geändert werden sollte; da habe der alte Soldat Manteuffel zu Bismarck gesagt: „Das kann kein Zivilist machen, das muß schon ein Militärkanzler ausführen!“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun weiß ich ja nicht genau, zu welcher Kategorie von Reichskanzlern

der derzeit amtierende Herr Reichskanzler

sich zählt. (Heiterkeit.) Vielleicht hält er sich für diesen providentialen Mann. (Wann der Vorsehung.) Bei der schnellen militärischen Karriere, die er gemacht hat (Stürmische Heiterkeit links) — wer weiß; vielleicht kommt er um die Majordecke noch herum (Erneute stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Rärm rechts). Ich für meine Person glaube nicht an die Befähigung des Reichskanzlers zu einem solchen Werk. Er hat

nicht das historische Format

für Werke, zu deren Ausführung ein Bismarck selbst sich als unfähig erwiesen hat. Wenn er aber derartige Pläne nicht hat und wenn er auch nicht geredet hat, bloß um zu reden, dann kann er seine Ausführungen gegen das Reichstagswahlrecht nur gemacht haben, um zu dozieren. (Sehr gut! links.) Aber dazu steigt man nicht auf die Ministerbank, dazu sind die Katheder da. Da soll der Herr Reichskanzler irgendwo Privatdozent werden, vielleicht an der neuen Universität zu Frankfurt a. M. Wir haben im Süden schon einen anderen kleinen Diplomaten, in Heidelberg: den Herrn v. Jagemann, der jetzt dort Staatsrechtslehrer geworden ist. Aber bevor der Herr Kanzler seine neue akademische Karriere einschlägt, möchte ich ihm raten, daß er sich vielleicht erst ein bißchen in der Welt umsieht.

Kein Wortwurf ist dem Herrn Reichskanzler mit größerem Recht und mit größerer Schärfe gemacht worden als der Wortwurf der vollständigen Weltfremdheit. (Lachen rechts.) Ich frage den Herrn Reichskanzler: Wo hat er denn seine Beobachtungen über den Rückgang den politischen Bildung gemacht? Vielleicht bei den Vorlesungen in Bonn oder bei anderen Korpsbrüdern und die Offizierskassen wahrer Dosen in der Wüste der politischen Unbildung sind; denn sonst hätte er diesen Herren in seiner Vorlesung drüben nicht die neuen wichtigen Privilegien einräumen wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Was der Herr Reichskanzler unter „Verflachen der Bildung“ versteht, das ist etwas ganz anderes; das ist die Ausbeugung des politischen Interesses auf die unteren Volksschichten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kenne Arbeiter, die manchen Geheimrat an politischer Bildung überreffen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts.) Ob es bei den oberen Ständen anders ist, ob dort der Wortwurf zutrifft, lasse ich dahingestellt. Ein Philosoph — diesmal ein wirklicher Philosoph — Feuerbach, hat gesagt: „Halbgebildet sind gerade die eingebildeten Gebildeten der höheren Stände.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber wenn es in den unteren Volksschichten wirklich an politischer Bildung fehlen sollte, dann ist daran nicht die Demokratisierung des Wahlrechts schuld, sondern im Gegenteil

die erbärmliche Volksschule, die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruht.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie, Herr Reichskanzler, würden besser daran tun, gegen die Unbildung zu kämpfen, als gegen die Angebildeten, die nicht schuld sind an den Läden ihres Wissens. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung, daß in allen Ländern die Demokratisierung des Parlamentes verflachend und verrohend wirkt, ist unrichtig und muß die Empfindung von Millionen Leuten in Deutschland und im Ausland aufs schärfste verletzen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichskanzler sollte doch bei seinen Kollegen aus Oesterreich nachfragen, ob dort das verflachte Kurienparlament eine Quelle der Bildung gewesen ist. (Sehr gut! bei den Soz.) jenes Parlament, wo Lintenfässer und Kindertrumpeten politische Machtfaktoren gewesen sind. Er sollte auch nachfragen bei seinen Kollegen in Bayern, Württemberg und Baden. Genau ein Jahr vor der Rede des Herrn Reichskanzlers, am 10. Februar 1909, hat der württembergische Minister v. Weizsäcker in warmen Worten anerkannt, daß die reine Volkskraft, die auf demokratischen Wahlen beruht, sich aufs beste bewährt habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler mag aber auch bei anderen Ländern feststellen, was es mit seiner Behauptung auf sich hat. Welche Länder hat er denn gemeint? Er soll sich doch einmal darüber aussprechen! In der parla-

den Körper mit der unermesslichen Hornhaut des Pärchens pariert. Darauf beruht ja unser ganzes soziales Gefüge, daß bloße äußere Gewalt zu einem Popanz für unsere Kinder herabgelungen ist. Doch wir nur noch aus der Archäologie den Begriff eines Völkerrkrieges festzustellen vermögen.

Die Stimme: „Aber die Motive zu dem Gemetzel?“

Der Vortragende: Es ist schwer, in die Psychologie der Primitiven einzudringen. Das Töten von Mitbürgern ist offenbar ein Standesvorrecht bei den Angehörigen der Häuptlingsklasse. Unser Observatorium hat ermittelt, daß in jenen Ländern die Devise umgekehrt! Preußen in der Welt voran! Ankeimend besteht hier ein innerer Zusammenhang. Wenigstens hat sich dies Privilegium in anderen Gegenden desselben Planeten noch nicht zu solchem Massenartikel ausgewachsen, wie ich gleich demonstrieren werde.

Er schaltet ein anderes Bild ein. Man erblickt eine Straße in der Residenz des Sultans Muata Jamwo in Innerafrika. Zwischen den Hütten wimmelt es von Regern, die feierliche Bemalung angelegt haben. Ueber einer Pede erhebt sich der zahnfleischende Kopf Muata Jamwo. Auf dem Scheitel hat er einen großen Schiffsnagel in sein Haar gebunden. Er sieht ein glänzendes Kriegsgewand aus. Dann turnt er über die Pede, läuft durch die Menge, sucht sich einen besonders kräftigen Mann heraus, sacht ihn am Kinnbart und haßt ihm mit einer kleinen Siegel die Nase ab.

Der Vortragende: Er will symbolisch ausdrücken, daß er der Herr im Hause ist und sich alles erlauben darf.

Das Bild verwirrt sich. Alles drängt drohend herzu. Signaltrommeln werden geschlagen. Ein Pfeil zielt Muata Jamwo durch die Verrückte; es gelingt ihm aber, hinter seine Pede zu retieren. Der Anmarsch dauert an. Nach einer Weile wird über dem königlichen Bigwam die weiße Flagge gehißt. Der Grobnagelbewahrer des Reichs tritt heraus und verkündet: Seine vernagelte Hoheit der Häuptling des Ostens und Westens läßt sich mit § 51 (Unzurechnungsfähigkeit) entschuldigen; sein Kurator gewährt übrigens allgemeine Amnestie und gleiches Wahlrecht!

Der Vortragende: — — —

Die Demonstration geht weiter.

Musik.

Der Direktor Dr. M. Alfieri von der Volksooper der viennet Kompositionen an, die von den „Obere“ ungerichtetweise links liegen gelassen werden. Sein Geschnad, ausgehend vom italienischen Schönheitsgefühl, läßt ihn auch Werke begünstigen, die nicht im Zuge der Mode liegen. Ein solches Werk ist die einaktige romantische Oper „Mandana“, die wir freitrag zu hören bekommen — unseres Erinnerens zum ersten Male, obwohl sie bereits 1899 zu Eibersfeld herausgekommen war. Ihr Dichter ist Julius Freund, ihr Komponist Gustav Lazarus, dessen Chor- und Kammermusikwerke man dort zu hören bekommt, wo die Musik um der Sache willen gepflegt wird.

Lazarus wiederholt mit seiner „Mandana“ den bekannten Beweis, daß man auch heute noch konfessionell sprechend wirken kann, ohne die musikalische Sprache ins Hebräisch zu forcieren. Die

alten einfachen Mittel der Dreiklänge und der sie ergänzenden Ganzöne (im Gegensatz zur „Chromatik“ der Halböne) sowie des Variierens eines Themas von Wohl zu Dur und dergleichen mehr tragen immer wieder neues Leben in sich. Allerdings laufen auch mancherlei gewöhnliche Redewendungen mit unter; und die Orchesterleitung könnte sich dabei durch Abschwächungen verdient machen. — Oder kurz: Fortsetzung des Stiles der musikalischen Romantiker. Wie der Komponist der „Neugierigen Frauen“, Wolf-Ferrari, Mozartische Art pflegt, so pflegt Lazarus Weberische Art, mit etwas Mendelssohn verlegt. Und die Hauptnote: er versteht es, den Höhepunkt der Dichtung durch einen Höhepunkt seiner musikalischen Leistung zu kennzeichnen, auch wenn sie sich dann in den denkbar einfachsten Formen bewegt.

Die Geschichte von der indischen Fürstentochter, die in niedere Dienste tritt und durch das Wunder von dem Goldalobaume, der auf ihre Verführung hin herrlich erblüht, den König gewinnt, entrollt das Drama in eine lyrische Ferne. Dafür bedarf es eines eigenen Stiles der Darstellung, jernah sowohl von altem Opern- wie von neuem Naturtheater. Daß die Volkshöhe diesem Stile nahezu kommen muß; daß unter den Gelangsfünftlern besonders die weiblichen hervorragende geleistet haben; und daß das Publikum sich aufstehend mit dem künstlerischen und sozialen Werte der „Volksooper“ immer mehr vertraut macht: das alles freut uns noch mehr, als der tatsächliche Erfolg, den die Premiere gefunden hat. sz.

Notizen.

— Vorträge. Professor E. Jaques Dalcroze aus Genf wird über seine Methode einer musikalischen rhythmischen Gymnastik am 25. Februar und 1. März im Konzertsaal der kgl. Hochschule für Musik zwei Vorträge halten. Beide Vorträge werden durch Vorkrägen mit sieben seiner Schülerinnen unterstützt. Nur zum 2. Vortrag sind noch Karten bei Vore u. Vore sowie bei Wertheim zu haben.

— Zeitungskritiken. In Heft 8 der populär-wissenschaftlichen Zeitschrift „Das Wissen für Alle“ (Verlag von Hugo Heller u. Co., Wien) spricht der Wiener Philosoph und Philosoph Ernst Mach über das schwierige und oft erörterte Problem, ob feste zeitliche und räumliche Anordnungen unabhängig von der Anschauung bestehen. Daran schließt sich ein Artikel von S. A. Arrhenius über die Ausbreitung des Lebens durch den Weltraum. Eine Schilderung der Nachigall und ihrer Lebensweise von Martin Brach wird durch reizvolle Aufnahmen nach der Natur illustriert. A. Bieme orientiert über die neueren Methoden schmerzloser Zahnoperation. Stefan Hod setzt seinen volkstümlichen Universitätskurs über die romantische Schule in Deutschland fort. Drei Parabeln von Marie Schner-Eichenbach machen den Schluß. Die von der Vereinigung österreichischer Hochschullehrer herausgegebene Zeitschrift bietet ihren Lesern jährlich 26 Hefte und vier gebundene populärwissenschaftliche Werke zu dem Preise von 12 M. Als Buch-Beigabe für das erste Quartal steht in Aussicht: „Die moderne Chirurgie für Laien“ von Prof. Kilmann.

mentarischen Geschichte von England... In den 80 Jahren, in denen sich die Demokratisierung der englischen Zustände vollzogen hat, hat die politische Bildung der Massen in England sich in ungeahnter Weise gehoben. Früher, so lange eine kleine Clique mächtiger Grundbesitzer die Macht in Händen hatte, wollten die Massen über die Befreiung der Wähler und der Gewählten nie nachdenken. (Sehr richtig! links.) Damit hat die demokratische Verfassung des englischen Staatswesens aufgeräumt (Erneute Zustimmung links), und die Gesamtheit der englischen Wähler, namentlich die Arbeiter, sind auf ein höheres Niveau der Kultur gehoben worden. Vielleicht kauft der Herr Reichskanzler einmal in einem der Romane seines großen englischen Kollegen Disraeli nach, wie die englischen Arbeiter zur Chartistenzeit ausgehoben haben, und vergleicht damit das Bild des englischen Durchschnittsarbeiters von heute. Ich verkenne dabei durchaus nicht, daß doch eine große Zahl, etwa ein Millionen englischer Männer, das Wahlrecht nicht hat, aber dazwischen kommt es an: Das demokratische Parlament in England ist nicht eine Quelle der Unbildung, der Verflachung und Verrohung, sondern umgekehrt eine Quelle der Verfestigung und der Bildung. Das zeigt sich nicht bloß bei den Wählern, das zeigt sich besonders wertvoll und eindringlich auch bei den Herren Ministern, die abhängig sind vom Parlament. (Sehr richtig! links.) Das ist das Große und das Schöpferische der demokratischen Zustände, daß

### die Minister

in jedem Augenblick ihres Wirkens gezwungen sind, Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse der Volksmasse. Bei uns ist das anders. In England ein Weltstreit der Talente, die Tüchtigsten werden heraufgehoben in die führenden Stellungen und werden gejagt, wenn sie sich nicht bewähren. (Sehr wahr! links.) Bei uns werden die Minister geholt, wenn sie sich bewährt haben beim Staffspiel, sie werden geholt infolge irgend einer Laune, sie werden geholt infolge Eulenburgischer Protektion. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Reichskanzler, gegen Korruption, gegen Unbildung und gegen Halbbildung hilft nur

### die frische freie Luft der Demokratie.

Wer an Hofluft und Altkraut gewöhnt ist, wer den scharfen Wind der demokratischen Kritik nicht ertragen kann, wer gleich veräppelt ist, der mag seine eigene unglückliche Konstitution anlagern, aber nicht die Konstitution der Demokratie. (Sehr gut! links.)

Der Herr Reichskanzler wird wahrscheinlich antworten, er habe ja nicht das Wahlrecht abgeschafft, sondern nur Preußen vor diesem Wahlrecht bewahrt. Und er habe das getan, um

### „die preussische Eigenart“

zu schützen. Es ist seltsam, daß ein so belehnter Mann wie der Herr Reichskanzler solche historischen Irrtümer vortragen kann, denn das, was er „die preussische Eigenart“ nennt, ist es nicht und ist es auch nie gewesen. In allen Ländern der Welt hat die politische Entwicklung mit dieser Eigenart begonnen. In der ganzen Welt haben zunächst privilegierte Klassen das Heft in der Hand gehabt. Nur sind andere Länder bei dieser Stufe der Entwicklung nicht stehen geblieben. (Sehr gut! links.) Preußen hat übrigens gar keine aristokratische Geschichte. Im Gegenteil, es ist unter den Staaten im guten und im bösen Sinne ein Vorwärt.

### Verkaufte Rollen.

Ein Staat, der Anspruch erheben könnte auf Grund seiner Eigenart, die Verteidigung gegen demokratische Ansprüche zu sichern, ist Sabdur, in Oesterreich gewesen. Und nun leben Sie einen ganz merkwürdigen Austausch historischer Eigenarten sich vollziehend. Das alte Oesterreich rettet sich Staatsstich aus dem Sumpfe aristokratisch-nationalistischer Zustände hinüber in das klare, breite Fahrwasser der Demokratie, und Preußen bewirkt sich um die frei gewordene Führerrolle der internationalen Reaktion durch den Herrn Präsidenten des preussischen Staatsministeriums! (Sehr gut! links.) Herr Reichskanzler, es wird Ihnen nicht gelingen, diese preussische „Eigenart“ zu konservieren. Alle Kulturländer der Welt haben sich demokratisieren müssen, selbst die Türkei, Persien und neuerdings sogar China, aus der demokratischen Flut ragen jetzt nur noch zwei Inseln:

### die russische und die russische Eigenart.

(Sehr gut! links.) Aber so wenig es den chinesischen Mandarinen gelungen ist, ihre Räder zu retten, ihre chinesische Eigenart, so wenig wird es den preussischen Würdenträgern gelingen, ihre Räder zu retten. (Sehr gut! links.) Wir vertrauen auf die historische Notwendigkeit für unsere Forderung. Es waren keine Ideologen, keine sentimentalen Träumer, es waren politische Geschäftsmänner, die aus nächster Erwägung heraus zu der Einführung des Reichstagswahlrechts in Deutschland gekommen sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Ministerpräsident hat dann noch in der Verteidigung seines verlorenen Postens andere Dinge gesagt, die im Munde eines deutschen Reichskanzlers sich sehr seltsam anhören. Er hat zugunsten der Massenwahl den freiwililigen vorgehalten, sie sollten die Erfahrungen mit dem gleichen Wahlrecht berücksichtigen und nicht der nackten Zahl der großen Klasse überwiegenen politischen Einfluß ausliefern. Was der Herr Reichskanzler an die Stelle der Herrschaft der nackten Zahl setzen wollte, seine ausgefallene leimige Unteroffiziersvorlage, das war ja sogar dem Dreiklassenparlament zu eigenartig.

### Auch gegen die geheime Wahl

hat der Herr Reichskanzler mit recht geheimnisvollen Wendungen gesprochen. Nach seinen Worten darüber soll das öffentliche Wahlrecht dazu dienen, die geistig schwächeren Wähler zu schützen; er will sie davor bewahren, daß sie materiellen Instinkten verfallen. Es ehrt den Herrn Reichskanzler, daß ihn sein Schamgefühl davon abgehalten hat, mit offenen klaren Worten zu sagen, warum die preussische Regierung das öffentliche Wahlrecht konservieren will. Es hätte sich doch schlecht angehört, wenn er klar erklärt hätte: Wir wollen, daß die Beamten nicht nach ihrer Ueberzeugung wählen. (Sehr richtig! bei den Soz.) wir wollen, daß die Landarbeiter zur Wahl geschleppt und kommandiert werden! (Sehr wahr! h. d. Soz.) Was soll die Bedenken von den „materiellen Instinkten“? Folgen denn die Beamten nicht aus materiellen Instinkten, die aus Angst vor härterer Abregulierung gegen ihre Ueberzeugung wählen? (Lebhafte Zustimmung links.) Sonst hat der Herr Reichskanzler schmeichelecherische Lobreden auf das Gefühl der preussischen Beamten gehalten. Und doch trauen Sie Ihren Beamten nicht über den Weg, sonst gäben Sie Ihnen das geheime Wahlrecht! (Sehr gut! links.) Ich kann mir etwas Gemeineres, Gemeinlicheres, etwas Erbärmlicheres und Feigeres nicht denken, als den Versuch der wirtschaftlich Mächtigeren, die wirtschaftlich Schwachen um ihre Ueberzeugung zu betrügen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und die Wahl zu fälschen. Wenn in diesem Zusammenhang jemand den Mut hat,

### „von gottgewollten Abhängigkeiten“

zu reden, so meine ich, mühten alle frommen Menschen der Welt das als

### eine Gottesfälschung

empfinden! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In seinem Entwurfsbrief hat der Vorgänger des Herrn Reichskanzlers an seinen Freund v. Liebert geschrieben, die deutschen Arbeiter seien die intelligentesten der ganzen Welt! (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Und doch werden sie schlechter behandelt als ihre Kameraden in England, in Frankreich, in Oesterreich und nächstens sogar in Ungarn. Sie dürfen sich nicht wundern, daß unter diesen Umständen die Ueberzeugung allgemein ist, daß mit der Vorlage, die der Herr Ministerpräsident in Preußen vorbringt

### das Versprechen der Thronrede und des Königs

nur formell eingelöst ist. (Sehr richtig! links.) Die Mächte, die in Preußen kommandieren, die Junker und die Bureaucraten haben es verhindert, daß ein Königswort materiell eingelöst wird. Vielleicht handelt es sich hier auch um „gottgewollte Abhängigkeiten“! (Sehr gut! links.) Wir sind überzeugt, daß der Dualismus, der besteht

zwischen dem demokratischen Wahlrecht im Reich und dem aristokratischen Wahlrecht in Preußen, gelöst werden muß und gelöst werden wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als die Verfassungsfrage in Württemberg vor zwei Jahren zur Entscheidung stand, hat ein berühmter Kirchenhistoriker, der Kanzler der Universität Tübingen, Herr v. Weizsäcker, der Vater des württembergischen Ministerpräsidenten, ausgeprochen: Wir stehen immer nur vor zwei Möglichkeiten: entweder im Frieden zur rechten Zeit auf Grund klarer Erkenntnis, oder aber einmal im Sturm! Das war von diesem würdigen Manne gewiß nicht als Drohung gedacht, sondern als Mahnung an die herrschenden Klassen.

### Die Straßendemonstrationen.

Und genau den gleichen Zweck haben die Arbeiter verfolgt mit den Demonstrationen, die in den letzten Wochen Preußen ausgereitet haben. Dieser Zweck ist erfüllt worden trotz aller gegenteiligen Behauptungen und Voraussetzungen. Trotz kurzer provokativer Straßenplätle und trotz langer einschläfernder Ministerreden, trotz Polizeipräsidenten und trotz Ministerpräsidenten sind Hunderttausende auf die Straße gezogen und haben ihre Entschlossenheit bekundet, ihr Recht zu verlangen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Es hätte mich überreicht, wenn Sie mit dem Ihnen eigenen Besinnel die Hunderttausende, die ihr Recht verlangen, nicht mit Hohnschlägen begrüßt hätten. (Lachen rechts.) Aber Ihre Lachen klingt heute doch leiser und gedungener als vor zwei Jahren. Heute können Sie nicht mehr leugnen, daß es in der Tat die Massen sind, die ihr Recht verlangen; sie haben auch gezeigt, daß sie eine

### Selbstbeherrschung

beweisen, die bei Ihnen vergeblich gesucht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Und Hunderttausende, die sich selber so zu beherrschen versichern, werden nicht gemeigt sein, sich von einer Clique auf die Dauer beherrschen zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Nun hat man darauf hingewiesen, und das läßt sich auch nicht bestreiten, daß es hier und dort bei diesen Kundgebungen vielleicht zu

### Ausführungen

kommen könnte. Es sind auch Ausführungen vorgekommen. Was wollen diese kleinen Dinge beweisen gegen den gewaltigen Einbruch des Massenwillens? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was will es bedeuten, wenn da oder dort vielleicht ein junger Mensch im Uebermaß des Temperaments sich vergißt? Im ganzen kann man sagen: Wo es zu Ausführungen gekommen ist, waren nicht die Arbeiter schuld, sondern

### die Polizeiprovakationen!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich kann ruhig antworten, daß die Polizei überall diejenigen Demonstrationen hat, die sie verdient. Ja selbst bei den traurigen Vorgängen in

### Frankfurt a. M.,

die auch wir bedauern, wird festgestellt werden — und wir wären in der Lage, das urkundlich festzustellen, daß auch hier nicht die Arbeiter, sondern die ungeschickte provokatorische Polizei die Opfer verurteilt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiterhaft in ganz Preußen hat in würdiger, ruhiger, eindrucksvoller Weise ihren Willen bekundet. Seit Jahrzehnten nicht mehr haben Sie in Preußen ein ähnliches Schauspiel gesehen: Hunderttausende von Menschen, befehle von einer Idee, erfüllt und getragen von einem großen historischen Willen. Der Reichskanzler hat wiederholt seiner Sehnsucht nach dem deutschen Idealismus Ausdruck gegeben. Herr Reichskanzler, diesen Idealismus finden Sie nicht bei den oberen Schichten, er sitzt in den Massen drin! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn Opfer dabei fallen — wir bedauern sie, wir wünschen sie nicht, wir wollen, daß

### die Demonstrationen

durchaus friedlich verlaufen — aber das mögen Sie sich gesagt sein lassen: Durch Opfer, die es kostet, wird sich die Arbeiterschaft vom Wahlrechtskampf nicht abschrecken lassen. (Sehr richtig! u. Bravo! bei den Sozialdem.) Die Arbeiter sind gewohnt, Opfer zu bringen; jedes Jahr fallen zehntausende von Arbeitern, die ihre Gesundheit und ihr Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit verlieren im Frontdienste des Privatkapitals für keine Privat- und Profitinteressen. Hier fallen die Opfer, hier fließt und fließt das Blut für die große Idee des Befreiungskampfes der Arbeiterschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Wahlrechtskampf hat erst begonnen. Er wird weiter gehen.

### Der Reichskanzler wird gehen, die Wahlrechtsbewegung wird bleiben!

(Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. Lärm, Lärm und Pfuihu! rechts. Die Sozialdemokraten rufen dem Präsidenten zu: Pfui! hat man dort gerufen!)

### Reichskanzler v. Bethmann-Ollweg:

Meine Herren: An einer Diskussion über das preussische Wahlrecht und die in preussischen Landtag vorgelegte Wahlreform kann ich nicht teilnehmen. Es ist vom Bundesratliche aus zu wiederholten Malen, zum letztenmal vor zwei Jahren von meinem Amtsvorgänger, erklärt worden, daß die Regelung der verfassungsmäßigen Zustände in den Einzelstaaten

### „nicht Reichsache“

ist und daß sich die Verbündeten Regierungen an eine Vertiefung dieser staatsrechtlichen Grenzen nicht beteiligen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich werde mich bei der Beantwortung der Interpellation streng an das halten, was vor das Forum des Reichstags gehört.

Keine Herren! Die Interpellation geht dahin, zu fragen, was mich veranlaßt habe, im preussischen Landtag bestimmte Äußerungen zu machen. Ich bin gern bereit, auf Interpellationen zu antworten, die mich fragen, aus welchen Gründen ich einen bestimmten Bescheid vorgelegt habe, eine Verwaltungsverordnung angeordnet, vielleicht auch: aus welchen Gründen ich beides unterlassen habe, welche Stellung ich gegenüber einem konkreten Ereignis einnehmen werde. Aber, meine Herren, wenn Sie mich fragen, aus welchen Gründen ich bestimmte Ansichten äußere, da kann ich Ihnen doch nur antworten: weil ich diese Ansichten für richtig halte! (Sehr wahr! und Helter-leit rechts.) Aber um dieser Selbstverständlichkeit willen haben Sie mich natürlich nicht interpelliert. Der Herr Vorredner hat ja ausdrücklich ausgesprochen, er wüßte zu wissen, ob ich das Reichstagswahlrecht zu ändern beabsichtige, und in dieser Beziehung behauptet nun die Interpellation, daß ich im preussischen Landtag Ausführungen gemacht hätte, die geeignet seien, das durch die Verfassung des Reiches und verschiedener Bundesstaaten gewährleistete gleiche, allgemeine, geheime Wahlrecht herabzusetzen und zu bekämpfen. Die Herren Interpellanten sind doch eigentlich sonst nicht so; sie nehmen doch unangenehm für sich das Recht in Anspruch, Arden zu halten, Demonstrationen zu veranstalten, die nicht nur geeignet sind, das durch die preussische Verfassung gewährleistete preussische Wahlrecht herabzusetzen und zu bedrohen, sondern die dieses Wahlrecht unmittelbar herabwürdigend, ja geradezu bekämpfend. (Sehr richtig! rechts.) Das entspricht doch ganz der Auffassung von Gleichheit und Gerechtigkeit, die auf Ihrer Seite vorhanden ist. (Sehr gut! rechts.)

Was habe ich denn nun im preussischen Landtag gesagt? Ich habe das Sacriligium begangen, nicht an die absolute Mächtigkeit des Dogmas vom allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht für alle Staaten und alle Verhältnisse zu glauben! Und weil ich an dieses Dogma nicht glaube, gelte ich als reaktionärer Dogmatiker. Das ist ein nicht zu billiger Schluß. Ich bin dabei so weit gegangen, daß ich gesagt habe, die demokratische Entwicklung des Parlamentarismus führe zu einer Verflachung der politischen Sitten. Ja, bin ich denn der erste und einzige, der der Anschauung Ausdruck gegeben hat, daß die demokratische Entwicklung zwar die Basis des Parlamentarismus vertritt, aber die Mächtigkeit hat, das

Reich herabzudrücken? Das ist in der Geschichte aller Völker und Zeiten (Zuruf links: aller Zeiten?) Lausache.

Nun finden Sie es auffällig, daß ich einer solchen Anschauung Ausdruck gegeben habe, weil wir im Reich und in den Bundesstaaten ein liberales, ein demokratisches Wahlrecht haben. (Zuruf links: Reichstagswahlrecht!) Ja, wenn ich das Reichstagswahlrecht als eine Institution des Reiches angegriffen, wenn ich die Absicht bekundet oder nur von ferne angedeutet hätte, den Verbündeten Regierungen vorzuschlagen, das Reichstagswahlrecht zu ändern, dann würde ich begreifen, daß englische Gemüter sich beunruhigt fühlen, die nicht daran denken, daß bei einer Aenderung des Reichstagswahlrechts Bundesrat und Reichstag mitzusprechen haben. Aber nichts von alledem habe ich gesagt, nichts von alledem ist meine Ansicht. Es sind doch ganz andere Kreise, die agitieren und den Bestand unseres Reichstagswahlrechts bedrohen. (Sehr richtig! rechts.) Das sind doch die Herren Interpellanten! (Stürmische Unterbrechungen bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn Sie mich erst ausreden lassen. Ihnen, meine Herren Sozialdemokraten, genügt doch das Reichstagswahlrecht nicht, Sie wollen doch die Verächtlichmachung zum Wählen bis unter das Mindestalter heruntersetzen, Sie wollen die Frauen zum Stimmrecht zulassen, Sie wollen also das bestehende Reichstagswahlrecht durch reichsgerichtliche Vorchriften ändern. Glauben Sie, daß Sie durch diese Bestrebungen diejenigen Volksteile beruhigen, die nicht Ihres Sinnes sind? Und deren gibt es doch auch noch eine ganze Menge! Ja, wenn ich das Reichstagswahlrecht nur wirklich kritisiert hätte, was ich nicht getan habe, wie läge dann die Sache? Unter veränderten Verhältnissen und unter veränderten Stimmungen erleben wir heute das Gleiche wie im Januar 1908. Damals hatten sich die Herren darüber entrüstet, daß Fürst Bismarck im preussischen Abgeordnetenhaus erklärt hatte, es entspreche nicht dem Staatswohl, das Reichstagswahlrecht auf Preußen zu übertragen. Auch damals wurde eine unerhörte Verletzung des Reichstagswahlrechts darin gefunden, und als später im März 1908 das Reichstagswahlrecht und das preussische Wahlrecht hier im Reichstag wieder diskutiert wurde, da waren es dieselben Gedanken, die heute hier zum Ausdruck gelangen. Damals klappte die Agitation an das Programm des Fürsten Bismarck an, heute an die Ausführung des Programms. Damals wurde der Verstand des Programms, heute sein Ausführender gegeben, die Reichsinstitutionen herabzusetzen, herabwürdigend und zu bedrohen. Das Spiel ist zu durchsichtig, als daß man die Absicht nicht erkennen sollte. Ich kann nur versichern, daß die Verbündeten Regierungen nicht daran denken, am Reichstagswahlrecht zu rütteln. Das ist die kluge und klare Antwort, die der Abg. Frank von mir verlangt hat. Das Deutsche Reich hat sich mit diesem Wahlrecht sein Haus eingerichtet, und trotz aller Mängel des öffentlichen Lebens reicht mein Glaube an die Kraft und Zukunft des deutschen Volkes viel zu weit, als daß ich nicht davon überzeugt wäre, es würde sich dieser Frau auch unverletzt erhalten können.

Gestatten Sie mir eine kurze Abweisung. Wer es nicht versteht, weshalb ich als preussischer Ministerpräsident das preussische Beamtentum gegen unberechtigte Angriffe und Verdrängungen in Schutz genommen habe, der hat keinen Sinn für staatlichen Organismus; keinen Sinn für die reale Notwendigkeit, den möchte ich weit fremd nennen, wie mich der Abg. Frank genannt hat. Wer darüber hinausgeht, weil es ihm nicht in den Kram paßt, daß ich Parteidiens der Beamten beurteilt und durch die Tat beurteilen lassen werde, mit dem kann ich nicht diskutieren. Bureaucratisches Regiment führt unser Volkleben zum Absterben. Ich habe nun bald drei Jahre die Ehre, mit Ihnen zusammenzuarbeiten. In den mannigfaltigsten sozialen Fragen, die ich mit Ihnen behandelt habe, habe ich immer wieder vor der trügerischen Hoffnung gewarnt, die Welt mit Befehlsparagrafen und dem hinter Ihnen stehenden Heer von Beamten verbessern zu können. Noch bei der Beratung der Arbeitslammervorlage, in die Sie jetzt neuerlich eingetreten sind, habe ich immer auf das schärfste den Standpunkt vertreten, daß sich von der gemeinschaftlichen Arbeit der verschiedenen Volksstände, also von der Arbeit des Volkes sehr viel größere Vorteile erwarde als von irgendwelcher Reglementierung, die immer unpraktisch ist und dahin führt, hinter jeden Arbeitgeber und hinter jeden Arbeitnehmer einen Polizeimann zu stellen. Und wenn ich in meiner Abgeordnetenhausrede darauf hingewiesen habe, daß es die Unterthanen des Staates und Volkes sind, in denen die größte wirtschaftliche und geistige Kulturarbeit geleistet wird, dann habe ich damit ausgesprochen, daß wir ohne die freiwillige und freie Mitarbeit und Tätigkeit des Volkes nicht vorwärts kommen. Wer das bureaucratistische Anschauen nennt, der weiß mit Fremdworten eben nicht Bescheid. (Große Heiterkeit.) Und damit lassen Sie mich schließen. So gut zum Besten des deutschen Volkes unermüdete Streikluft gehbt, ebenso gut kann es ohne unerbittlichen Idealismus nicht bestehen. Ich vertraue fest auf diese ideale Kraft des gesamten Volkes, die unter dem realen Druck unserer nationalen Bedürfnisse steigen und das Feld behaupten wird. (Lebhafte Beifall rechts.)

### Auf Antrag des Abg. Wedel wird die Besprechung der Interpellation

gegen die Stimmen der Rechten beschlossen.

Abg. Gräber (B.): Der Reichskanzler hat es abgelehnt, sich an einer Debatte über das preussische Wahlrecht zu beteiligen; er hat jedoch in seiner Erwiderung die Fragen behandelt, auf die es ankommt. Ich gestehe zu, daß die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten im preussischen Abgeordnetenhaus schwere Bedenken und Besorgnisse auch in unteren Reihen hervorgerufen haben. (Hört! hört! links.) Die schwerste Besorgnis hat nun allerdings die heutige Erklärung des Reichskanzlers, daß er an keine Aenderung des Reichstagswahlrechts denke, beseitigt. Wenn er aber sagt, er habe das Reichstagswahlrecht nicht angegriffen und nicht kritisiert, nun, man braucht es wirklich nicht ausdrücklich zu nennen und kann es doch in Grund und Boden kritisieren. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Der Herr Reichskanzler ist ein zu gewandter Redner, um hier nicht eine Form zu finden, die es ihm ermöglicht, seine unfreundliche Kritik auszudrücken.

Der Reichskanzler führt rechtlich eine Doppelstellung als Reichskanzler und als Ministerpräsident Preußens. Diese Doppelstellung eröffnet eine einheitliche Politik im Reich und in Preußen. Es ist nicht möglich, auf die Dauer eine grundfähig konträre Politik im Reich und in Preußen zu führen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Formell handelt es sich — das wird man zugestehen — um zwei verschiedene Staatswesen, aber historisch und politisch nicht. Dieselben Massen, die unter dem Reichstagswahlrecht in Preußen zum Reichstag wählen, wählen für Preußen unter dem preussischen Wahlrecht. (Sehr gut! im Zentrum.) Das Urteil, das der Reichskanzler über den Parlamentarismus gefällt hat, fordert unsere Kritik auf entscheidende heraus. Der Reichskanzler hat erklärt, daß die Verbündeten Regierungen nicht daran denken, am Reichstagswahlrecht zu rütteln. In der Tat: in einem Staatswesen der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Steuerpflicht wird man niemals am allgemeinen Wahlrecht rütteln können. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Das hat auch Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ ausgesprochen.

Der heutige Reichskanzler sieht in der Demokratisierung Verflachung und Verrohung. Jedes Wahlrecht, auch das Reichstagswahlrecht, ist Verbesserungsbedürftig; unser Wahlrecht ist aber auch verbesserungsfähig. Auf das schwerste wird das parlamentarische Ansehen durch Parteien geschädigt, die die Erledigung der parlamentarischen Geschäfte durch Obstruktion hindern. (Beifall rechts.) Aber der Reichskanzler sollte sich fragen, ob nicht auch die Verbündeten Regierungen schuld an den gerade von ihm beklagten Erscheinungen tragen.

Der Reichskanzler sprach im Abgeordnetenhaus von dem unglücklichen sächsischen Interpellanten.

Ja, aber wer ist es denn, der niemals hier ist, wenn Sachen von allerhöchster Wichtigkeit behandelt werden? (Heiterkeit und lebhafte Zustimmung im Zentrum und links.) Der Reichskanzler fürst

Wälw erschien doch wenigstens von Zeit zu Zeit hier im Hause, aber wenn man nie m a l s sieht, das ist der Reichskanzler Herr v. Bethmann Hollweg! (Lebhafte Zustimmung links.) Reichlich erst, als wir hier einen so hochwichtigen Gegenstand wie den Vorschlagsantrag behandeln, suchten unsere Augen vergebens nach dem Reichskanzler! (Erneute große Heiterkeit im Zentrum und links.) Zudem ich zur Hauptfrage komme, zum Reichstagswahlrecht, habe ich zu bekennen, daß das Zentrum stets mit aller Entschiedenheit für das gleiche und geheime Wahlrecht eingetreten ist, unter dem auch die Beamten allein nach ihrer Ueberzeugung wählen können. Wir haben auch durch Einführung der Entschädigung für Abgeordnete das Wahlrecht erst zu einem gleichen gemacht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Namens meiner Partei habe ich zu erklären, daß wir jedem Angriff auf das Reichstagswahlrecht mit aller Entschiedenheit, mit aller Energie entgegenzutreten werden, mag der Angriff kommen, von welcher Seite er will. (Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Dr. Spahn:

Nach dem Stenogramm hat Herr Frank ein Mitglied des Hauses, allerdings ohne Nennung des Namens, aber doch mit deutscher Kennzeichnung als „den spähhaften Herrn“ bezeichnet. Ein solcher Ausdruck entspricht nicht dem Gebrauch des Hauses. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dietrich (L.):

Auf seiner Seite des Hauses, auch bei meiner Partei nicht, besteht eine Tendenz zur Verringerung des Reichstagswahlrechts. Auch für und ist dieser Tag erwünscht, um unsere Stellung zu der Frage darzulegen. Herrn Gröbers Versuch ist nicht glücklich, aus der hervorragenden Stellung Preußens zu beweisen, daß die Einrichtungen des Reiches auch Einrichtungen Preußens werden. (Sehr richtig! rechts.) Man könnte eher daran denken, den Ausgleich der Frage auf einer mittleren Linie zu suchen. Für preussisches Wesen ist das Verständnis in Süddeutschland nicht allzu stark. (Sehr richtig! rechts.) Aber allmählich beginnt dies Verständnis zu kommen. Eine der erhabensten Erinnerungen aus der Blockzeit ist für mich, daß Herr Pieber und Herr Bayer hier die historischen Aufgaben Preußens gezeichnet haben. (Lachen links.)

Die Sozialdemokratie befreit alles, was ihr zugute kommt, mit dem Mantel der Unantastbarkeit. Sie (zu den Sozialdemokraten) scheinen also jede Kritik an verfassungsmäßigen Einrichtungen verbieten zu wollen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Beisohre! Große Heiterkeit.) Nun also! (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie ist ja auch Kritik an dem geltenden Reichstagswahlrecht. Durch die Forderung der Ausdehnung des Wahlrechts auf die jungen Leute von zwanzig Jahren bedroht sie das Wahlrecht der Erwachsenen mit Schmälerung. (Lautes Lachen bei den Sozialdem.) Also, wenn Sie (zu den Sozialdemokraten) Freiheit der Kritik in Anspruch nehmen, so können Sie diese Freiheit auch anderen Leuten. (Sehr gut! rechts.) Das Reichstagswahlrecht läßt doch manche Mängel unbefriedigt, so z. B. nach geübter Vertretung der Industrie. Wir vermessen hier im Hause die Industriekapitane. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wir haben an den Krautjüngern gerade genug!) Sollen wir die Ansätze des Hamburger Großhandels lernen, so müssen wir den Worten eines Hamburger Kaufmanns (Lachen bei den Sozialdemokraten), der — ich sage in diesem Falle: glücklicherweise! — von einem agrarisch-ökonomischen Wahlkreis gewählt worden ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Semler! Große Heiterkeit.)

Ich habe im Namen meiner Partei zu erklären, daß wir nicht daran denken, das Reichstagswahlrecht auf dem Wege der Gesetzgebung zu ändern. (Zurufe bei den Sozialdem.: Und wie ist's mit dem Staatsrecht?) Sie sprechen fortwährend vom Staatsrecht. Ja, hat denn nicht Herr Nebel sich in Dresden als Lobredner der bürgerlichen Gesellschaft und Staatsordnung bezeichnet? Hat nicht Herr Prophet Rautsch gesagt, noch heute gelte das Wort von Marx, daß nur die Gewalt die Geburtsheiferin einer neuen Gesellschaftsordnung sei? (Lache bei den Sozialdemokraten: Fallch wieder gegeben!)

Das Reichstagswahlrecht ist zu beurteilen nach seiner historischen Entwicklung und nach seinem gegenwärtigen Wert. (Zurufe bei den Soz.: Gegenwärtiger Wert ist höchst ausgeprägt. Heiterkeit und Aufst. links.) Ueber die historische Entstehung des Reichstagswahlrechts ist das Nützlich in Dismards „Erinnerungen“ nachzulesen. Was den gegenwärtigen Wert betrifft, so geben die großen nationalen Aufgaben — Heer, Flotte, Kolonien — stets die Möglichkeit, zu appellieren an das nationale Interesse, an die nationale Leidenschaft draußen im Lande. (Sehr richtig! rechts.)

Die ruhigen, sachlichen Ausführungen des Reichskanzlers hier und im Abgeordnetenhaus (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) standen im wohlthuenden Gegensatz zu politischen Eifersüchteleien, wie sie hier Mode ist. Hoffentlich vernehmen sie auch nicht ihren Eindruck in Süddeutschland. Endlich wird man es in Preußen satt, die fortgesetzten Mordgeleien von süddeutscher Seite zu ertragen! Nach einem glänzenden Kriege hat Preußen den süddeutschen Bundesstaaten die Gleichberechtigung zugestanden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Zugestanden ist gut!) Preußen begnügt sich sogar mit 14 Stimmen im Bundesrat! (Lachen links. Zurufe: Uebrigens sind's 17!) Finden Sie das nicht bedauerlich? (Lautes Lachen links. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Großartig!) Nur gegenseitiges Verständnis der Bundesstaaten kann den Reichsgedanken fördern. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Baffermann (natl.):

Man kann zweifelhaft sein, ob die Interpellation der Sozialdemokraten angebracht war. Interpellationen bezwecken doch wohl die Beiprägung akuter Fragen und die Frage des Reichstagswahlrechts ist doch nicht akut. Der Hauptgrund der Interpellation war wohl das Agitationsbedürfnis der Sozialdemokraten! (Lebhafte Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten und Aufst.: An Agitationsstoff fehlt es uns nicht!)

Zumehrern ist anzugeben, daß in der Rede des Ministerpräsidenten mindestens indirekte Angriffe gegen das Reichstagswahlrecht gefunden werden konnten. Ich befreie auch den Rhythmus weiter Verbreitungskreise; die Strafe ist aber nicht der Ort dazu, diesen Rhythmus auszulassen. Ich bitte doch die Sozialdemokraten, ihre Anhänger nicht auf die Strafe zu führen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Gut national liberal!) Das sind nicht nur meine Ausführungen, sondern auch die des Abg. Heine! (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Das wird bestritten!) Strafendemonstrationen sind kein geeignetes Mittel, die Volkrechte zu erweitern, sondern weit eher die Reaktion zu stärken. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Herr Frank hat auch von Süddeutschland gesprochen, und Herr Dietrich hat sich über die Kritik Preußens seitens Süddeutschlands beklagt; ich erinnere aber daran, daß hier auch Süddeutschland von Herrn v. Oldenburg sehr scharf kritisiert wurde! (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.)

In der Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg im preussischen Abgeordnetenhaus waren sehr treffende Bemerkungen; doch vermisse ich in ihr das Bekenntnis zum Reichstagswahlrecht! Freilich haben wir nie gefordert, daß das Reichstagswahlrecht schrittweise auf die einzelnen Bundesstaaten übertragen wird. Die Schlußfolgerung aus der Rede des Herrn v. Bethmann, als sei er im Innern ein Feind des Reichstagswahlrechts, halte ich für irrig; er hat uns ja heute auch eine offene Erklärung über seine Stellung gegeben. Ich bin überzeugt, daß auch er überzeugt ist, daß jeder Versuch, das Reichstagswahlrecht zu beschränken, zu den schwierigsten politischen Kämpfen in Deutschland führen muß. Wie freuen uns des geheimen Wahlrechts im Reich, das die Unabhängigkeit der Wähler beim Wählen sichert. Die Leistungen dieses Reichstags sprechen dafür, daß das Wahlrecht, auf dem es beruht, ein gutes ist. Namens meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir an dem bestehenden Reichstagswahlrecht festhalten, daß es auf diesem Gebiete kein Zurück gibt! (Bravo! links.)

Abg. Diemer (fr. Sp.):

Wir wäre es richtiger erschienen, die Angelegenheit beim Etat

des Reichskanzlers zur Sprache zu bringen; doch werden wir keineswegs einer Verschlechterung der Geschäftsordnung zustimmen, um solche Interpellationen unmöglich zu machen. Wir bebauern die Aeußerungen des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus und können nicht finden, daß seine heutigen Ausführungen seine dortigen prinzipiellen Erklärungen irgendwie abschwächen. (Sehr richtig! links.) Ich kann auch nicht finden, wie Herr Gröber, daß die Besorgnis, die Verbündeten Regierungen wollen das Reichstagswahlrecht ändern, beseitigt ist, diese Besorgnis ist vielmehr noch gewachsen. Noch im letzten und vorletzten Frühjahr kam in den Versammlungen im Jura-Buch die unverkündete Abneigung gegen das Reichstagswahlrecht klar zum Ausdruck. Der frühere Minister v. Bodelschloß sagte: wir können nicht mit dem Reichstage weiter arbeiten ohne ein Oberhaus! (Hört! hört! links.) Und in seinen Grundanschauungen stimmt der Reichskanzler mit den Herren überein, die die Aenderung des Reichstagswahlrechts verlangen. (Sehr richtig! links.) Er hat im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt, daß die politische Kultur und Erziehung leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet werde, und die Demokratisierung habe in allen Ländern zur Verrohung und Verflachung beigetragen! Er hätte gut getan, diese Aeußerung heute einfach zurückzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Er hat das nicht getan, und wir bleiben dabei, daß darin eine Herabsetzung des Reichstages liegt und der Bundesstaaten, die mehr oder weniger demokratische Einrichtungen getroffen haben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Als verantwortlicher Staatsminister aber hat der preussische Ministerpräsident und der Reichskanzler die Einrichtungen des Staates und die Verfassung zu verteidigen und nicht anzugreifen. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Dacht sich das nicht mit seinen Anschauungen, so muß er aus dem Amte scheiden. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Bei jener Rede kommt es gar nicht so sehr auf die einzelnen Worte und Wendungen an, sondern auf den ganzen aus ihm herausfließenden Geist. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der Reichskanzler hat sich heute als Ausführender des Programms des Fürsten Bälw bezeichnet. Er hat im Gegenteil dies Programm verlassen und führt das Programm der Parteien an, die den Fürsten Bälw gestützt haben. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Protestieren muß ich auch gegen die Auffassung Gröbers, Fürst Bälw habe den Grundgedanken der Grundgesetzgebung proklamiert und dadurch die Bedeutung des Parlaments herabgedrückt. Gerade durch den Fürsten Bälw ist vielmehr der Parlamentarismus gefördert worden! (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Der politische Gesichtskreis des Reichskanzlers scheint

### beschränkt

zu sein durch die schwarz-weißen Grenzpfähle, er ist ein konserverbarer Staatsmann mit stark partikularistischem Einschlag; er verdient wohl das Vertrauen, das Herr Dietrich ihm namens der konservativen Partei ausgesprochen hat.

Der Reichskanzler sprach von „Verflachung“. Nun, ich denke, mit der heutigen Regierung kann das heutige Parlament getroffen den Vergleich aushalten. (Lebhafte Zustimmung links.)

Die Reichsfinanzreform hat die rote Flut mächtig anschwellen lassen. Da hoffte man, daß die Regierung, hierdurch gezwungen, mit einer verständigen Wahlreform kommen würde. Statt dessen kommt sie mit diesem Schwere, das nur die agrarische Herrschaft in Preußen aufrecht erhalten soll, einem Nachwerk, das sogar von der Kommission des Abgeordnetenhauses verworfen worden ist.

Nun ein Wort

### zu den Strafendemonstrationen.

Ich kann nur wiederholen, daß wir nach wie vor die Strafendemonstrationen als ein höchst ungeeignetes Mittel für die Erläuterung eines besseren Wahlrechts betrachten. Solche Demonstrationen geben nur den Segnern des Wahlrechts Waffen in die Hand. (Zustimmung bei den Liberalen, Lachen, Widerspruch und erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Herr Abg. Frank sprach von der Selbstbeherrschung der Massen. Die Erfahrung — auch bei der letzten Lage — zeigt, daß es unmöglich ist, gefährliche, radikalistische Elemente fernzuhalten. Andererseits ist aber auch von der Polizei zu verlangen, daß sie ihrerseits Ruhe bewahrt, nicht nervös wird und sich nicht zu Provokationen hinreißt. (Sehr richtig! links.) Wir Freisinnigen werden nicht ablassen, für die Erringung eines besseren Wahlrechts für Preußen mit allen Kräften einzutreten. Wir werden uns auch nicht dadurch beirren lassen, daß die Sozialdemokratie uns in den Rücken fällt. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wann sind wir Ihnen in den Rücken gefallen? Wo ist das geschehen? Heraus mit der Sprache.) Sie fragen, Herr Ledebour, wo das geschehen ist? Eben erst hat mir Ihr Parteigenosse Rumert eine höhnische Bemerkung zugerufen, die nur so zu verstehen war, daß wie es angeht nicht ernst mit der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen meinen. Ich protestiere gegen solche Unterstellungen. (Lebhafte Zustimmung bei den Freisinnigen.) Statt uns in den Rücken zu fallen, sollte die Sozialdemokratie ihre Angriffe ausschließlich gegen die Wahlrechtgegner richten. Wir werden jedenfalls, unbekümmert um alle Angriffe, woher sie auch kommen, unsere politische Kampfpflicht erfüllen. (Lebhafte Beifall bei den Freisinnigen.)

### Reichskanzler von Bethmann Hollweg:

Der Abgeordnete Biemer hat behauptet, ich sehe auf die Bundesstaaten mit liberalen Staatsbeschreibungen herab. Wie kommt er dazu, mir Bestimmungen nachzulagen, da ich meine Bestimmungen doch nur allein kenne. (Sehr richtig! rechts, Unruhe links.) Royalermäßig hätte er meine Worte über das Verhältnis zu den Bundesstaaten zitieren müssen. Ich sagte, wir können und wollen die Eigenart der einzelnen deutschen Stämme nicht missen, diese Eigenart, die sich nicht nur in den Sitten und Wohnverhältnissen dieser Stämme, sondern auch in den politischen Formen des Staatslebens wieder spiegeln, wollen wir achten und lieben. (Hört! hört! rechts. Mit erhobener Stimme.) Ich muß es mir verbitten, daß mir Bestimmungen, die sich für einen deutschen Reichskanzler nicht ziemen, nachgelagt werden! (Lebhafte Beifall rechts, große Unruhe und Zurufe links.)

Abg. Fürst Haffelbdt (Sp., zunächst unverständlich): Auf die Frage des preussischen Wahlrechts hier im Reichstage eingegangen, lehne meine politischen Freunde ab. In der Reichsversammlung steht kein Wort, daß von Reich wegen das Wahlrecht der Einzelstaaten bestimmt werden soll. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Von keiner bürgerlichen Partei und ebensowenig von der Regierung sind Anträge ausgegangen, die eine Aenderung des Reichstagswahlrechts bezwecken. Wohl aber sind von sozialdemokratischer Seite Anträge auf Aenderung des Reichstagswahlrechts im Sinne einer Verleserung der Altersgrenze gestellt worden. Das ist ja kein Verbrechen, aber ein Attentat. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), ein Attentat auf das bestehende Reichstagswahlrecht. (Sehr richtig! rechts.)

Blauben Sie (zu den Sozialdemokraten) mit der heutigen Debatte und mit den Strafendemonstrationen etwas zu erreichen? (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Allerdings! Lachen rechts. Unruhe im ganzen Hause. Mit erhobener Stimme.) Nichts werden Sie erreichen! (Zustimmung rechts.) Auf Sie bei den Sozialdemokraten: Abwarten! Die heutige Debatte hat gezeigt, daß alle bürgerlichen Parteien auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehen. (Aufst. bei den Sozialdemokraten: Na, na!) Eine Aenderung des Reichstagswahlrechts könnte nur dann in Frage kommen, wenn es einmal eine Mehrheit ergeben sollte, die unvereinbar ist mit den Lebensbedingungen des Reiches. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Hört! hört! — Wiederum mit erhobener Stimme fortsetzend:) Allerdings meine Herren! Eine sozialdemokratische Mehrheit in diesem Hause würde unvereinbar sein mit den Lebensbedingungen des Reiches! (Stürmischer Beifall rechts.) Aber diese Gefahr liegt ja vorläufig gar nicht im Bereich der Möglichkeit. Das deutsche Volk hat im entscheidenden Augenblicke immer gezeigt, daß es der gesunden Vernunft und dem nationalen Interesse zum Siege zu verhelfen weiß. (Lärm. Beifall rechts.)

### Abg. Korfanty (Pol.):

Mit Recht haben die Aeußerungen des Reichskanzlers in der belannten Landtagsrede in zweiten Kreise Verunreinigung hervorgerufen; sie stehen ja auch keineswegs allein. Auf Oldenburg, Württemberg usw. ist ja schon hingewiesen; ich will noch an bestige Angriffe des Ministers v. Puttkamer — während seiner Amtszeit — auf das Reichstagswahlrecht erinnern. Der stenographische amtliche Bericht verzeichnet bei dieser Stelle: Lebhaftes Beifall rechts. (Lebhafte Heiterkeit links.) Es war also sehr berechtigt, daß diese Interpellation hier eingebracht wurde.

Der Reichskanzler hat, er sage, was er wolle, das Reichstagswahlrecht angefeindet. Er hat rühmend von den Leistungen des Dreiklassenhauses und herabsetzend von denen des Reichstages gesprochen. Aber ich denke doch, die Leistungen des Reichstages können sich sehr wohl neben denen des Abgeordnetenhauses sehen lassen! Ich erinnere nur an die Anebelung der Berg- und Staatsarbeiter durch den Landtag! (Lebhafte Zustimmung bei den Polen und Sozialdemokraten.)

Der Reichskanzler hat sich als entschiedener Verächter des Zeitgeistes hingestellt. Damit spricht er sich selbst das schärfste Verdammungsurteil. Der Staatsmann ist gerichtet, der den Geist seiner Zeit nicht zu erfassen weiß. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.) gibt eine kurze Erklärung ab:

Die Wirtschaftliche Vereinigung hält durchaus am geltenden Reichstagswahlrecht fest; sie kann aber in den Aeußerungen des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus weder eine Herabsetzung noch eine Verrohung des Reichstagswahlrechts sehen. Das staatsbürgerliche Recht der freien Meinungsäußerung muß auch dem Reichskanzler zustehen. Wir weisen die Interpellation der Sozialdemokraten als eine Annäherung zurück. (Bravo! rechts, Lachen links.)

### Abg. Ledebour (Soz.):

Der Reichskanzler hat in seiner Rede unter anderem das Recht für sich in Anspruch genommen, abfällige Kritik an dem für das Deutsche Reich und eine große Anzahl von Bundesstaaten gültigen allgemeinen gleichen Wahlrecht zu üben. Er erklärt, er habe genau dasselbe Recht wie jeder andere Staatsbürger. Dieses allgemeine Recht bestreitet ihm niemand, am allerwenigsten die Sozialdemokraten. Unter Kampf innerhalb des heutigen Staates besteht ja zum großen Teil darin, für alle Menschen dieses Recht zu erlangen. Auch für die preussischen Beamten wollen wir das Recht erwirken, ihrer inneren Ueberzeugung bei der Wahl Ausdruck zu geben. Aber gerade der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident betrachtete es als eine seiner Hauptaufgaben, als eine der wesentlichsten Teile der von ihm vorgelegten Wahlrechtsvorlage, daß den Beamten das Recht der inneren Ueberzeugung genommen wird. Er will sie zwingen, im Sinne der Regierung zu stimmen, und deshalb behält er die öffentliche Wahl bei. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im Munde eines Mannes von derartigen Grundtendenzen anderen Leuten gegenüber, eines Mannes, der den Beamten gegenüber den Regierungsterrorismus gleich festlegen will, nimmt es sich komisch an, wenn er vom Recht der freien Ueberzeugung spricht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Also das Recht, die innere Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen, bestreitet dem Reichskanzler niemand. Die innere Ueberzeugung eines Mannes muß aber im Einklang stehen mit seiner öffentlichen Tätigkeit, und wenn jemand wie der Reichskanzler und preussische Ministerpräsident der Ueberzeugung ist, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht so erhebliche Mängel aufweist, dann darf er nach meiner Ueberzeugung nicht eines Reichskanzlers nicht übernehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nimmt er ihn trotzdem an und behält er ihn bei, so ist der Schluß gerechtfertigt, daß er nur auf die günstige Gelegenheit wartet, dieses Wahlrecht im Reich zu beseitigen, und gerade weil er Aeußerungen gemacht hat, welche diese Anschauungen verstärken, ist unsere Interpellation eingebracht, und es lag zu ihr um so mehr Veranlassung vor, weil er andererseits Aeußerungen unternommen hat gegenüber Angriffen auf das allgemeine Wahlrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Und was hat er für Gründe für seine

niedrige, das Wahlrecht herabsetzende Ansicht über das Wahlrecht

angeführt. Er hat von der Verrohung der Sitten gesprochen! Hier zur Rede gestellt, erging er sich in ganz allgemeinen Redensarten; das habe er nicht zuerst gesagt, das hätten schon andere vor ihm ausgesprochen! Doch andere Leute, die das gleiche Wort von Einsicht in die moderne Entwicklung haben, wie Herr v. Bethmann Hollweg schon Ähnliches ausgesprochen haben, bezweifle ich gar nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es läßt da dem Reichskanzler eine Verwechslung unter, er sagt die heftigen, leidenschaftlichen parlamentarischen Kämpfe, die in jedem Parlament, das auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt ist, entzünden und sich fortentwickeln, auf: als Verrohung der Sitten. Die leidenschaftlichen Kämpfe müssen sich aus der innersten Ueberzeugung der Parteien und der Männer, die sie vertreten, notwendig ergeben, wenn es sich um die großen Ziele der Menschheit handelt. Solche leidenschaftlichen Ausbrüche fehlen natürlich vollständig in einem Parlament, das auf Grund eines Unqualitätswahlrechts gewählt ist. (Sehr wahr! links), wo die ausstrebenden Volksschichten gar keinen Ploy finden. In einem solchen Parlament geht es verhältnismäßig gemächlich zu. Deshalb finden Sie in bezug auf die Leidenschaftlichkeit in diesem Jahrhundert und auch im letzten Teil des vorigen in England viel schärfere Kämpfe als im 18. Jahrhundert. Deshalb finden Sie in allen Herrenhäusern der Welt eine Leidenschaftslosigkeit, eine Gleichgültigkeit, eine Interessenlosigkeit, die dann zu solchen Reden führt, wie wir sie etwa von Herrn v. Bethmann Hollweg oder auch von Herrn Baffermann zu hören bekommen; Reden, die zeigen, daß der Redner nicht tief innerlich ergriffen ist von den Aufgaben, die er zu vertreten hat, daß er nicht für Volksworte, für Volksworte kämpft, sondern sich allenfalls ein bißchen mehr oder weniger bei diesem oder jenem Gelehrten über materielle Frage streiten will, daß ihm aber die großen idealen Gesichtspunkte, die eben den leidenschaftlichen Kampf herbeiführen müssen, vollständig abgehen. Ganz abgesehen übrigens von dieser großen Leidenschaftlichkeit, die immer in den Parlamenten des gleichen Wahlrechts zum Ausdruck kommen wird — wenn wir wirklich Stichproben auf die innere geistige und sittliche Struktur der Redner machen, dann würde sich zeigen, daß gerade bei den engeren Freunden des Herrn von Bethmann Hollweg derartige niedrige sittliche Strukturen zu finden sind. Ich erinnere daran, daß hier einmal, als vom amerikanischen Handelsbetrug die Rede war, ein Abgeordneter bemerkt hat: Ja, die Amerikaner wollen auch

### einen Schluß aus der Pulte

nehmen! Solche Taktlosigkeit gehen aus der inneren Niedrigkeit der Struktur hervor, sie atmen Schnapslust. Dieser Ausdruck fiel nicht auf der linken, sondern auf der rechten Seite des Hauses. (Zuruf rechts: Von wem?) Vom Herrn v. Oldenburg-Januschau! (Schallende Heiterkeit. Abg. v. Oldenburg ruft: Nein! Erneute Heiterkeit.) Also kommen Sie und nicht mehr mit der abgegriffenen Behauptung, daß der Parlamentarismus oder vielmehr das allgemeine Reichstagswahlrecht zur Verrohung der Sitten führt!

Weiter hat der Reichskanzler behauptet,

### die Teilnahme des Volkes am Parlament

sei zurückgegangen. Das ist falsch, darauf hat schon Herr Gröber hingewiesen. Das Interesse des Volkes für ein Parlament drückt sich am deutlichsten in der Beteiligung an den Wahlen aus. Und diese Beteiligung ist bei den Wahlen zum Reichstag erheblich größer als bei den Wahlen zum Reichsparlament des preussischen Abgeordnetenhauses. Außerdem ist sie von Periode zu Periode gestiegen. 1871 beteiligten sich 50,7 Proz. der Wähler an den Wahlen, 1874 63,1 Proz., 1877 77,2 Proz., und 1907 85 Proz. Wenn aber eine gewisse Wertschätzung des Reichstages zu bemerken ist, von wem geht sie denn aus? Von denjenigen Parteien und Personen, die die allmählich fortschreitende Demokratisierung unseres öffentlichen

Lebens mit großem Mißbehagen sehen. Das sind die Herren von der Regierung und auch einzelne Professoren. Hat doch ein Professor der Nationalökonomie kürzlich erklärt, ein wirklich gebildeter Mensch habe kein Interesse an der Politik! Das sind, genau betrachtet

#### alte Jungfern in Mannshöfen

(Große Heiterkeit.) Die nicht mit ihrem Vollerleben und streben, sondern die abseits sitzen und sich höchst beunruhigt fühlen, wenn andere Leute ihrem lebhaften Interesse für unser öffentliches Leben kräftigen Ausdruck geben.

Zu einem gewissen Grade trägt auch die allgemeine Teilnahmslosigkeit dazu bei, welche die Herren von der Regierung den Aktionen des Parlaments schenken. Nicht bloß beim Toleranzantrag, auch sonst, wenn wichtige Fragen aus dem Hause kommen, streifen die Herren von der Regierung — nicht vollständig, das vorige Mal waren hier

ein paar kleine Bundesratsmitglieder als Streikposten aufgestellt.

(Schallende Heiterkeit. Juruse im Zentrum: Als Stallwache.) Und welche Rücksichtung des Parlaments liegt darin, daß der Reichskanzler, nachdem er einmal hier, seitdem er Kanzler geworden, erschienen ist und eine höchst verunglückte Rede gehalten hat, plötzlich von der Bildfläche verschwunden ist! Hätten wir nicht in unserem dringenden Bunde, den Herrn Reichskanzler endlich hier zu sehen, nun das einzig wirksame Mittel gebraucht, ihn zur Stelle zu bringen, so würde er wahrscheinlich — wie sein Vorgänger — gewartet haben, bis ein großer Erfolg in der auswärtigen Politik — über den Fürsten von Bulgarien vielleicht, der ja in Braunschweig in diplomatische Verwicklungen mit und gekommen ist (Große Heiterkeit links) — errungen war. Dann werden wir ihn vielleicht wiedersehen, jetzt ist er ja

schon wieder verschwunden!

(Heiterkeit.) Aber das ist nicht die Art, wie der einzige verantwortliche Minister, den wir im Reiche haben, sich dem Deutschen Reichstag gegenüber zu stellen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Rommel ist er wenigstens verantwortlich, und deshalb soll er Rede und Antwort stehen. Allerdings liegt die Schuld, daß die Herren sich diese

#### Zgeltakt

gefallen, auch an Ihnen, meine Herren. Sie haben Zwangsmittel genug, die Herren zur Stelle zu bringen. Sie brauchen nur Ihr Budgetrecht konsequent auszunutzen, dann würden Sie mal sehen, wie die Herren geschmeidig werden! (Heiterkeit.)

Ich freue mich, daß die Herren vom Zentrum mit aller Entschiedenheit erklärt haben, sie würden unter allen Umständen am Reichstagswahlrecht festhalten, und daß Herr Gröber gerade das gleiche Wahlrecht betont hat. Mögen Sie aber das gleiche Wahlrecht in vollem Umfang vertreten, denn es ist eine herbe Verletzung des gleichen Wahlrechts, daß durch die Wahlkreiseinteilung auf Grund der Volkszählung vom Jahre 1884 die großen volkreichen Städte stellenweise ein siebenfach ungleiches Wahlrecht gegenüber den Landkreisen haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Wahlkreis z. B., den ich vertritt, müßte nach dem Wortlaut der Reichsverfassung heute neun Abgeordnete wählen, und die würden alle Sozialdemokraten sein! (Große Heiterkeit.) Daß Ihnen das nicht paßt, begreife ich. Wenn Sie aber deshalb, weil das gleiche Wahlrecht uns zugute kommen würde, seine Durchführung ablehnen, haben Sie nicht das Recht, mit großem Pathos sich als unbedingte Anhänger des gleichen Wahlrechts hinzustellen. (Sehr richtig! links.) Was aber

#### die Achtung vor dem Parlament

anbetrifft, so sollte — abgesehen von einigen Herren auf der Rechten, die in dieser Beziehung als Abgeordnete nicht normal denken — (Große Heiterkeit.) so sollte also jeder Abgeordnete, welche Ansicht er auch sonst vertritt, darauf hinwirken, die Achtung vor dem Reichstage zu heben. Ein Parlament, wie der Deutsche Reichstag, das nicht den Willen zur Macht hat, das nicht einmal den Willen hat, die Machtmittel, die es besitzt, bis zur äußersten Konsequenz auszunutzen, reduziert selbst die Achtung, die das Volk ihm entgegenbringen müßte. Ist es Ihnen ernst, dem Reichstag die äußerste Achtung zu erzeigen, so helfen Sie uns, das bürokratische Regierungssystem zu beseitigen und das parlamentarische einzuführen, so daß auf den Regierungsbänken nur sitzen kann, wer durch das Vertrauen des Parlaments dorthin berufen ist, nicht durch irgendeine Hofamantilla oder sonstige Launen eines Monarchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat der Reichskanzler gegen die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen

#### „die preussische Eigenart“

geltend gemacht. Nach seiner Auffassung steht Preußen auf Grund seines Stammesverhältnisses und seiner Geschichte in einem so fundamentalen Gegensatz zu den übrigen deutschen Staaten, daß dieses allgemeine Wahlrecht für die kleinen süddeutschen Bundesländer paßt, nicht aber für das große Preußen mit seiner „Eigenart“. Diese Behauptung beruht auf einer fundamentalen Unkenntnis des Begriffs der Stammesart und der historischen Entwicklung. Dadurch, daß Preußen durch Heirat, durch Raub, durch Schacher, durch Vererbung, durch Erbteilung von fremden Potentaten (Varn rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, durch alle diese Kräfte, mit welchen früher die deutschen Fürsten ihre Länder mit deren Einwohnern sich zusammenplünderten oder zusammenraubten und zusammenstahlen (Varn rechts.) Erneute Zustimmung bei den Sozialdemokraten, durch diese Kräfte ist auch Preußen zu seiner heutigen Abmessung der Grenzen gekommen. Gerade weil es für die preussische Entwicklung ein außerordentliches Vorteil ist, daß die Hälfte Preußens aus Ländern mit anderer Stammesart als der spezifisch ostelbischen besteht, ist es notwendig, daß dieses Preußen, das allein zwei Drittel der Einwohner Deutschlands umfaßt, nach denselben Grundregeln regiert wird wie das übrige Deutschland. Historisch und ethnographisch ist es also absoluter Unsinn, von dem heutigen Preußen zu sagen, es habe eine besondere Stammesart und brauche deshalb eine andere Verfassung als das übrige Deutschland. Der Umstand, daß das heutige Preußen zwei Drittel des Reiches umfaßt und daß deshalb an einen föderalen Charakter des Reiches nicht zu denken ist, beweist, daß die preussische Stammesart nur eine Phantasie ist, durch welche die Herrschaft der ostelbischen Oligarchen in Preußen und Deutschland verdeckt werden soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Gerade weil Preußen ein so überwiegender Teil von Deutschland ist, müssen wir für Preußen daselbe Wahlrecht verlangen, das in Deutschland gilt. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nun könnte man ja von Ihrem (nach rechts) Standpunkte aus sagen, das Deutsche Reich sollte wieder herabgedrückt werden auf den Grundlag des Dreiklassenwahlrechts, und wir wissen ja, daß derartige Pläne geübt werden. Aber wir und, wie ich glaube, auch die überwiegende Mehrheit des Hauses stehen auf dem Standpunkt, daß vor allem so bald wie möglich in Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht eingeführt wird. Und demgegenüber kommt nun der Reichskanzler mit seiner unglücklichen Wahlrechtsvorlage. In diesem ganzen Nachwort zeigt sich die vollständige bürokratische Beschränktheit und der Käsegeist der Regierung nirgends klarer als in der Bestimmung, daß die zivilverfügungsberechtigten Interoffiziere in eine höhere Klasse gehoben werden sollen. Das ist selbst der konservativen Partei gegen den Strich gegangen, und somit haben der Reichskanzler und seine Mitarbeiter den Beweis geliefert, daß er selbst in hohem Grade

#### zivilverfügungsberechtig

ist, vielleicht für die Stellung in einem Domstift zu Raumburg, wo bekanntlich abgeschaltete Minister hineingefördert werden. (Große Heiterkeit.) Dem Verfasser eines solchen Nachwerks kann man mit keiner Variante ein Dichterverständnis entgegenhalten, das er feinerzeit auf die Komödienberatersasse gemünzt hat:

„Schneemänner gleichen solcherlei Gelegenheitsverfasser, Karikaturen sind sie heut, und morgen sind sie Wasser.“

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inzeratenteil verantwortlich: Th. Glöckle, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

(Große Heiterkeit.) Und genau so wie der Schneemann bloß vor unseren Augen zusammengeklumpt ist, werden wir es noch erleben, daß an der Stelle, wo heute der Reichskanzler stehen oder sitzen sollte, vor ihm nichts weiter übrig bleibt, als ein träber Wasserläufer. (Große Heiterkeit.)

Mit großer Empörung hat der Reichskanzler sich dagegen verwahrt, daß er das Reichstagswahlrecht antasten wolle, ein solcher Plan sei

#### noch nicht

erwogen. Daß das noch nicht in den Akten steht, daran zweifelt niemand. Die Angriffe aller Parteien — mit Ausnahme der konservativen — richteten sich gerade dagegen, daß die Änderungen des Reichskanzlers und seine Unterlassungen den Verdacht rechtfertigen, daß er den zutage tretenden Verstärkungen auf Abschaffung des Reichstagswahlrechts mit Entschiedenheit nicht entgegengetreten will. Mit großem Staunen hat mich erfüllt, was Herr Hayfeld mit einer zweifellos den Herrn Reichskanzler äußerst befriedigenden Leidenschaftlichkeit und berrenhäuserlicher Gemütslichkeit (Heiterkeit) hier über seine Anhängerschaft zum Reichstagswahlrecht gesagt hat. Er erklärte, seine Partei taste das Reichstagswahlrecht nicht an, solange nicht unsere Partei hier die Mehrheit bekomme! (Abgeordneter Fürst v. Hayfeld: So habe ich das nicht gesagt!) Ich bitte! Ich schweige gern einige Minuten, damit Sie wiederholen, was Sie gesagt haben. (Große Heiterkeit. Glocke des Präsidenten.) Ich mache den Präsidenten darauf aufmerksam, daß es im englischen Parlament üblich ist, daß in solchen Fällen auf die Bitte des Redners der Zwischenruf seine Bemerkung macht. (Heiterkeit.)

#### Vizepräsident Dr. Spahn:

Das würde einen Bruch unserer Geschäftsordnung bedeuten.

#### Abg. Rebehorst (fortfahrend):

So fasse ich es nicht auf, Herr Präsident, sondern nur als längeren Zwischenruf des Herrn (Heiterkeit.) Ich muß nun aus meiner Erinnerung rekapitulieren. Sie haben gesagt, Ihre Partei will das Reichstagswahlrecht, so lange hier nicht eine Partei oder Parteien die Mehrheit haben, welche die Grundlagen des Reiches antasten wollen. (Abg. Fürst v. Hayfeld: So war es nicht! (Heiterkeit.) Ich muß schon bei meiner Ansicht bleiben, wenn Sie nicht sagen, was Sie gesagt haben! Ihr bloßes „So war es nicht“ genügt nicht. Und ich appelliere an das Erinnerungsvermögen der anderen Herren, die auch gehört haben, was der Herr sagte. (Sehr richtig! links.) Also das ist sehr charakteristisch. Das sagte schon Reichstag zu Maria Theresien, und das kann auch Reichstag Odenburg zu Maria Theresien-Fürst Hayfeld sagen:

„Ich schreie euch zu: mit dem Bebing Wehler! ich selbst mit euch den Ring.“

(Große Heiterkeit.) Sowie Sie diese Bedingung stellen, daß das Volk das Recht der allgemeinen Wahl nur haben soll, wenn es Leute Ihres Schlages wählt, dann gerieten Sie das Reichstagswahlrecht. (Widerspruch rechts, Zustimmung links.) Ihre Ausführungen haben ja gar keinen Sinn, wenn sie nicht die Befürchtung ausdrücken sollen, daß die Sozialdemokratie hier einmal die Mehrheit erlangen könnte und daß dann das Wahlrecht geändert werden müßte. (Sehr richtig! links.) Wenn die Worte des Fürsten Hayfeld diesen Sinn nicht hatten, so hat er uns Rätsel aufgegeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß er aber dies sagen wollte, darin befürchte ich den Umstand, daß denselben Gedanken sein Parteigenosse Octavio Freiherr v. Jellig und Reulisch (Heiterkeit) nicht mit herrenhäuserlicher Trübung, im preussischen Abgeordnetenhaus ausgeprochen hat. Er sagte dort in der Debatte gegen den Abgeordneten Herold (Zeuge Herold ist hier) (Große Heiterkeit.):

Der Abg. Herold hat dem Reichstagswahlrecht ein schönes, starkes Lob gesungen, aber er hat die eine Seite der Sache doch nicht ausreichend beleuchtet, daß nämlich bei dem Reichstagswahlrecht es in vier Fällen notwendig wurde, den bestehenden Reichstag aufzulösen, um Lebensfragen des Deutschen Reiches zu positiver Entscheidung zu bringen, und wenn die Entwicklung so weiter geht, wird auch Herr Herold sehr bald praktisch einsehen, daß das Reichstagswahlrecht seine großen Schattenseiten hat und daß vielleicht die Stunde kommt, in der man vor die Frage gestellt wird,

#### ob Reich, ob Reichstagswahlrecht“.

(Lebhafte Zustimmung rechts. Lebhaftes Hört! hört! links. Juruse bei den Sozialdemokraten.) Diese Erklärung Ihres Parteifreundes Octavio v. Jellig und Reulisch haben Sie, Fürst Hayfeld, nicht desabontiert! Sie haben sie vielmehr durch Ihre verklärte Erklärung bestärkt. (Heiterkeit.) Also, wie kann überhaupt jemand im Deutschen Reichstage, der nicht die Janusheuerliche Gewohnheit angenommen hat, (Heiterkeit) wie der Leutnant Hissel, der Adjutant des Kaiserlichen, sofort das Gelländer herunterzustoßen, wenn es ihm unbecquem ist (Große Heiterkeit), also wie kann jemand im Deutschen Reichstag, der diese Janusheuerliche Gewohnheit nicht angenommen hat, behaupten, Herr v. Jellig und Fürst Hayfeld hätten nicht gesagt, das Reichstagswahlrecht müsse kastriert werden, wenn ihrer Partei die Majorität nicht paßt! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch gegen diese Auslassungen des Herrn v. Jellig hat sich der Reichskanzler nicht gewendet. Wenn er dagegen nur die Hälfte der Entrüstung aufgebracht hätte, wie eben hier, als Herr Wiemer ihm unbedachtam so ganz beiläufig auf die Kränkungen trat (Große Heiterkeit), dann könnte man glauben, er würde später einmal, wenn er mehr gelernt hat als heute, ein zuverlässiger Verteidiger des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts sein. Von einem Abgeordneten, der das Vertrauen seiner Wähler hat, kann man annehmen, daß er ziemlich sicher sitzt. Aber so ein Reichskanzler kann morgen auseinandergefallen sein, und dann kriegen wir ihn nie wiederzusehen. (Heiterkeit.) Er wird nicht, wie in fortgeschrittenen Ländern, seine Kraft und Intelligenz dem Wohle des Reiches als Führer einer Oppositionspartei widmen. Das ist auch so ein unglücklicher Brauch des bürokratischen Regierungssystems. Den Männern, die wirklich etwas gelernt haben könnten, werden die Kaiserliche zwischen die Beine gejagt, und dann verschwinden sie nach Raumburg auf Zimmerwiedersehen (Heiterkeit), und wir bekommen wieder einen neuen, ungelerten Bürokraten hierher, der wieder mit der ganzen Unverständlichkeit des dicken Bürokraten für die Volksbewegung den Reichstag zu blaffen sucht.

Um den ungeheuerlichen Verdunkelungsversuchen ein Ende zu machen, muß ich noch einmal auf die Ausführungen des Herrn v. Oldenburg-Januschau vom 29. Januar zurückkommen. (Oh! oh! rechts und Heiterkeit.) Sie kommen nicht darum herum, es soll einmal gegen alle Anschuldigungen klargestellt werden, daß der Mann wirklich gesagt hat. Er und andere seiner Gefolgschaft haben behauptet, er habe nur ein Beispiel äußerster Konsequenz der Disziplin geben wollen, als er sagte, es muß so sein, daß der deutsche Kaiser und König von Preußen jeden Moment imstande ist, zu einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie 10 Mann und schicken Sie den Reichstag! Schon das wäre ein taktloser Angriff auf den Reichstag, ein Mangel an Selbstgefühl, welcher die schärfste Zurückweisung erfordert. Es ist aber nicht wahr, daß das gemeint war, um die Disziplin hat sich die Debatte damals nicht gedreht, sondern um die Stellung der Offiziere im Volke und im Heer, und Herr v. Oldenburg hat darauf, daß heutigen Tages die abligen Familien ihre Söhne nicht in solcher Zahl ins Heer schicken, wie er wünschte. Und er gab für diese von ihm bebauerte Entscheidung Gründe an. Er sagte, in einer langen Friedenszeit erlaubt der Entschlußismus usw. Ich will das nicht alles wiederholen, er schloß diese Stelle mit den Worten: „Ich denke, meine Herren, das wissen Sie doch alle, daß dann die

#### beste Bouillon abgeschöpft

ist.“ Auch eine der feinen Ausdrucksweisen, die Herr v. Bethmann Hollweg im Auge hatte, als er von der Verrohung des Parlaments sprach. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Also der eine Grund ist, daß für die abligen Familien die beste Bouillon im Frieden abgeschöpft wird. Dann fuhr Herr v. Oldenburg fort: „Ein zweiter

Grund ist der, daß leider Gottes die Stellung des Offiziers nicht mehr in dem Maße vor der Öffentlichkeit geschätzt ist wie früher. Als ich Offizier war — ich sage Ihnen das, meine Herren, um Ihnen auf der linken eine ganz besondere Freude zu machen — da war es mir ganz egal, was von mir in der Zeitung stand, ich habe nur gefragt, was sagt mein Kommandeur dazu, was sagen meine Vorgesetzten dazu. Was der Reichstag und das Publikum sagte, ging mich nichts an. Wie ist es jetzt? Wenn ein Leutnant an einer Ecke laut hustet, hat er die Beförderung, daß es im Reichstage zur Sprache kommt. Das ginge noch; aber wir wollen doch dafür sorgen, daß er nicht die Beförderung haben muß, daß nun auf das Urteil des Reichstages ein Gewicht gelegt wird, was früher nicht der Fall war. Meine Herren, darunter leidet der Offizierstand, er muß darunter leiden, ein Stand, der persönlich mit dem allerhöchsten Kriegsherrn zusammenhängt, und den im übrigen die Öffentlichkeit nicht angeht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ja, meine Herren, das ist auch eine alte preussische Tradition und daß Ihnen diese Tradition nicht paßt, das glaube ich sehr gern. Der König von Preußen und der Deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, zu einem Leutnant zu sagen: „Nehmen Sie 10 Mann und schicken Sie den Reichstag.“ Und dann appelliert Herr v. Oldenburg an den Kriegsminister mit den Worten: „Und wir von der Rechten hoffen, daß der preussische Kriegsminister diese Tradition aufrecht erhalten wird, auch in der Zusammensetzung des Offizierkorps, in der Homogenität des Offizierkorps, die alte, die königlich preussische Tradition. Wieu, meine Herren!“ (Große Heiterkeit.) In den Worten, die ich verlesen habe, ist keine Rede von der Disziplin, da wird deutlich gesagt, daß in der That, daß die Offiziere heute auf die öffentliche Meinung etwas geben müssen, weil sie nicht genug vor der Öffentlichkeit geschätzt sind, der Grund liegt, daß so viele seine Familien, wie die des Herrn v. Oldenburg, nicht mehr in ein Offizierkorps eintreten. Die Meinung war also nicht gedacht als Beweis für die äußerste Konsequenz der Disziplin, sondern als sondern als Beweis für die Notwendigkeit,

den Reichstag bis zum äußersten zu misshandeln.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn nun noch jemand es wagt, zu behaupten, Herr v. Oldenburg-Januschau habe in jener Sitzung dieses Beispiel als äußersten Ausfluß der Disziplin angeführt, so würde ich berechtigt sein, ihn einen bewußten Lügner zu nennen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Ruhe rechts.) Man versteht die Wahlrechtsbewegung in Preußen nicht, wenn man sie als eine rein preussische Sache auffaßt. Es handelt sich vielmehr um den Kampf

um die Mündigkeit des deutschen Volkes,

das die Ketten einer kleinen Clique bevorrechteter Leute abschütteln will. Deshalb legt meine Partei alle Kraft und Opfer, die sie zu bringen vermocht, daran, um für Preußen das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht zu erobern und das Reichstagswahlrecht gegen alle Anfechtungen zu verteidigen. Dazu gehören auch alle Kundgebungen auf der Straße, wenn sie auch weit über das Maß dessen hinausgehen, was so vorfichtige und beschränkte Leute wie Herr Baffermann und Herr Wiemer für richtig halten. Ich möchte nur mit einem Worte meiner Bewunderung darüber Ausdruck geben, daß Herr Wiemer — wie ich hoffe — in einer unbedachten Uebereilung es wirklich fertig gebracht hat, uns hier die Behauptung ins Gesicht zu schleudern, daß wir mit dem Wahlrechtsdemonstrationen Ihrem Wahlrechtskampfe in den Rücken gefallen sind. Ein

#### größerer Wahrsinn

ist selten in diesem Hause ausgesprochen worden angesichts der Wucht der Aufopferung und Energie, die die preussische und deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampfe für das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen bewiesen hat. (Seht gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in diesem Kampfe die Unterstützung von Politikern gehabt, die zu Ihnen (zu den Freisinnigen) gehört haben. Ich erinnere an den von uns hochverehrten, leider zu früh verstorbenen Dr. Theodor Barth. Wenn Sie doch auch nur einen Funken von dem Geiste des Herrn Dr. Barth hätten? (Jury: des Abg. Pahnke: Den haben Sie genau so angegriffen wie uns alle?) Wenn wir ihn bei anderer Gelegenheit in anderen Fragen angegriffen haben, so kommt das hierbei nicht in Betracht. Die politische Einsicht, die er auf diesem Gebiete gezeigt hat, erkennen wir durchaus an. Wenn Sie, Herr Pahnke, zu derselben Einsicht kommen, werden wir Sie auch unterstützen. In Stralburg i. E. haben übrigens Mitglieder der freisinnigen Partei mit unseren Parteigenossen zusammen demonstriert. Also Herr Wiemer hat mit seinen Worten nicht nur uns, sondern seinen eigenen Parteigenossen Knüttel zwischen die Beine geworfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Klarlich glaubt niemand von uns, daß wenn wir heute Wahlrechtsdemonstrationen machen, morgen das preussische Wahlrecht fallen wird. Wir wissen genau, daß die Wahlrechtsdemonstrationen immer nur eine Etappe in diesem Kampfe sind, immer nur eine, wenn auch wichtige Begleiterin dieses Kampfes. Bei der Entwicklung, die bei uns und die Dinge genommen haben, sind sie aber ganz unermesslich und notwendig. Wir können ja gar nicht genug Versammlungsolale bekommen, zumal dort, wo man uns die Säle abtreibt, um die Demonstrierenden alle hineinzubekommen, und so sind die Straßen-demonstrationen häufig weiter nichts als eine Fortsetzung oder Ergänzung der Versammlungen. In allen Ländern, wo der Parlamentarismus den Leuten in Fleisch und Blut übergegangen ist, wo sie das Bedürfnis haben, nicht nur mitzuraten, sondern auch mitzutaten, in England, Frankreich, Amerika sind

#### Straßendemonstrationen etwas Selbstverständliches.

Ich erinnere auch an den überwältigenden Eindruck, den es machte, als in Oesterreich die Massen vor die Hochburg zogen: Diese Demonstration hat zweifellos den letzten Anstoß dazu gegeben, daß das allgemeine Wahlrecht dort eingeführt wurde. Soweit sind wir noch nicht, aber wir werden weiter in dieser Richtung wirken auf Grund der Erfahrungen, die wir gesammelt haben. Herr Wiemer meinte, die Erfahrungen sprächen gegen die Straßendemonstrationen. Ich weiß nicht, ob er in Berlin dabei war, er wird sich jedenfalls nach dem letzten Satz der wunderbaren, falsifizierten Proklamation den Herrn v. Jagow gerichtet haben? Neugierige sind gewarnt? (Große Heiterkeit.) Aber Sie werden wissen, daß ich Erfahrungen gesammelt habe, und welche Erfahrungen? Im Jahre 1908 im Januar singen wir damit an. Da bin ich mit einem Trupp der schließlich auf 2000 Personen angewachsen war, nach dem Exerzierplatz gegangen und habe dort eine Ansprache gehalten. (Ruf links: Parade!) Das ist der laule Witz des Herrn Reich, der jetzt von Ihnen aus dem Wälksten herausgegraben wird. Es ist bezeichnend, daß Sie es für angebracht halten, angesichts der Straßendemonstrationen mit solchen kläglichen Witz zu operieren. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Damals erregte die Demonstration auf dem Exerzierplatz schon Entsetzen, am vorigen Sonntag aber waren es im ganzen nach mäßigen Schätzungen 150 000 Menschen, die sich an den Straßendemonstrationen beteiligt haben. Wir sind zwei Stunden durch die Stadt marschiert und im Gumboldthain fand ich mich in einer Menge von etwa 60 000 Menschen. So fällt die Sache an. Das beweist, daß die Erfahrung dafür spricht, daß das Volk sich dafür erwärmt und die Volksbewegung

#### allmählich immer größere Dimensionen

annimmt. Aber noch eine andere Erfahrung haben wir in Berlin gemacht und nicht hier, sondern auch in anderen Orten Deutschlands, daß es nämlich unrichtig ist, wenn behauptet wird, daß die Straßendemonstrationen den Verkehr oder die öffentliche Sicherheit gefährden. Bei Straßendemonstrationen kommt es nur zur Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, wenn die ausgeübte Polizei sich einmischet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Ruhe rechts.) (Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Reichstag.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

Lebebour (fortfahrend):

Ich kann hier meine Anerkennung für die Einsicht der Berliner Polizei gegenüber den Demonstrationen am letzten Sonntag aussprechen. Die Leitung hat offenbar das Richtige getroffen und die Polizei hat nicht versucht, den Zug zu stören, wir haben auf dem ganzen Wege keinen Schußmann gesehen. Es war eine riesige Menschenmenge, die beieinander stand, wo ich gesprochen habe, noch mir dann ein Demokrat Dr. Freitscheid, und noch andere Genossen von mir. Dem ging alles ruhig auseinander, langsam, ungestört, ohne daß irgend eine Person auch nur bedrängt wurde. Von Verletzungen ist gar keine Rede gewesen. Die Polizei ließ sich eben glücklicherweise gar nicht sehen. Diefelbe Erfahrung ist an anderen Stellen Berlins und in anderen Städten Deutschlands gemacht worden. Aber überall, wo entweder infolge eines geheimen Befehls von oben oder infolge des Ueberreitens untergeordneter Polizeibeamter oder gar einzelner Schutzmänner die Polizei eingegriffen hat, ist es zu Krawallen gekommen. Da sind friedliche Straßenpassanten von Schutzeinheiten geprügelt worden. Das schlaueste Beispiel ist der Vorgang in Neumünster. Ich kenne die Stadt; es ist eine Landstadt neueren Datums, also mit ziemlich breiten, aber natürlich sehr engen Straßen, wo also gar keine Gefahr bestehen konnte, daß irgendwo der Verkehr gehemmt wurde. Da ist dann der Platz von allen Seiten abgesperrt worden und die Polizei hat eingekesselt. Die Leute haben sich gar nicht einmal gewehrt, es sind unglückliche Verwundungen, wahrlich ein für alle Mal einige Todesfälle vorgekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja das Schreckliche dabei, daß solche Schutzeinheiten mit Charter Waffe in das Publikum einhauen dürfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es gibt

gar nichts Feigeres und Brutaleres,

als daß ein Mann, der eine Waffe führt, diese Waffe gebraucht gegen unbewaffnete Leute, sogar gegen Menschen, die vor ihm flüchten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zurufe: Rinder und Frauen!) Ja, sogar auf Kinder und Frauen, die auf dem Boden liegen, hat man eingeschlagen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Parallelen betreffen aufs deutlichste, daß Straßendemonstrationen bei uns genau so möglich sind wie in anderen Kulturländern. Wenn jetzt die Polizei Krawalle provoziert, so liegt die Schuld an den ausführenden Organen, aber auch an dem preußischen Ministerpräsidenten, der dies System der politischen Verwilderung hat bestehen lassen, der auch heute sein Wort der Verurteilung für diese Verletzungen der Rechte des Volkes gefunden hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb steht das Blut von Neumünster, Frankfurt und Halle

an den Fingern des Herrn Reichskanzlers.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Zuruf des Abg. Pauli.) Herr Pauli, Sie bewiesen mit Ihrem Jurat nur erneut, daß Ihre geistige Struktur nicht über die eines zivilisierungsfeindlichen, sabbellwingernden Schutzmannes hinaus ist. (Weiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Wassermann hat geglaubt, sich auf Ausführungen meines Parteigenossen Heine berufen zu können. Er zitierte erst einen Bericht aus einer Zeitung, und als ihm zugerufen wurde, daß sei nicht maßgebend, die Worte Heines selbst, die dieser in seiner Verteidigung an den „Vorwärts“ gebraucht hat. Herr Wassermann sagte dann, das sei ganz seine Meinung. Nun möchte ich zunächst erklären, darin geht Herr Wassermann jedenfalls viel zu weit, seine Meinung hat Heine nicht, das hat er mir selbst erklärt. Aber mein Parteigenosse Heine hat bei dieser Gelegenheit allerdings Ansichten ausgesprochen, mit denen er, so weit ich das beurteilen kann, ziemlich vereinigt in der Partei steht. Meine Parteigenossen haben in den letzten Tagen durch ihre gewaltigen Demonstrationen bewiesen, daß dies der Fall ist. Wir werden auch künftig noch in höherem Maße diesen Beweis führen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Hört! hört! rechts.) Deshalb hat es politisch keinen Sinn, wenn Sie sich auf Heine berufen. Es ist unmettend, daß in einer großen Partei Meinungsverschiedenheiten über wichtige Fragen vorkommen. Wir leuchten diese Meinungsverschiedenheiten untereinander aus. Wir wissen, daß ihnen das Vergnügen bereitet. Doch das hindert uns nicht, es zu tun, weil nur auf diese Weise eine vorwärtsstrebende Partei zur Klarheit über das kommen kann, was sie tun will und tun muß. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber — und diese Mahnung richte ich besonders an die Liberalen — das können Sie sich gesagt sein lassen: hier im Reichstage in Erfüllung der Aufgaben, mit denen unsere Parteigenossen durch die Wahl in den Reichstag und betraut haben, marschieren wir

vorwärts im gleichen Schritt und Tritt,

in guter Kameradschaft und in geschlossener Front. (Lebhafte und wiederholte Weisfall bei den Sozialdemokraten.) All die Hoffnungen, denen Sie sich hingeben, daß einmal die Sozialdemokratie so verflochten könnte, sich an Ihre Kacke zu hängen oder daß sie sich irgendwie spalten könnte, sollten Sie doch aufgeben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich werden Sie das nicht tun, denn auf diesem Köhlerlande beruht ja das Lebensziel der liberalen Parteien. (Weiterkeit.) Wenn irgend einer von uns, der im Himmel steht, Revisionist zu sein, etwas sagt, dann wird er in den Himmel gehoben und als Heude gepriesen. Das geschieht in der liberalen und in der konservativen Presse und es heißt dann unisono: Das ist endlich einmal ein intelligenter Sozialdemokrat. (Weiterkeit.) Und ein anderer, der radikal genannt wird, wird in der ganzen bürgerlichen Presse diskreditiert. Das alles läßt uns kalt. Wir halten uns da an den Satz, den Karl Marx aus Dante zitiert: Geh deinen Weg und laß die Leute reden! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn alle anderen Stride reifen, dann soll die Sozialdemokratie schließlich mit Gewaltmaßnahmen mundtot gemacht werden. (Unruhe, Widerspruch bei den Liberalen.) Bewiß, Sie wollen das nicht, aber die Parteien auf der Rechten, mit denen Sie selber noch im Dottenloitenblock Bundesgenossenschaft hatten. (Weiterkeit und Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Also wir werden unseren Weg weitergehen, unbedünnt um das, was unsere Gegner sagen.

Wir werden auch Straßendemonstrationen machen, wenn es uns paßt, ja, wir werden noch viel schärfere Mittel

gebrauchen, um es endlich dahin zu bringen, daß dem preußischen Volke das gleiche Wahlrecht gewährt wird. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden das erreichen, gegen den Widerstand einer mit den Unkern verpönten Regierung, und gegen den Widerstand der Parteien, die heute noch die Macht haben. Nun ist gesagt worden, wir wollten ja das Wahlrecht verändern, weil wir die Ausbreitung des Wahlrechts auf die Frauen und eine Neuverteilung der Wahlkreise verlangten. Zunächst sei bemerkt, daß dies Forderungen sind, die in vorgeschrittenen Kulturstaaten längst verwirklicht sind. Und das

Frauenwahlrecht hat Anhänger auch in den bürgerlichen Parteien. Sogar ein Parteifreund des Fürsten Gafeld, der Abgeordnete v. Nordhoff, war ein Anhänger des Frauenwahlrechts. Der Abgeordnete Dietrich hat es fertig gebracht, zu behaupten, wenn man das Wahlrecht erweitere, beeinträchtige man damit die Rechte der gegenwärtigen Wähler. Nein, verehrter Herr! Wenn man jemand das Wahlrecht gibt, so bringt man ihn in Rechte hinein, die andere schon haben. Und die anderen behalten genau das gleiche Recht. (Widerspruch rechts, Zuruf: Das Recht wird einverleibt.) Das ist ja eine merkwürdige Beweiskführung, daß Rechte nur dann einen Wert haben, wenn man sie allein hat und die anderen nicht. (Weiterkeit.) Heute sind die

Bewohner der großen Städte entrecht.

(Sehr richtig! links.) Wenn Sie (nach rechts) Privilegien sogar aus dem Mittelalter wieder einführen wollen, wie die Leibeigenschaft, so wird Ihnen kein Mensch einen Vorwurf daraus machen, wenn Sie dafür Propaganda machen. Der Abgeordnete v. Kalkewitz (Zuruf: Ist nicht von! Weiterkeit.), also der Abgeordnete Wallenhiel hat sogar das jus primae noctis als eine schöne Einrichtung bezeichnet. Auch dafür Propaganda zu machen haben Sie ein Recht. (Stürmische Weiterkeit.) Die Frage ist nur, ob Sie die Mehrheit des Volkes dafür gewinnen können. Nur wenn dies der Fall ist, haben Sie das Recht, solche veralteten Institutionen wieder einzuführen. Das ist eben der fundamentale Unterschied zwischen unserer und Ihrer Auffassung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine jede Ueberzeugung vertreten werden kann, durch Wort und Schrift und durch Demonstrationen. Jeder muß die Möglichkeit haben, für seine Ueberzeugung die Mehrheit des Volkes zu gewinnen. Aber dieses Recht bestreiten Sie uns. Wenn wir die Mehrheit des Volkes für uns gewonnen haben, dann wollen Sie das Reichstagswahlrecht abschaffen. Dann sprechen Sie davon, daß die Staatsnotwendigkeit es gebiete, mit Gewalt die Entwidlung zu verhindern. Wenn es zu Gewalt kommt, dann nur dann, wenn die herrschenden Klassen die Machtmittel des Staates — Militär und Polizei

zum Niederhalten des Volkes und zur Zerstörung des Reichstages benutzt.

Dann wird es allerdings zu Gewalttätigkeiten kommen. Nach allen Erfahrungen der Geschichte ist es höchst wahrscheinlich, daß die herrschenden Klassen den Versuch einer Anwendung von Gewalt gegen eine siegreiche sozialistische Volksbewegung machen werden. Dann wird allerdings gegenüber der Gewalt der Reaktion die Gewaltanwendung der Revolution des Volkes gerechtfertigt sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und nach allen bisherigen Erfahrungen hat sich erwiesen, daß, wenn die Mehrheit eines Volkes sich seine Freiheiten und seine Rechte erkämpfen will, auch jede reaktionäre Regierung

niedergeworfen und zerschmettert

worden ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Reden des früheren Reichskanzlers Fürst Bülow und des jetzigen Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, daß die Rechte der Krone niemals angetastet werden dürfen, sind Prophezeiungen, die zusehends werden, wie sie zusehends geworden sind bei den Stuart in England und den Bourbonen in Frankreich. (Abg. v. Oldenburg rufte: Das hat Napoleon gemacht!) Wenn Sie es darauf ankommen lassen, das Volk wird dazu bereit sein. Wenn Sie aber den anderen Weg vorziehen, den wir Ihnen vorschlagen, ruhig den Meinungskampf durchzuführen, dann werden wir auf friedlichem Wege zur Durchführung der Demokratie des Sozialismus in Deutschland kommen. Aber gerade Aufseuerungen der letzten Zeit lassen gar keinen Zweifel darüber, daß in den Köpfen sehr maßgebender Persönlichkeiten damit gerechnet wird, Wassengewalt gegen eine siegreiche Volksbewegung in Deutschland anzuwenden. Deshalb war es ungeheuer wichtig, was der gegenwärtige preussische Kriegsminister, ein Sohn des ehemaligen kurländischen Heffischen Hofmarschalls Josias von Heeringen, direkt ankündigte, daß das Offizierskorps deshalb nicht auf die Verfassung vereidigt werden dürfe, weil es unter Umständen sich gegen die Verfassung von einem eidbrüchigen Monarchen mißbrauchen lassen müsse. (Unruhe rechts.) Nichts ist charakteristischer, als daß so etwas heutigen Tages von den geistigen und leiblichen Nachfahren der schlimmsten Reaktionäre aus der Geschichte der deutschen Vergangenheit verübt werden konnte. Wenn das Gespenst des Kurfürsten von Hessen, das Gespenst Gassenplugs herausbeschworen wird, dann sehen wir das Wieder-aufsteigen der alten Perückenstände aus der Weiterkeit. Was in einer herrschenden Klasse solche Gespenster der Vergangenheit aufsteigen, so ist das ein Beweis dafür, daß wir marschieren und ein deutlicher Beweis dafür, daß diese Klassen am Ende ihres Latens,

daß sie dem Untergange nahe sind.

(Lebhafte wiederholte Weisfall bei den Sozialdemokraten. Lärm und Hissen rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Der Abg. Lebebour hat von den saulen Wihen des Herrn Areth gesprochen. Diese Worte, einem Mitgliede des Hauses gegenüber, entsprechen nicht den Gewohnheiten des Hauses. Ferner hat der Abg. Lebebour festgesetzt, daß, wenn in Zukunft noch jemand davon sprechen würde, daß die Äußerungen des Abg. v. Oldenburg sich nur auf die Disziplin im Hecce beziehen, das eine Lüge sei. Auch eine solche Feststellung einem Mitgliede des Hauses gegenüber widerspricht der Sitte des Hauses. Dann hat der Abg. Lebebour die Bemerkung gemacht, die deutschen Fürsten hätten sich durch Raub, Diebstahl und Plünderungen in den Besitz ihrer Länder gesetzt, hat schließlich gesagt, daß an den Straßen von Frankfurt a. M. und Halle geflossene Blut klebe an den Fingern des Reichskanzlers. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wegen dieser beiden Äußerungen rufe ich den Abg. Lebebour zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Damit schließt die Debatte.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Fürst Gafeld (Rp.): Der Abgeordnete Lebebour hat ausgeführt, ich hätte mich doch gegen das bestehende Reichstagswahlrecht gewendet. Das ist nicht richtig. Im übrigen behauere ich, auf die Rede des Abgeordneten v. Oldenburg (Weiterkeit — Zuruf links: Ist nicht von!) nicht eingehen zu können.

Abg. Dr. Wtemer (fr. Sp.): Der Abgeordnete Lebebour hat mich gefragt, wo seine Partei und beim Wahlrechtskampf in den Rücken gefallen sei. Ist heute erneut fest, daß ich zu dieser Bemerkung durch löbliche Zurufe aus den Reihen der Sozialdemokraten gekommen bin. Ich wurde dazu um so mehr veranlaßt, als auch sonst von der Sozialdemokratie aus parteilichem Gründen an dem Ernste unserer Haltung im Wahlrechtskampf geäußert wird. Der Reichskanzler hat mit einer erregten Äußerung sich gegen meine Bemerkung gewendet, er habe mit seiner Rede im Abgeordnetenhaus despektierlich von den süddeutschen Staaten gesprochen. Er hat gemeint, ich hätte so loyal sein müssen, den Wortlaut auch seiner anderen Bemerkungen zu zitieren. Ich habe die Äußerungen zitiert, auf die es mir ankam. Ich bin um meine Bemerkung gerade von süddeutschen Parteifreunden erwidert worden. Die Schärfe der Konart halte ich dem Reichskanzler zugute, sie zeigt, daß er sich der Schwäche seiner Position durchaus bewußt ist. (Sehr gut! links. — Unruhe rechts.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Der Abgeordnete Lebebour hat sich heute erneut mit meinen Ausführungen zum Militärrecht beschäftigt. Es galt bisher nicht für anständig, einem politischen Gegner eine andere Deutung seiner Worte unterzuschleichen, als er selber angibt. (Sehr richtig! rechts.) Der Abgeordnete Lebebour hat mit dieser Uebersetzung gebrochen. Ich überlasse die Schluss-

folgerung aus den heutigen Ausführungen des Abgeordneten Lebebour allen normaldenkenden und allen anständigen Leuten. (Lebhafte Bravo! rechts. — Große Unruhe links.)

Abg. Lebebour (Soz.): Der Abg. Oldenburg (Zuruf rechts: v. Oldenburg!), der Abg. v. Oldenburg-Zanuschau, Rittergutsbesitzer, Kammerherr und Rittmeister a. D., hat die Tatsache vollkommen außer Betracht gelassen, daß ich meine Ausführungen darauf gründete, daß er nachträglich im Anschluß an Ausführungen eines anderen Redners seinen Worten eine andere Deutung zu geben versucht hat, als sie nach dem Geschehen der deutschen Sprache (Zuruf rechts: Unsinn!), der Logik und nach dem klaren Wortlaut seiner Rede überhaupt möglich war. Es war bisher in diesem hohen Hause nicht Brauch und wurde nicht für anständig gehalten, daß ein Abgeordneter seinen Worten eine dem wirklichen Sinn diametral entgegenstehende Auslegung zu geben versuchte. (Sehr gut! links.) Das Schlußurteil hieraus zu ziehen, überlasse ich allen Herren im Hause, mit Ausnahme des Abg. v. Oldenburg, von dem ich natürlich nicht erwarte, daß er diese Schlussfolgerung zieht, die jeder Mann ziehen muß, der zu seinen Worten steht, der nicht knecht, der weiß, daß er unter allen Umständen das verantworten muß, was er hier als Politiker sagt. (Lebhafte wiederholte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.)

Abg. v. Oldenburg (L.): Ich habe es für unter meiner Würde, hierauf zu antworten. (Lauter Gelächter links. Abg. Lebebour: Sie müssen wohl abreisen! Allseitige Weiterkeit.)

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung des Etats des Reichstages des Innern.

Abg. Kämpf (freis. Sp.) (bei der Unruhe im Hause zunächst fast unverständlich) verbreitet sich über die Handelspolitik und tadelt die Hochschuttpolitik, die den Abschluß von Handelsverträgen erschwere. Hauptsächlich komme es nicht zu einem Volkstriebe mit Frankreich. (Im Hause sind noch circa 20 Abgeordnete anwesend.) Redner hält eine Propagandarede für den Hansabund.

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen. Es ist ein schleuniger Antrag eingelaufen auf Ernennung des Abg. Grafen Schwerin-Löwisch (kons.) zum Ausschußpräsidenten für die Dauer der Krankheit des Präsidenten Grafen Stolberg.

Auf Antrag Gothein (freis. Sp.) wird, da niemand widerspricht, der Antrag sofort auf die Tagesordnung gesetzt und einstimmig und debattelos angenommen.

Abg. Graf Schwerin-Löwisch (kons.) erklärt sich zur Uebernahme des Disziplinärausschusses bereit. (Allgemeiner Beifall.)

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichstages des Innern.)

Schluß 5 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Sonnabend, den 19. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Freiherr v. Rheinbaben.

Vor Eingang in die Tagesordnung erklärt

Abg. Fischer (Z.): In der vorgelagerten Sitzung habe ich Ausführungen des Abg. Viehnecht in bezug auf das Verhören eines Landgerichtsdirektors beim Landgericht II Berlin widerlegt, indem ich darauf hingewiesen habe, daß die Worte des betreffenden Landgerichtsdirektors nur scherzhaft gemeint gewesen seien. Herr Dr. Viehnecht hätte das wissen müssen, weil er selbst Verteidiger gewesen wäre. Herr Dr. Viehnecht hat mir nun gesagt, daß nicht er, sondern sein Bruder in jenem Prozesse der Verteidiger gewesen wäre. Ich habe den betreffenden Landgerichtsdirektor zwar noch nicht sprechen können, habe aber keine Veranlassung, an der Richtigkeit der Angabe des Herrn Dr. Viehnecht zu zweifeln. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Reisekosten der Staatsbeamten.

Nach kurzer Debatte geht der Gesetzentwurf an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die zweite Lesung des Etats wird fortgesetzt beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Abg. Dr. Hauptmann (Z.) führt darüber Beschwerde, daß preussische Arbeiter, die in Holland beschäftigt werden, sowohl in Preußen wie in Holland zur Steuer herangezogen werden.

Direktor der Verwaltung der direkten Steuern Heine: Es handelt sich hier um Vergarbeiter, die an der Grenze wohnen, aber in Holland ihr Brot finden. Ihre Besteuerung auch durch Holland beruht auf einem holländischen Gesetz, gegen das wir nichts machen können.

Abg. Ester-Winsen (natl.) verweist auf die Veröffentlichungen des Professors Delbrück über Steuerhinterziehungen und verlangt eine genaue Prüfung der Delbrückschen Zahlen.

Abg. Dirsh-Vorlin (Soz.):

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit zunächst auf eine Verfügung des Ministers lenken. Die Verfügung geht dahin, daß eine Ermäßigung des Steuerfahses wegen Arbeitslosigkeit nur dann erfolgen darf, wenn die Arbeitslosigkeit länger als 10 Wochen ununterbrochen dauert. Ist aber jemand 12 Wochen im Jahre arbeitslos, dann hat er keinen Anspruch auf Ermäßigung, falls die Arbeitslosigkeit nicht ununterbrochen andauert. Ich halte diese Verfügung für falsch, da im § 83 des Einkommensteuergesetzes von einer ununterbrochenen Arbeitslosigkeit nicht die Rede ist. Der Vorredner hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Unterschätzungen an den Bestimmungen des Gesetzes selbst liegt. Nach dem Gesetz würde z. B. ein Jenft, dessen einzige Einnahmen die Zinsen einer Hypothek sind, wenn ihm diese Hypothek am 31. März ausgezahlt wird und er das Geld am 1. April noch nicht anderweitig begibt, sondern zu Hause aufhebt, das ganze Jahr hindurch keinen Pfennig Einkommensteuer zu zahlen haben. Persönlich halte ich eine solche Auslegung des Gesetzes für falsch; aber in der Veranlagungskommission, der ich angehöre, stand die Mehrheit auf dem entgegengekehrten Standpunkt. Es wäre dringend notwendig, daß der Minister über diesen Fall Auskunft gibt.

Ob die Delbrückschen Zahlen richtig sind, oder nicht, lasse ich dahingestellt. Auf ein paar Millionen kommt es ja gar nicht an. Das eine aber steht fest, daß tatsächlich erhebliche Summen hinterzogen werden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß das nur auf dem Lande geschieht, glaube vielmehr, daß in den Städten genau so gewirtschaftet wird. Es gibt eben gewisse Leute, die nicht gerne Steuern zahlen, die sich freuen, dem Staat ein Schnippchen schlagen zu können. Abhilfe könnte am besten geschaffen werden durch die Anstellung staatlicher Veranlagungskommissare. In Charlottenburg haben wir vor einigen Jahren einen Veranlagungskommissar angestellt. Die Summe, die wir für ihn ausgeben mußten, steht in gar keinem Verhältnis zu dem, was wir durch seine Tätigkeit an Steuern mehr bekommen. Also vor den Kosten für solche Kommissare brauchen wir keine Furcht zu haben. Die Delbrückschen Angaben genau nachzuprüfen, ist eine Pflicht des Staatsministeriums. Wenn die Angaben richtig sind, muß es dringend für Abhilfe sorgen. Neben den Beamten werden die Arbeiter am kräftigsten zur direkten Steuer herangezogen. Ja, ich behauere, daß die Arbeiter eher zu viel als zu wenig an Steuern zahlen, weil sie nicht wissen, welche Abzüge sie machen dürfen. Wenn das aber der Fall ist, dann müssen gerade die Parteien, die mit solcher Energie für den § 23 des Einkommensteuergesetzes eingetreten sind, es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, daß nun auch andere Kreise der Bevölkerung genau so behandelt werden. (Sehr richtig!

Ob die Delbrückschen Zahlen richtig sind, oder nicht, lasse ich dahingestellt. Auf ein paar Millionen kommt es ja gar nicht an. Das eine aber steht fest, daß tatsächlich erhebliche Summen hinterzogen werden. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt, daß das nur auf dem Lande geschieht, glaube vielmehr, daß in den Städten genau so gewirtschaftet wird. Es gibt eben gewisse Leute, die nicht gerne Steuern zahlen, die sich freuen, dem Staat ein Schnippchen schlagen zu können. Abhilfe könnte am besten geschaffen werden durch die Anstellung staatlicher Veranlagungskommissare. In Charlottenburg haben wir vor einigen Jahren einen Veranlagungskommissar angestellt. Die Summe, die wir für ihn ausgeben mußten, steht in gar keinem Verhältnis zu dem, was wir durch seine Tätigkeit an Steuern mehr bekommen. Also vor den Kosten für solche Kommissare brauchen wir keine Furcht zu haben. Die Delbrückschen Angaben genau nachzuprüfen, ist eine Pflicht des Staatsministeriums. Wenn die Angaben richtig sind, muß es dringend für Abhilfe sorgen. Neben den Beamten werden die Arbeiter am kräftigsten zur direkten Steuer herangezogen. Ja, ich behauere, daß die Arbeiter eher zu viel als zu wenig an Steuern zahlen, weil sie nicht wissen, welche Abzüge sie machen dürfen. Wenn das aber der Fall ist, dann müssen gerade die Parteien, die mit solcher Energie für den § 23 des Einkommensteuergesetzes eingetreten sind, es als ihre vornehmste Pflicht betrachten, daß nun auch andere Kreise der Bevölkerung genau so behandelt werden. (Sehr richtig!

Bei den Sozialdemokraten.) Ich wäre daher für eine Ausdehnung des Deklarationszwangs. Der Zwang genügt nicht für Einkommen über 3000 M. Jeder einzelne sollte sein Einkommen selbst deklarieren. Es würde sich dann ergeben, daß unter denen, die heute noch nicht dem Deklarationszwange unterworfen sind, ein ziemlich hoher Prozentsatz über ein Einkommen von mehr als 3000 M. verfügt. Ein weiterer Vorschlag wäre der, daß man für bestimmte Berufe, für Gewerbetreibende und auch für freie Berufe, Angehörige dieser Berufe zu den Veranlagungskommissionen zuzieht, damit sie die Angaben, die von ihren Gruppen gemacht werden, nachprüfen. Auch da ließe sich viel erreichen. Aus den Steuererträgen des letzten Jahres hat der Finanzminister in der Kommission den Schluß gezogen, daß die Lage der arbeitenden Massen sich erheblich gebessert habe. Wir bestreiten natürlich die Richtigkeit der Zahlen in keiner Weise. Aber die Schätze, die der Minister aus diesen Zahlen gezogen hat, sind ganz falsch. Wir dürfen die Zahlen nicht allein nehmen, sondern wir müssen sie vergleichen mit den Mehrausgaben, die heute auch der Arbeiter für seinen Aufwand machen muß. Wenn man das aber tut, dann wird man finden, daß von einem allgemeinen Wohlstand auch heute noch keine Rede sein kann. Was die Arbeiter mehr an Einkommen erzielt haben, das geht ihnen durch die gestiegenen Wohnungskosten und durch die infolge der Steuerpolitik des Reichstages verteuerten Lebens- und Genussmittel doppelt wieder verloren. Man wird doch im Ernst nicht behaupten können, daß ein Einkommen von 1200 M. heute dieselbe Kaufkraft hat, wie vor zehn Jahren ein Einkommen von 900 M. Ich hoffe, daß bei der zu erwartenden Novelle zum Einkommensteuergesetz meine Anregungen berücksichtigt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Direktor von der Verwaltung der direkten Steuern Heine: Die Verfügung, von der der Vordredner gesprochen hat, besteht und ist richtig. Das Oberverwaltungsgericht hat wiederholt entschieden, daß die Quelle des Einkommens für den Arbeiter nicht die Arbeitslohngelegenheit, sondern die Arbeitskraft ist. Im übrigen hat ein Arbeitsloser, wenn er tatsächlich in dem einen Jahre mehr Steuern bezahlt, keinen Schaden, denn er wird dann im nächsten Jahre eben so viel weniger versteuern.

Abg. v. Hennigs-Rehlin (L.) bestritt die Richtigkeit der Deklarationszahlen, die von Unkenntnis strotzen. Seine Worte könnten nur so gedeutet werden, daß der Grundbesitz Steuern hinterziehe, und gegen diese Verdrängung der Steuerpflichtigkeit der Großgrundbesitzer müssen wir protestieren. (Beifall rechts.) Wir empfehlen unseren Freunden, bei der Steuereinschätzung vorsichtig zu Werke zu gehen. Ich halte es mit dem Abgeordneten Hirsch für Ehrensache, daß die besitzenden Klassen ihre Steuerpflicht um so gewissenhafter erfüllen, als jeht das Einkommen aller Angestellten infolge des eingeführten Deklarationszwanges für die Arbeitgeber voll besteuert wird. Ein Mißstand ist es, daß bei den Landtags- und Kommunalwahlen in den Wählerlisten die Steuerbeträge offen vor jedermanns Auge daliegen. Wir hoffen, daß die kommende Einkommensteuernovelle und weiter einen Schritt vorwärts bringt in der Richtung: Schutz den ehrlichen Leuten! (Beifall rechts.)

Finanzminister v. Rheinbaben: Die sachliche und von parteipolitischen Erwägungen freie Erörterung der Steuerfrage, die lediglich eine Frage der Gerechtigkeit gegen den Staat ist, ist erfreulich. Auch der Abgeordnete Hirsch hat in durchaus sachlicher Weise seine Beschwerde hier vorgebracht. Es muß verhütet werden, daß von der Einschätzung in die Steuerlisten bei Wahlen ein ungerechtfertigter Gebrauch gemacht wird. Es dürfte auch keine Auszüge in der Presse veröffentlicht werden. Derartige Veröffentlichungen sind in dem Wahlreformgesetz unter Strafe gestellt worden. Dem Abgeordneten Hirsch gegenüber verweise ich zum Beweise dafür, daß die Löhne im Verhältnis zur Verteuerung der Lebensmittel mehr gestiegen sind, auf die Sparkasseneinlagen. Die Steuerveranlagung bemüht sich deswegen, die individuelle Leistungsfähigkeit des einzelnen zu erfassen. Nach unseren Feststellungen ergibt sich, daß die Steuerbeanstandungen auf dem Lande nicht nur nicht geringer, sondern stärker als in den Städten sind. Es wurde aber die Meinung laut, als ob die Steuerbehörden nicht ihre Pflicht täten. Ich muß diese Angriffe zurückweisen. Professor Delbrück hat für seine Behauptungen recht schwache Grundlagen gehabt. Wir dürfen dem Landrat nicht zu viel aufpassen, er darf aber auch nicht bloß Titularvorsitzender bleiben. Im nächsten Jahre werden wir uns über die Revision des Einkommensteuergesetzes hier zu unterhalten haben.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (L.) begrüßt es, daß alle Parteien sich willens zeigen, die Steuerfragen zu behandeln, ohne parteipolitische Momente hineinzutragen. Redner schlägt vor, die Vorbereitungen der Steuerveranlagung einem besonderen Organ zu übertragen, dem Landrat aber den Vorsitz in der Veranlagungskommission und die entscheidende Rolle zu überlassen.

Abg. Dr. Köhling (natl.) widerspricht diesem Vorschlag. So lange der Landrat die Verantwortung trägt, muß er auch die Geschäfte in der Hand behalten.

Abg. Dr. Wachsmid (fr. Bg.): Der Finanzminister hat angedeutet, daß die Geschäfte der Steuerveranlagung in den Landkreisen durch staatliche Veranlagungsbeamte anstelle der Landräte vielleicht ausgebaut werden sollen. Wir halten das für höchst wünschenswert.

Abg. v. Kessel (L.): Auch ich habe den Eindruck, daß der Minister den Landräten die Steuerveranlagungsgeschäfte abnehmen will. Meine politischen Freunde würden das außerordentlich bedauern.

Minister v. Rheinbaben: Ich habe weder für noch gegen in bezug auf die Verbehalten der Landräte als Vorsitzende der Veranlagungskommission gesprochen. Ich habe nur sagen wollen, daß wir werden prüfen müssen, ob die Veranlagungsreform die Geschäfte der Landräte nicht so vermehren wird, daß sie den Vorsitz in den Veranlagungskommissionen nicht mehr werden behalten können.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat der direkten Steuern bewilligt.

Es folgt die zweite Lesung des Etats des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schröder-Cassel (natl.) regt eine Aufbesserung der Pensionen der bezgl. Altrenten an, d. h. der vor dem 1. April 1907 verabschiedeten Beamten. Diese würden gegenüber ihren auf Grund der neuen Gehaltsordnung pensionierten Kollegen ungerechtfertigterweise benachteiligt.

Minister v. Rheinbaben: Ich begreife die Wünsche der Altrenten durchaus. Aber ihre Erfüllung würde einen Versuch mit der ganzen bisherigen Praxis bedeuten. Es würde sich auch um die Aufbringung von nicht weniger als 9 Millionen dabei handeln. Das erlaubt unsere Finanzlage nicht.

Abg. Schmedding (B.) gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Unterstützungsfonds für die Altrenten im nächsten Jahre verstärkt werden wird.

Abg. Wacht (L.): Wir wollen den betroffenen Beamten volle Billigkeit widerfahren lassen, aber man darf doch auch nicht vergessen, daß viele von ihnen sich in recht guten Verhältnissen befinden.

Abg. Freiherr v. Zedlitz (fr.): Die Frage der Unterstützung sollte bei den besonders bedürftigen Subalternpensionären von der Bedürfnisfrage unabhängig gemacht und generell geregelt werden.

Abg. Veltmann (fr. Bg.): Nach unserer Auffassung sollte sogar ermogt werden, ob nicht ein bestimmter festzulegender Zuschuß gewährt werden soll, wenn eine bestimmte Höhe der Pension nach dem früheren Stande nicht erreicht worden ist.

Minister v. Rheinbaben: Ich kann nicht glauben, daß irgend-einem Altrenten eine Jahresunterstützung von nur 15 M. gewährt worden ist; das wäre keine Unterstützung, sondern ein Trinkgeld. (Sehr richtig!) Ich will gern prüfen, ob die Gewährung der Unterstützung für die mittleren und unteren Beamten von der Bedürfnisfrage unabhängig gemacht und generell geregelt werden kann.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Etat des Finanzministeriums erledigt.

Nächste Sitzung Montag, 11 Uhr: Antrag der Konservativen auf Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen; Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Soziales.

### Nielesyn macht Schule!

Die grauenvollen Enthüllungen aus der „Hohmeschen Wildnis“ und aus Nielesyn sind noch in aller Gedächtnis. Der Pastor Breit-haupt aus Nielesyn ist noch nicht abgerufen. Und schon wieder haben wir über eine gleich schreckliche und empörende Mißhandlung von Fürsorgezöglingen zu berichten. Unser Elberfelder Waiden-organ, die „Freie Presse“, teilt über die Behandlung von Fürsorgezöglingen in der Handwerker-Bildungsanstalt zu Gemünd an der Elbe (Regierungsbezirk Sachsen) Einzelheiten mit, die zeigen, wie dort systematisch in einer empörenden Weise das Menschliche aus den armen Fürsorgezöglingen herauszutreiben versucht ist.

Die Handwerker-Bildungsanstalt zu Gemünd ist eine Anstalt, in der durchschnittlich etwa 140—150 Jungen „Fürsorge“-Erziehung „genießen“. In der Anstalt wird Schlosserei, Schreineri, Schuh-macherei, Gärtnerei und Landwirtschast betrieben. Direktor der Anstalt ist ein Herr Wallis. Seine Frau spielt eine Hauptrolle bei der unmenschlichen Behandlung der wehrlosen Knaben. Ein Drittel der Zöglinge sind Elberfelder. Die Prügelstrafe ist das Unbesehrteziehungsmittel dieser Anstalt. Für die geringsten Vergehen gibt es Prügel. In einem Buch wird das Betragen verzeichnet. Sonnabends wird für die ganze Woche die Züchtigung vorgenommen. Eine geradezu zum Himmel schreiende Barbarei besteht in dem sogenannten „Jungfernkranz“. Dieser wird so ausgeführt, daß die Zöglinge am Kopfe vom Tisch mit Striden derartig festgebunden werden, daß sie sich nicht bewegen können. Dann wird ihnen ein Knebel in den Mund gesteckt, und so geht das Schlagen los, bis 100 bis 150 Schläge ausgebracht sind. In dieser Bestialität scheint die Frau Direktor, die doch als christliche Haus-mutter gelten soll, eine gottgewollte Wohltat zu sehen. Weherte sie doch gegenüber einem Dienstmädchen, welches über die gräßlichen Mißhandlungen der armen Menschen weinte: „Was, Sie weinen noch darüber, da könnte ich selbst mit drauf schlagen, bis das Blut spritzt.“

Von den einzelnen Schilderungen über im Mai vollzogene Exekutionen geben wir einige wieder. Die Zöglinge Rittershaus und Stärken waren ausgerückt und zurückgebracht. Darauf schlug sie zunächst der Nachwächter Reinhardt mit einem Riemen, morgens nochmals mit einem Polizeiknüppel. Dann kamen die jungen Leute in Arrest. An demselben Morgen erhielten sie eine Tracht Prügel von 20 Schlag mit einem Schwarzbornholz, 2 Zentimeter dick. Drei Tage später erhielten sie von dem Schneidemeister und verschiedenen Jungen, die von ersterem dazu angehalten wurden, 30 Schlag, zwei Tage darauf 12 Schlag unter Aufsicht des Sekretärs Lehmann. Am folgenden Tage wurde einem der armen Miß-handelten der Jungfernkranz zuteil. Die Prozedur beschreibt der Gemündhandlende wie folgt: Ich war am Karloffschalen. Da er-schienen der Kasseher Stöder (jetzt Garbit Stöder, 1. Garde-Infanterie-Regiment zu Fuß in Berlin) und nahm mich mit in den Speiseaal. Hier wurden mir die Hände zusammengebunden, ein Taschentuch in den Mund gesteckt. Je eins meiner Beine an ein Tischbein, etwa 70 Zentimeter auseinander. In dieser Lage wurden mir 87 Schlag ausgebracht. Zuerst schlug Stöder selbst, dann zwang er noch die Verhaftetsten mit dem Demeister: „Wer nicht schlägt, den schlage ich!“ zum Schlagen.

Ein paar andere Zöglinge, Scholten und Bengholz, wurden von Stöder beim „Jungfernkranz“ mit je 140 Schlägen, ein Zögling Lenderh mit über 100 Schlägen bedacht. Dem Zögling Spörer gab Stöder 27 Schläge mit einem Schwarzbornholz, an dem die Dornen noch 1 Zentimeter lang saßen. Außerdem bekam er noch vier Tage Wasser und Brot hintereinander. Als nun Rod wiederkam, schlug Stöder auf ihm einen Spazierstock von 2 Zenti-meter Dicks, mit einer Eisenspitze daran, entzwei. Trotzdem Rod behauptete, Spörer habe nichts davon gewußt, bekam letzterer noch-mal zwei Tage Wasser und Brot. Ein anderer Zögling wurde von Stöder mit einem Eisenstück geschlagen.

Am 26. und 27. Januar kam der Zögling Kolbach bei trockenem Brot und Wasser in Arrest. Er sollte eine Fensterreibe entzwei-gemacht haben. Trotzdem der Junge keine Unschuld bekehrte und die reine Wahrheit gesagt hatte, ließ ihn Frau Direktor wegen Lügen einsperren. Schließlich stellte es sich heraus, daß er doch unschuldig war. Schöne Erziehung!! Der Zögling Krieg bekam am Fuß und Bettag von dem Nachwächter Reinhardt mit dem Polizeiknüppel dergestalt einen Schlag auf den Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Warum? Weil ein anderer Junge in dessen Abwesenheit sein Bett machte. Wegen gleicher Ursache schlug Reinhardt mit einem Hundeschlüssel dem Zögling Wagner ein Loch in den Kopf. Der Zögling Klein war ausgerückt; als er wiederkam, schlug ihn Reinhardt mit dem Polizeiknüppel über den Kopf und wo er gerade hintraf. Der Zögling Jung trank am Kaisers Geburtstag 2 Tassen Bier. Diese konnte er nicht vertragen und erbrach sich. Hierauf schlug ihn Frau Direktor ins Gesicht, daß die Nase blutete.

Der Zögling Windhövel hatte nach der Bibel mit Kartoffeln geworfen. Der Wächter, noch nicht erziehungsberechtigter Aufseher Kunte meldete dies der Frau Direktor. Diese strichte den Hebel-täter und stellte ihn den ganzen Tag in die Ede bei trockenem Brot und Wasser. Des Abends bei Tisch fragte B. den Aufseher, ob er noch etwas Tee bekommen könnte. Er wurde deswegen eingesperrt. Nach dem Essen ging Kunte in das Arrest und schlug den B. mit dem Polizeiknüppel des Nachwächters, so daß dieser aus Angst und Schmerz seine Kleider beschmutzte. Ueber 30 Schläge hatte ihm dieser fromme Christ gegeben.

Bei einer Revision, die in Gegenwart der Direktion stattfand, bestritt ein gemißhandelter Junge aus Angst vor neuer Strafe die Mißhandlung.

Wann wird wegen der empörenden Mißhandlung Behrlofer endlich eingeschritten? Der preussische Ministerpräsident und der Minister des Innern können doch solche Schweißgüsse nicht als Folgen einer „von Gott gewollten Abhängigkeit“ ansehen. Wann endlich wird das preussische Fürsorgesystem, das solche Bestialitäten nützt und hunderte armer Knaben und Mädchen ins Elend bringt, an Haupt und Gliedern reformiert werden?

## Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer. Der am Freitag abgehaltenen Generalversammlung der Filiale Berlin lag der Geschäfts- und Kassenericht für 1909 vor. Derselbe gibt im wesentlichen folgen-des Bild: Am Anfang des Jahres litt der allgemeine Wirtschaftsmarkt noch hart unter der Krise. Besonders hatte das Bau-gewerbe, also auch das Ofenbrennereigewerbe, noch infolge des strengen Winters zu leiden. Die Filiale hatte in den ersten drei Monaten verhältnismäßig mehr Arbeitslose wie in derselben Zeit des Jahres 1908. Trotz des niedrigeren Mitgliederstandes war die wirkliche Zahl der Arbeitslosen im Februar und März 1909 höher als in denselben Monaten des Vorjahres. Die Arbeitslosigkeit hatte für einen erheblichen Teil der Mitglieder große Not zur Folge. Auf Antrag des Vorstandes wurde deshalb den betreffenden Mitgliedern eine einmalige Notstandsunterstützung aus dem Lokalfonds ge-währt. Es wurden 778 Mitglieder mit zusammen 13 762 M. unterstützt. Im April besserte sich die Arbeitslage und im Juni waren keine Arbeitslosen mehr vorhanden. Später wurden die Verhältnisse wieder ungünstiger, doch war die Arbeitslosigkeit im Dezember nicht so groß wie in dem gleichen Monat des Vor-jahres. Im Laufe des Jahres wurden 1000 Mitglieder = 77,9 Proz. (im Vorjahre 1668 = 76,1 Proz.) durch Arbeitslosigkeit betroffen. Der Mitgliederbestand hat sich im Laufe des Jahres ständig ver-mehrt, und zwar bis zum Jahresschluß um 897. Die durchschnitt-

liche Mitgliederzahl steht aber hinter der des Jahres 1908 noch zurück. Die tatsächliche Mitgliederzahl am Schluß des Jahres betrug 2005 (im Vorjahre 1979). Der Zuwachs in den letzten Quartalen ist zum Teil zurückzuführen auf eine lebhaftere Agitation, welche der Verband unter den Wilden betrieb. 121 Mitglieder sind dadurch gewonnen.

Der Tarif lief im Berichtsjahre ab; er wurde aber nicht ge-fündigt, sondern beide Parteien traten in Verhandlungen, um ge-wisse Mängel, die sich bemerkbar gemacht hatten, aus dem Tarif zu beseitigen. Der abgeänderte Tarif trat am 29. November in Kraft. Die Beratung desselben erforderte 25 Sitzungen der Lohn-kommission, wovon 16 mit den Unternehmern gemeinsam abgehalten wurden. Sind auch nicht alle Kollegen mit dem Ergebnis der Tarifbewegung zufrieden, so kann doch gesagt werden, daß eine von manchen Kollegen befürchtete Verschlechterung des Verdienstes durch den neuen Tarif nicht eingetroffen ist. Das konnte durch eine ver-gleichende Berechnung auf 11 Bauten festgestellt werden. Vorteile hat der neue Tarif allerdings nicht gebracht. — Durch eine Lohn-bewegung in Oranienburg wurde am 1. November ein Tarif ein-geführt, der Lohnverhältnissen von 10—15 Proz. festsetzt.

Im Laufe des Jahres fanden 8 Arbeitsniederlegungen statt, außerdem wurde über 12 Firmen die Sperre verhängt wegen Tarifbruchs und Verschärfung von Wilden. — Der Fensterstreik mußte auch im Berichtsjahre wieder durckgekämpft werden, denn alle die von den Verbänden in dieser Hinsicht erlassenen Verord-nungen hoben die Bauunternehmer noch nicht befolgt, die Ar-beitsräume im Winter vor Zugluft schließen zu lassen. Es ist auch kein Fall bekannt geworden, wo die Behörde Bauunternehmer ge-zwungen hat, die zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter er-lassenen Verordnungen zu befolgen.

Auf dem Gebiete des Rechtschubes hat sich gezeigt, daß die Klagen wegen Lohnausfall nicht mehr so zahlreich sind wie früher. Das ist aber nicht dem Gesetz betreffend die Sicherung der Bau-forderungen zu danken, sondern es ist darauf zurückzuführen, daß der Verband die meisten schwindelhaften Unternehmer schon seit längerer Zeit gesperrt hat, um die Kollegen vor Schaden zu be-wahren.

Die Maifeier wurde durch vollständige Arbeitsruhe begangen. — Bei den Vertreterwahlen zur Ortskrankenkasse der Töpfer wurden die vom Verbande aufgestellten Kandidaten glatt gewählt. Der Vorsitzende Segawe teilte mit, daß seit dem Abschluß des vorliegenden Berichtes schon wieder fünf Sperren verhängt worden sind. Insbesondere beflagte er das unsolidarische Verhalten einiger Mitglieder des Lokalvereins der Töpfer. Um was es sich hierbei handelt, das geht aus der nachstehenden Resolution hervor, welche einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem arbeiter- und tarifschädigenden Verhalten der Lokalorganisierten Töpfer Berlins im allgemeinen und ganz besonders bei der Firma Töpfer u. Raasch auf dem Bau in der Carmen Solva-strasse. Die Versammlung fordert den Lokalverein auf, öffent-lich zu erklären, ob er es billigt, daß einige seiner Mitglieder auf dem genannten Bau mit Wilden und Hirschen zusammen-arbeiten, die pro Stück 1,50 M. weniger erhalten, als der Tarif vorschreibt, wonach es sich also um eine Firma handelt, die den Tarif nur zum Teil bezahlt und ferner einer der Unternehmer den Kollegen noch etwa 600 M. Lohn schuldet. Ferner fordert die Versammlung den Lokalverein auf, Klipp und klar zu er-klären, ob die Angabe seiner bei Töpfer u. Raasch beschäftigten Mitglieder richtig ist, daß der Lokalverein seinen Mitgliedern gestattet hat, mit Hirschen und Wilden zusammenzuarbeiten, gleichviel, ob diese nach dem Tarif bezahlt werden oder nicht. — Sollte der Lokalverein sich nicht in nächster Zeit hierzu äußern, oder sollte das Angeführte richtig sein, so würden sich die Loka-listen von den Hirschen und Wilden nicht mehr unterscheiden, und es müßte eine spätere Verbandsversammlung darüber be-finden, ob die Verbandsmitglieder noch mit den Lokalisten zu-sammenarbeiten können.

Der Kassierer Bohmhammel konstatierte an der Hand der Jahresabrechnung, daß sich die Kassenverhältnisse gegen früher gebessert haben. Die Einnahme an Beiträgen ist gestiegen und die Ausgabe für Unterstühtungen ist infolge der sich bessernden Kon-junktur zurückgegangen. — Die Abrechnung der Zentralkasse schließt mit 55 180,70 M. für Unterstühtungen wurden ausgegeben: An Reisende 395 M., an Umgehende 140 M., an Kranke 8803 M., Sterbegeld 2180 M., an Streikende und Gemahregelte 115 M., an Inhaftierte 138 M., für Rechtschutz 985 M. Die Lokalasse ver-zeichnet eine Einnahme von 67 723,68 M., eine Ausgabe von 37 367,71 M., einen Bestand von 30 355,97 M.

An der Tätigkeit des Vorstandes wurden keine Ausstellungen gemacht.

Die Versammlung nahm noch den Bericht der heiztechnischen Kommission und des Gesellenauschusses entgegen. Dann wurden die Neuwahlen vollzogen. Sie hatten folgendes Ergebnis: Präsi-dent: 1. Vorsitzender: Franz Segawe; 2. Vorsitzender: Max Kraß; 1. Kassierer: Richard Vohndamm; 2. Kassierer: Richard Motel; Schriftführer: Eduard Rappun; Beisitzer: Wilhelm Sorau und Otto Behn; Revisor: Hermann Vosse. — Zum Arbeitsnach-weiskuratorium wurden gewählt: Fritz Merien, Franz Lothert, Oskar Teubert, Paul Bröcklich.

Deutscher Metallarbeiterverband. Am Freitag fand in den Arminkallen eine stark besuchte Versammlung aller in den Metall-schleifereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der Reichstagsabgeordneter Severing-Bielefeld über das Thema: „Der Schleiferlohn und die Gesetzgebung“ referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte noch eine kurze Diskussion. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Schleifer Berlins und Umgegend hält es noch den Ausführungen des Referenten mehr denn je für not-wendig, die Forderung der gesetzlichen Regelung der Einrichtungen in den Betrieben der Schleifereien mit allem Nachdruck zu erheben. Die Versammelten erkennen, daß die bisherige Regelung keinen ausreichenden Schutz für Leben und Gesundheit der Schleifer ge-bracht hat und ersuchen deshalb die sozialdemokratische Reichstags-fraktion, beim Reichsanwalt des Innern die Forderungen der Metall-schleifer zur Sprache zu bringen und der Regierung zu erklären, daß sie mit den bisherigen Maßnahmen nicht zufrieden sein können. Ferner erklären die Versammelten, mit allem Nachdruck für den Ausbau der Organisation Sorge tragen zu wollen, um durch diese ihre Forderungen an die Gesetzgebung zu unterstützen.“

## Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 5 des „Vorklons“ enthält an Zeich-nungen und Illustrationen: Würgel. — An Sobel. — Aus der Kalmückel. Zum Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches. — Die Freimägen auf dem Kriegsspiel. — Vor der Erundung. Aus dem Texte erwachsen wir: Par-lamentarische Zukunftsbilder. — Das Bebel-Denkmal in Hamburg. — Kaiserle-Theater. — Die Wahlreform. — Racine-Rundschau. — Der armen Leute Jubel. — Eisenach. — Der Kaiserliche Komel. — Ein neuer Heiliger. Wm.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolportageuren zu beziehen.

Bruder Jesus. (Gnostisch-soziales Drama in einem Akt von D. Krause. Verlag: R. Kraus, Dresden-N. 16.)

Neuzeitliche Gemeindepolitik. Eine kommunalpolitische Studie von H. Arendt-Denart. 87 Seiten. Selbstverlag, Nidder, Kaiser-Friedrich-Strasse 63.

„Die Pant“. Heft 2. Monatshefte. Herausgeber: A. Landsburg. Einzeln 1,50 M. Berlin W. 67.

„Dokumente des Fortschritts“. 2. Heft. Internationale Revue. Herausgeber: Prof. R. Broda. Einzeln 1 M. G. Reimer, Berlin W. 35.

Die Teuerung. Eine Einführung in die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie. 80 Heft. Band u. Co., Bismarck-Platz, Berlin W. 13.

Gesellschaftsrecht 1909. „Vorwärts“, Produktionsgenossenschaft der Süderelbener, Hamburg.

Jahrbuch 1909 der Kölner Gewerkschaften. 144 Seiten. Verlag: Karle der freien Gewerkschaften Köln und Umgegend.

Die deutsche Bühne. Nr. 3. Monatliches Blatt des Deutschen Bühnenvereins. Jährl. 12 M. Deutscher u. Co., Berlin W. 15.

**Wochen-Spielplan der Berliner Theater.**

**Königl. Opernhaus.** Sonntag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.) Montag: Elektra. (Anfang 8 Uhr.) Dienstag: Sinfonie-Konzert der Kapelle. Mittwoch: Der Barbier von Sevilla. Donnerstag: Cavalleria rusticana. Freitag: Der Propheet. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend: Tristan und Isolde. Sonntag: Der Propheet. (Anfang 8 Uhr.)

**Königl. Schauspielhaus.** Sonntag: Der Familienkammerling. Montag: Stranckinder. Dienstag: Der Familienkammerling. Mittwoch: Ody von Stranckinder. (Anfang 7 Uhr.) Donnerstag: Der Familienkammerling. Freitag: Stranckinder. Sonnabend: Prinz Friedrich von Homburg. Sonntag: Die Journalisten. Montag: Der deutsche König. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Neues königl. Opern-Theater.** Sonntag, den 27. Februar: Die Nadelweberin. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Deutsches Theater.** Sonntag: Der Widerspenstigen Zähmung. Montag: Hamlet. Dienstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Mittwoch: Ein Sommernachtstraum. Donnerstag: Der Widerspenstigen Zähmung. Freitag: Judith. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend: Judith. Sonntag: Judith. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Deutsches Theater (Kammerspiele).** Sonntag: Der gute König Dagobert. Montag bis Sonntag: Der gute König Dagobert. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

**Veitling-Theater.** Sonntag: Die Frau vom Meer. Montag und Dienstag: Das Konzert. Mittwoch: Zantus der Karr. Donnerstag, Freitag und Sonnabend: Das Konzert. Sonntag: Zantus der Karr. (Anfang 8 Uhr.)

**Berliner Theater.** Sonntag: Doktor Eisenbart. Montag: Zaisun. Dienstag: Hohe Politik. Mittwoch: Zaisun. Donnerstag: Zaisun. Freitag: Zaisun. Sonnabend: Zaisun. Sonntag: Hohe Politik. (Anfang 8 Uhr.)

**Neues Theater.** Abends: Der Philosoph von Sandhuet. (Anfang 8 Uhr.)

**Neues Schauspielhaus.** Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Der große Lotte. Dienstag: Hohe Politik. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Mittwoch und Donnerstag: Der Herr Verteidiger. Freitag: Hohe Politik. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Sonnabend und Sonntag: Der Herr Verteidiger. Montag: Traummusik. (Anfang 8 Uhr.)

**Hebbel-Theater.** Abends: Kavaliers. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Königliche Oper.** Sonntag: Die Fledermaus. Abends: Jägerliebe. Montag: Das Tal der Liebe. Dienstag: Jägerliebe. Mittwoch: Jägerliebe. Donnerstag: Jägerliebe. Freitag: Zosca. Sonnabend: Jägerliebe. Sonntag: Zosca. (Anfang 8 Uhr.)

**Kleines Theater.** Sonntag: Koral. Abends: Der große Name. Sonntag: Koral. (Anfang 8 Uhr.)

**Theater des Westens.** Sonntag: Der fidele Bauer. Montag bis Sonntag: Die geschiedene Frau. Sonntag: Die geschiedene Frau. (Anfang 8 Uhr.)

**Schiller-Theater O.** Sonntag: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Neue Jugend. Montag: Die Lärmen um Nichts. Dienstag: Neue Jugend. Mittwoch: Die Lärmen um Nichts. Donnerstag: Neue Jugend. Freitag: Die erste Geige. Sonnabend: Neue Jugend. Sonntag: Die Lärmen um Nichts. (Anfang 8 Uhr.)

**Schiller-Theater Charlottenburg.** Sonntag: Der Herr Ministerialdirektor. Abends: Der Herr von St. Georgen. Montag bis Mittwoch: Der Herr von St. Georgen. Donnerstag: Egmont. Freitag: Der Herr von St. Georgen. Sonnabend: Egmont. Sonntag: Der Herr von St. Georgen. (Anfang 8 Uhr.)

**Freiburg-Wilhelmsdamm-Schauspielhaus.** Sonntag: Die Jungfrau von Orléans. Abends: Die Jungfrau von Orléans. Montag: Die Jungfrau von Orléans. Dienstag: Die Jungfrau von Orléans. Mittwoch: Die Jungfrau von Orléans. Donnerstag: Die Jungfrau von Orléans. Freitag: Die Jungfrau von Orléans. Sonnabend: Die Jungfrau von Orléans. Sonntag: Die Jungfrau von Orléans. (Anfang 8 1/2 Uhr.)

**Volkstheater.** Sonntag: Die Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Rose-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Neues Operetten-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Luftspielhaus.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Roads Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Thalia-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Reinhold-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Trianon-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Kajino-Theater.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Alte Oper.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Alte Oper.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

**Alte Oper.** Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Der Trompeter von Säckingen. Dienstag: Der Trompeter von Säckingen. Mittwoch: Der Trompeter von Säckingen. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Der Trompeter von Säckingen. Sonnabend: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag: Der Trompeter von Säckingen. (Anfang 8 Uhr.)

1. Januar gerührt, so kann eine Anrechnung nicht erfolgen. — **N. N. 66.** Das läßt sich nur an der Hand der Statuten beurteilen. Sie können die Entscheidung der Aufsichtsbekörde — Magistrat — anrufen; gegen die Entscheidung der Aufsichtsbekörde steht Ihnen binnen 4 Wochen nach Zustellung die Klage beim Amtsgericht zu. — **N. N. 12.** U. G. ist eine solche Festsetzung durch einen Chemiker möglich. Eine bestimmte Auskunft kann Ihnen jedoch nur ein Chemiker geben.

**N. N. 4.** Sie können den Antrag auf Gewährung der Altersrente erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres stellen, müssen aber den Nachweis erbringen, daß Sie in den Jahren 1888, 89 und 90 berufsmäßig gearbeitet haben. Ferner müssen innerhalb zweier Jahre immer mindestens 20 Werten von Ihnen selber, wenn Sie nicht in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis stehen, gestellt werden. Die Höhe der Rente richtet sich nach den geleisteten Beiträgen. Können Sie, vielleicht durch ein ärztliches Attest, nachweisen, daß Sie infolge Krankheit oder Altersschwäche nicht mehr im Stande sind, mindestens 1/3 derjenigen zu erwerben, was ein gewandter Arbeiter verdient, so stellen Sie schon jetzt bei dem Magistrat den Antrag auf Gewährung der Invalidenrente.

**N. N. 41.** Erhöhung der Rente ist nur zu erreichen, wenn infolge veränderter Umstände ein höherer Grad der Erwerbsunfähigkeit vorliegt als zur Zeit der Festlegung der Rente. Eine Vertretung in derartigen Sachen erhalten Sie beim Arbeitersekretariat, Angelerstr. 15. — **N. N. 41.** Sie hätten schon vor langer Zeit bei dem Gericht, bei welchem Sie die Papiere eingereicht haben, Nachfrage halten sollen. Tun Sie das jetzt noch. — **N. N. 1877.** Wir halten Ihre Tätigkeit für diejenige eines kaufmännischen Angestellten und die gesetzliche Kündigungsfrist — sechs Wochen vor Ablauf eines Kalenderjahres — für maßgebend. — **N. N. 6.** Die sogenannte Ostermesse vom 1. Montag im März bis einschließl. Sonnabend der folgenden Woche (Verkauf nach angelegten Regeln), die Ostermesse vom ersten bis einschließl. vierten Sonntag nach Ostern. Nähere Auskunft erteilt der Verkaufsamt der Handelskammer in Leipzig. — **N. N. 6.** Geringe Ausdehnungen von Blättern, ein Fehler, welcher die Fähigkeit zum Dienste mit der Waffe nicht ausschließt. — **N. N. 33.** 1. In die Direktion. — falls Sie die Große Berliner Straßenbahn meinen — Leipziger Platz, 2. und 3. Fragen Sie bei dem Transportarbeiter-Berband, Sektion Straßenbahner, Angelerstr. 15, am. — **N. N. 500.** Der zulässige Rechtsbehelf ist die Beschwerde, zu der wir Ihre Schmeiße aber nicht für legitimiert halten. — **N. N. 1910.** Wir raten Ihnen, die Befreiung des Arbeitgebers zu beschaffen. — **N. N. 63.** Der Vorstand ist zu den Nachforschungen verpflichtet, kann dazu auch vom Vormundschaftsgericht angehalten werden. Da Sie selber ein Interesse haben, so stellen Sie doch selber Ermittlungen an. — **N. N. 74.** 1. Rein. 2. Ja, zur Invaliditäts- und Altersversicherung, wenn das die wesentliche Erwerbstätigkeit darstellt. 3. Ja; wird Gemalt angewendet, so fügen Sie sich und führen Sie Beschwerde beim Polizeipräsidenten.

**Amlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Futur (Schmalz), Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Futur (Schmalz), Geschäft lebhaft, Preise normal. Geflügel: Futur (Schmalz), Geschäft ziemlich lebhaft, Preise befristend. Fische: Futur (Schmalz), Geschäft lebhaft, Preise teilweise hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Säbe: Geschäft: Futur (Schmalz) lebhaft, Geschäft (Schmalz) lebhaft, Preise unverändert.**

**Wetterungsüberblick vom 19. Februar 1910, morgens 8 Uhr.**

Station	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Station	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Stettin	759.5	SW	1	10.5	Magdeburg	761.5	SW	3	10.5
Breslau	759.5	SW	1	10.5	Frankfurt	760.5	SW	2	10.5
Leipzig	759.5	SW	1	10.5	Wien	763.5	SW	2	10.5

Wetterprognose für Sonntag, den 20. Februar 1910.  
Vielwolke, am Tage ziemlich warm, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südlichen Winden.

**Dr. med. Fackelmanns spezialärztl. Institut für Beinleiden:**  
Gicht, Rheuma, Krampfadernleiden, Plattfuß, Flechten.  
Moderne Behandlung mit Heißluft, Stauung, Massage, Kompression, ohne Operation und Bettruhe. Aufnahme auswärtiger Patienten.  
Zimmerstr. 78. 9-12, 3-6 Mittw., Sonnt 9-12. Tel. I. 6023

**Am besten kaufen Sie Hygienische Bedarfsartikel**  
jeder Art  
Drogerie Heinrich Bocatus,  
Berlin N., Schönhauser Allee 134a.  
Reicher Illustrierter Katalog gratis u. franco. Versuch führt zur ständigen Kundschaft.

**J. Baer**  
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee  
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung. Elegante Einsegnungsanzüge.  
Großen Stofflager. zur Anfertigung a. Maß.  
Allerbilligste, streng feste Preise.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.  
**Elektro-Technikum**  
gegr. 1874. (Fig. Fabrik. Elektro-, Maschinen-, Bau-, Ingenieur-, Techniker-, Werkmeister-, Monteur-Ausbildung, staatl. inspektiert.)  
Neuer Abendkursus.  
Prospekt kostenfrei.

**Heinrich Franck**  
Tel.: Amt III 4352. Brunnenstraße 185. 8-7 Uhr geöffnet.  
Nur Blatttabake in eigener Tabakschneiderei geschnitten.  
Geschnittener Uckermärker 95 Pfg.  
Geschn. Mischung bester Tabake 110 Pfg.  
Ferner: Geschnittener Java, St. Felix, Cuba usw.  
Zusendung in Berlin kostenfrei und schnellstens.  
Besichtigen Sie mein großes Lager!  
Sorgfältige und schnelle Bedienung.

**Möbel-Halle Harry Goldschmidt**  
Ecke Staßschreiber-Straße. Berlin S., Moritzplatz 59. Ecke Staßschreiber-Straße.  
Bekannt für beste, gediegenste Arbeit!  
Auf Kredit!  
Kulanteste Zahlungsbedingungen!

**KLEINE KIDS - CIGARETTE**  
2 1/2 & 3 1/2 Pfg.  
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.  
Die hierorts fallenden Schweinepreise ermöglichen es mir in Schweinefleisch (bestehend aus Schenkel, Ohren, fleischigen Pfoten, Kopfstücken etc.) garantiert inländische, tierärztlich untersuchte Ware in Kisten zu 30 Pfd. an P. Pfd. mit 30 Pf. zu offerieren. Vorkosten enthaltend 9 Pfd. 3.- in 12 Kisten (Dosen), postfrei, pro Pfd. 55 Pf. Alles ab hier p. Nachnahme. Garantie. Nichtgefallendes retour. 210/13\* Alb. Carstens, Altona Nr. 410.

**KREDIT**  
Das Kaufhaus auf Kredit  
**„Für alle Welt“**  
Schöneberg, Hauptstr. 19  
an Kaiser-Wilhelm-Platz, dem alten Rathaus gegenüber  
liefert Jedermann zu konsortial günstigen Zahlungsbedingungen:  
Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe  
Einsegnungsstoff für Knaben u. Mädchen  
Manufaktur- u. Weisswaren  
Gardinen, Portieren, Stoppdecken, Teppiche, Bettvorleger, Felle, Läufer, Kleiderstoffe, Bett-, Tisch-, Leibwäsche  
Möbel und Polsterwaren  
sowie eine Reihe anderer auch komplette Wohn- u. Einrichtungsgegenstände, Klein- und Luxusmöbel, Kronen etc.  
Man werde Kunde bei uns und ermittle unsere Annoncen-Auführungspläne.

Charlottenburg.  
**S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12**  
Ecke Schulstraße  
empfiehlt sein reichhaltiges Lager von  
**Einsegnungs-Anzügen,**  
sowie gute, selbst angefertigte Herren- und Knaben-Bekleidung,  
Maß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von M. 45.— an  
in eigener Betriebswerkstätte.

**Liebling**  
Seife aller Damen ist die allein echte  
**Steckenpferd-Lilienmilch-Seife**  
v. Bergmann & Co., Radedeul, denn diese erzeugt ein zartes, reines Gesicht, rosiges jugendliches Aussehen, weiche, samtweiche Haut u. zarten blendend schönen Teint. à St. 50 Pfg. über zu haben.  
**Berichtigung.**  
In dem Inserat des Warenhauses Wilhelm Stein, Chausseestraße 70/71, in der gestrigen Bezirksbeilage NORDEN muß es heißen unter: Ein Waggon Porzellan:  
**Porzellan weiß.**

**Ozonit**  
Prof. Giessler's Patent  
Modernstes Waschmittel  
gibt durch halbstündiges Kochen  
blendend weisse Wäsche  
Garantiert frei von Chlor und allen schädlichen Bestandteilen  
Ein Versuch überzeugt  
Schulzmarke Prof. Giessler's Schulzmarke  
**Ozonit**  
**Sophien-Säle** Sophienstraße 17/18  
Querstraße der Rosenhaller Straße — am Hackeschen Markt  
Inhaber: Paul Baatz  
empfiehlt seine von 60-2000 Personen laufenden Säle zu Veranlassungen, Vorträgen, u. Kunstausstellungen usw. Besorgl. Kunstl. Kulant. Entgegenkommen



# HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Diese Woche

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Sowelt Vorrat:

## Aussergewöhnlich billig 5 Waggon Glas und Porzellan Serien-Geschirre - Echtes Porzellan

Weiss	Dekor Berlin	Goldrand und Linie	Dekor Leipzig
Speiseteller tief .... 15 Pf. flach 13 Pf.	moderne Form mit Karomuster	Feston-Form	ovale Form mit Sternmuster
Dessertteller ..... 5, 8 Pf.	Speiseteller tief oder flach ... 35 Pf.	Speiseteller tief oder flach .... 28 Pf.	Speiseteller tief oder flach ..... 32 Pf.
Bratenplatten ..... von 28 Pf. an.	Dessertteller ..... 18 bis 25 Pf.	Terrinen ..... 1 <sup>85</sup> bis 3 <sup>50</sup>	Dessertteller ..... 18, 23 Pf.
Saucières ..... 45 Pf.	Bratenplatten ..... 1 <sup>10</sup> bis 3 <sup>20</sup>	Kaffeekannen ..... von 42 Pf. an	Kaffeekannen ..... 95 Pf.
Kaffeekannen ..... 45 Pf.	Kaffeekannen ..... 95 Pf.	Tassen ..... 23 Pf.	Butterglocken ..... 90 Pf.
Tassen ..... 9 Pf.	Tassen ..... 23 Pf.	Milchgläser ..... von 10 Pf. an	Tassen ..... 23 Pf.

## Wirtschafts-Artikel besonders preiswert

### Emalliierte Geschirre

Küchen-Eimer mit Deckel und Delittdekor	2 45
Messingbügel	
Konsole mit 3 Bechern für Sand, Selts, Soda mit Delittdekor	2 25
Schmortöpfe	40, 50, 60, 70, 85 Pf.
Kasserollen	35, 45, 55, 65 Pf.
Gaskochtöpfe mit Deckel	90 Pf. 1 <sup>00</sup> 1 <sup>15</sup> 1 <sup>35</sup>
Wasserkessel	75, 95 Pf. 1 <sup>25</sup>
Bratpfannen (englisch, mit Deckel)	1 <sup>15</sup> 1 <sup>50</sup> 1 <sup>90</sup>
Ringtöpfe	60, 70, 95 Pf. 1 <sup>05</sup>
Spülwannen	1 <sup>30</sup> 1 <sup>50</sup> 1 <sup>80</sup> 2 <sup>25</sup>

Toiletten-Eimer weiss mit Rohrbügel	2 75
Kehricht-Eimer mit Bohrlöffel	95 Pf. 2 35
Spülwannen oval	1 <sup>30</sup> 1 <sup>50</sup> 1 <sup>80</sup> 2 <sup>25</sup>
Zink-Waschfässer mit Draht	6 <sup>50</sup> 8 <sup>25</sup> 9 <sup>50</sup>
Zink-Waschfässer mit Wulst	9 <sup>75</sup> 11 <sup>75</sup> 14 <sup>00</sup>
Zink-Waschzuber	8 <sup>00</sup> 9 <sup>75</sup> 11 <sup>75</sup>
Waschtöpfe mit Ring, verzinkt	1 <sup>90</sup> 2 <sup>50</sup> 2 <sup>75</sup>
Waschbretter starke Zinkniedrig	45, 75 Pf.
Wäscheleinen prima Hanf Länge 80 Mtr. 2 <sup>85</sup> Länge 40 Mtr. 3 <sup>85</sup> Länge 60 Mtr. 4 <sup>85</sup>	
Plättbretter bezogen	1 <sup>00</sup> 2 <sup>45</sup>

### Rein Aluminium

Schmortöpfe	90 Pf. 1 <sup>25</sup> 1 <sup>85</sup> 2 <sup>00</sup> 2 <sup>50</sup>
Kasserollen	80, 95 Pf. 1 <sup>10</sup> 1 <sup>30</sup>
Stiepfannen	95 Pf. 1 <sup>25</sup> 1 <sup>45</sup> 1 <sup>85</sup>
Gaskochtöpfe mit Deckel	1 <sup>25</sup> 1 <sup>45</sup> 1 <sup>90</sup>

### Bürstenwaren

Rosshaar-Kehrbesen Ia. Qualit.	2 <sup>15</sup> 2 <sup>50</sup> 2 <sup>90</sup>
Rosshaar-Handfeger Ia. Qualit.	95 Pf. 1 <sup>15</sup> 1 <sup>25</sup>
Teppich-Kehrbesen 1 <sup>25</sup> Handfeger	40, 55 Pf.
Teppich-Kehrmaschinen	7 <sup>50</sup> 10 <sup>75</sup>
Bohnerschrubber schwere eisern	3 <sup>50</sup> 4 <sup>25</sup> 5 <sup>75</sup>

**Warnung** vor minderwertigen Rollschuhen! Sie sind gefährlich und haben zu langsamem Lauf!

Das anerkannt leistungsfähigste Meisterfabrikat ist die Marke: „Sport“

Einrichtung von Rollschuhbahnen

**Vorzüge:**  
Sanfterste Präzisions-Arbeit, größte Haltbarkeit, entzückender Lauf, ff. vernickelt, ausziehbar, für jeden Fuß passend, geschützte Kugellagerung, trotz billigster Preise: = = = No. 309 für Herren . . . 9.45 M. No. 310 für Damen . . . 10.45 M.

gegen Voreinsendung zusätzlich Porto oder Nachnahme des Betrages (0.85 M. mehr). - Nachweisbaren Wiederverkäufern entsprechender Rabatt.

**Rollschuh-Import-Haus, Berlin 1, Friedrichstraße 12.**  
Prospekte gratis und franko.

**Brühl's**  
Kraffbrüh-Würfel

Marke „Ochsenkopf“

vorzügliche **5 Pf.**  
**Bouillon**

**Keine Branntweinsteuer**  
kostet die Selbstbereitung von Hausbranntwein nach meinem Verfahren 1/2 Pf. Ltr. 9 Pf.

Bierbereitung im Haushalt nach meinem Verfahren gefällig 1/2 Pf. erlaubt. Enorme Steuerersparnis! Selbstkosten in Pfälzische nach Urteil des obersten bayerischen Landesgerichts wirkliches Bier. Unübertroffener Wohlgeschmack. Bereitung mühelos, kinderleicht. Ohne Backmittel, ohne Brauanlage. Vegetarier, lobende Anerkennungen!

**Alkoholfreie Liköre, Limonaden, Brausen**  
durch Selbstbereitung in vollendetster Qualität. Gerichtlich Wohlgeschmack.

In allen obigen Getränken finden Sie viel tausendfach bewährte praktische Anleitungen in meinem reich illustrierten Rezeptbuch, 14. Auflage, welches ich an Interessenten kostenlos verschicke.

**Max Noa,** Berlin, Elsasser Straße No. 5  
drittes Haus vom Rosenthaler Tor  
und Nieder-Schönhanssen, Treackowstraße 5.

**Kautabak**

Marke **Grimm & Triepel Nr. 3** dick grüne Verpackung  
Marke **Grimm & Triepel Nr. 5** mittel Karton gelbe Farbe  
Marke **Grimm & Triepel Nr. 6** mitteldünn Kart. rosa Farbe  
Marke **Grimm & Triepel Nr. 7** dünn Karton blaue Farbe

Wir bitten darauf zu achten, dass jedes Pfund mit Original-Verschluss geliefert wird und warnen vor Nachahmungen.

**Grimm & Triepel, Nordhausen.**

Sofort zu vermieten: 4163L\*  
**Tegel, Bahnhof-Str. 17-18**  
2 Zimmer u. Küche. Preis 330 M.

**Wilmerdorf, Prager Straße 16,**  
2 Zimmer-Wohnungen  
mit Zentralheizung etc. 360-480 M. 4161L\*

**Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum,**  
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelagerte billige 2-, 3- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Pranger Straße, Mühl-Strasse, Holländer- und Thamer Straße.

**Rixdorf, Selchowerstr. 13,**  
3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M.  
1 u. 2 „ „ „ „ 216-324 „  
**2 Läden,**  
passend für jedes Geschäft, 336, 540 M. 4162L\*

**Die Harnleiden**  
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von  
**Dr. med. Schaper,**  
BERLIN - Preis 1 Mark.  
1165 Cousend  
Verlag Max Richter Frankfurt (Ober)  
Bismarck-Platz

**Hygienische**  
Bedarfsartikel, Neues Katalog  
Dr. Emptel, viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. f. H. Unger, Gummiwarenfabrik  
Garin Nr. 1, Friedrichstraße 91/9

**Adams**  
Präzisions Uhr  
die zuverlässigste  
Uhr der Welt!

Reichhaltige  
ganz in Silber- und  
Edelmetall-Ver-  
goldung, Herren,  
Damen u. Kinder-  
uhren.

Selbstverständlich  
für alle Gelegen-  
heiten.

**Monats  
Raten**

Vertreter  
gesucht!  
**otto Jacob,**  
Sen.  
Friedenstr. 8  
Berlin 505

**Wohnungs-Einrichtungen:**  
Klub-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Pianinos, Geldschränke, Teppiche, Sofas, Klubsessel, Küchen-, Kontoreinrichtungen etc. liefern wir an solvente Personen jeden Standes in erstklassiger Ausführung zu Originalpreisen bei bequemsten

**Zahlungsbedingungen**  
und strengster Diskretion gegen 5 Proz. Ansvorgütung. Kataloge werden nicht versandt. - Man verlange den Besuch eines Vertreters ohne jede Verbindlichkeit u. gef. Zeitangabe.

**Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H.**  
Berlin C., Kurze Straße 6/7, I. Etage.

Gerichts-Zeitung.

(Siehe auch 4. Beilage.)

Die Haftpflicht des Hotelinhabers gegenüber seinen Gästen.

Die vertragliche Haftpflicht spielt für den Gastwirt eine bedeutende und oft nicht genügend beachtete Rolle. Der § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt hierüber: „Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten bedient, in gleichem Umfange zu vertreten wie eigenes Verschulden.“

In einem jetzt vom Reichsgericht entschiedenen Falle handelt es sich darum, ob dieselbe Haftpflicht auch bei den Verrichtungen der Angestellten eintritt, die eigentlich nicht in ihren Beruf fallen. Es hatte sich in einem Gasthause in Freiburg im Breisgau am 11. März 1907 ein Kaufmann einlogiert, der am 12. März mittags wieder abreisen wollte.

Das Landgericht Freiburg wies den Kläger mit seinen Ansprüchen ab. Die außervertragliche Haftung finde keine Anwendung, weil der Kellner und der Hausbursche zuverlässige Angestellte seien und der Entlastungsbeweis nach § 831 B. G. B. erbracht sei.

Das Oberlandesgericht Karlsruhe bejahte dagegen die vertragliche Haftung für den vorliegenden Fall und erkannte auf Verurteilung des Beklagten.

Verrichtung den Gästen gerade zuweise, sondern auch alle anderen Personen, die zu dem Dienste für den Gast da sind, ohne daß sie mit ihm in Berührung treten.

Gegen dieses Urteil hatte der Beklagte Revision beim Reichsgericht eingelegt. Der III. Zivilsenat erkannte auf Zurückweisung der Revision.

Verfammlungen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes hielt am Donnerstag im großen Saale des Gewerkschaftshauses ihre Generalversammlung ab, in der der Jahresbericht von 1909 zur Diskussion stand. Der Bericht liegt den Mitgliedern in einer 84 Seiten starken Broschüre gedruckt vor.

ordnungsnovelle führte besonders in der Buchbinder- und in der Kontobuchbranche zu Verhandlungen. Mit den Buchbinderbesitzern kam es leicht zu einer Einigung und zwar in der Weise, daß der Achtstundentag für die Arbeiterinnen einfach durchgeführt wurde unter der Bedingung, daß bei Tag- oder Wochenlöhnen kein Lohnabzug stattfindet.

Ueber die Tätigkeit der Vertrauenspersonen in den 7 Branchen gibt im übrigen auch eine Tabelle Auskunft und beweist, daß fleißig für die weitere Stärkung der Organisation wie für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gewirkt wurde.

Der Kassenbericht schließt für die Zahlstelle mit der Bilanzsumme von 147 426,45 M. ab, was gegenüber dem Jahre 1908 eine Steigerung um 9324,50 M. bedeutet.

Der Bericht vom Arbeitsnachweis beweist, daß die Krise im verfloßenen Jahre ungeschwächt fortbauerte. Als arbeitslos einschreiben ließen sich 2224 Arbeiter und 3056 Arbeiterinnen, gegenüber 2513 Arbeitern und 2875 Arbeiterinnen im Jahre 1908.

Aus dem Bibliotheksbericht ist hervorzuheben, daß der Bücherbestand von 1775 auf 1835 Bände gestiegen ist.

Zu dem gedruckten Bericht gaben der Vorsitzende Klar und der Kassierer Böttcher mündlich verschiedene Ergänzungen und Erläuterungen. Es folgte eine rege Debatte, die sich hauptsächlich auf innere Angelegenheiten der Organisation bezog.

Unser bekannter, alljährlich nur einmal stattfindender

Inventur-Verkauf

bietet diesmal eine ganz besonders Günstige Gelegenheit zu enorm billigen Einkäufen

Dieser Räumungsverkauf umfasst außer den bei der Inventur zum grossen Teil im Preise ganz bedeutend herabgesetzten Warenbeständen ausser noch weitere vorerhaltene Gelegenheitsposten.

Für Brautausstattungen!

- Hemden- u. Louisiana-Wäsche von 30 Meter . 5.90
Fertige Bettbezüge Deckbett und 3 Kopfklappen . 3.35
Weisse Bettlaken ohne Naht, fertig gestickt . 95 Pf.
Fertige Bettinletts rosarot gestickt . 2.95

Grosse Posten angestaubte Wäsche

und einzelne Exemplare Damen- und Herren-Hemden, Nachjacken, Beinkleider, Unterröcke, Kinderwäsche etc. etc. etc. bedeutend unter Preis!

Zum Selbstaussuchen!

- Oberhemd-Blusen aus halbweberem Tennisflanell in moderner Anordnung . 98 Pf.
Reinwollene Ballblusen hochmodern verarbeitet mit Tüllensatz, ganz auf Futter . 2.85
Tüll-Blusen in hocheleganter Ausführung, mit moderner Spachtelpasser, jetzt durchschnittlich . 2.95

Schwarze und farbige Seldenstoffe.

- Reinseid. Louisines, Merveilleux, Taffo . jetzt Mr. 85 Pf.
Reinseidene Damassés schwarz u. farbig . jetzt Mr. 1.20
Reinseid. gestreifte Taffo u. Louisines (hell u. dunkel-farbig) . 95 Pf.

Ball- und Gesellschaftsstoffe

- 1 Partie Ballstoffe, creme, rosa, halblila . . . . . jetzt Mr. 35 Pf.
Reinwollene Ball-Kaschmir, doppeltbreit . . . . . jetzt Mr. 85 Pf.
Seidenglanzende Jacquard-Stoffe, doppeltbreit, jetzt Mr. 50 Pf.

Grosse Posten Waschstoffe

- Wasch-Mousseline, Percales, Zephrs etc. . . . . jetzt Mr. 25 Pf.
Weiße Waschstoffe elegante Muster . . . . . jetzt Mr. 30 Pf.

Reinwollene Musseline

neueste Punkt- u. Fantasie-Muster auf hellem und dunklem Fond, früherer Preis bis 90 Pf. jetzt Mr. 45 Pf.

Kurzwaren

- NHemden, Brief & Stok. 1 Pf.
Fingerhüte, Aluminium, Stok. 1 Pf.
Stieleknöpfe . . . . . 3 Stok. 1 Pf.

Weinwaren

- Fasencornerie-Beutler Mr. 1 Pf.
Valencienner-Spitzen, 4-fach . 12 Pf.
Valencienner-Elmetts . Mr. 9 Pf.

Schwarze und farbige Kleiderstoffe.

- Reinwollene Cheviots schwarz, farb., doppeltbreit Mr. 60 Pf.
Reinwollene Satin-Tuche doppeltbreit . . . . . Mr. 85 Pf.
Reinwollene Batiste 110 cm breit . . . . . Mr. 65 Pf.
Einfarbige Stoffe, Restbestände, doppeltbreit Mr. 50 Pf.

Etamine u. Voile

110 cm breit zu Frühjahrskleidern, 58 Pf. Wert bis M. 2.00, jetzt durchschnittlich Meter

Zum Selbstaussuchen.

- Grosse Sortimente Alpaka-Roben und einfarbige Reinwollene Roben . . . . . jede 325 M.
Grosse Sortimente zurückges. Roben in hellen, Mittel- und dunklen Farben, elegante glanzreiche Qualitäten enthaltend 6 Mtr. doppeltbreiten Stoff . . . . . jede 225 M.
Keine Warpstoffe . . . . . jede 75 Pf.

Zur gefl. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Zur gefl. Orientierung sind fast alle hier angebotenen Waren in unseren Schaufenstern zur Ansicht ausgestellt.

Kaufhaus Singer & Co., Chausseest. 61-62.

# Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)  
**Sonntag, den 20. Februar,**  
 nachmittags 3 Uhr:  
**Freie Volkshäuser.** Neues Schauspielhaus. 8. Abteilung a, b, c, d, e: Trampusus.  
 Meißner-Theater. 4. Abteilung b, d und 5. Abt. a: Rufotte.  
 Apollo-Theater. 6. Abteilung a, d und 7. Abteilung a, b: Jugend.  
**Montag, den 21. Februar, 8 Uhr:**  
 17. (IV) Uebendabteilung im Neuen Schauspielhaus: Der große Totz.  
**Neue Freie Volkshäuser.** Nachmittags 3 1/2 Uhr, im Deutschen Theater: Kabale und Liebe.  
 Kammertheater: Major Barbara. Nachm. 3 Uhr.  
 Berliner Theater: Dr. Eisenhart.  
 Meißner-Theater: Renovationshochzeit.  
 Schiller-Theater O.: Der Herr Ministerialdirektor.  
 Schiller-Theater Charlottenburg: Der Heineckebauer.  
 Friedrich-Wilhelmstadt Schauspielhaus: Cidello.  
 Neues Theater: Räuber.  
 Neues Operetten-Theater: Der Zigeunerbaron.  
 Metropol-Theater: Die Kreuzelschreiber.  
 Kleines Theater: Moral. Abends 8 Uhr.  
 Hochschule für Kunst: Historischer Musikabend.  
**Lesing-Theater.**  
 Sonntag, 8 Uhr: Die Frau vom Meer. 8 Uhr: Das Konzert.  
 Montag, 8 Uhr: Das Konzert.  
 Dienstag, 8 Uhr: Das Konzert.  
**Berliner Theater.**  
 Heute abend 8 Uhr:  
**Taifun.**  
 Nachm. 3 Uhr: Doktor Eisenhart.  
**Neues Theater.**  
 Abends 8 Uhr: Zum 25. Male:  
**Der Philosoph von Sanssouci.**  
 Morgen und folgende Tage:  
 Der Philosoph von Sanssouci.  
**Volks-Oper.**  
 SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
 Nachmittags 3 1/2 Uhr bei bedeutend ermäßigten Preisen:  
**Der Tronbadour.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Mandana.**  
 Uebend: La Traviata.  
**Theater des Westens.**  
 Abends 8 Uhr:  
 Die geschiedene Frau.  
 Sonntag, 8 Uhr: Der Heide Bauer.  
**Residenz-Theater**  
 Direktion: Richard Wagner.  
 Abends 8 Uhr:  
**Im Taubenschlag.**  
 Schwan in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
 Morgen und folgende Tage:  
 Diefelbe Vorstellung.  
**Neues Operetten-Theater.**  
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
 Der Graf von Luxemburg.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigten Preisen: Der Zigeunerbaron.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
 Sonntag, 20. Februar, nachm. 3 Uhr:  
**Othello.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Hypochonder.**  
 Montag: Die Frau von Orleans.  
**Luisen-Theater.**  
 Nachmittags 3 Uhr zum letzten Male:  
**Gib mich frei.**  
 Schauspiel in 5 Akten v. G. Ritterfeldt.  
 Abends 8 Uhr:  
**Vater und Sohn.**  
 Lustspiel in 3 Akten von G. Schumann.  
 Montag: Der Hochzeitstag.  
 Dienstag: Vater und Sohn.  
 Mittwoch: Benefiz für den Kapellmeister G. Uhlig: Was Gott zusammenfügt.  
**Lustspielhaus.**  
 Nachm. 3 Uhr: Tod vom Manne.  
 Abends 8 Uhr:  
 Der dunkle Punkt.  
**Herrnfeld Theater**  
 Kommandantenstr. 57. T. u. G. 5053.  
 Zum 12. Male:  
**Eine Uebergangs-Ehe.**  
 Zum 111. Male:  
**So muß man's machen**  
 mit Anton und Dana Herrfeldt.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.  
 Heute nachm. 4 Uhr bei halben Preisen:  
**Meine-Deine Tochter.**

**Metropol-Theater**  
 Heute nachmittags 3 Uhr:  
**Die Kreuzelschreiber.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Hallo!!!**  
**Die große Revue!**  
**Rauchen überall gestattet.**

**Volks-Theater.**  
**Rixdorf, Hermannstraße 20.**  
 Sonntag, den 20. Februar, Anf. 7 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
 Tragödie in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
 Montag, den 21. Februar, Anf. 8 Uhr:  
**Im Zumpf der Großstadt.**  
 Volksstück in 5 Akten von G. Meißel.

**Apollo Theater**  
 2 große Vorstellungen 2.  
 Nachmittags 3 1/2 Uhr: Halbe Perle.  
 Operette u. die großen Spezialitäten.  
 Abends 8 Uhr: Die neuen Februar-Spezialitäten. 8 1/2 Uhr: Gastspiel  
**Konrad Dreher**  
 in der Operette  
**„Der Liebeswalzer“**  
 und die Originalbesetzung.

**WINTERGARTEN**  
 Heute:  
**2 Vorstellungen 2**  
 nachmittags 3 1/2 Uhr (kleine Preise)  
 und abends 8 Uhr,  
 mit  
**Robert Steidl!**  
**Vampir-Tanz!**  
**Marionetten-Theater!**  
 und den  
**Februar-Attraktionen!**

**DRPHEUM**  
 SO. BRÜCKENSTR. 2  
 an der Jannowitzbrücke.  
**Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne**  
 650 Sitzplätze  
 Festliche Ausstattung  
**Begleit:**  
**Wochentags 4 Uhr.**  
**Sonntags 2 "**

**Trianon-Theater.**  
 Heute und folgende Tage, 8 Uhr:  
**Theodore & Cie.**  
 Sonntag nachm.: Pariser Witwen.  
**Casino-Theater**  
 Lothringers Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
**Nur noch bis 25. Februar:**  
**Der Obergauener.**  
 Sonnabend, den 20. Februar:  
 Zum 1. Male: Berlin bei Nacht.  
 Sonntag, 4 Uhr: Mutter Gräber.

**ROSE=THEATER**  
 Große Frankfurter Str. 189.  
 Nachm. 3 Uhr halbe Preise:  
**Deborah.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Eisenbahnräuber.**  
 Schwan in 3 Akten von F. Städtel.  
 Montag: Der Eisenbahnräuber.  
**W. Noacks Theater**  
 Saumenstr. 16, am Rosenthaler Tor.  
 Nachmittags 3 Uhr: Die Hans-Effe.  
 Abends 8 1/2 Uhr:  
**Dorf und Stadt**  
 oder: Das Porze.  
 Volksstückspiel in 5 Akten.  
 Nach der Vorstellung: Langenschen.  
 Montag: Dorf und Stadt.

**Zirkus Schumann**  
 Sonntag, den 20. Februar,  
 3 1/2 und 7 1/2 Uhr:  
**2 brillante Vorstellungen 2**  
 nachmittags 3 1/2 Uhr hat jeder  
 Erwachsene 1 Kind frei, weitere  
 Kinder unter 10 Jahren zahlen  
 halbe Preise außer Galerie.  
 In beiden Vorstellungen  
 umgekehrt:  
**Die drei Rivalen.**  
 Große Ferie a. d. Hugenottenzeit  
 Außerdem:  
**Bagonhi,**  
 der keine tonische Weltkünstler.  
**Mons. Romanoff**  
 der phänomenale Kopf.  
 The Franklins  
**liegende Akrobatin.**  
 sowie Herr  
**Gustav Stensbeck** als Gast  
 mit seinen Schülern.

**Schiller-Theater.**  
 Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Herr Ministerialdirektor.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.** (John Ulfstjerna.)  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Viel Lärmen um nichts.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Neue Jugend.** (John Ulfstjerna.)  
 Schiller-Theater (Charlottenburg).  
 Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Der Heineckebauer.**  
 Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer v. St. Georgen.**  
 Montag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer v. St. Georgen.**  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Der Pfarrer v. St. Georgen.**

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
 Mitglied des Arbeiter-Radf.-Bund. „Solidarität“  
 Sonnabend, den 26. Februar 1910,  
 in der „Neuen Welt“, Hasenheide No. 108-114:  
**Großes Karnevalsfest**  
 auf dem Watzmann.  
 Eröffnung 8 Uhr. Mitwirkende: Eröffnung 8 Uhr.  
**Andreas Hofer-Truppe** (Schuhplattler und Sänger),  
**Gebrüder Knopfnatol** (Rundtrabfahrer),  
**Vereinsriege** (Rundtrabfahrer),  
**Frans Sobanski, Pierre Hervé** (Humoristen),  
 sowie verschiedene humoristische Gruppen.  
 Um 12 Uhr: **Origineller Karnevalsfestung** mit  
 den beiden Humoristen in den Hauptrollen; anschließend  
**Prämierung** der drei originellsten Kostüme (auch Gruppen)  
 mit 15, 9 und 6 M.  
 Um 3 Uhr: **Gratisverlosung eines Fahrrades**  
 (Wert 160 M.). Dasselbe ist zurzeit im Fahrradhaus „Fisch auf“,  
 Rottbuler Str. 9, ausgestellt, sowie ein gleiches Modell bei der-  
 selben Firma, Brunnenstr. 35.  
 In beiden Geschäften sind auch Billets a 60 Pf. für Mit-  
 glieder und deren Angehörige zu haben. 10/2

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 165, Pachorrpal.  
 Heute **Großes Matinee-Konzert** der Original-  
 Sonntag: **Großes Matinee-Konzert** der Original-  
 Narrenkapelle „Stümper“.  
 Neu! **Ali Ben Mohamed**, orientalischer Gaukler.  
**Mr. Widowski**, Schwerk- und Bajonett-Künstler.  
**Heitere Vorträge.** Vollständig neues Programm.

**Stadt-Theater Moabit**  
 Alt-Moabit 47/48.  
 Sonntag, den 20. Februar 1910:  
 Zum erstenmal wiederholt:  
**Größter Schläger!**  
**Charleys Tante.**

**Reichshallen-Theater.**  
**StettinerSänger**  
 Der Nachtwächter  
 von Serpenschwärze.  
 v. F. Moysal  
 Anfang:  
 Sonntag:  
 8 Uhr.  
 Sonntag:  
 7 Uhr.  
 Billets 8 bis 8 Tage vorher.

**XIV Deutsche Nationale**  
**Geflügel-Ausstellung**  
 verbunden mit einer allg. Vogel- u. Kanarienvogel-Ausstellung  
 Ausstellungs-  
 hallen am Zoo  
 18. 21. Februar  
 Berlin 1910  
 Eintritt 1 M. Geöffnet 8-8 Uhr.  
 Morgen Schluß.

**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
 Größte Schenkwürdigkeit Berlins.  
 Heute  
 Sonntag: **„Auf der Alm.“**  
 Größter Bock-Jubel und Trabel.  
 Der berühmte  
**Schorsch Ehrgruber**  
 mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.  
 Aufführ. des lehrbaren Luststückes „Juppeln IV.“ -  
 Schönste Original-Decorations. Ueberwunderungen uhm.  
 Gewitter in den Alpen. Die Kieken-Kanne (6 Reize  
 groß). Drei Kapellen.  
 Gratverlosung von 200 Vergegenständeln.  
 Jeder Besucher erhält ein Los gratis.  
 Anfang 4 Uhr. Entrée 50 Pf.

**Arnold Scholz**  
**Neue Welt** Hasenheide 108/114  
 Täglich im großen Saale:  
**Bockbierfest in den bayerischen Alpen.**  
 Anfang: Sonntags 4 Uhr. Entrée: Sonntags 50 Pf.  
 Wochentags 7 " " Wochentags 30 Pf.  
 Vom Montag, den 21. Februar, bis Donnerstag, 24. Februar:  
**Schönheits-Konkurrenz-Woche.**  
 8 Geldpreise - 10 Trostpreise.

**Urania.**  
 Wissenschaftliches Theater.  
 Sonntag und Montag 8 Uhr:  
**Im Firnglanz des Ober-Engadin.**

**Berliner Aquarium**  
 Unter den Linden 68a  
 Eingang Schadow-Straße No. 14  
 Heute Sonntag Eintrittspreis  
**50 Pf.**  
 Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 32/2

**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
 Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
 Ohne Extra-Entrée!

**Passage-Theater.**  
 Heute Sonntag zwei Vorstellungen.  
 Nachm. 3-7 Uhr kleine Preise.  
 Abends 8 Uhr.  
**Gussy Holl**  
**Lamborg**  
**Schneider Duncker**  
 (prolongiert)  
 und das neue  
**Februar-Programm.**  
 14 Variété-Attraktionen.

**Büppenhagen**  
 am Moritzplatz  
 3/4 8 Uhr.  
 Heute 9 1/2 Uhr vingen:  
**Gambier-Franzreich gegen Sturm-Charlottenburg.**  
**Cesar Schneider, Weltmeister von Sachfen, gegen Alb. Hein-Gerlin.**  
**Leon de Wolf-Beigien gegen Ma-Ruba.**  
 Im unteren Saale: **Großes Bockbier-Kellerfest**  
 mit **Doppel-Konzert.**

**Palast-Theater.**  
 Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
 Burgstraße 24, am Bahnhof Börje.  
**Das brillante Februar-Programm!**  
**14 Attraktionen ersten Ranges.**  
**Der Ehemann vor der Tür,**  
 oder:  
**Die überlistete Kantippe.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Entrée: 50 Pf. bis 2 Wart.  
 Vorzugskarten überall zu haben.

**Folies Caprice**  
**Der Luftturner.**  
 Neuer hunder Teil.  
**Herr Wasserkropf.**  
 Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnt. 11-2 Uhr.

**Tonbild-Theater**  
 Reimickerdorfer Str. 26-27.  
**Reform-Kino**  
 Heute neues  
**Programm.**  
 Hervorragende Darbietungen.  
 3. Platz 30 Pf.  
 Kind. 10 Pf. ohne Nachzahlung.  
 Dauernortel. v. 4-11 Uhr.

**Sanssouci, Kottbuser Straße 8.**  
 Direktion Wilhelm Keimer.  
 Heute, Sonntag:  
 Neues Programm.  
**Elite-Soiree** Franzosen  
 v. Hoffmanns Nordt. Säng.  
 Zum erstenmal:  
**Die Liebe im Wirtshaus.**  
 Burleske in 1 Akt.  
**Die feige Wäscherin.**  
 Lustspiel in 1 Akt.  
 Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.  
 Morgen Montag:  
 Hoffm. Nordt. Sängertanz.

**Burgtheater-Kinematograph**  
 vorm. Gräterjan, Inhab.: Rud. Herz,  
 Schadowstr. 11/12, Tel. 3, 3053.  
**Die lebende Photographie.** Billige Preise.  
 Sonntags neue Programme  
 für Hochzeiten und andere Festlichkeiten mit Empfangszimmer. - Bitte meine Räume zu befragen. Fern-  
 vorschläge in jeder Preislage z. Verfügung.  
**Fest-Säle**  
**Volgt-Theater**  
 Gesundbrunnen Badstraße 58.  
 Sonntag, den 20. Februar, 8 Uhr:  
**Die Regimentstochter.**  
 Abends 7 Uhr:  
**Oberst Holmes.**  
 Montag, den 21. Februar 1910:  
 Verwail.  
 Koffeneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.  
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Zirkus Busch**

Heute Sonntag, den 20. Februar 1910  
 2 Große Gala-Vorstellungen 2  
 nachm. 3 1/2 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr.  
 Um 3 1/2 Uhr zahlen Kinder unter  
 zehn Jahren auf allen Sitz-  
 plätzen halbe Preise. (Galerie  
 volle Preise.)  
 Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Farmerleben**  
 in beiden Vorstellungen:  
**Mc. Danell Co.,**  
 Ski, Rodol und Rollschuhe.  
 Skandinavischer Sport-Akt.  
 in beiden Vorstellungen:  
**Mr. Jacob, Foxterrier-  
 Dressur.**  
 in beiden Vorstellungen:  
 Vorführer und Reiten der  
 best dressierten Schul-, Frei-  
 heits- und Springpferde.  
 Sämtliche Clowns mit den  
 neuesten Witzen und Späßen.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**„Marja“**  
 die russische Sensations-Pantom.  
 Außerdem:  
 Herr **James Leon Falls,**  
 Schulleiter.

**Walhalla-  
 Variete-Theater**  
 Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
 Heute Sonntag:  
**2 Vorstellungen 2**  
 nachm. 3 1/2 Uhr (jeder  
 Besucher ein Kind frei) und  
 abends 8 Uhr.  
 In 5 eiden Vorstellungen sämt-  
 liche Spezialitäten.  
 Theater, ununterbrochen geöffnet.  
 Tunnel: Bockbierfest.  
 Regimentskapelle. Schießerei.  
 Theaterbesuchern freier Eintritt!

**CIRCUS SARRASANI**  
 Alter Botan. Garten  
 Eingang Grunewaldstr.  
 Sonntag, den 20. Februar:  
**2 sensationelle Vorstellungen 2**  
 nachm. 4 u. abends 8 Uhr.  
 In der Nachm.-Vorst. Kind. u.  
 14 J. u. Mil. b. s. Fldw. 1/2, Pr. 200.  
 In beiden Vorstellungen:  
 Wieder-Auftritte des  
 Löwen-Compteurs Herm. Haupt.

**Süßmilch**  
**Konzert-Hallen,**  
 Borussischer Str. 7.  
 Humoristische Gesangs-Konzerte.  
 Anfang 5 Uhr. Entrée frei.  
**Karl Haverland**  
 Anfang Theater. präz. 8 U.  
 77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
**Ab 16. dieses Monats**  
**ein sensationelles Programm.**

**Berliner Prater-Theater**  
 Kottbuserstr. 7-9.  
 Jed. Sonntag u. Mittwoch  
**Große Soiree der**  
**Apollo-Sänger.**  
 Sonntag: Anf. 7 Uhr.  
 Mittwoch: 8 1/2 Uhr.  
 Nach der Vorstellung:  
 Tanzkränzen.  
 Jeden Donnerstag: **Glitz-Ball.**

**Königstadt-Kasino.**  
 Potsdamerstraße 72.  
 Täglich: **Frans Sobanski.**  
 Neu: **Geschn. Trossell, Handland-  
 off. The Frankoni, Centrif-Duo.**  
**Little Julius, Kunstbühnen-Spieler.**  
 Prolongiert: **Edgar Ritter, William**  
**Waffen und Son. Kitty Schell usw.**  
**Kamerad Schruppe.**  
 3-5te in einem Akt v. F. Reichardt.

**Burgtheater-Kinematograph**  
 vorm. Gräterjan, Inhab.: Rud. Herz,  
 Schadowstr. 11/12, Tel. 3, 3053.  
**Die lebende Photographie.** Billige Preise.  
 Sonntags neue Programme  
 für Hochzeiten und andere Festlichkeiten mit Empfangszimmer. - Bitte  
 meine Räume zu befragen. Fern-  
 vorschläge in jeder Preislage z. Verfügung.  
**Fest-Säle**  
**Volgt-Theater**  
 Gesundbrunnen Badstraße 58.  
 Sonntag, den 20. Februar, 8 Uhr:  
**Die Regimentstochter.**  
 Abends 7 Uhr:  
**Oberst Holmes.**  
 Montag, den 21. Februar 1910:  
 Verwail.  
 Koffeneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.  
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Blüthner - B. O. Saal**  
 Sonntag, den 20. Februar, 7 1/2 Uhr:  
**Konzert des Blüthner-Orchesters.**  
 Dir.: F. Neisser. Sol.: Diederich-Laas.  
 Karten bei Bots & Bock, Wort-  
 heim etc. Orchester-Büro Lützow-  
 straße 76, Tages- und Abendkasse.

**Germania-Prachtsäle**  
 N., Chausseestr. 110. Karl Richter.  
**Heute Sonntag:**  
**Paul Mantheys**  
**lustige Sänger.**  
 Anfang 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf.  
 Nachdem: Familien-Kränzchen.  
 Am weichen Saale von 5 Uhr ab:  
**Großer Ball.**

**Alhambra**  
 Theater-Theaterstraße 15.  
**Jeden Sonntag: Großer Ball**  
 Sonntag: **Großer Ball**  
 Großes Orchester. Anfang Sonntag  
 5 Uhr. A. Zambiat.

**Markgrafen-Säle**  
 34. Markgrafen-Damm 34.  
 An der Stralauer Allee.  
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**  
 Im Restaurant täglich musikalische  
 Unterhaltung. Vergünstigte Küche,  
 ff. Bier u. Weine, Billard u. Regeltbahn.

**Arbeiter-Wanderbund**  
 „Die Naturfreunde“.  
 Heute Sonntag, 20. Februar cr.,  
 abends 6 Uhr,  
 in Dräsel's Festsälen,  
 Neue Friedrichstr. 35:

**Bildbilder-Vortrag**  
 (Märkische Wanderungen).  
 120 farbenprächtige Kunst-Bildbilder  
 aus allen Teilen der Mark.  
 — Programm 20 Pf. —  
 1/2 Der Vorstand.  
 Tourenprogramme können durch die  
 Geschäftsstelle: Soyenstr. 19 bezogen  
 werden.

**Möbelfabrik „Phönix“**  
 Sonntag, den 6. März, vorm. 1/2 Uhr,  
 im Geschäftsbüro:  
**Generalversammlung.**  
 100/16 Der Vorstand.

**Bekanntmachung**  
 zum Statut der  
**Orts-Krankenkasse**  
 des Gewerbes der  
**Lackierer**  
 zu Berlin.

**Anton Bookers Festsäle**  
 Wederstr. 17. (Tel. Amt 7 13414.)  
 Mein kleiner Saal mit Neben-  
 räumen, 150 Personen fassend, ist  
 Samstags und Montags noch zu  
 vergeben. 87872\*

**Masken-Garderobe**  
**Carl Ernst**  
 (Inhaber Will Ernst)  
 jetzt Köpenicker Str. 95b, I.  
 (am IV. 14089).  
 Gr. Auswahl! Bill. Preise!  
 Vergleichen dieser Annonce er-  
 hält 10 Proz. Preisermäßigung.

**Billige böhmische Bettfedern!**  
 10 Pfund: neue geschlossene  
 M. 8.—, bessere  
 M. 10.—, weiße, daunen-  
 weiche geschlossene M. 15.—,  
 M. 20.—, schneeweiße daunen-  
 weiche geschlossene M. 25.—,  
 M. 30.—.  
**Fertige gefüllte Betten**  
 aus rotem Bettkoper, gut  
 gefüllt, 1 Oberbett oder  
 Unterbett, 180 cm lang, 120  
 cm breit, M. 10.—, M. 12.—,  
 M. 14.—, M. 18.— u. M. 21.—,  
 2 Meter lang, 150 cm breit,  
 M. 12.—, M. 15.—, M. 18.— und  
 M. 21.—, 1 Kopfkissen, 80 cm  
 lang, 75 cm breit, M. 3.50,  
 M. 4.—, M. 4.50 und M. 5.—.  
 Versand tollfrei per Nach-  
 nahme, von M. 8.— aufwärts  
 franko, Umtausch u. Rück-  
 nahme nur gegen Porto-  
 vergütung gestattet.  
**Arthur Wolfner, Lobes Nr. 106**  
 bei Pilsen, Böhmen.

**Verband der Schneider und Wäsche-Arbeiter Deutschlands**  
 Filiale Berlin III  
 für alle in der Wäsche-, Negligé-, Blusen-, Schürzen-, Krawatten-,  
 Korsettbranche, in Plättereien und Dampfwaschanstalten beschäft.  
 Zuschneider, Zuschneiderinnen, Näherinnen, Plättlerinnen u. Wäsche-  
 Arbeiterinnen. 202/2

**Sonnabend, den 20. Februar 1910:**  
**Bayerisches Bauernfest**  
 in der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 22-23.  
**Musik**, ausgeführt von Schorsch Ehrengruber aus  
 München mit seiner bayerischen Original-Oberländer-Truppe.  
**! Turnerische Aufführungen**, ausgeführt  
 von Mitgliedern des Turnvereins „Fichte“!  
**Steierische Original-Bauerntänze** ausgef. v. Mitgliedern d. Ver-  
 bandes, 6 Damen u. 8 Herren.  
 Auf dem geschmückten Festplatze Volksbelustigungen aller Art.  
**Im Tunnel großer Jubel und Trubel.**  
 Einladkartl kost' 50 Pf. Saaleröffnung ist um 8 Uhr.  
**Um 9 Uhr fangt's an.**  
 Einladkartl'n sind bei allen Vertrauenspersonen und  
 Zahlstellen zu haben. Die Ortsverwaltung, Neue Königstr. 6.

**Öffentliche politische Versammlungen.**  
**Achtung!** Montag, d. 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, **Achtung!**  
 bei Becker, Webstr. 17:  
**Öffentliche Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Militarismus und Antimilitarismus.  
 Referent: Genosse B. Cahn. 2. Freie Aussprache.  
 7455 Der Einberufer:  
 Ernst Becker, Burgstr. 13.

**Schöneberg.**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein.**  
 Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
 in den Neuen Rathaus-Sälen, Weininger Str. 8.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über: „Preußenzeit in der Gesetzgebung“. Referent  
 Genosse Schumann. 2. Diskussion. 3. Regelung der Begrüßungs-  
 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises und Groß-  
 Berlin. 5. Verschiedenes. 15/8  
 Der Vorstand.

**Jugendausschuß für Groß-Berlin.**  
 Sonntag, den 20. Februar, abends 6 Uhr, bei Raabe,  
 Fichtestraße 29:  
**Jugend-Versammlung.**  
 Vortrag des Herrn Professor Dr. A. Blaschko über:  
**Jugend und Gesundheit.**  
 Nach dem Vortrag: **Geselliges Beisammensein.**  
 Wie Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind zu dieser  
 Versammlung freundlich eingeladen. 289/11\*

**Achtung! Herren-Konfektion! Achtung!**  
 Montag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Öffentl. Konfektions-Schneider-Versammlung**  
 in den „Königs-Sälen“, Neue Königstraße 26.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der gegenwärtige Stand unserer Bewegung und unsere  
 weitere Stellungnahme. Referent: Kollege Kanne. — 2. Diskussion.  
 In dieser Versammlung darf kein kein Konfektions-Schneider fehlen.  
 103/5 Die Kommission.

**Konsumgenossenschaft von Adlershof u. Umg.**  
 Eingetr. Genossenschaft mit beschränk. Haftpflicht.  
 Sonntag, den 6. März 1910, nachm. 2 1/2 Uhr:  
**Außerordentliche General-Versammlung**  
 in Schnerd's Sperr-Restaurant, Adlershof, am Bahnhof.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Beratung des Statutenentwurfs betr. Errichtung des Genossenschafts-  
 rates. 103/17\*  
 2. Antrag der Genossen in Ober-Schönweide auf Einführung der  
 Sonntagsschließung in den Verkaufsstellen.  
 3. Wahl des 8. Vorstandsmitgliedes und eines Kassierersmitgliedes.  
 4. Anträge der Mitglieder.  
 Vorträge zur Generalversammlung müssen bis zum 24. Februar 1910  
 beim Vorstände schriftlich eingereicht sein.  
 Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch legitimiert.  
**Der Vorstand.**  
 Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl.

**Bekanntmachung.**  
**Bauhandwerker-Kranken-Kasse** für Berlin und  
 Umgegend.  
 (G. D. Nr. 113.)  
 Der Ausschuß hat sich gebildet und zu seinem Vornamen Herrn **Gustav**  
**Herforth**, N. 20, Baumstr. 18, Luersgebäude II, ernannt.  
 Alle Beschwerden gegen den Vorstand sind an den Obmann zu  
 richten. 28/2  
**Der Vorstand. J. H.: Schirich** Meise, 1. Vorsitzender.

**Vierter Wahlkreis. Stralauer Viertel.**  
 Sonntag, den 20. Februar, mittags 12 Uhr, im Saale des Ostbahnhofes, Inhaber  
 J. Doppermann u. Söhne, Rüstener Platz:  
**Große Volks-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Was bietet das Christentum der heutigen Menschheit? Referent: Stadtd. A. Hoffmann.  
 2. Diskussion.  
 Zu dieser Versammlung sind die Herren Pastoren Dr. Witthorn von der Andreas- und Köster  
 von der Lazaruskirche sowie der Herr Kaplan vom Leo-Hospiz eingeladen. 215/20\*  
 Die Einberufer: G. Gries, Lorenzstr. 2.

**Sechster Wahlkreis**  
 Sonntag, den 20. Februar 1910, abends 6 1/2 Uhr:  
**Öffentliche politische Versammlung**  
 für Männer und Frauen  
 in den Prachtsälen Nordwest, Wicelstraße 24 (großer Saal).  
 Tages-Ordnung:  
**Unsere Aufgaben im preussischen Wahlrechtskampfe.**  
 Referentin: Genossin **Klara Zetkin** (Stuttgart).  
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein **Der Einberufer: Alfred Paersch**, W.-Roßb. 43.  
 Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein mit Tanz.** 225/6\*

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.  
 Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr:  
**12 Mitglieder-Versammlungen.**  
 Tages-Ordnung in allen Versammlungen: 225/9\*

**Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.**  
 Vortrag. Diskussion.  
 1. Abteilung: Obiglos Festsäle, Schwedter Straße 23/24.  
 2. Abteilung: Verolina-Festsäle, Schönhauser Allee 28.  
 3. Abteilung: Armin-Festsäle, Schönsteiner Straße 22.  
 4. Abteilung: „Zum Volkshaus“, Aderstraße 123.  
 5. Abteilung: Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Straße 42.  
 6. Abteilung: Oranienburger Festsäle, Chausseestraße 16.  
 7. Abteilung: Prachtsäle Nordwest, Wicelstraße 24.  
 8. Abteilung: Roabiter Bürgerfeste, Weußelstraße 9.  
 9. Abteilung: Gebr. Cranz Festsäle, Köstner Straße 8.  
 10. Abteilung: Pharus-Säle, Müllerstraße 142.  
 11. Abteilung: Neues Klubhaus, Schulstraße 29.  
 12. Abteilung: Frankes Festsäle, Badstraße 19.  
 13. Abteilung: Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünder Straße 42.  
 Referenten sind die Stadtverordneten Dr. Alfred Bernstein, Brühl-Sichtenberg, Dr. Oskar  
 Cohn, Th. Fischer, Th. Glocke, Koblenzer, Kubig-Pantow, Metzke, Dr. Rosenfeld,  
 Dr. Weyl, Fritz Wilke, Dr. Zadek. Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Montag, 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenstr. 29:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
 für sämtliche Bezirke und Branchen.  
 Tagesordnung: Bericht über Vertragsverhandlungen.  
 Jede Werkstatt muß vertreten sein! Vertrauensmännerkarte nebst Mitgliedsbuch legitimiert.  
 Die Ortsverwaltung.  
**Achtung! Maschinenarbeiter!**  
 Wegen der Vertrauensmänner-Versammlung fällt die Branchen-Versammlung aus.  
 Die Branchenkommission.

**Modell- und Fabriktschler und Modelldrechsler.**  
 Donnerstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr, bei Wille, Brunnenstraße 188:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Vortrag des Genossen M. Schütte: „Das Klosterleben des Mittelalters.“  
 Die Kommission.

**Kammacher.**  
 Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (Arbeitslokal 4), Engelauer 14:  
**Branchen-Versammlung**  
 der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche  
 beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
 Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Kollegen Langhammer über: „Moderne Arbeitgeber-Verbände“.  
 Diskussion. Branchenangelegenheiten.  
 Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Perlmutter- und Hornarbeiter.**  
 Mittwoch, den 23. Februar, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 6), Engelauer 15:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Wahl der Kontrollkommission. 3. Ver-  
 schiedenes. Die Branchenleitung.

**Bürstenmacher.**  
 Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 Uhr, bei Preuß, Holzmarktstraße 65:  
**Branchen-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen Schlemminger. 2. Stellung der Unternehmer zu dem von  
 uns überreichten Tarif. 3. Branchenangelegenheiten. Die Branchenkommission.

**Strammes Mädel**  
geboren 7736  
**E. Danert-Wolter und Frau.**

**Zum Küssen schön**  
ist ein Mund mit



den besterzielbarsten

**130**

mit echten Platinstiften.  
Unter Garantie für absoluten  
Sitz und Brauchbarkeit selbst  
in den schwierigsten Fällen.

**300**  
Beobachtung

demjenigen, der uns nachweist,  
daß unsere Zähne nicht mit echten  
Platinstiften versehen sind. —



von uns endlich erreicht und zur  
größten Berühmtheit der  
Reform-Zahnpraxis geworden.  
Beweis: Freispruch derselben,  
während über 300 Zahnkünstler  
wegen Anknüpfung von  
schmerzlosem Zahnziehen  
verurteilt wurden.  
Reparaturen von 1 M. an.

**Reform**

**Zahn-Praxis**  
**Carl Rudolph**

1. Praxis: Elsasser Str. 14.
  2. " Friedrichstr. 35.
  3. " Oranienstr. 61.
  4. " Palisadenstr. 106.
  5. " Moabit, Hüttenstr. 65.
  6. " Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 117.
  7. " Lichtenberg, Frankfurter Allee 169.
  8. " Spandau, Neuenfelder Str. 106.
- Bequeme Zahlungsweise

**Syphilis - Nachweis**

in allen frischen u. veralteten zweifelhaft.  
Fall durch wissenschaftl. Untersuchung.  
Seriös: bestgl. Darm- (spez. auf Gonorrhoe-Erreger) u. Spermium-Analysen.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,  
Wiedenhofstr. 189, am Kronen- und  
Hohenzollernstr. 1, 8724 Berl. Südstr.  
189, u. telefon. geöffnet von 8-8  
Sonntags von 12-1.

**Magerkeit**

schwindet durch Hautes Nährpulver  
„Thalassia“. Preisgekrönt  
Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund  
Kraft kontrollierte Zunahme. Gar  
unschädlich. Viele Anerk. Karton  
2 M., bei Postversand Porto und  
Nachnahmegebühren extra. H. Haufe,  
Berlin N., Großenhagenerstr. 70.  
Depots in folgenden Apotheken:  
Leipzigerstr. 74 (Dönhofsplatz),  
Potsdamerstr. 29, Köpenicker-  
straße 119, Bernburgerstr. 3, Frank-  
furter Allee 74, Resenthalerstr. 61,  
Reinickendorferstr. 1. Spandau:  
Adler-Apothek, Potsdamerstr. 40.  
Best: Pflanz. Eiw. Haemogl. Lecith.  
Baum. Natronchl. Cac. Zucker.

**Brauerei Karl Gregory**  
Aktiengesellschaft  
Berlin N., Hochstraße 21/24 Amt III  
1608 und 3183.  
**Lager-Pilsener-Münchener-Biere**  
Ringfrei!

Zu Anfang d. Saison **50% unt. Originalpreis**  
teilweise  
**Westmann**  
I. Geschäft: Berlin W. Mohrenstr. 34a  
(nahe Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: Berlin N.O. Gr. Frankfurterstr. 118  
(nahe Andreasstr.)  
Original-Modelle, Reismuster, Kopien  
besonders auch für starke Figuren.  
**Entzückend. Frühjahrsneuheiten**  
vor allem in allen neuesten  
französ. garnierte Kleider, Röcke, Blusen  
**Frühjahrmäntel, Regenmäntel**  
Originalpr. teilweise b. M. 10.— M. 25.— usw. b. M. 500.—  
jetzt teilweise nur M. 9.— M. 14.— M. 21.— usw. b. M. 50.—  
Originalpr. teilweise bis M. 35.— M. 54.— usw. bis M. 600.—  
jetzt teilweise nur M. 12.— M. 44.— usw. bis M. 340.—  
Sonntag geöffnet 8-10, 12-3 Uhr!  
**Gratis** auf Wunsch 2 1/2 m Stoff zu einem Rock  
bei Einkauf schon von Mark 12.— an!  
**Die Bestände d. letzten Herbst- u. Winter-Saison**  
Pelz - Konfektion, Plüsch - Konfektion, Winter - Kostüme,  
Winter - Mäntel zu jedem nur annehmbaren Preise!  
**Einsegnungs - Konfektion.**

**Persil**  
gibt blendend weiße Wäsche, ersetzt  
die Rasenbleiche und spart Zeit,  
Arbeit und Geld! Alleinige Fabrikanten:  
**Henkel & Co., Düsseldorf,**  
auch der seit 34 Jahren weltbekanntesten  
**Henkel's Bleich-Soda**  
Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

**Oskar Wollburg,**  
**Trauer-Magazin,**  
Berlin N., Brunnenstr. 56.  
Gr. Auswahl in schwarzer  
Konfektion; auch einz. Röcke,  
Blusen, Hüte etc. Anfertigung  
nach Maß in 12 Stunden.  
Änderungen sofort.

Statt Vermertung von Ideen, Grün-  
dungen. Kaiser, Wilhelmstraße 109.

**13** **13**  
Wollstraße  
Garbinhaus Bernhard Schwarz  
Eigene Fabrik -  
erste Bezugsquelle!  
Reisbetten  
in allen  
Abteilungen.  
Verrichtungen  
für  
Selbstbedienung.  
Wollstraße 13 - keine Filialen!

**Westmanns Trauermagazin**  
Extra-Abteilung  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstr.)  
II. Gesch.: Berlin N.O., Große  
Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstr.)  
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schiele  
etc. v. einfachsten bis zum  
hochelegant. Genre z. äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Maßanfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**ALLE TAGE ANDERS**  
Auf  
**Teilzahlung**  
zur  
**Konfirmation**  
Einsegnungs-Anzüge, Einsegnungs-  
u. Prüfung-Kleider, Fertige Wäsche,  
Kleiderstoffe, Unterröcke u. s. w.  
**Gratis**  
erhält jeder Knabe eleganten Hut,  
eines Mädchen ff. ledere. Täschchen.  
**Auf Kredit**  
Herren- u. Damen-Garderoben  
mit **Gratis-Zugaben**  
Herren eleganten Hut oder Stock,  
Damen ff. Lederwaren.  
Auswahl kolossal! Billigste Preise!  
Niedrigste Anzahlung **1 M.**  
weshalb nur **1 M.**  
**ALLE TAGE ANDERS**  
größtes Haus, direkt  
am Nettelbeckplatz  
Pank-, Gericht- und Reincken-  
dorfer-Strassen-Ecke.  
Parterre, I., II., III., IV. Etage  
Einziges Abzahlungs-Geschäft  
welches Mitglied des  
"abat. arvereins "Norden"  
ist.

**Möbel-Magazin**  
Werkstatt für Polsterwaren  
**Otto Schmidt**  
Tapezierer und Dekorateur  
gegr. 1871 **Berlin N. 31** Tel.-Amt 3  
Gartenstraße 52, am Gartenplatz 9341  
Haltestelle der Berliner Straßenbahn Pankow-Schönhausen.  
**Ausstellung kompletter Zimmereinrichtungen**  
in allen Holz- und Stilarten  
**Lager von Teppichen und Portieren**  
Besichtigung meiner zehn Etagen umfassenden  
Ausstellungsräume ohne Kaufzwang erbeten.

Am 18. Februar starb sanft  
nach längerem Leiden meine innigst-  
geliebte gute Frau, Schwester,  
Schwägerin und Kante  
**Marie Krause**  
geb. Wondt  
im 44. Lebensjahre. Mit der Bitte  
um stille Teilnahme im Namen  
der Hinterbliebenen: Der tief-  
betrübte Gatte Adolf Krause.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. d. M., nach-  
mittags 4 1/2 Uhr, von der  
Kapelle des Philippus-Kloster-  
Kirchhofes aus, nach dem Städti-  
schen Kirchhof statt. 7306

Allen Verwandten, Freunden  
und Parteigenossen die traurige  
Nachricht, daß meine innig ge-  
liebte Frau, gute Mutter und  
Tochter  
**Ida Wolff** geb. Deskau  
am Freitag, nachmittags 11 1/2 Uhr,  
im Alter von 34 Jahren sanft  
entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Julius Wolff und Sohn.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-  
Kirchhofes in Mariendorf aus  
statt. 785b

Allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nach-  
richt, daß meine liebe Frau  
**Helene Maiwald**  
geb. Sönide  
am 18. Februar im 24. Lebens-  
jahre verstorben ist. 780b  
Um stille Teilnahme bittet  
**Richard Maiwald.**  
Die Beerdigung findet am  
Dienstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,  
auf dem neuen Schöneberger  
Friedhofe (Weiße Hölle) statt.

Allen Verwandten, Freunden  
und Parteigenossen die traurige  
Nachricht, daß meine liebe Frau  
**Luise Gehrke**  
am Donnerstag nach langem,  
schwerem Leiden entschlafen ist.  
Dies geht mit der Bitte um  
stille Teilnahme an.  
Der trauernde Gatte  
**L. Gehrke, Putzer,**  
Straußberger Str. 42.  
Die Beerdigung findet Montag-  
nachmittag 4 1/2 Uhr, von der Halle  
des städtischen Friedhofes, Räder-  
straße 42/43, aus statt.

**Verband der Maler,**  
**lackierer, Anstreicher usw.**  
**Stille Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Max Nowaczyk**  
am 16. Februar verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 20. d. M., nach-  
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Jakobskirchhofes  
in der Hermannstraße in Rigdorf  
aus statt.  
128/16 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Steinsetzer,**  
**Pflasterer und Berufsg. Deutschl.**  
**Stille Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Emil Bergemann**  
am 17. d. Mts. im Alter von  
55 Jahren an Herzschlag ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. d. Mts., nach-  
mittags 2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Friedrichsfelder Fried-  
hofes aus statt.  
175/2 Der Vorstand.

**Deutscher**  
**Transportarbeiter - Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Trauereinführer  
**Gustav Franke**  
am 14. d. M. durch Ueberfahren  
getötet worden ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute,  
Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Simeon-  
Kirchhofes, Mariendorfer Weg,  
aus statt. 66/7  
Um rege Beteiligung bittet  
Die Bezirksverwaltung.

**Dankfagung.**  
Es ist uns unmöglich, all denen,  
die uns anlässlich des Ablebens  
meines lieben Gatten, meines Vaters,  
Schwätzer und Großvaters herzlichste  
Teilnahme gezeigt haben, persönlich  
zu danken und deshalb gestalte ich  
mir hierdurch im Namen der  
Hinterbliebenen dieser Pflicht nach-  
zukommen. 43682  
**Witwe Emilie Baermann.**  
Pianino, vorzügliches, tadellos er-  
halten, ist sofort ganz billig zu ver-  
kaufen Franz-Jägerstr. 15 I, geraberg.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**2. Berl. Reichstagswahlkreis.**  
Bezirk 79.  
Die Beerdigung des Genossen  
**Franz Wilknitz**  
findet heute Sonntag, nachmittags  
3 Uhr, von der Leichenhalle der  
Luthergemeinde in Lantow aus  
statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Zentral-Verband der Maurer**  
**Deutschlands. Zweigverein**  
**Berlin.**  
(Bezirk Westen.)  
Am 17. Februar verstarb unser  
langjähriges Mitglied  
**Franz Wilknitz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-  
halle des Kirchhofes der Luthero-  
Gemeinde in Lantow aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
130/13 Die Verbandsleitung.

Die Beerdigung meines lieben  
Mannes, meines guten Vaters,  
des Maurers  
**Franz Wilknitz**  
findet heute, Sonntag, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle der  
Luthergemeinde in Lantow aus  
statt. 7145  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
**4. Berliner Reichstagswahlkreis**  
**Landberger Viertel. Bezirk 361.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Genosse der Kollege  
**Richard Bothe**  
Liebigstr. 27  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
216/1 **Der Vorstand.**

**„Männerchor Ost“**  
(M. d. H. S. B.)  
Am 18. d. Mts. starb unser  
langjähriges Mitglied  
**Richard Bothe.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet 07  
Montag, den 21. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Die Sängerkollegen sich Punkt  
3 1/2 Uhr bei Jahnke, letztes Vokal  
vor dem Friedhofe.  
Um rege Beteiligung ersucht  
60/7 **Der Vorstand.**

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Kollege  
**Rich. Bothe**  
am 17. Februar an Bauchsch-  
enklung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. Februar, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichsfelde aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Paul Runde**  
am 17. d. Mts. an Nierenleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 21. Februar, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Heland-Kirchhofes,  
Wägensee, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
111/18 Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Sonntag, den 20. Februar, findet die Urania-Vorstellung statt. Zur Aufführung gelangt: „Frühlingsstunde an der Riviera.“ Anfang pünktlich 2 Uhr. Der Physikalische Saal wird eine Stunde früher eröffnet.

Am Montag, den 21. Februar, findet bei Riffle, Dammweg 13, ein Lichtbildvortrag statt über: „Die baltische Revolution.“ Vortragender: Reichstagsabgeordneter Ged. Die bisher gelösten Eintrittskarten haben für diesen Vortrag Gültigkeit. Weitere Eintrittskarten sind beim Kassierer G. Schmidt, Kirchhofstr. 14, zu haben.

Dritter Wahlkreis. Heute Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, findet in den Ritter-Sälen, Ritterstr. 75 eine Versammlung statt. Genosse Adolf Ritter spricht über: „Das Kindererziehungsgesetz.“ Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein.

Vierter Wahlkreis. (Landsberger Viertel.) Heute, Sonntag, den 20. Februar, findet im „Clytium“, Landsberger Allee 40, unter Mitwirkung des Berliner Männerchor und des Männerchors „Df“ (100 Mann) sowie einer Konzertkapelle der Zivilmusik der Viertelvereinigungen statt. Nach der Vorstellung: Tanz. Eröffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr. Willeits a 20 Pf. sind noch bei den Bezirksführern und in den bekannten Lokalen zu haben. An der Kasse findet das Bild 25 Pf.

Schöneberg. Die Wahlvereinsversammlung findet am Dienstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr in den Neuen Rathausjalen, Weiningerstr. 8, statt. Tagesordnung: 1. Preußengeist in der Gesetzgebung. Referent: Genosse Schumann. 2. Diskussion. 3. Regelung der Bezirkstrategie. 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreises und Groß-Berlins. 5. Verschiedenes. Der Vorstand.

Lichtenberg. Ueber: „Die Wirtschaft im Stadtparlament“ spricht in einer Kommunalwählerversammlung heute (Sonntag), mittags 12 Uhr, Genosse Düweli. Die Versammlung ist einberufen nach dem Lokal des Herrn Krüger, Sudbrunnstr. 7, Ecke Wagnerstraße.

Wilmersdorf-Palensee. Zu der Monatsversammlung des Wahlvereins, die Dienstag abends 8 1/2 Uhr in der „Klause“, Silberbergstr. 5, abgehalten wird, steht eine Vorlesung des Parteigenossen Rechtsanwalt Dr. Weinberg aus Wilhelm Weiling auf der Tagesordnung. Außerdem ist die Speditionsfrage sowie die Delegiertenwahl zur Kreisgeneralversammlung zu erledigen. Der Vorstand.

Palensee. Am heutigen Sonntag findet in den Wilmersdorfer Festhallen, Palensee, Johann Georgstr. 19 eine Volksversammlung statt. Reichstagsabgeordneter Genosse Zubeil spricht über die gegenwärtige politische Lage. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Steglitz. Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins bei Sedelbale.

Friedenau. Dienstag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Reckelle, Handwerkerstr. 60/61. Tagesordnung: Aufnahme neuer Mitglieder, Vortrag der Genossin Olga Oswald über August Hebel, Die bevorstehenden Gemeindevahlen, Kreisgeneralversammlung, Verschiedenes. Der Vorstand.

Zehlendorf (Bannseebahn). Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr, bei Riedel: Vereinsversammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag über kommunale Angelegenheiten. 2. Wahl von zwei Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Lankwitz. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Ebel, Rühlentstr. 9, statt. Tagesordnung: Die Sturm- und Drangperiode von 1848. Referent: Genosse R. Schütte. Diskussion. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und Groß-Berlin. Aufstellung des Kandidaten zur Gemeindevorstandswahl. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Treptow-Baumgartenweg. Dienstag, den 22. d. M., abends 7 Uhr, Flugblattverbreitung zur Gemeindevahl von den Bezirkslokalen aus. Donnerstag, den 24. d. M. öffentliche Wähler-versammlungen in beiden Ortsteilen. Regle Agitation für dieselben ist notwendig. Der Vorstand.

Johannisthal. Dienstag, den 22. Februar, abends 8 Uhr findet bei J. Schulze, Friedrichstr. 10 eine öffentliche Gemeindevahlerversammlung statt. Tagesordnung: Die Forderungen der Arbeiterschaft an die Gemeindeverwaltung. Referent Arbeitersekretär Albin Mohs. Die Parteigenossen werden ersucht, für regen Besuch zu agitieren. Der Vorstand.

Niederschöneweide. Am Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Genossen Schulz, Brüdenstr. 15, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Gemeindevahlangelegenheiten. 3. Wahl des Schriftführers. 4. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 5. Aussprache über Gemeindevorstandswahl. 6. Verschiedenes. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Die Bibliothek des Wahlvereins befindet sich nach dem Umzug Marastische 2, vorn parterre. Sie ist geöffnet Sonntags von 11-12 und Mittwoch und Freitag abends von 7 bis 8 Uhr.

Teltow. Am Dienstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet im Lokale des Genossen W. Bonow unsere regelmäßige Mitglieder-versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht Vortrag. Der Vorstand.

Gieswalde-Zeuthen-Miersdorf. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 22., abends 8 1/2 Uhr bei Witte in Gieswalde statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung. 2. Waiseier. 3. Stellungnahme zur Gemeindevahl Zeuthen. 4. Wahl von Delegierten zur Kreis- und Verbandsgeneralversammlung, Wahl eines Bildungsausschusses. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Karlshorst. Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Restaurant zum Fährtenbad. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Gemeindevertreter. Referent: Genosse Finsler. 2. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Dienstag, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wohlfahrt, Eichbornstr. 18, Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Redakteurs Genossen Düweli über: Gendarm-, Polizei- und Militärwahlrecht. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr findet im Saale des Herrn Karl Liebenitz (Am Kirchplatz) eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie in der Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Max Groger-Rigdorf. 2. Diskussion. 3. Bekanntgabe der Kandidaten. Die Parteiangelegenheiten werden ersucht, für einen guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen. Die Bezirksleitung.

Regel. Am Dienstag, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Jul. Klippenstein, Spanbauerstr. 4, die Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Genossen Schütte über: Hebel's Lebensbild. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Romanoes. Mittwoch, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Max Singer, Prießnerstr. 31, Volksversammlung für Männer und Frauen. Landtagsabgeordneter Genosse Dr. Karl Liebenitz wird über Preußen-Deutschlands politische Lage sprechen. Agitiert für Massenbesuch. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Höhe Kriegervereiner.

Preussische Kriegervereine gelten bekanntlich in höchsten und militärischen Kreisen auch als ein Stück der berühmten Allerneulsmarke „preussische Tradition“. Wo irgend eine königstreue Festivität vom Stapel gelassen wird, muß als beliebte Staffage auch der uniformierte oder schwarzberockte, medallienbehängte Kriegerverein dabei sein. Hohe Herren nehmen dann über die meist schon recht bejahrten preussischen Gaudegen a. D., die oft trotz aller dem Militärmoos geopfert schönsten Lebensjahre ein sehr kümmerliches Dasein führen, mit väterlichem Wohlgefallen die Parade ab und lassen sich sogar nicht selten so weit herab, die treuen, wonnestrunden Kriegerbergen mit dem gemüthlichen Dußbrüder-ton, natürlich nur einseitig, zu beglücken. Man hätte gegen dieses herzliche kameradschaftliche Verhältnis gewiß nicht das mindeste einzuwenden, wenn nicht die Kriegervereine ihre Nase auch in die Politik stecken wollten, was sich mit ihrem Charakter militärischer Vergnügungsvereine nicht verträgt. Neben dem Vergnügen, neben der Erinnerung an die ehemalige Waffenbrüderschaft, an Kasernenhoffdne und Kasernenstubenhiebe, soll aber mit kommandomäßigem Hurraufen auch der „preussische Geist“, in heutiger Zeit ein Wechselbals, gepflegt werden, und so wird es ganz selbstverständlich, daß vor allem der übermächtige preussische Landrat der eifrigste Protektor und gleichzeitig der Drahtzieher des Kriegervereins-Puppentheaters ist. Unsere Leser werden sich aus verschiedenen höchst charakteristischen Berichten früherer Jahre lebhaft erinnern, wie sich dieser Spiritus auch in den Kriegervereinen dokumentiert - in strengster königstreuer Stubenreinheit. Sobald es ruckbar wird, daß ein Kriegerverein nicht auf derselben Schalmei bläst wie Papa Staat, geht alle Waffenbrüderschaft zum Teufel. Man ehrt in dem Kriegskameraden, der als gereifter Mann nicht mehr auf Kommando tanzen will und sich in ehrlichster Ueberzeugung seine eigene, von den Militärsen am Staatswagen abweichende politische Meinung erlaubt, nicht mehr den Vaterlandsverteidiger, mit dem man vielleicht Schulter an Schulter sein Blut hingegeben hat, sondern stößt ihn schimpflich aus der bis an die Fußlappen königstreuen Referendokorte aus. War es doch soweit gekommen, daß streng konservative Kriegervereiner, auf deren Spröhlänge die traditionelle preussische Familienerziehung so glänzend eingewirkt hatte, daß sie Sozialdemokraten wurden, aus dem Kriegerverein hinausflohen. Aber die pensionierte preussische Militärliga kann auch anders. Sollte es ein netisches Spiel des Zufalls oder bestimmte Absicht sein, daß ein bekannter Parteigenosse, über dessen sozialdemokratische Zugehörigkeit gar kein Zweifel sein kann, nun schon jahrelang jeden Monat von dem Verein ehemaliger Kameraden des schlesischen Fuß-Artillerieregiments b. Dieskau mit kameradschaftlichem Gruß und herzlichster Einladung besetzt wird? Der letzte derartige, vom 31. Januar 1910 datierte Liebesbrief hat folgenden Wortlaut:

Lieber Herr Kriegskamerad! Unser Kameradschafts- und Anhänglichkeitgefühl drängt uns, Ihnen mitzuteilen, daß am ... Monatsfestung stattfindet. Freuen würden wir uns, wenn Sie an diesem Tage unser Gast sein würden. Sie finden dort ein recht gemüthliches, zufriedenes Ständchen, dessen man im großen Welttribunal meistens entbehrt, und ferner können wir dort einen Teil der Sorgen des heut so ernsten Lebens verstreuen. Treten Sie in unseren Verein ein, dann schaffen Sie auch für die Zukunft ... Folgen Sie daher unserem nachmaligen Ruf und erfüllen Sie die Pflichten eines echten deutschen Soldaten. Auch wir Dieskauer wollen beweisen, daß wir uns auch im Bürgerrock - ob arm oder reich, ob jung oder alt - als treuliebende Kameraden zusammenschließen können. Kameradschaftlichen Gruß!

Ob es die Pflicht eines echten deutschen Soldaten ist, einem Kriegerverein beizutreten, steht auf einem anderen Blatt. Der Militärstaat erfüllt seinerseits die Pflichten gegen gemessene deutsche Soldaten bekanntlich oft nicht oder ganz miserabel. Volle Anerkennung verdient aber die Fähigkeit, mit der der genannte Verein die Werbetrömmel rührt, und die Tapferkeit, dabei auch vor „vaterlandslosen Gesellen“ nicht zurückzuschrecken. Aus demselben zähen Holze ist jener Teil des deutschen Vaterlandes geschnitten, der noch viel tapferer um die Freiheitsrechte des mündigen Volkes kämpft und sein Ziel sicher eher erreichen wird als der für des Königs ausgezogenen Rock werdende Kriegerverein. Wel Glück wird der Kriegervereinsvorstand in einer Zeit, wo wieder mal die preussischen Bajonette frei nach unauflöschlichem Königswort gegen die Proletarierbrust kommandiert werden, wohl nicht haben. Unser Parteikamerad hat leider niemals mit einem Wort auf das Liebeswerben der Regimentskameraden geantwortet. Er sollte mal Farbe bekennen und wird dann bald belehrt werden, daß der angebotene Beweis von dem Zusammenstoß der treuliebenden armen oder reichen Kameraden im Bürgerrock über die politische Gesinnung, sobald sie nicht mit der Regierungslotomotive durch Dick und Dünn rast, stolpert.

Uebrigens: Woher hat denn eigentlich der Kriegerverein die genaue Adresse ehemaliger Regimentskameraden? Sollte wirklich die Meinung zutreffend sein, daß das Bezirkskommando hier die Rolle des „allen ehrlichen Seemann“ spielt. Für die ständig mit diesen Zirkularen bombardierten ehemaligen Soldaten des genannten Regiments bedeutet das von dem Vorstand geübte Verfahren eine große Belästigung und Aufdringlichkeit. Nichtsdestoweniger erkennen wir gern die zähe Ausdauer an, die auch uns ins Blut übergegangen ist. Fragt sich nur, was am ausdauerndsten ist - Regierungswille oder Volkswille.

Betrunkene und Deliranten auf der Rettungswache.

Wie schon berichtet, hat der Magistratskommissar für das Rettungswesen im Einverständnis mit den sonst noch maßgebenden behördlichen Instanzen die wichtige Anordnung getroffen, daß künftig bei der Behandlung aufgegriffener Betrunkener und hilfsbedürftiger Deliranten nicht mehr das Polizeirevierbureau über das weitere Schicksal der betreffenden Person zu entscheiden hat, sondern daß in allen solchen Fällen die Hilfe der nächsten Rettungswache durch Vermittelung der Polizei in Anspruch zu nehmen ist.

Man kann das unter Umständen als einen bedeutsamen Fortschritt betrachten. Bekanntlich war bisher der Inanspruchnahme der, daß die Polizei in vielen Fällen, für deren Natur sie nicht das richtige Verständnis besaß, ziemlich unnötigerweise den zuständigen Kreisarzt herbeiließte, der dann nach Schema F den Trunkenen flüchtig „untersuchte“ und ihn nach der Irrenanstalt spedieren ließ. Häufig ist es vorgekommen, daß selbst die Irrenanstaltsärzte sich über solche Zuweisungen der auf dem Transport wieder einigermaßen nüchtern gemordenen Betrunklenen wunderten und letztere nach wenigen Tagen wieder entließen, da es sich lediglich um eine sogenannte „betrunkene Geschichte“ gehandelt hatte und keine Spur von Geisteskrankheit, vielleicht nicht mal von chronischem Alkoholismus zu entdecken war. Die Betroffenen schleppten nun aber für ihr ganzes Leben den Makel mit herum, daß sie, wenn auch nur für ganz kurze Zeit, zwangsweise in einem Irrenhause als Patienten gewesen waren. Diesem oft klagelosen Mißstande, der zu den schwersten Mißgriffen geführt hat, soll anscheinend durch die neue Verfügung in etwas begegnet werden. Das ist gewiß sehr vielversprechend, sofern nun nicht auch die Ärzte der Rettungswachen in den Fehler der Kreisärzte verfallen. Wir möchten den Rettungswachen den dringenden Rat geben, es sich dreimal zu überlegen, ehe sie einen Betrunklenen, selbst wenn er im Augenblick wirre Reden führt, nach dem Irrenhause bringen lassen. Erfahrungsgemäß täuscht der erste Augenschein außerordentlich oft. Schließlich ist doch jeder Betrunklene im Krankheitsstadium seiner Trunksucht unzurechnungsfähig, ob er sich nun, wie der Delirante, in gemeinem Zuseh oder wie der Student und Offizier in Rollton und Sekt übernommen hat. Auf das Temperament des einzelnen wird es aber ankommen, wie sich die Trunkenheit äußert. Jemand ein Betrunkener kann schwere Ausschreitungen begehen, ohne daß er deshalb geisteskrank in der Bedeutung des Wortes und anstandsbedürftig ist, während ein anderer, notorisch geisteskranker Mensch sich im Zustande der Trunkenheit ziemlich ruhig verhält. Vor allem sollte das auch dem Laien erkennbare „Delirieren“, welches sehr verschiedenartig auftritt, noch lange nicht immer den Anlaß zu einer Ueberführung nach der Irrenanstalt geben. Dabei wird die Anhörung schleunigst herbeigerufenen Angehöriger, worüber die neue Verfügung kein Wort sagt, nicht immer zu entbehren sein. Stellt sich dann heraus, daß der Betreffende noch niemals in einer Anstalt war, so muß doppelt vorsichtig verfahren werden, ehe man den schwerbetrunklenen und vielleicht nur vorübergehend „Dummheiten machenden“ Menschen die verhängnisvolle Irrenhausglocke ans Bein bindet. Uebernehmen die Angehörigen die Verpflichtung, den aufgegriffenen Deliranten in Obhut zu nehmen, so kann sich der Arzt in vielen Fällen damit zufriedengeben. Sind keine Angehörigen schnell zur Stelle zu bringen, so ist es sicher oft angebrachter, eine abwartende Stellung einzunehmen und den Transport nach einem Krankenhause oder nach dem Polizeigewahrsam bewirken zu lassen, als sofort schon die Ueberweisung nach dem Irrenhause anzuordnen.

Ein Beitrag zur Beleuchtung unserer Bureaustätte. Ueber schwere Mißstände beim Transport gefallener Tiere wurde in der letzten Versammlung der Fuhrherrenversammlung zu Berlin, die im Berliner Klubhaus in der Ohmstraße 2 stattfand, lebhaft gellagt. Die Veranlassung dazu gab folgender Vorfall:

Am 31. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, erkrankte auf der Abstellstelle in der Kaiserin-Augusta-Allee ein der Firma Max B. Baer in der Steybanstr. 42 gehöriger Schimmelwallach an Nierenbeschlag. Der Besitzer rief einen Hofschlächter an, daß er das Pferd mit dem Krankenwagen abhole. Der Hofschlächter weigerte sich mit der Begründung, daß ihm das Abholen bei einer Strafe von 300 M. verboten sei, und teilte mit, daß in Charlottenburg nur die Feuerwehr dazu berechtigt sei. Diese erschien auch nach Anruf, weigerte sich aber, das Tier nach Berliner Gebiet zu bringen, weil sie das nicht dürfe. Sie mußte vielmehr das Pferd nach dem Depot in der Rünberger Straße, also nach einer doppelt so weit und in entgegengesetzter Richtung liegenden Stelle schaffen. Hier wurde dann das Pferd auf dem Hofe auf die Kanten kalten Steine gelegt. Herr Baer rief darauf die Sammelstelle Berlin an und bat um das für diese Zwecke bereitstehende Automobil. Die Sammelstelle aber antwortete, sie dürfe auf Charlottenburger Gebiet mit ihrem Wagen nicht fahren, das sei vielmehr nur dem Hofschlächter Reyer in der Greifswalder Straße gestattet. Es war inzwischen 8 1/2 Uhr geworden. Die Greifswalder Straße liegt nun von der Rünberger Straße 8 Kilometer entfernt, und es war 10 1/2 Uhr, als das Pferd endlich abgeholt wurde. Erst um 11 1/2 Uhr kam es nach der tierärztlichen Hochschule. 6 Stunden mußte sich das arme Tier quälen, ehe im Hofe ward. Die Versammlung war sich einig, daß hier unter allen Umständen Abhilfe geschaffen werden müsse. Nach längerer Besprechung wurde beschlossen, eine Beschwerde an den Oberpräsidenten, an alle Polizeipräsidenten und an alle Polizeivorstände der Vororte abzusenden und um Abhilfe zu bitten.

Franz Wilmsh, einer unserer tüchtigsten Genossen im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise hat für immer die Augen geschlossen. Wilmsh ist 52 Jahre alt geworden. Von Beruf Maurer, wandte er sich schon in seinen jungen Jahren der Partei zu und hat unter schweren Opfern die Zeit des Sozialistengesetzes mit durchgemacht. In einigen Wochen hätte er das 50jährige Jubiläum als Bezirksführer feiern können.

Nun ist er dahingegangen, betrauert von seinen Angehörigen und Parteigenossen. Wilmsh gehörte zu denen, die in schlichter und ruhiger Weise stets für die Partei gekämpft haben. Die Parteigenossen werden sein Andenken in Ehren halten.

Aus dem Leben eines Gendarmereivachtmeysters. Vor dem Oberkriegsgericht des Agl. Gouvernements hatte sich gestern der Gendarmereivachtmeyster Stöder wegen einer ganzen Reihe von Straftaten zu verantworten. Vom Divisionsgericht war der Angeklagte kürzlich wegen Absetzung falscher Meldungen, Achtungsverletzung gegenüber einem Vorgesetzten und Ungehorsams in 8 Fällen zu 10 Monaten Gefängnis, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt worden. Auch auf Dienstentlassung war erkannt worden. St. legte beim Oberkriegsgericht des Gouvernements Verurteilung ein. Eines Tages fand in seinem Dienstrufe eine Hochzeit statt. Der Angeklagte fragte die Wirtin, warum man ihn denn nicht eingeladen habe, worauf er zur Antwort erhielt, er könne auch ruhig ungeladen erscheinen. Er stellte sich dann auch ein, ah und trank tüchtig mit und händigte der Wirtin von dem Geld, das er beim Clatspiel gewonnen, ein Trinkgeld aus. Um den Küstentakt bei der Hochzeitgesellschaft zu vertuschen, trug er in sein Tagebuch eine falsche Meldung ein. Das gleiche tat er in einem anderen Fall, in dem er mit einem Viehhändler eine Anekdote abgehandelt hatte. Ferner meldete er dienstliche Handlungen, Vernehmungen, die er vornehmen sollte, als erledigt, obwohl er in den Angelegenheiten gar nichts unternommen hatte. Ein andermal erschien der Oberwachtmeyster bei dem Angeklagten und forderte ihn auf, eine Patrouille mit ihm zu unternehmen. Der Oberwachtmeyster, der den Angeklagten jedoch für betrunken hielt, sagte dem Patrouillengang wieder ab. Aber trotzdem erschien der Wachtmeyster in dem Lokal, in dem der Vorgesetzte frühstückte und ließ sich dort mehrfach achtungverletzende Handlungen dem Vorgesetzten gegenüber zuschulden kommen. Das Oberkriegsgericht ließ Wilde walten; es gab der Verurteilung des Ange-

Magten statt und erkannte nur auf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten.

**Falsche Ein- und Zweimarkstücke** sind gegenwärtig in den nördlichen Vororten im Umlauf. In den letzten Tagen sind derartige Falsifikate wiederholt an Bahnschaltern und anderen öffentlichen Stellen angehalten worden. Die Nachahmungen, die eine scharfe Prägung aufweisen, sind nur bei näherer Prüfung als solche zu erkennen. Sie sind ein geringes leichter als die echten Münzen und fühlen sich fettig an. Die falschen Geldstücke, die verschiedene Jahreszahlen und Münzzeichen tragen, werden allem Anscheine nach von Berliner Falschmützern vertrieben, die sie besonders bei kleineren Geschäftleuten, Gastwirten usw. absetzen.

Ein unglaublich breites Diebstahlsstück ist in der Nacht zum Sonnabend in der Friedrichstraße verübt worden. An dem Hause Friedrichstr. 129/128 sind mehrere elektrische Vogenlampen angebracht. Freche Vurschen brachten es denn fertig, die Lampen aus ihrer luftigen Höhe herunterzuschaffen und fortzuschleppen. Und das geschah im belebtesten Teil der Friedrichstraße, ohne daß die Diebe auch nur im geringsten bei ihrem Treiben gestört worden wären.

Eine Verkehrsstörung entstand gestern mittag vor dem Hause Friedrichstr. 106a dadurch, daß ein mit Preshlohlen beladener Wagen der Firma Friedrich Langner, Gartenstr. 50, umkippte und seinen Inhalt auf die Schienen der Straßenbahn entleerte. Die Straßenbahnen beider Richtungen mußten über die Dorotheen- und Karlstraße abgelenkt werden. Um die Straße von den Preshlohlen zu räumen, wurde das Mädchen für alles, die Feuerwehr, alarmiert, welche nach einhalbstündiger Arbeit die Straße freimachte und den Wagen wieder aufrichtete. Die Preshlohlen wurden auf einen herbeigeholten Bogen wieder aufgeladen, bildeten aber doch bis 3 Uhr ein Verkehrshindernis. Der Wagen war dadurch umgekippt, daß ein Rad brach, dessen Speichen total verfault waren.

**Unterhaltungsabend der VI. Pflichtfortbildungsschule.** Die Unterdrückung der Jugendorganisation und ihrer Veranstaltungen einerseits und die Abhaltung von Unterhaltungsabenden in den verschiedenen Pflichtfortbildungsschulen andererseits sind zwei Erscheinungen der letzten Zeit, die sich ergänzen und den Unterhaltungsabenden, die auf Druck von oben her veranlaßt werden, eine gewisse Tendenz geben. Sie werden farblos und ohne besonderen Reiz auf die Jugend. Das zeigt auch wieder die Vortragsfolge des Unterhaltungsabends der VI. Pflichtfortbildungsschule, der in doppelter Auflage am 2. und 4. März im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz stattfindet. Zunächst fällt daran auf, daß mit Ausnahme eines Schülerchors von den vielen Schülern der Anstalt nur vier, nämlich im Schwan: „In der Großstadtluft“, mitwirkend tätig sind. Dadurch verliert die Veranstaltung für die Angehörigen und Arbeitgeber der Lehrlinge jedes Interesse, auf das man dort sicher rechnet. Berücksichtigt man noch dazu den verhältnismäßig hohen Preis für die Darbietungen, 50 Pf. pro Billett, wozu noch 20 Pf. für Garderobe zu rechnen sind, dann kann man es verstehen, wenn die Meister für diesen Preis lieber wo anders hingehen.

Die Handwerksmeister wollen ihre Lehrlinge auftreten sehen, wenn sie Geld und Zeit opfern sollen. Die Schüler sollen sogar auch noch 30 Pf. für das Billett und 20 Pf. für Garderobe zahlen. Konnte man ihnen den Genuß nicht unentgeltlich bieten?

**Der Jugendkursus in Nationalökonomie (Fortgeschrittenskursus)** findet heute, Sonntag, wieder pünktlich um 1/2 12 Uhr statt.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Der Unterricht in Naturerkenntnis muß auch noch Montag, den 21. Februar ausfallen, da Genosse Wurm noch immer krank ist.

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlin und der Vororte veranstaltet auch in dieser Woche hygienische Vorträge, die wie nachstehend aufgeführt stattfinden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen ist für jedermann unentgeltlich.

Am Montag, den 21. Februar, spricht Herr Professor Dr. Strauß im Bürgerhaus des Berliner Rathauses über das Thema: „Wie nähre ich mich gut und billig“

Am Donnerstag, den 24. Februar, sprechen in den Aulen der nachbenannten Gemeindefschulen über das Thema: „Frauentrankeheiten und ihre Verhütung“ (nur für Frauen): Herr Dr. Wölscheider in der 247/252. Gemeindefschule, Rigaer Straße 81/82, Herr Dr. Jung in der 240/254. Gemeindefschule, Waldenserstraße 25/26, Herr Dr. Simon in der 117/178. Gemeindefschule, Oberamter Straße 10. Herr Dr. Siefert in der 115/237. Gemeindefschule, Statler Straße 65/66.

Am Freitag, den 25. Februar, sprechen über das Thema: „Nervenkrankheit“: Herr Dr. Kronjohn in der 91/101. Gemeindefschule, Gneisenaustr. 7. Herr Dr. Frölich in der 81/109. Gemeindefschule, Tiltter Straße 4/5. Herr Dr. Platan in der 118/127. Gemeindefschule, Panstr. 17. Herr Dr. v. Kautowski in der 228/279. Gemeindefschule, Poststr. 5.

In Voghagen-Kummelsburg, in der neuen Schule, Marktstraße, spricht am Dienstag, den 22. Februar, Herr Dr. Levin über das Thema: „Gebiet der Geschlechtskrankheiten“.

In Charlottenburg spricht am Mittwoch, den 23. Februar, Herr Professor Dr. Blumreich in der 12. Gemeindefschule, Sophie-Charlotten-Straße 89/70, über das Thema: „Frauentrankeheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

In Köpenick im Stadttheater, Friedrichstr. 8, spricht am Dienstag, den 23. Februar, Herr Dr. Chajes über das Thema: „Verhütung von Geschlechtskrankheiten“.

In Lichtenberg in der Gemeindefschule, Kronprinzenstraße 10, spricht am Donnerstag, den 24. Februar, Herr Dr. Lippmann über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Pankow in der 2. Gemeindefschule, Genußstraße, spricht am Donnerstag, den 24. Februar, Herr Dr. Lilienthal ebenfalls über das Thema: „Geschlechtskrankheiten und ihre Verhütung“.

In Reinickendorf in der 3. Gemeindefschule, Panower Allee, spricht am Mittwoch, den 23. Februar, Herr Dr. Nagelschmidt über das Thema: „Licht- und Röntgen-Strahlung“.

In Rixdorf in der 9/10. Gemeindefschule, Kaiser-Friedrich-Straße 4, am Hermannplatz, spricht am Freitag, den 25. Februar, Herr Dr. Jacobsohn über das Thema: „Geschlechtskrankheiten“.

In Schöneberg in der 10/11. Gemeindefschule, Feuerstraße 61/62, spricht am Dienstag, den 22. Februar, Herr Professor Dr. Rosin über das Thema: „Die Tuberkulose und deren Verhütung“.

In Tempelhof im Restaurant Heimann, Kaiserin-Augusta-Straße 1, spricht am Freitag, den 25. Februar, Herr Dr. Berger über das Thema: „Blindheit und ihre Verhütung“.

In Weichensee in der Gemeindefschule, Bonghansstr. 120, spricht am Freitag, den 25. Februar, Herr Dr. Daur über das Thema: „Frauentrankeheiten und ihre Verhütung“. (Nur für Frauen.)

Sämtliche Vorträge beginnen pünktlich um 8 Uhr abends.

Im Zoologischen Garten ist ein Wägen-Luchs oder Canacal eingetroffen, der im kleinen Raubtierhause Unterkunft gefunden hat und sich sichtlich von den Anstrengungen der Reise, die ihn erst kürzlich über einen Mittelmeerhafen hierher führte, erholt. Diese afrikanische Katze unterscheidet sich von den bekannten nordischen Luchsen durch ihr einfarbig rötliches und kurzhaariges Fell und den längeren Schwanz. Die hohen Läufe und die langen Wimpern an den abgesehen grauen Ohren, die bei jeder Bewegung des Tieres in eigentümlich zuckender Weise bewegt werden, kennzeichnen aber ohne weiteres die Zugehörigkeit zu der Luchsgruppe.

In Empfang genommen werden kann eine gut erhaltene Dede, die anscheinend ein armer Droschkentreiber verloren hat, beim Gastwirt Karl Döhling, Brunnenstraße 19.

**Zeugen gesucht!** Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am Mittwoch, den 20. September, nachmittags kurz vor 3 Uhr, eine junge Dame an der Ecke der Lunge- und Brückenstraße von einer Automobil-(Weg)-Drochke 10 361 überfahren und tödlich verletzt wurde, werden gebeten, ihre Adressen bezüg. Wahrnehmungen dem Vater der Getöteten — Malekmeister Hermann Schulz, Berlin N. 81, Adlerstr. 40 — bei Erstattung etwaiger Anzeigen gefälligst mitteilen zu wollen. Wichtig wäre, wenn der Zeuge, der sich bereits gemeldet hat, aber leider ohne Angabe seines Namens und seiner Wohnung, seine Anonymität läßt würde.

**Arbeiter-Samariter-Kolonie.** Montag abend 9 Uhr 2. Abteilung Brunnenstr. 154: Vortrag über Vergiftungen mit nachfolgenden praktischen Übungen. — Am Donnerstag Monatsfeier der diensttunenden Abteilung. Die Ausgabe des Materials findet von 8 Uhr ab statt.

## Vorort-Nachrichten.

### Sichtenberg.

**Auf zur Stichwahl im 14. Bezirk!** Am Montag, den 21. Februar, in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends findet im 14. Stadtverordnetenwahlbezirk die Stichwahl zwischen unserem Genossen August Becker und dem Kandidaten der bürgerlichen Rathhausmehrheit, dem Geheimsekretär Bölsner, statt. Durch Einschüchterungen und Drohungen versuchen die bürgerlichen Interessvertreter ganz offen die abhängigen Staats- und Gemeinbedamten sowie diejenigen Lehrer, die am Tage der Hauptwahl noch nicht ihre Stimme für den Reichswahlkandidaten abgegeben haben, an den Wahlstisch zu bringen. Beruht doch auf diesem unerhörten Terror die einzige Möglichkeit, der Sozialdemokratie diesen Bezirk zu entreißen. Die letzten Taten der Rathhausmehrheit, wie die Preiserhöhung des Koch- und Kraftgases sowie die Verschandelung der Wertzuwachsteuer vorlage haben eine ganze Anzahl von Wählern, insbesondere Kleinmeister, veranlaßt, offen zu erklären, daß sie für den sozialdemokratischen Kandidaten eintreten werden. Auch diejenigen Wähler, die am Wahltag als Protest gegen den Vorbruch des bürgerlichen Wahlschlusses gegenüber dem nationalen Arbeiterverein für die Sonderkandidatur Chau gestimmt haben, wollen, soweit sie nicht als Staatsangestellte abhängig sind, sich nicht für ihren bisherigen konfessionellen Gegner einschließen lassen. Somit muß, wenn alle unsere Genossen am Tage der Stichwahl ihre Pflicht tun, unser Kandidat, der Gewerkschaftssekretär August Becker, als Stadtverordneter gewählt werden. Das muß im Interesse aller Lichterhagen Einwohner liegen, denn schon glaubt die Rathhausmehrheit, daß sie überhaupt auf die Interessen der Gesamtheit keine Rücksicht zu nehmen brauche.

Der 14. Bezirk besteht aus folgenden Straßen: Altfriedstraße, Appodienstraße, Bürgerheimstraße, Frankfurter Chaussee 100—128, Ragdalenstraße, Müllerstraße, Wagnersstraße und Wagnersplatz. Diejenigen Genossen, welche sich für Wahlarbeit zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich frühzeitig am Tage der Wahl im Lokal J. Blum, Frankfurter Chaussee 118, einzufinden. Das Wahlkomitee.

### Wilmersdorf-Galensee.

Ein gewaltiger weithin sichtbarer Brand hat in der gestrigen Nacht der Wilmersdorfer Feuerwehr viel Arbeit verursacht. Abends nach 7 Uhr kam in der Ringbahnstr. 129, in der Nähe der Bahn, Feuer aus. Es fand an dem Inhalt der Bodenverfäße, die mit Brennmaterial, Preshlohlen, Papier, altem Hausat usw. angefüllt waren, schnell reichliche Nahrung. Als der Wöschzug aus dem Ortsteil Galensee anrückte, war die Situation schon so kritisch, daß sofort die Hauptwehrr in Wilmersdorf alarmiert wurde. Brandinspektor Daenehl rückte sofort mit dem Automobilzug zur Brandstelle aus. Hier hatte der 1. Wöschzug dem Feuer vollständig machtlos gegenübergestanden. Mächtige Stichflammen, vom starken Winde getrieben, hatten die Mannschaften auf den Treppen zum Rückzuge gezwungen, und da es an einer mechanischen Leiter fehlte, so konnte die Feuerwehr vom Dach aus nicht angreifen. Erst als der Wöschzug aus der Hauptwohne anrückte, eine große Leiter aufstellte und über diese angreifen ließ, konnte wirksam vorgegangen werden. Mit sieben Schlauchleitungen wurde nun ununterbrochen 3 Stunden lang Wasser gegeben, bevor es gelang, das Feuer zum Stehen zu bringen. Die Aufräumungsarbeiten und vollständige Ablösung des Feuers beschäftigten dann die Wehr noch bis 8 Uhr nachts. Personen sind zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Der Dachstuhl des alten Gebäudes, das von zahlreichen Parteien bewohnt wird, konnte nicht mehr gerettet werden. Auch haben die oberen Stagen etwas durch Wasser gelitten. Ueber die Entstehung des Brandes konnte bisher nichts ermittelt werden, da es, als es bemerkt wurde, längst über seinen Brandherd hinaus sich ausgebreitet hatte.

### Charlottenburg.

Die Milchhäuschen auf dem Wittenbergplatz, dem Stuttgarter Platz und dem Friedrich-Karl-Platz haben ihren Betrieb mit dem 1. Februar eingestellt, da sich der Verein für Kaffeestuben und Gefrischungskarren aufgelöst hat. Es schweben gegenwärtig wegen anderweitiger Verwirklichung der Häuschen Verhandlungen, die voraussichtlich nicht vor dem 1. April d. J. abgeschlossen sein werden. Bis dahin bleiben die Milchhäuschen geschlossen.

**Todesfall eines Kindes.** Die in dem Hause Wallstraße 102 wohnenden Sprichlichen Eheleute hatten sich gestern abend gegen 9 Uhr aus ihrer in der 8. Etage belegenen Wohnung entfernt, um in der Nähe einige Einkäufe zu besorgen, nachdem sie ihren vierjährigen Sohn Paul zu Bett gebracht hatten. In der Abwesenheit der Eltern stand der Kleine auf, öffnete ein Fenster, und stürzte, als er sich zu weit vordrängte, kopfüber in die Tiefe, wo er blutüberströmt und bestimmungslos liegen blieb. Der Knabe wurde nach der Unfallstation in der Berliner Straße gebracht, wo der anwesende Arzt nur noch den auf dem Transport infolge eines Schädelbruchs eingetretenen Tod feststellen konnte.

### Steglitz-Friedenau.

Der hiesige Bildungsausschuß veranstaltet einen Vortragskursus von 4 Abenden. Beginn Montag, den 21. Februar, abends 7/9 Uhr, im Lokal von Schelhafe, Steglitz, Hornstr. 15a. Thema: „Darwinismus und Sozialismus“. Teilnehmerkarten sind bei P. Pütterer, Steglitz, Fichtestr. 8, O. Schmidt, Weststr. 9, sowie bei sämtlichen Bezirksführern und abends im Lokal zu haben.

Am 1. März, abends 7/9 Uhr, im großen Saal des Rheinisch-Friedenau, Friedenau, findet ein Dichter W. Busch-Abend mit Lichtbilder-Vortrag statt. Eintritt 30 Pf. Garderobe frei. Eintrittskarten sind ebenfalls bei den Obengenannten erhältlich.

### Wilmersdorf.

Der Bildungsausschuß gibt bekannt, daß heute nachmittags 2/4 Uhr, im Wöllsteinschen Lokal, Wilmersdorf, die Aufführung von: „Ueber unsere Kraft“ (1. Teil), Schauspiel in zwei Akten von Björnsterne Björnson stattfindet. Billets à 50 Pf. sind bei den Bezirksführern und im Theater zu haben. Die Verlosung der Plätze beginnt um 1 Uhr. Garderobe und Theaterzettel frei. Kinder haben keinen Zutritt. Arbeitslose Genossen haben freien Zutritt.

### Wiesdorf.

Endlich ist es dem hiesigen Wahlverein gelungen, wieder einen Saal zur Abhaltung von Versammlungen frei zu bekommen. Daß das nicht früher möglich war, lag lediglich an der Geschäftigkeit der Arbeiter und Parteilistenbesitzer, die Sonntags Wiesdorf zu Hunderten mit ihren Verwandten besuchten, ohne die Lokalliste zu beachten. Bei erstem Willen derselben, die Arbeiterschaft in ihrem Kampfe zu unterstützen, wäre es leicht möglich, auch die übrigen Lokalbesitzer, deren es vier am Orte gibt, zur Hergabe ihrer Säle zu zwingen. In dem neu gewonnenen Lokal von Erbe, Pringensstraße, eröffnete der Wahlverein mit einer kürzlich stattgefundenen Volksversammlung den Kampf um das zur Wahl stehende Mandat der dritten Abteilung zur Gemeindevertretung. Genosse Grauer-Lichtenberg hielt ein mit Beifall aufgenommenes Referat über: „Die Aufgaben der Gemeindevertreter“. Der Wahlverein hat gute Aussicht, seinen Kandidaten durchzubringen. Die Versammlung mußte der eingetretenen Polizeistunde wegen vertagt werden. In der am Mittwoch stattgefundenen Fortsetzung der Versammlung erklärte der Kandidat der Sozialdemokratie, Schriftführer Genosse August Müller, den zahlreich erschienenen Einwohnern unser Kommunalprogramm. — Der Kandidat eines bürgerlichen Petitionsklubs, dem leider auch mit dem sozialdemokratischen Programm einverstanden, meinte aber, einem Sozialdemokraten die Stimme nicht geben zu können. Genosse Rüter übernahm es, den Herrn auf den Widersinn seines Standpunktes aufmerksam zu machen.

### Spandau.

Ein üblicher Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag in den Siemens-Schudertwerken am Ronnendamm. In genanntem Betriebe war der etwa 40 Jahre alte Arbeiter Semald damit beschäftigt, die Grube zu reinigen, in welcher sich die Abwässer des Betriebes sammelt. Bei dieser Arbeit wurde S. ohnmächtig und er fiel in die Grube. Da der Vorfall erst nach etwa einer Stunde bemerkt wurde, konnte der Berunglückte nur noch als Leiche aufgefunden werden. Infolge der durch die Abwässer sich entwickelnden Gase, ist bei S. jedenfalls der Tod durch Vergiftung eingetreten.

### Wilmersdorf-Rosenthal.

Die Gemeindevertretung gegen die Wahlrechtsvorlage. In der am Freitag stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung wolle beschließen, eine Petition an das Haus der Abgeordneten abzugeben, in der vom Standpunkte der Rosenthal-Wilmersdorfer Bürgerschaft die sogenannte Wahlrechtsreform in ihren Wirkungen auf die politische Entziehung der breiten Massen des Volkes dargelegt und das Haus der Abgeordneten ersucht wird, die Wahlrechtsvorlage abzulehnen, ferner den Vorsteher zu ersuchen, dem Beschlusse der Versammlung beizutreten.“

In der darauf stattgefundenen Auslosung der Gemeindevertreter der dritten Klasse fiel das Los auf unseren Genossen D a s c h e d.

„Wer sind die größten Sünder in der Gemeindevertretung?“ Ueber dieses Thema sprach in einer gutbesuchten öffentlichen Versammlung Genosse Brühl-Lichtenberg. In der Versammlung hatten sich eine Anzahl bürgerliche Herren eingefunden, jedenfalls in dem Glauben, neue persönliche Angelegenheiten einzelner Gemeindevertreter zu hören zu bekommen. Diese Herren kamen jedoch nicht auf ihre Rechnung. In sachlichen Ausführungen führte der Referent den gesamten bürgerlichen Vertretern ihre Sünden vor Augen. Er sagte ihnen, daß sie die ganzen persönlichen Angelegenheiten nur benutzen, um ihre Taten auf anderen, wichtigen Gebieten der Kommunalpolitik zu verschleiern. Er erwähnte an der Hand des Stats, daß für soziale Zwecke in der Gemeinde so gut wie gar nichts geleistet worden ist, ebenso auf dem Gebiet der Volksschule. Der erste Diskussionsredner, Herr Schöffe Liehner, versicherte, daß er immer für soziale Forderungen eingetreten sei. Er mußte sich aber von unserem Genossen Dehmel sagen lassen, daß das doch nicht zutrefte, denn sonst hätte er nicht gegen eine Fürsorgestelle für Säuglinge stimmen können. Auch sei es unter seiner Geschäftsführung als Stellvertreter des Gemeindevorstehers vorgekommen, daß ein Antrag auf Herabsetzung von Krankenhauskosten abgelehnt wurde; dies seien doch keine sozialen Taten. Herr Liehner tat, als ob er davon gar nichts wisse. Genosse Brühl widerlegte die Einwendungen der bürgerlichen Herren, daß kein Geld vorhanden gewesen wäre und wies auf die Wertzuwachsteuer als eine gute Einnahmequelle der Gemeinden hin. Nachdem der Vorsitzende der Versammlung, Genosse R o s s e r t, den Anwesenden noch auseinandergesetzt, warum die Sozialdemokratie so lange geschwiegen habe, wurde die Versammlung, die auf die bevorstehende Gemeindevahl guten Einfluß ausüben wird, geschlossen.

### Potsdam.

Ein Automobilunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Leipziger Straße. Ein aus der Richtung Wilmersdorf kommendes Automobil wollte den auf seinem Wege fahrenden 30 Jahre alten Maurer Friedrich Moritz aus Caputh überholen, fuhr dabei den Radler an und überfuhr ihn. Er wurde mittels Krankenwagens in das städtische Krankenhaus gebracht, wo man ihn sofort mit Röntgenstrahlen untersuchte. Bis jetzt haben sich keine schweren Verletzungen herausgestellt. Der Automobilist nahm aber kurz nach der Resolution die Gelegenheit wahr und verduftete schleunigst, ohne sich um den Verletzten zu kümmern.

### Jugendveranstaltungen.

**Charlottenburg.** Die freie Jugendorganisation HAN am heutigen Sonntag nachmittag 3 Uhr im Volksklub, Köpenickerstraße 3, ihre Mitgliederversammlung ab. Um 4 Uhr spricht Nathilde Wurm über das Thema: „Zur Geschichte des Handwerks“. Nach der Versammlung werden den 12 Uhr abends Zimmer- und Gesellschaftsspiele veranstaltet. Am den Dienstag- und Freitag-Abenden treffen sich die Jugendlichen zur geistlichen Zusammenkunft und zu Zimmerspielen ebenfalls im Volksklub. In diesem Sinne stehen circa 40 Spiele zur Verfügung. Die Jugendorganisation betrachtet als ihre Hauptaufgabe die Verbreitung des Jugendklubs. Daß sie dabei nicht müde werden ist, beweist der Auspruch des sog. Gewerbeinspektors für Berlin W., daß die Charlottenburger Jugendorganisation seit Jahren die einzige ist unter den vielen Jugendvereinen, die Angelegenheiten erhebt. Soll der praktische Jugendklub weiter so energisch betrieben werden, so ist dabei die tätige Mithilfe der erwachsenen Arbeiterschaft notwendig. Es wird deshalb gebeten, zweckdienliche Angaben dem Vorsitzenden Paul Schiller, Potsdamer Straße 35, mitzuteilen.

**Lichtenberg-Friedrichshof.** Am Mittwoch, den 23. d. Mts., abends 6/8 Uhr, findet im Lokal von Friedl, Wilmersdorf, ein gefälliger Abend des Jugendklubauschusses statt. Die Jugend wird ersucht, sich zahlreich zu beteiligen.

**Voghagen-Kummelsburg.** Der Jugendklub veranstaltet am Sonntag, den 27. Februar (nicht 26. Februar), abends 6 Uhr, einen Unterhaltungsabend im „Lafé Bellevue“ (Zempel), Hauptstr. 2. Vortrag des Arbeitssekretärs Herrn Hermann Müller über: „Amerikanische Reiseindrücke“, Demonstrationen, Aufführungen des Mundharmonika-Vereins „Oren 1908“.

Die Mitglieder des Niederbarnimer Wahlvereins und deren Angehörige sind freundlich eingeladen.

Das Jugendheim ist von jetzt ab ansatz Sonntags, Freitag geöffnet. Die übrigen Tage: Montag, Mittwoch und Donnerstag bleiben wie bisher. Geöffnet Wochentags von 7—10 Uhr, Sonntags von 4—10 Uhr.

**Nieder-Schönhausen.** Am heutigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, findet bei Radler, Kaiser-Wilhelmstr. 10, eine Versammlung statt. Vortrag des Kollegen Galt über: „Verschiedene Buchdruckarten“. Nach demselben gemütliches Beisammeln.

**Reinickendorf-Weiß.** Am heutigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, veranstaltet der Jugendklub im Lokal von Rombard, Scharnweber- und Ede Schillingstraße eine Versammlung für alle Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Vortrag des Herrn Dr. Max Schütte. Die Genossen werden gebeten, für zahlreiches Erscheinen ihrer Eltern und Älteren Sorge zu tragen.

Blinde Justiz.

In der Nacht vom 4. zum 5. Juli v. J. wurde in Schmidthorst im Kreise Ruhrtort der Arbeiter West im total betrunkenen Zustande auf dem Trottoir liegend von dem Polizeiergeanten Pasch aufgefunden. Dieser nahm den Betrunknen, nachdem er ihn soweit ermuntert, trotz Sträubens mit zur Polizeiwache. Im Innern der Wache soll der Betrunkene nun plötzlich so kräftig gewesen sein, daß er einen noch mit anwesenden anderen Polizeibeamten, Dünbösel, gefaßt und gegen die Wand geschleudert haben soll, wenigstens behaupten das die beiden Polizisten. Anstatt nun aber — immer nach den Polizeieiden annehmend, die Sache verhält sich so — den Betrunknen zu seiner eigenen Sicherheit in eine Zelle unterzubringen, wo er seinen Rausch ausschlagen konnte, mußte der Polizist Dünbösel anscheinend nichts Besseres zu tun, als den Säbel zu ziehen, womit er dem Betrunknen derart über den Schädel schlug, daß er zusammenbrach. Der niedergebogene Arbeiter hatte einen Schädelbruch erlitten und mußte von der Polizeiwache ins Krankenhaus geschafft werden, wo er mehrere Monate an den Folgen dieser schweren Verletzung daniederlag. Auch jetzt leidet der Mann noch an den Folgen dieses polizeilichen Säbelhiebes und wird voraussichtlich dauernd geschädigt sein! Um nun aber das Maß des unglücklichen Opfers des Polizeijäbels voll zu machen, wurde auch noch Anklage wegen „Widerstandes“ und Körperverletzung erhoben. Um Irrtum zu vermeiden, sei ausdrücklich betont, daß sich diese Anklage nicht gegen den Polizeibeamten Dünbösel richtete, sondern gegen den auf der Polizeiwache zum Krüppel gehauenen Arbeiter West. Am richtig: das Opfer des Polizeijäbels wurde am Mittwoch vom Schöffengericht in D. Ruhrtort auch noch zu zwei Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt, weil es sich der Staatsgewalt „widerseyt“ und der „Körperverletzung“ schuldig gemacht haben soll.

Vor einigen Jahren ordnete der preussische Justizminister an, die Göttin der Gerechtigkeit solle fortan ohne Binde dargestellt werden. Wäre es nicht zweckmäßiger, den Richtern die Binde zu nehmen, die ihnen die Wahrheit verbüllt?

Verfälschung des Schutzes des § 193 des Strafgesetzbuchs.

Der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“, Genosse Wagener, war vom Schöffengericht wegen Verleumdung einer Rechnungsbuchhaltung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Dem Angeklagten war der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) mit Recht zugestanden worden. Die Strafkammer in Bochum verwarf die Berufung unter Verfolgung des Schutzes des angeführten Paragraphen mit folgender Begründung: „Wäre Wagener Bergarbeiter auf solche Eintracht-Tiefbau, so würde ihm zweifellos der Schutz des § 193 zugestanden werden müssen. Das Recht auf diesen könne er aber nicht herleiten aus seiner Eigenschaft als Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ und als Mitglied des Verbandsvorstandes. Als solcher habe er lediglich die Interessen des Verbandes zu vertreten. Hier handele es sich aber nicht um Verbandsinteressen, sondern lediglich um einzelne Vergleute. Anderenfalls gerats man bei der Zuhilfenahme des § 193 ins Uferlose. Nun vertritt das Blatt zwar Bergarbeiterinteressen, wenn es sich gegen Ausnutzung der Vergleute wendet; aber bei dem Angeklagten läge das subjektive Interesse nicht vor.“

Diesem Urteil steht selbst die Praxis des Reichsgerichts und des Kammergerichts entgegen, die ständig angenommen hat und auf Grund des § 193 des Strafgesetzbuchs annehmen mußte, daß eine Gewerkschaftszeitung berechtigter Interessen auch dann wahrnimmt, wenn es sich um Wahrnehmung von Interessen der Verbandesgenossen handelt.

40 000 M. unterschlagen.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich der Buchhalter Franz Korgenevski wegen Veruntreuungen in Höhe von circa 40 000 M., der Buchhalter Karl Prosig wegen Begünstigung zu verantworten. Der Angeklagte Korgenevski war seit dem Jahre 1902 in dem Wutter-Engros-Geschäft von Gebrüder Ladewig angestellt und erfreute sich eines großen Vertrauens seitens seiner Chefs. Ein inzwihsen durch Selbstmord verstorbenen Buchhalter Koch war seit 21 Jahren in demselben Geschäft tätig, auch der Mitangeklagte Prosig war dort Buchhalter. In den Büchern waren

zur Verbedung der Unterschlagungen viele Beträge willkürlich eingetragen worden, für die keine Belege vorhanden waren. Die falschen Buchungen konnten nur durch ein Zusammenwirken des Korgenevski und des Koch zustande gekommen sein. Letzterer zog es vor, durch Selbstmord der irdischen Gerechtigkeit sich zu entziehen. Korgenevski wurde am 8. November vorigen Jahres in Untersuchungshaft genommen. Er bestritt und bestritt jede Schuld und suchte die Fehlbeträge auf die Schuld des toten Koch zu schieben und damit zu erklären, daß zu der Kasse, aus der die Forderungen bezahlt wurden, verschiedene Personen freien Zutritt gehabt hätten. Belastend für ihn ist, daß er nachgewiesenermaßen in den letzten zwei Jahren viele Tausend Mark weggegeben hat, um Gesellschafter bei zwei Geschäften zu werden und daß er seiner Schwägerin nicht nur kostbare Pretiosen geschenkt, sondern auch deren längeren Aufenthalt in einem Sanatorium bezahlt hat. Er behauptete, daß er diese Gelder durch vorteilhafte Vermittlungsgeschäfte erworben habe, weigert sich aber, die Geschäfte, für die er tätig gewesen sein will, zu nennen. Der Angeklagte Prosig wies jeden Verdacht eines strafbaren Verhaltens seinerseits weit von sich. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung des Korgenevski zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft und Freisprechung des Angeklagten Prosig.

Unterschlagungen in Höhe von 22 000 M.

hatte sich der Bureauvorsteher Reinhold Schüttemann zuschulden kommen lassen, gegen den gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Dertel wegen schwerer Urkundenfälschung und Vernichtung, Betruges und Unterschlagung zu verhandeln hatte. — Der aus der Untersuchungshaft befreite Angeklagte war seit dem Jahre 1896 bei der Tiefbau-Firma Schneider u. Co. angestellt gewesen. Da er sehr fleißig und tüchtig war, rückte er mit der Zeit zu der Vertrauensstellung eines Bureauvorstehers empor, in der täglich große Summen durch seine Hände gingen. Wie der Angeklagte vor Gericht behauptete, sei er durch die langwierige Krankheit seines 17jährigen Sohnes, der wie er selbst lungenkrank sei, in Schulden geraten und habe sich deshalb im Jahre 1902 das erstmalig verleiten lassen, einen Griff in die ihm anvertraute Kasse zu machen. Nachdem er den ersten Schritt auf dieser Bahn getan hatte, hat er die Unterschlagungen dann mit immer größer werdenden Summen fortgesetzt und, um die Defraudationen zu verdecken, Briefe vernichtet und die Kontoauszüge gefälscht. Vor Gericht behauptete der Angeklagte, nachdem er früher in vollem Umfang geständig gewesen war, daß er von dem inzwischen verstorbenen früheren Geschäftsführer der Firma zu den Veruntreuungen angestiftet worden sei, dieser habe sogar den Löwenanteil erhalten. Das Urteil lautete auf 2 1/2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Eine Liebestragödie

beschäftigte gestern wieder einmal das Strafgericht. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I mußte sich der 23jährige Steinmetz Reinhold Markus wegen verführten Nordes, begangen an seiner Geliebten, der 19jährigen Stepperrin Frieda Höpner, verantworten. — Der Angeklagte lernte vor einiger Zeit in Strausberg die damals 17jährige Frieda H. kennen. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches jedoch von den Eltern des jungen Mädchens nicht gebilligt wurde, obwohl ihnen der Angeklagte erklärte, daß er die Absicht habe, das Mädchen in einigen Jahren zu heiraten. Die H. jagte sich von ihrem Geliebten los, dieser ließ sie aber trotzdem nicht aus den Augen und verfolgte sie auf Schritt und Tritt. Bei einem Rendezvous zog Markus plötzlich einen Revolver hervor und drohte, die H. zu erschießen, wenn sie von ihm gehen würde. Das aufs höchste erschreckte Mädchen fiel auf die Knie und bat ihren Geliebten weinend um ihr Leben. Der Angeklagte äußerte seinerzeit darauf: „Wenn Du mich wirklich lieb hättest, so würdest Du sagen: Schieße!“ — Nach dieser Szene wurde dem Angeklagten von den Eltern des Mädchens für die Zukunft das Haus verboten. Trotzdem aber gab er es nicht auf, sich der H. weiter zu nähern. Als er schließlich sah, daß alle Versuche vergebens waren, schloß er nach seiner Behauptung den Entschluß, erst die H. und dann sich selbst zu erschießen. — Am 27. November vorigen Jahres erschien er vor der Wohnung der Eltern der H. in der Allensteiner Straße. Es wurde ihm kein Einlaß gewährt und erst als er himmelhoch bei, das Mädchen nur zehn Minuten unter vier Augen sprechen zu können, wurde ihm dies gestattet. Als sich die H. auch jetzt noch ablehnend verhielt und erklärte, daß sie ihren Eltern folgen werde, zog Markus einen Revolver hervor und gab auf das Mädchen einen Schuß ab. Während die H. mit dem Rufe: „Ich bin getroffen!“ davon stürzte, jagte sich der Angeklagte eine Angel in die Schläfe. Er mußte in lebensgefährlich verletztem Zustande nach dem Krankenhaus geschafft werden. Die H. hatte nur eine geringfügige Verletzung am Unterleibe erlitten. — Die Geschworenen bejahten nur die Schuldfrage nach verführtem Totschlag, verneinten jedoch die Frage nach milderen Umständen. Der Staatsanwalt beantragte eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren. Das Urteil lautete auf 2 Jahre Zuchthaus.

Rad-So.

In einer Kurpfuscherangelegenheit, die die ärztlichen Kreise lebhaft interessierte, hat gestern die 20. Zivilkammer des Landgerichts II dem Geburtshelfer der Königin von Holland, Professor Dr. Kauer in Utrecht ihre Hilfe gewährt. Dr. Kauer hat die Entbindung der Königin Wilhelmine von Holland, deren Leibarzt er ist, geleitet. Kurze Zeit vor der Geburt der kleinen Prinzessin wurde ihm im königlichen Palais von Herrn Voltrath Wasmuth in Hamburg eine Kiste mit einem Geheimmittel „Rad-So“ mit der Bitte zugesandt, es der Königin darzureichen, „da es alle Gefahren von Geburt und Wochenbett fortzujagen würde. Prof. Dr. K. antwortete nicht darauf und ließ die Kisten und Dosen wegwerfen. Am 4. Dezember vorigen Jahres schrieb Herr Wasmuth an Professor Dr. K. und bat um ein Gutachten über das „Rad-So“, da er annahme, daß das Mittel bei der Königin angewendet worden sei und zu dem vorzüglichen Verlauf der Entbindung beigetragen habe. Als darauf keine Antwort erfolgte, verbreitete die Firma „Dr. Heys Rad-So-Verband Hamburg“ einen marktpräparierten Prospekt, welcher auf der ersten Seite ein großes Bild der Königin von Holland mit der Unterschrift „Hollands Hoffnungen in Erfüllung“. Dann wird weiter erzählt, daß am Prof. Dr. Kauer das Mittel „Rad-So“ geschickt worden sei, die Sendung sei angenommen worden. Außerdem steht im Fettdruck unterstrichen, daß die Firma „den glücklichen, leichten und fast schmerzlosen Verlauf der Geburt sowie das Wohlbefinden und das blühende Aussehen der Königin ohne Zweifel auf den Gebrauch von Rad-So zurückführt.“ — Vor diesem Rad-So ist nun schon mehrfach von ärztlicher Seite gewarnt worden. Nach einer Feststellung des hiesigen Ortsgesundheitsamtes hatte das Mittel, wie in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ zu lesen, folgende Zusammensetzung: „Zusatzmasse in Gärung begriffen, fäulnis, schimmelnd und aus Tamarindenbrot bestehend, welchem Samenpulver, Fruchtsäuren, Delfamen, Leinsamen und Zucker beigemischt waren.“ — Professor Dr. Kauer hält es für eine Beleidigung, wenn von ihm behauptet wird, er habe ein solches Mittel angewendet. Er hat deshalb durch den Rechtsanwalt Dr. Reinemann und Koch eine Privatklage gegen den Kaufmann Voltrath Wasmuth in Hamburg, Inhaber der Firma „Dr. Heys Rad-So“ angestrengt und ferner beim Landgericht Berlin II den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragt, durch die die weitere Verbreitung jener, den in höchster Stellung befindlichen, wissenschaftlich sehr angesehenen Professor Dr. Kauer beleidigenden Behauptung unterlagt werden soll. Das Landgericht Berlin II ist hierfür zuständig, weil das fragliche Blatt auch im Bezirk dieses Gerichts verbreitet sein soll. Das Landgericht erließ denn auch eine einstweilige Verfügung, durch die die weitere Verbreitung des Flugblattes bei einer Strafe von 300 M. für jeden Zuwiderhandlungsfall unterlagt wird. Gegen diese einstweilige Verfügung legten Justizrat Dr. Schneider und Rechtsanwalt Jablonksi namens des Beklagten Beschwerde ein. Die einstweilige Verfügung ist jedoch jetzt nach stattgefundenem mündlicher Verhandlung befristet worden.

Schul- u. Schulleuten.

Prenzlau, 19. Februar. (Privattelegr. d. Vort.) Der Polizeikommissar Wille aus Wittenberge hat sich heute zum zweiten Male binnen kurzem vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts wegen Verbrechen und Vergehens im Amte zu verantworten. Angeklagt war ferner der Polizeiwachmeister Jänide. Beiden wurde Körperverletzung, Mäßigung und Entwertung eines Geschäftsbüchses zur Last gelegt. Die Beschuldigten sollen bei Vernehmung von inhaftierten Personen pflichtwidrig vorgegangen sein. Nach der stundenlangen Weisenaufnahme beantragte der Staatsanwalt gegen den Polizeiwachmeister Jänide ein Jahr Zuchthaus und gegen den Polizeikommissar Wille 3 Wochen Gefängnis. Das Gericht verurteilte nur den Angeklagten Jänide und zwar zu der niedrigen Strafe von 100 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis, während der Kommissar Wille freigesprochen wurde.

Wasserstands-Nachrichten

Table with 4 columns: Wasserstand, am 18. 2., 17. 2., am 18. 2., 17. 2. and rows for various locations like Remel, Türl, Fregel, Jüterburg, Weichsel, Thorn, Ober-Rasthor, Krosen, Frankfurt, Witte, Schrimm, Landberg, Nege, Borsdamm, Elbe, Litzmer, Dresden, Harde, Magdeburg.

+) bedeutet Sturz, - Fall, - \*) Untersee, - \*) Eisland, - \*) Eisbewegung, \*) Eisfrei.

Tausende

aller Gesellschaftsklassen bevorzugen Leiser-Stiefel wegen ihrer stadtbekanntenen Preiswürdigkeit und auserlesenen Formen

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit:

- Roßleder-Kinderstiefel bequeme breite Form, kräftige Strapslerstiefel Gr. 27/30 Gr. 31/35 für Knaben Gr. 36/40 3.25 3.75 4.90
Damen-Schnürstiefel neue elegante amerikanische Form, mit Lackkappen 5.95
Herren-Schnürstiefel Roß-Boxleder, moderne Form, garantiert dauerhaft 6.90

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste Herren- u. Damenstiefel

8.90 10.50 12.50

Neue Verkaufsstelle: Rixdorf Bergstraße 7-8

- Leipziger Str. 65 Oranienstr. 47a
Königstr. 34
Oranienstr. 34 Müllerstr. 3a



Einsegnungsstiefel

Ballschuh-Neuheiten

in allen Preislagen

Leiser Schuhhaus größten Stils



MARKE CONDOR

# Turmhoch erhaben

über die allgemein in den Handel kommenden Schuhwaren

ist die Qualität und Preiswürdigkeit

unserer durch die Marke „Condor“ geschützten Erzeugnisse.

Was wir in Damen- und Herrenstiefeln in den Preislagen von

**7<sup>50</sup> = 8<sup>50</sup> = 10<sup>50</sup> = 12<sup>50</sup> = 14<sup>50</sup> = 16<sup>50</sup>**

bieten, ist das Produkt

der überlegensten Fabrikationsmethoden  
des denkbar günstigsten Einkaufs aller Rohmaterialien für unseren Riesenverbrauch  
der ständigen Fühlungnahme mit den Wünschen der Konsumenten und  
des direkten Verkaufs nur durch unsere eigenen Filialen — ohne Zwischenhändler.

Niemand wendet sich anderen Fabrikaten zu, der einmal die unsrigen probierte.

Condor-Patent-Schnürstiefel — ohne zu schnüren **10.50 13.50 16.50**

D.R.P. 174 200 • Praktisch, bequem und vornehm.

# CONRAD TACK & CIE.

Schuhfabrik Burg b. Magdeburg

Erstes Unternehmen der Schuhbranche auf dem Kontinent!

Größte Leistungsfähigkeit durch direkten Verkauf!

120 eigene Filialen, davon in Berlin und Umgegend:

C., Spittelmarkt 15 (im Teilhaus)  
C., Rosenthaler Straße 14  
W., Potsdamer Straße 50  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 10881  
W., Schillstr. 16 Fernspr.: Amt VI, 10831  
NW., Turmstr. 41 Fernspr.: Amt II, 7820  
Ecke Oldenburger Straße  
NW., Wilsnacker Straße 22

NW., Beusselstraße 29  
N., Friedrichstraße 127, schräg gegen-  
über der Oranienburger Straße  
N., Müllerstraße 3  
N., Reinickendorfer Straße 23,  
gegenüber der Plantagenstraße  
N., Brunnenstraße **nur** 37  
N., Danziger Straße 1

O., Andreasstraße **nur** 50  
O., Frankfurter Allee 125  
SO., Oranienstraße 32  
zwischen Oranienplatz u. Adalbertstr.  
SO., Oranienstraße 2a  
unmittelb. a. d. Hochbahnstat. Oranienstr.  
SO., Wrangelstraße 49  
SW., Friedrichstraße 240—241  
am Halleschen Tor

Charlottenburg: nur Wilmsdorfer  
Straße 122—123  
Fernsprecher: Amt Oh, Nr. 14830  
Rixdorf: Bergstraße 30—31  
Potsdam: Brandenburger Straße 54

## Beinkranke

Dr. Strahl's Ambulatorium  
G. m. b. H.

Operationslose Behand-  
lung ohne Berufstörung  
Sprechzeit: 10—12 und  
3—5 Uhr,  
Sonntags nur Vorm.  
Prosp. gratis!

Berlin  
N 24

Frack-Verleih-Institut:  
Friedrichstr. 118/1, a. D. r. d. g.  
Tor. Flieg. Rad. Webz. d.  
1.50, 2.00, 1.00, 2.00, 3.00

## Garten- städte:

- R. 20 M. an  
in Biedorf, Stadtbahn
- R. 15 M. an  
Seefeld, am Bahnhof
- R. 15 M. an  
Bahnhof, Sadowa, Bied-  
dorf, Kaulsdorf, Süd.
- R. 12 M. an  
Kaulsdorf, am Bahnhof
- R. 4 M. an  
in Peteröden, D. d. B.

Kleinste Anzahlung.  
Bequemste Abzahlung.

Verkaufsstellen an  
den Bahnhöfen.

Niesskafke & Wische  
BERLIN,  
Neue Königstraße 16.  
Amt VII 6376.



# Urbibin

Bester Schuh-Putz

In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

## Grosse Betten Ober- u. Unterbett Mk. 11.75

16.—, 16.50, 19.50; 1 1/2 schliff, 14.75, 19.—, 19.50; in echtrot, dicht Daunenkörper 22.50,  
25.50, hochfein mit Halbdunen 22 1/2 Pf. schwer 29.50, mit Dunen 34.50, 39.50 etc.  
Federn dopp. gereinigt neu von 50 Pf., Halbdunen von 1.20, Dunen von 2.40 gegen  
Nachw. Nicht gefallend, Geld zurück. Liste frei. Bettfabrik Horn, Eberle, Cassel 57

## ! Das Grundübel vieler Krankheiten

liegt im unreinen Blut und der mangelhaften Funktion der  
Ausscheidungsorgane, daher reinigt und erneuert man das  
Blut von Grund aus mit

## Wachholder-Extrakt „Medico“

Ein altes, reelles Naturmittel, mit nachweislich glänzenden Er-  
folgen bewährt, besonders bei Rheumatismus, Nephros, Gämor-  
rhoiden, monatl. Störungen und Beschwerden, Leiden der  
Wechseljahre, Mogenschwäche, Infarkten, chron. Husten-  
leiden, Asthma etc., wirkt schmerzlos auf Brust und Lunge,  
regt Appetit und Verdauung an, ist sehr erfolgreich bei Er-  
kältungen, ferner bei Harn- und Blasenleiden, da speziell harn-  
treibend, und dient hauptsächlich zur gründlichen Blutreinigung.  
Unübertroffen in seiner vielseitigen u. wohltätigen großen Wirkungs-  
kraft auf alle Organe ist er gleichsam

ein Filter für den ganzen inneren Menschen.

Niemals ausgetrocknet, garantiert echt und frisch nur in Original-  
packungen a 20, 1.50 u. 2.50 (Probst, 0.75) zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin SO. 43 P. - Buchhändler  
Südenstr. 4, IV 4751, 4752, 4753.

Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, Zusendung  
hier frei Haus.

Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls  
andere Fälschungen.

## Kronleuchter-Fabrik.

Größte Auswahl.

Verkauf zu billigsten  
Fabrikpreisen a. Private.

— Musterbuch —  
n. Außerhalb franko.

Auf Wunsch kulante  
Zahlungsbedingungen  
ohne Preiserhöhung.

Siegel & Co.,  
Prinzenstraße 33.

Beste Bezugsquelle  
Auf Teilzahlung

Wochentl. nur 1 Mark  
Hörner- und  
Damenohren,  
Hörner, Wand-  
und Stand-  
uhren, Gram-  
mophone,  
Zithern und  
andere  
Musikwaren.

Jahre & König,  
Warschauer Str. 68,  
Reinickendorfer Str. 101,  
Göbenstr. 19 und  
Frankfurter Chaussee 121  
(Laden).

# „Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185 Zwischen Rosenthaler  
Tor u. Invalidenstr.

Gegr. 1. Februar 1906 v. organisiert Schneidergewerkschaften Berlins.

Empfehlen sich allen Arbeitern, Parteigenossen

und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Winter-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fantl-Westen

in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in

eigenen Betriebswerkstätten unter den von

unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 100/11

der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,

des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des

Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für

eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem

anderen Geschäft zu haben sind.

## Bettfedern Gustav Lustig

Fabrik  
mit elektr.  
Betriebe

Berlin S. 399,  
Prinzenstr. 46/47

verfendet gegen Nachnahme garantiert neu, gut füllende Bettfedern pro  
Pfund Mk. 0.50, 1.00, 1.50; prima Halbdaunen Mk. 1.75; Gänseschwefel  
Mk. 2.—, 2.50; prima weiße Gänschuldaunen Mk. 2.—, 2.50. — Dunen  
Mk. 2.50, 3.00, 3.—, 3.50, 4.—.

Chinesische Monopoldaunen das Pf. Mk. 2.25.

Russische Matadoraunen gefüllt, das Pf. Mk. 3.50.

Son. Dunen genügen 2-4 Pfund zum großen Coorbett. Gäns-  
federn (zum Reiten) Mk. 0.60; Oberbrucker Gänseschwefel mit  
Dunen Mk. 1.50, Schleißfedern Mk. 1.50, 2.—, 2.50, 3.—, 3.50, 4.50, 6.—.

Grosse Betten 12 Mark (Coorbett, Unterbett u. 2 Kissen)

Bettfedern; bessere Betten Mk. 15.—, 19.—, 24.—; 1/2 schliffige Betten  
Mk. 15.—, 20.—, 23.50, 28.—, 38.—. Weben und Preisliste gratis. Austausch  
oder Rücksendung gestattet. Verpackung kostenfrei.

Sechsjähriger Umsatz 2346 Tausend Bettfedern, von  
welchem zweiten Drittel u. Bettfederngeschäft erzielt.





Aus der Partei.

Eine tendenziöse Berichterstattung.

Die „Dresdner Volkszeitung“ druckt die Erklärung Heines aus dem „Vorwärts“ ab, verschweigt ihren Lesern aber, was der „Vorwärts“ auf die Beschwerden, die Heine wider das Verfahren des „Vorwärts“ erhoben hat, erwiderte.

Ein seltsamer Fall.

Während der letzten badischen Landtagswahlen hatte der Polizeidiener Ahele von Pichenu bei Bruchsal zwei sozialdemokratische Wähler, die an die Häuserpforten angelockt haben, in Zwickelkloster überfallen und mit der Peitsche durchgehauen. Das Schöffengericht in Bruchsal verurteilte diesen Polizeidiener zu 30 Mark Geldstrafe und zur Zahlung einer Entschädigung von 10 Mark an einen der Geschädigten.

In Preußen wären die Verhauenen angeklagt worden.

Aus Industrie und Handel.

Preisrückgang.

Die Spirituszentrale macht sich wieder mal durch eine Preisrückgang bemerkbar. Der Heoliter prompte Lieferung kostet jetzt 46,80 M. gegen 46 M. bisher.

Der Preis für den nächsten Monat hat ebenfalls eine Steigerung um 80 Pf. auf 48,60 M. erfahren. Lieferungsware bis Mai kostet jetzt 46,90 M. (bisher 45,80) und bis September 47,70 M. (bisher 47,50 M.)

Sam Zuckermarkt.

Allem Anschein nach steht auch der Zuckermarkt im Zeichen ungewöhnlicher Preissteigerung.

Die nachstehende Tabelle bietet einen Vergleich zwischen den Terminpreisen, wie sie augenblicklich bestehen, und denen der vier Vorjahre. Es notierten Geldkurie Magdeburger Rogiz von Hamburg in Mark für 50 Kilogramm):

	Februar	März	Mai	August	Okt.-Dez.
1910	13,27 1/2	13,30	13,42 1/2	13,62 1/2	11,25
1909	10,05	10,05	10,20	10,85	9,62 1/2
1908	9,85	9,90	10,07 1/2	10,22 1/2	9,42 1/2
1907	8,90	8,90	9,05	9,15	9,12 1/2
1906	8,—	8,02 1/2	8,10	8,20	8,20

Die Raffinerien rechnen darauf, daß eine im Sommer eintretende Knappheit in Raffinaden für die Handhabe zu weiteren erheblichen Preissteigerungen geben wird.

Technische Revolutionen in der Textilindustrie.

Der Spinnerei- und Webereidirektor Köchlin in Steinen bei Böttingen (Baden) hat eine Erfindung gemacht, mittels der ein einziger Weber 48 Webstühle bedienen kann. Zur Seite stehen ihm nur

zwei Mädchen als Hilfskräfte, die von Stuhl zu Stuhl gehen, um die Magazine zu füllen. Der Weber selbst hat lediglich gerissene Fäden wieder zu knüpfen, einen etwa stehengebliebenen Webstuhl wieder in Gang zu bringen, Webfehler zu verhindern usw. Die Spinnerei und Weberei A. u. C. Steinen erhält wegen des neuen Webstuhls täglich Bestellungen aus aller Welt. Und innerhalb 4 Wochen sollen bei der Maschinenfabrik Kuti (Schweiz), die den Webstuhl herstellt, 30.000 Webstühle bestellt worden sein. Der neue Webereiautomat macht fünf Sechstel der Arbeiter überflüssig und da er auch in der Nacht in Betrieb gehalten werden kann, noch weitere Weber entbehrlich.

Eine nicht minder umstürzende Erfindung hat die Poggendorf'sche Maschinenfabrik K. u. G. in Plauen gemacht, der auf dem Fuße mit ähnlichen Neuerungen die Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz, die Maschinenfabrik Saurer und die Stidereiabril Heine u. Cie., beide in Arbon (Schweiz) gefolgt sind. Betroffen davon wird die Stidereiindustrie, die bekanntlich in Sachsen, Vorpommern und in der Schweiz ihren Hauptsitz hat. Die Plauensche Erfindung besteht in einem Stidautomaten, der einfach den geleerten Stid überflüssig macht, indem er nach den Bestimmungen einer für jedes einzelne Muster besonders hergestellten Jacquardkarte die Stidmaschine anstelle des Stidlers führt. Da er nur mit Ruhen für die Herstellung großer Quantitäten vom gleichen Muster angewandt werden kann, wird er nur in Großbetrieben aufgestellt werden, was übrigens auch schon der hohe Preis bedingt. Den kleineren Betrieben Jacquardmuster von Automaten zu liefern, wird von den Fabrikanten und Lieferanten den Automatenbesitzern vertragsmäßig untersagt. Ebenso werden die Arbeiter für die Dauer von 1. 1/2 und 2 Jahren bei Konventionalstrafen von 250 Frank bis zu einem Jahreslohn verpflichtet, nicht in eine andere Stidereiabril überzutreten. Die Automatenbesitzer ihrerseits dürfen keine Arbeiter und Anstellungen aus anderen Stidereiabril mit anderen Automaten einstellen bei Strafe von 1000 Frank für jeden Arbeiter und 10.000 Frank für jeden Beamten und zwar während der Zeit von 6 Monaten bezw. 1 Jahr.

Diese kapitalistische Gewalttätigkeit, vom brutalen Profitinteresse diktiert, dürfte jedoch nicht von langer Dauer sein, da die Arboner Maschinenfabrik Saurer ihre einfacher konstruierten und jedenfalls auch billigeren Automaten auf den offenen Markt bringen und jedermann zugänglich machen will.

Eine weitere Neuerung bezieht sich auf den elektrischen Betrieb der Handstidmaschine, deren Tagesleistung dadurch von 2100 bis 2200 Stiche auf 3500 und mehr erhöht wird. Dazu kommt die Kuppelung zweier Maschinen, während heute der Handstidler immer nur mit einer solchen arbeitet. Die gekuppelten zwei Maschinen erreichen eine Tagesleistung von 7000 bis 8000 Stiche, fast die vierfache des Handstidlers von heute.

Eine neue Schiffstidmaschine hat die Rorschacher Maschinenfabrik von Anshütz, Lewin u. Cie. konstruiert und schließlich ist noch die neue Ausschneidemaschine zu erwähnen, die Tausende von Heimarbeitern überflüssig macht.

Alle diese technischen Neuerungen bedeuten eine tiefgreifende Revolutionierung der gesamten Stidereiindustrie, die allein für die 100.000 Personen (wovon 25.000 Heimarbeiter), die sie in der Schweiz beschäftigt, von den ruinösesten Folgen begleitet sein wird. „Die Produktionsmittel dem arbeitenden Volke!“, diese Forderung wird mit jedem Tage mehr zu einer brennenden Lebensfrage der Massen.

Aus der Frauenbewegung.

Eine Arbeitgeberorganisation der Hausfrauen.

In Stockholm haben die Hausfrauen, oder vielmehr Damen, die Dienstboten halten, einen Verein gegründet, der der Stellenvermittlung dienen soll, aber vor allem auch den Zweck hat, die Dienstbotenorganisation zu bekämpfen und der Ausbreitung der sozialistischen Ideen unter den Dienstmädchen entgegenzuwirken. Nebenbei spielen sich die Damen sehr human auf und behaupten, daß sie die Interessen der Dienstmädchen wahrnehmen wollen. In letzter Zeit haben sie sich vor allem um die „Verbesserung“ der Abgangszugnisse bemüht und ein Musterformular dazu ausgearbeitet. Die Damen hatten es als einen schweren Hebelstand empfunden, daß in den Zeugnissen nur so im allgemeinen von „fleiß“, „gutem Betragen“ usw. die Rede war, so daß man nicht den Grad der guten Eigenschaften des Mädchens daraus erkennen konnte. Dem soll nun abgeholfen werden. Die neuen Musterzeugnisse sollen im einzelnen über die Fähigkeiten des Mädchens in den verschiedenen Zweigen der hauswirtschaftlichen Arbeit wie natürlich auch über das Betragen genau Auskunft geben und gleich Schulzeugnisse die Eigenschaften nach einer Stufenleiter: sehr gut, gut, mittelmäßig, ungenügend usw. beurteilen. Die organisierten Dienstmädchen meinen, daß es vielleicht nicht minder angebracht wäre, Zeugnisse über das Verhalten der Hausfrauen einzuführen.

Abgesehen von jener Damenverein durch seine Stellenvermittlung, gerade so wie andere Arbeitgeberorganisationen, danach, die Löhne zu drücken. Keulich kam eine junge Hausfrau auf das Stellenvermittlungsbureau, um ein Dienstmädchen zu erhalten. Auf die Frage, wieviel sie Lohn „ahle, antwortete sie: „25 Kronen den Monat.“ „Das ist viel zu viel“, sagte darauf die Bureauvorsteherin. „18 bis 20 Kronen sind mehr als genug. Mehr Lohn zu geben, heißt Mohnale Konkurrenz betreiben.“ Die junge Hausfrau dachte anders darüber, verzichtete auf die billigen Arbeitskräfte der Damen und holte sich ein Mädchen von der Dienstbotenorganisation. Einem alten Brauche folgend, erkundigte sie sich bei der früheren Herrschaft nach den Eigenschaften des neuen Dienstmädchens. Sie erhielt die Antwort: „Sie ist sehr tüchtig und fleißig, aber sie ist Sozialistin!“ Die junge Frau ließ sich dadurch freilich nicht abschrecken, das Mädchen einzustellen. Der Vorgang selbst zeigt deutlich, wie die Damen der „besseren“ Gesellschaft tatsächlich schon eine Art Sozialistenhölle gegen die Dienstmädchen betreiben. Sie werden sich aber jedenfalls, ebenso aut wie andere Arbeitgeber, daran gemöhnen müssen, daß die tüchtigsten und fleißigsten Mädchen Sozialistinnen sind.

Verfassungen — Veranstaltungen.

Alt-Bochzen. Montag, den 21. Februar, 8 1/2 Uhr, bei Plume (früher Tempel): Vortragsabend. Genossin Wölm-Schuch spricht über: „Die sexuelle Kastration des Kindes“.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Bückeburg, Zwickau, Krossen, Sommerfeld (Ordnungsverein Berlin). Dienstag, 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Gildhorn, Kopenstr. 47.

Rebensch Kranen- und Sterbefälle Nr. 5, geg. 1795. Heute von 2—7 Uhr: Zahl- und Aufnahme bei Kover, Ellendstraße 14.

BAER SOHN

Spezial-Haus größten Maßstabes für gute Herren- und Knaben-Kleidung  
Chausseestraße 29-30 □ Brückenstraße 11 □ Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Einsegnungs-Anzüge

Reichhaltigste Auswahl in den neuesten Moden und Webarten, Kammgarnen, Satins, Cheviots, Drapés, Foulés, Melton u.s.w. — Nur eigene Erzeugnisse. —

36.— 33.— 30.— 28.— 26.— 24.— 22.— 21.— Mk.  
20.— 18.— 16.— 15.— 14.— 13.— 12.— 11.— Mk.

Der Haupt-Katalog auf Wunsch kostenlos und portofrei.



Zur Einsegnung  
Wäsche, Hüte  
Hosenträger  
Handschuhe  
Krawatten  
zu sehr billigen Preisen



Prüfungs-  
Anzüge  
Solide Webarten  
Moderne Formen  
Nur eig. Erzeugnisse  
Schrpreiswert

Wir müssen räumen

und stellen die Restbestände wegen vorgerückter Saison zu

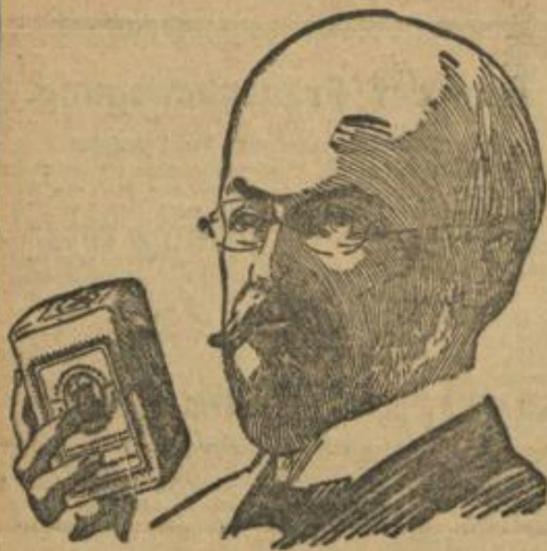
ganz außergewöhnlichen billigen Preisen zum Verkauf.

- Eine Partie Matrosen-Anzüge, blau Kammgarn . . . . . für Knaben von 2—12 Jahren
- Eine Partie Norfolk-Anzüge, modernste Farben . . . . . „ „ 4—14 „
- Eine Partie hochmoderner Nouveautés, schwarz und weiß kariert, „ „ 2—12 „
- Eine Partie Konfirmanden-Anzüge, Ia schwarz Kammgarn, beste Schneiderverarbeitung
- Eine Partie Kieler Matrosenkleider, blau Kammgarn, mit elegantem Ueberkragen für Mädchen von 2—14 Jahren

Der Ausverkauf dauert nur von Montag, den 21. Februar, bis Mittwoch, den 23. Februar.

Versandhaus Bifkum

Bekleidungs-Industrie für Knaben und Mädchen, Berlin C., Königstraße 20/21, neben Gumperts Konditorei, Quergebäude I. Etage.



### Vom Arzt

seit 20 Jahren empfohlen, wird Kathreiners Malzkaffee. Für Kinder, Herzleidende, Nervöse, für alle, die früh und nachmittags etwas Gesundes trinken wollen, hat Kathreiners Malzkaffee sich als bestes Getränk bewährt. Dabei ist er unerreichbar an aromatischem Wohlgeschmack und Preiswürdigkeit. Ein Viertel Paket = 20 Tassen kostet nur 10 Pfg.

Vorlangen Sie ausdrücklich Kathreiners Malzkaffee! Es gibt Nachahmungen!



### Die Täuschung der Hausfrauen

wird durch billige Angebote in sogenannten Bouillon-Würfeln beabachtet. Ohne jede sachmännliche Kenntnis hergestellte, minderwertige Präparate schmecken wie Pilze aus der Erde und werden als erstklassig angepriesen.



### Die Praktische Hausfrau

weiß, daß

### Kronen-Bouillon-Würfel

in Geschmack, Zusammenfassung und Ergiebigkeit an erster Stelle stehen.

Verlangen Sie unbedingt

### Kronen-Würfel.

1 Würfel 5 Pfennig

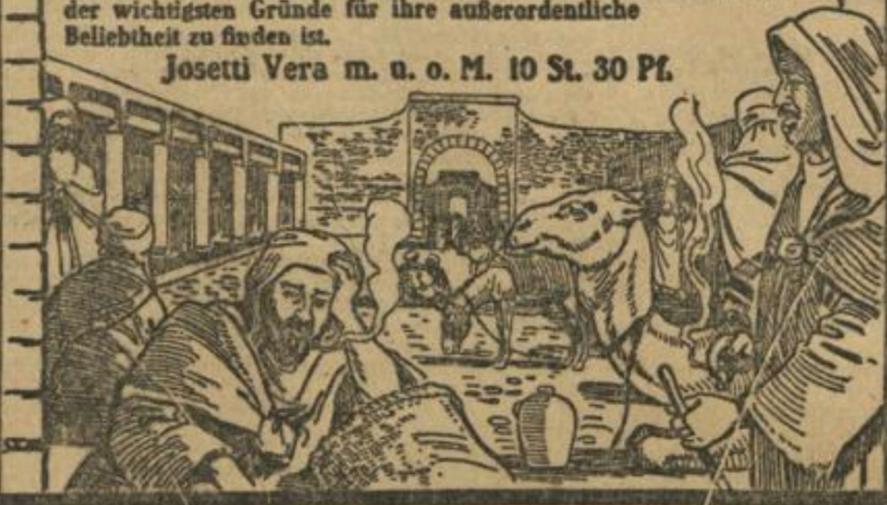
Die weitgehendsten Ansprüche und die verwöhnteste Geschmacksrichtung werden befriedigt durch unsere

## JOSETTI VERA

CIGARETTEN

Wie kaum ein anderes Fabrikat sagen sie auch dem empfindlichsten Raucher zu, weil bei ihrer Herstellung in außerordentlichem Maße auf Erreichung aller derjenigen charakteristischen Eigenschaften Bedacht genommen ist, die ausschließlich Merkmale feinsten Qualität sind und nur bei allerbesten Marken gefunden werden. Diese besitzen sie jedoch so vollkommen und in so hohem Grade, daß hierin einer der wichtigsten Gründe für ihre außerordentliche Beliebtheit zu finden ist.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 St. 30 Pf.



Neu! Angestellte  
mit 100  
ohne Anzahlung Kredit  
3 Monate Kredit  
3 Tage zur Probe.  
Porto Sie Spez. OH

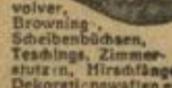
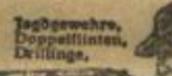
### Vor Anschaffung

eines Musikwerkes neu, fordern man per Postkarte auch unseren illustrierten Hauptkatalog gratis und frei. Gegen bequeme monatliche Teilzahlungen von

# 2 Mark

an jedem der Musikwerke jeder Art, Automaten, Grammophone, alle Saiten- und Blas-Instrumente, Zithern aller Systeme, Harmonikas, fotogr. Apparate, Operngläser, Feldstecher, Schußwaffen, Schreibmaschinen, Reißzeuge, Bücher, künstl. gerahmte Bilder etc.

**Bial & Freund**  
Breslau 304 d



Muster an jedermann franko!

### Seiden-Reste. Die Seiden-Messe

im Seiden-Haus Seiden-Herzog bietet Gelegenheit, die wundervollsten Seiden jeder Art wirklich reell und billig einzukaufen. Viele Hundert Reste Coupons und Abschnitte, darunter schw. Seiden-Plüsch ohne Rücksicht auf die früheren Preise jetzt 1.25, 1.60 p. Mtr. Effektvolle Seiden für Ball-, Braut- u. Gesellschafts-Roben 1.50, 2.25, 2.75 etc. Aparte Blusen- und Jupons-Seiden, Streifen, Karos, Schotten 1.25, 1.50, 1.75 etc. Reinsidene schwarze Damaste, Merveilleux etc. 15.-, 20.-, 30.- p. Robe. Wundervolle doppeltbreite Seiden-Gewebe in allen Lichtfarben 3.50, 4.50 etc. Schwere Damast-Futter-Seiden für Jacketts und Abendmäntel 1.50, 1.75 etc. Aus der Konfektions-Abteilung: Halbfertige Roben 1.50, 10.50, 15.- etc. Viele Hundert schicke seidene Blusen 10.50, 12.50, 15.- etc. Seidene Jupons u. Röcke in allen Preislagen von 10.50, 15.-. 1 Serie wundervolle reichgarnierte Seiden- und Spitzen-Blusen (durch Analoge etwas gelitten), früher bis ca. 30.-, jetzt durchschnittlich 6.-, 10.- zum Ausuchen.

Seiden-Herzog nur: Leipziger Str. 79, am Dönhofsplatz, 1 Treppe

Der Verkauf beginnt Montag 9 Uhr.

Muster-Kupons und Reste für Anzüge, Paletots, Kostüme usw. Enorm billig, Meter 2,00, 3,00, 4,00 Mark. Koch & Seeland, G. m. b. H. Roßstr. 2.

Kredit Monatl. 10 R. Restere eleg. Herrengarderobe u. Roben (billigste Preise) Schneidermeister, Lindenstr. 110. Kasse 10 Proz. Rabatt.

## 40000 Schallplatten

prima Masse, doppelseitig, 25 cm, jedes Stück 85 Pf.

500 erstklassige Apparate neuester Konstruktion

so lange Vorrat reicht, statt 42,- M. 28,- Mark

verkauft bei

H. Weigel Nachf. Adolf Hx, Adalbert-Straße 91,  
Schweizer Musikhaus, Stargarder Straße 67,  
Schulz & Gundlach, Brücken-Straße 10 b.

Nur einmal jährlich

Zum

### Inventurpreis!

Große Posten Smyrna-imit.

## Teppiche

ein farbenprächtiges Gewebe in echt orientalischen Mustern  
90x105 cm M. 4,85 (Wert 6,50)  
130x195 " " 8,25 ( " 11,50)  
160x230 " " 12,75 ( " 17,50)  
200x300 " " 18,00 ( " 24,00)  
250x350 " " 28,75 ( " 36,00)  
300x400 " " 38,00 ( " 48,00)  
Passende Bett- und Pult-Teppiche  
Stück 1,75, 2,25 u. 3,00 Mark.  
Nach auswärts p. Nachnahme.

Teppich-Spezialhaus

## Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Unterhalte nirgends Filialen.

### Inventur-

Extraliste und Katalog enorm billiger Sonderangebote (600 Abb.) gratis u. franko.

Großes Lager

fertiger

Herren- und

Knaben-

Garderoben

Stets reichhaltiges Lager der neuesten Stoffe. Anfertigung nach Maß.

Feste Preise.

Jos. Steinitz

Berlin O.

Andreas-Straße 68

Ecke Langenstraße.

Gegr. 1873

Teleph. Amt 7. 2907.

Berufs-Bekleidungs-

### Neu! Plissee-Brennerei!

Anfertigung von halbfertigen Roben, Hülsen-Stolas, Unterrock-Bolons, Hüfterlich- und Hobbaum-Sweater. Beden werden gefertigt.  
Hugo Schmidt, 7616  
Gefenheide 13 gegenüber d. R. Weill.

### Reste

Damastuche, schwarz u. farbige, Kostümstoffe, neue! Stoffe, Seiden, Sammete, Besätze, Futterstoffe, Plüsch zu Mänteln, Chev-Kammgarne zu Knaben-Anzügen.

### Konfektion:

Paletots, Jacketts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümstücke.  
Zweis Gelegenheitsstücke!  
Paul Karle,  
Dorichauerstr. 18. (\*)



Beste Strickmaschinen mit Schlauchtrieb in allen Größen u. Stärken von 150 Pf. an. Wenig gebrauchte billig. Strümpfe werden neu- und angestrickt. Priebers, Holzmühlstr. 24.

Dratschmühen überall vorrätig

Torpedo-Fahrräder

## TORPEDO

ALLEN VORAN!

Weil-Werke Lill. Rödelheim Frankfurt a.M.

Verbindungen gesucht, wo nicht verbeten.

Generalvertreter für Berlin, Brandenburg und Posen  
Franz Kaiser, Berlin W. 8., Mohrenstr. 22/23.